

**Berichte über
das Geschäftsjahr 2017**

KRAVAG-Versicherungen



	KRAVAG-Gesellschaft	2017	2016
Anzahl der Verträge	KRAVAG-SACH	13.591	13.417
	KRAVAG-LOGISTIC	1.187.730	1.127.710
	KRAVAG-ALLGEMEINE	2.319.160	2.163.444
Beitragseinnahmen brutto in Tsd. Euro	KRAVAG-SACH	4.185,5	4.033,1
	KRAVAG-LOGISTIC	850.944,2	817.014,0
	KRAVAG-ALLGEMEINE	475.171,7	442.026,9
Versicherungstechnische Rückstellungen für eigene Rechnung in Tsd. Euro	KRAVAG-SACH	10.424,0	10.436,5
	KRAVAG-LOGISTIC	975.675,4	893.773,6
	KRAVAG-ALLGEMEINE	454.783,4	413.947,4
Kapitalanlagen ¹⁾ in Tsd. Euro	KRAVAG-SACH	172.054,5	166.729,8
	KRAVAG-LOGISTIC	1.126.587,7	1.073.997,7
	KRAVAG-ALLGEMEINE	568.107,5	521.079,4
Erträge aus Kapitalanlagen in Tsd. Euro	KRAVAG-SACH	6.223,1	6.843,1
	KRAVAG-LOGISTIC	47.332,8	33.299,1
	KRAVAG-ALLGEMEINE	20.420,2	17.756,2
Eigenkapital in Tsd. Euro	KRAVAG-SACH	148.883,9	146.323,9
	KRAVAG-LOGISTIC	205.388,7	185.920,3
	KRAVAG-ALLGEMEINE	107.257,9	96.033,8
Bilanzsumme in Tsd. Euro	KRAVAG-SACH	177.401,3	172.410,2
	KRAVAG-LOGISTIC	1.225.496,2	1.129.295,4
	KRAVAG-ALLGEMEINE	614.079,1	564.866,1

1) Inklusive Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft.

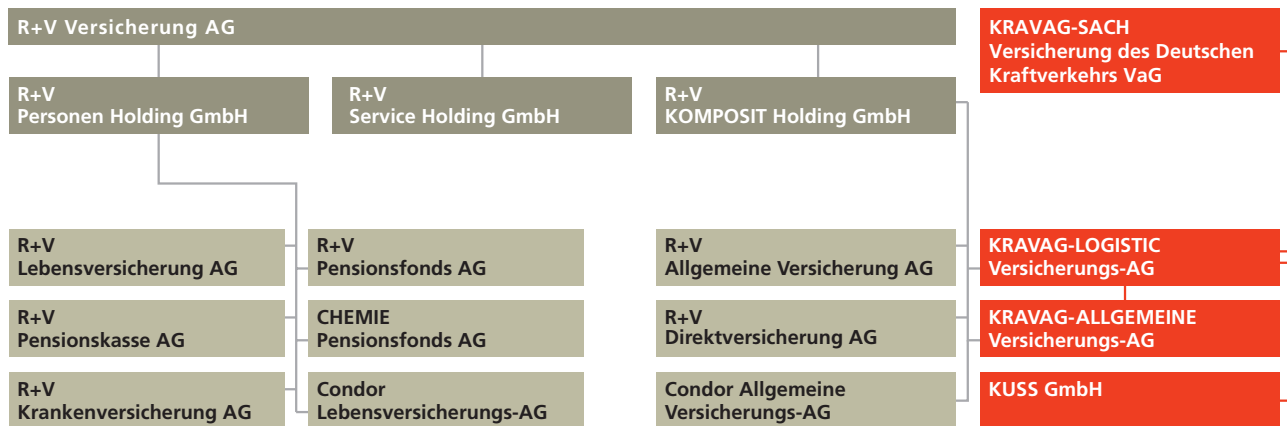
**Berichte über
das Geschäftsjahr 2017**

**KRAVAG-LOGISTIC
Versicherungs-Aktiengesellschaft**

**KRAVAG-ALLGEMEINE
Versicherungs-Aktiengesellschaft**

**KRAVAG-SACH
Versicherung des
Deutschen Kraftverkehrs VaG**

R+V und KRAVAG eine Einheit



Aktionäre der KRAVAG-LOGISTIC

Prozent

- R+V KOMPOSIT Holding GmbH, Wiesbaden 51,0
- KRAVAG-SACH VVaG, Hamburg 48,7

unter 1 Prozent:

- SVG Straßenverkehrsgenossenschaft Schleswig-Holstein eG, Neumünster
- Straßenverkehrs-Genossenschaft (SVG) Niedersachsen/Sachsen-Anhalt eG, Hannover
- SVG Straßenverkehrs-Genossenschaft Westfalen-Lippe eG, Münster
- SVG-Straßenverkehrs-Genossenschaft Nordrhein eG, Düsseldorf
- SVG Bundes-Zentralgenossenschaft Straßenverkehr eG, Frankfurt am Main
- Straßenverkehrsgenossenschaft Rheinland eG, Koblenz
- SVG Straßenverkehrsgenossenschaft Hessen eG, Frankfurt am Main
- Straßenverkehrsgenossenschaft Süd eG, München
- SVG Straßenverkehrsgenossenschaft Berlin und Brandenburg eG, Berlin

Aktionäre der KRAVAG-ALLGEMEINE

Prozent

- KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, Hamburg 49,0
- R+V KOMPOSIT Holding GmbH, Wiesbaden 51,0

Inhalt

R+V und KRAVAG eine Einheit	2	KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG	145
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Rahmenbedingungen 2017	4	Kennzahlen	147
KRAVAG-LOGISTIC		Lagebericht	148
Versicherungs-Aktiengesellschaft	15	Jahresabschluss	
Kennzahlen	17	Bilanz	170
Lagebericht	18	Gewinn- und Verlustrechnung	173
Jahresabschluss		Anhang	
Bilanz	46	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	175
Gewinn- und Verlustrechnung	50	Erläuterungen zur Bilanz	178
Anhang		Erläuterungen zur	
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	52	Gewinn- und Verlustrechnung	185
Erläuterungen zur Bilanz	56	Sonstige Anhangangaben	187
Erläuterungen zur		Bestätigungsvermerk des unabhängigen	
Gewinn- und Verlustrechnung	63	Abschlussprüfers	193
Sonstige Anhangangaben	66	Bericht des Aufsichtsrats	201
Bestätigungsvermerk des unabhängigen			
Abschlussprüfers	70	Glossar	204
Bericht des Aufsichtsrats	77		
KRAVAG-ALLGEMEINE			
Versicherungs-Aktiengesellschaft	83		
Kennzahlen	85		
Lagebericht	86		
Jahresabschluss			
Bilanz	112		
Gewinn- und Verlustrechnung	115		
Anhang			
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	117		
Erläuterungen zur Bilanz	120		
Erläuterungen zur			
Gewinn- und Verlustrechnung	126		
Sonstige Anhangangaben	129		
Bestätigungsvermerk des unabhängigen			
Abschlussprüfers	133		
Bericht des Aufsichtsrats	140		

Aus rechnerischen Gründen können Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben) auftreten.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Rahmenbedingungen 2017

Im Jahr 2017 hat sich die deutsche Konjunktur ausgesprochen positiv entwickelt. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts betrug die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts vergangenes Jahr 2,2 %. Das Wachstum hat sich verbreitert und stützte sich auf anziehende Exporte, zunehmende Investitionen und steigende Konsumausgaben der Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit ging auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung zurück und die Inflationsrate erhöhte sich.

Auch im Euroraum entwickelte sich die Konjunktur sehr positiv. Allerdings lag die Inflationsrate deutlich unterhalb des Zentralbankzieles von 2,0 %. Die US-amerikanische Konjunktur setzte ihr Wachstum bei einer sich erholenden Inflation fort.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Die divergierenden Geldpolitiken hatten im Jahr 2017 großen Einfluss auf die Entwicklung an den Kapitalmärkten. Während die amerikanische Zentralbank Fed den graduellen Pfad einer Normalisierung mit drei weiteren Leitzinserhöhungen im Jahr 2017 beschritt, verharrte die Europäische Zentralbank (EZB) bei ihrer Nullzinspolitik und einer expansiven Liquiditätsversorgung der Wirtschaft. Die politischen Unsicherheiten zu Jahresbeginn gingen mit den Wahlergebnissen im Euroraum und der stärkeren Realpolitik in den USA zurück. Geopolitische Spannungen sorgten zeitweise für risikoaverses Verhalten an den Märkten.

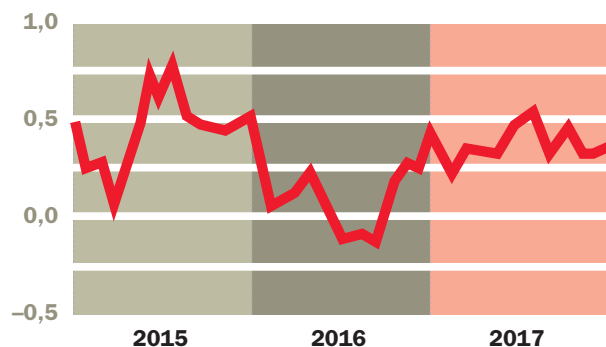
Die Verzinsung zehnjähriger Bundesanleihen ist im Jahr 2017 leicht auf 0,4 % gestiegen, liegt historisch aber weiter auf niedrigem Niveau. Durch die Ankäufe der EZB und aufgrund der positiven Konjunktur engten sich die Risikoaufschläge (Spreads) von Unternehmens- und Bankenanleihen deutlich ein. Die Spreads bei Pfandbriefen verharrten auf ihren niedrigen Niveaus.

Der deutsche Aktienindex DAX, der neben der Marktentwicklung auch die Dividendenzahlungen berücksichtigt (Performanceindex), erreichte unterjährig neue historische Höchststände und stieg bis zum Jahresende um 12,5 % auf 12.918 Punkte. Der für den Euroraum maßgebliche Aktienindex Euro Stoxx 50 (Preisindex) stieg auf 3.504 Punkte an. Damit betrug die Wertentwicklung 6,5 % im Jahr 2017.

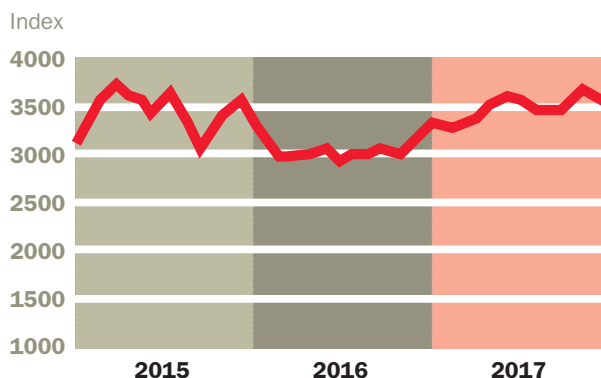
Lage der Versicherungswirtschaft

Die deutsche Versicherungswirtschaft ist 2017 erneut gewachsen. Wie der GDV auf seiner Jahres-

Rendite Bundesanleihen – 10 Jahre Restlaufzeit
in Prozent



Entwicklung Aktienindex Euro Stoxx 50



pressekonzferenz bekanntgab, steigerte die Branche ihre Prämieinnahmen um 1,7 % auf 197,7 Mrd. Euro. Prägende Themen waren neue Anforderungen in der Regulatorik, das Niedrigzinsumfeld sowie die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf die Versicherungsbranche. Etliche Versicherer, so auch R+V, haben die Digitalisierung fest als Zukunftsthema in ihrer Unternehmensstrategie verankert.

Mit einem Plus von 2,9 % auf 68,2 Mrd. Euro verzeichneten auch die Schaden- und Unfallversicherer erneut einen Zuwachs ihrer Prämieinnahmen. Fast alle Sparten konnten zum Wachstum beitragen, insbesondere die größten Bereiche Sach- und Kraftfahrtversicherung. Unwetter wie die Sturmtiefs Herwart und Xavier richteten an etlichen Orten in Deutschland schwere Schäden an. Hier konnte die Versicherungsbranche einmal mehr ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen.

Bei den Lebens- und Rentenversicherungen erreichten die Bruttobeitragseinnahmen mit 90,7 Mrd. Euro fast annähernd das Vorjahresergebnis. Durch das im Sommer 2017 vom Gesetzgeber verabschiedete Betriebsrentenstärkungsgesetz, das mit Jahresbeginn 2018 in Kraft trat, ergeben sich neue Impulse für die Personenversicherer.

Die privaten Krankenversicherer konnten ihre Beitragseinnahmen erneut steigern, und zwar um 4,3 % auf 38,8 Mrd. Euro. Die ausgezahlten Versicherungsleistungen legten um 1,6 % auf 27,0 Mrd. Euro zu. Allerdings wurde vor allem gegen Jahresende die öffentliche Debatte von der Bürgerversicherung geprägt, die im Zuge der schwierigen Verhandlungen um eine Regierungsbildung erneut ins Spiel gebracht wurde.

Entwicklung der Rückversicherungsmärkte

Neben ungewöhnlich hohen Schadenbelastungen aus Naturkatastrophen nahmen im Jahr 2017 weitere Sonderereignisse maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung des Rückversicherungsmarkts. Im März wurde der formelle Austrittsprozess Großbri-

tanniens aus der Europäischen Union (EU) in die Wege geleitet. Ungeklärte Fragen zur künftigen Gestaltung der Marktzugänge und zur Regulierung sorgten branchenweit für Verunsicherung und bedürfen nunmehr der Klarstellung. Im gleichen Monat verkündete die Justizministerin Großbritanniens die Herabsetzung des Diskontsatzes zur Berechnung der Kapitalabfindungen für Personenschäden (Ogden Rate) von + 2,5 % auf - 0,75 %. Dies führte bei den KFZ-Versicherern und deren Rückversicherern zu einer deutlichen Aufstockung der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Die US-Notenbank hob im Laufe des Jahres den Leitzins mehrfach an und entlastete mit dieser Maßnahme die unter Druck geratenen Kapitalanlageergebnisse der Gesellschaften in Übersee. Auf breite Zustimmung traf die im September unterzeichnete Vereinbarung zwischen den USA und der EU zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen. Die Regelungen, die noch in europäisches beziehungsweise nationales Recht umgesetzt werden müssen, sehen unter anderem den Entfall der bisher für EU-Rückversicherer verpflichtenden Stellung von Sicherheiten für US-amerikanisches Geschäft vor. Im Gegenzug werden die US-Unternehmen von der Anwendung der Solvency II-Bestimmungen in Europa befreit.

Personalbericht

Die KRAVAG-Gesellschaften beschäftigen keine eigenen Mitarbeiter. Auf der Grundlage bestehender interner Ausgliederungsverträge werden die Aufgaben durch Mitarbeiter der R+V übernommen.

Ebenso wie R+V die Kunden in den Mittelpunkt des Handelns stellt, engagiert sich das Unternehmen für seine Mitarbeiter. Denn nur mit guten und motivierten Mitarbeitern kann R+V auch weiterhin im Wettbewerb erfolgreich sein.

Aus- und Weiterbildung / Eröffnung R+V Akademie

Seit Herbst 2017 bündelt R+V die Aus- und Weiterbildungsangebote in der neu gegründeten R+V Aka-

demie. Dabei stellt die Akademie mehr als nur einen Ort für Wissens- und Methodenvermittlung dar. Sie bietet vielmehr Raum für Zusammenarbeit, Austausch und Lernen. Damit ermöglicht die Akademie Inspirieren, Entwickeln, Vernetzen in einer neuen Dimension. Sie unterstützt Mitarbeiter und Führungskräfte im Innen- und Außendienst bei der Gestaltung der Zukunftsthemen von der Digitalisierung und Innovation bis zur Kundenbegeisterung – mit neuen Lernformaten, kreativen Zusammenarbeits- und Vernetzungsstrategien, digitalen Lehr- und Lernansätzen, wie web-based Trainings, Webinaren oder virtuellen Klassenzimmern. Rund 60 R+V-Mitarbeiter arbeiten unter dem Dach der neuen Akademie am R+V-Campus in Wiesbaden, die auf 600 Quadratmetern modern ausgestattete Seminar- und Workshop-Flächen sowie Kreativ- und so genannte Stillarbeitsräume bietet. Hinzu kommen dezentrale Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen, mit denen die Akademie einen wichtigen Beitrag leistet.

Im Wettbewerb um Talente setzt das Unternehmen stark auf die Ausbildung von Nachwuchskräften. So bietet R+V zahlreiche Einstiegsmöglichkeiten für Abiturienten und Fachabiturienten wie zum Beispiel duale Studiengänge für die Abschlüsse:

- Bachelor of Science in Versicherungs- und Finanzwirtschaft mit integrierter Ausbildung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen mit Theorieteil an der Hochschule RheinMain, Wiesbaden Business School, Fachrichtung Versicherung. Die Praxisausbildung findet in der Direktion der R+V in Wiesbaden statt.
- Bachelor of Science in Wirtschaftsinformatik mit integrierter Ausbildung zum Fachinformatiker mit Theorieteil an der Hochschule Mainz, Fachrichtung Anwendungsentwicklung oder Systemintegration. Auch hier erfolgt der Praxiseinsatz in der Direktion in Wiesbaden.
- Bachelor of Arts in Betriebswirtschaftslehre-Versicherung mit Theorieteil an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Stuttgart und Praxiseinsatz in der R+V, Direktionsbetrieb Stuttgart.

- Bachelor of Arts (Vertrieb) mit Theorieteil an folgenden (dualen) Hochschulen: Hochschule für Wirtschaft und Recht (Berlin), Berufsakademie Dresden, Duale Hochschule Baden-Württemberg, Standort Heidenheim, Karlsruhe, Mannheim und einem Praxiseinsatz in Vertriebseinheiten der R+V.
- Bachelor of Arts Betriebswirtschaftslehre-Industrieversicherung angeboten mit Theorieteil an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Die Praxisphasen werden in den Vertriebswegen Makler oder Gewerbliche Verbundgruppen und ab 1. August 2018 auch in der Direktion in Wiesbaden in der Abteilung Firmenkunden absolviert.

Nach dem Bachelor of Science in Versicherungs- und Finanzwirtschaft besteht die Möglichkeit für duale Studenten mit sehr gutem Hochschulabschluss, direkt den Master of Science in Versicherungs- und Finanzwirtschaft an der Hochschule RheinMain, Wiesbaden Business School, anzuschließen.

Neben Studiengängen bietet R+V im Innendienst sowohl in der Direktion als auch in den Direktionsbetrieben Berufsausbildungsplätze mit dem Abschluss Kaufmann für Versicherungen und Finanzen, Fachrichtung Versicherung, an. Der Vertrieb bildet bundesweit zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen in den Vertriebswegen Banken und Generalagenturen aus. Die Übernahmequote für die Auszubildenden betrug 2017 im Innendienst 90 % und im Außendienst 56 %. Bei den dualen Studenten lag sie im Innendienst bei 77 % und im Außendienst bei 55 %.

Die Traineeprogramme im Innen- und Außendienst sind Einstiegs- und Ausbildungsprogramme für Hochschulabsolventen. Jährlich beginnen etwa 15 engagierte Berufseinsteiger nach dem Studium ein Traineeprogramm in verschiedenen Fachbereichen im Innendienst. Die Trainees durchlaufen ein maßgeschneidertes Traineeprogramm mit on-the-job, near-the-job und off-the-job-Komponenten. Im Fokus stehen die gezielte Mitarbeit bei fachlichen Themen

und in Projekten sowie Hospitationen in ausgewählten Schnittstellenbereichen im Innen- und Außendienst. So erhalten die Trainees von Anfang an neben der persönlichen Betreuung und Förderung ein starkes Netzwerk im Unternehmen. 2016 starteten neun Hochschulabsolventen das Spezialisten-Traineeprogramm im Vertrieb, 2017 kamen sechs weitere hinzu. Im Mittelpunkt dieses zweijährigen Traineeprogramms steht die fachliche und persönlichkeitsbezogene Förderung zu qualifizierten Spezialisten der Versicherungsbranche. Durch systematische und praxisorientierte Entwicklung on-the-job und begleitende Seminare werden die Nachwuchskräfte gezielt und umfassend auf die Übernahme eines anspruchsvollen Aufgabengebiets im Vertrieb vorbereitet.

Die zielgerichtete und kontinuierliche Weiterbildung der Mitarbeiter ist für R+V von hoher Bedeutung. Vor dem Hintergrund sich verändernder und steigender Anforderungen trägt Qualifizierung dazu bei, die Mitarbeiter bestmöglich zu unterstützen und die Herausforderungen einer zunehmend komplexen Arbeitswelt zu meistern. Die Anzahl der Weiterbildungstage pro Mitarbeiter betrug 2017 im Durchschnitt 4,4 Tage im Innendienst und 10,6 Tage im Außendienst. R+V bindet Mitarbeiter durch attraktive Entwicklungsperspektiven dauerhaft an das Unternehmen und wirkt damit dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel angesichts der demografischen Entwicklung entgegen. Mitarbeiter werden bei R+V entsprechend ihrer Stärken und Potentiale eingesetzt, gefordert und gefördert. Im jährlichen Mitarbeitergespräch, das mit allen Mitarbeitern geführt wird, vereinbaren Führungskraft und Mitarbeiter Ziele und Maßnahmen zur individuellen Weiterentwicklung.

R+V bietet umfassende Weiterbildungsprogramme mit fachlichen und methodischen Trainings sowie einer großen Bandbreite an Veranstaltungen an. Die Gruppenleiter-Qualifizierung baut maßgeblich auf den R+V-Führungsleitlinien und dem St. Galler Management-Modell auf. Darüber hinaus bietet R+V mit der Projektleiter-Qualifizierung und dem

Berater-Programm Qualifizierungsprogramme in der Projekt- und Fachlaufbahn. Für klar definierte Ziel-funktionen werden systematische Entwicklungswege mit spezifischen Entwicklungsmaßnahmen erarbeitet.

Kulturwandel

Die Marktbedingungen verändern sich rasant – die Anforderungen der Kunden steigen, digitale Kommunikationswege werden für Kunden und Mitarbeiter immer wichtiger, neue Wettbewerber greifen an, das Niedrigzinsumfeld belastet. R+V agiert in diesem Umfeld aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke und stellt mit dem Strategieprogramm Wachstum durch Wandel die Weichen, um auch in den kommenden Jahren erfolgreich zu sein.

Dabei wird R+V auf der erfolgreichen Unternehmenskultur aufbauen und diese gezielt weiterentwickeln. Im Fokus stehen dabei die Themen Kundenorientierung, Innovation, Digitalisierung und Agilität, da sich insbesondere hier steigende Anforderungen als besonders erfolgskritisch für Unternehmen erwiesen haben. R+V legt daher einen Fokus darauf, Mitarbeiter und Führungskräfte zu befähigen, innovativ und agil arbeiten zu können, die Herausforderungen positiv anzunehmen sowie ein Klima zu schaffen, in dem ausprobiert wird und sich Kreativität frei entfalten kann. Aus diesem strategischen Ansatz heraus nutzt R+V verschiedene neue Formate für Führungskräfte und Mitarbeiter zum „Anders denken und Neues ausprobieren“, die 2016 und 2017 bereits über 2.000 Teilnehmer hatten.

– Die „Learning Journey“ ist ein Inspirations- und Lernformat. Dabei werden Coworking-Spaces besucht, und es findet ein Austausch mit Gründern, Startups sowie innovativen, agilen Unternehmen statt. Ziel ist es, über den eigenen Tellerand zu schauen und übliche Vorgehensweisen zu hinterfragen sowie die Impulse mit in den Arbeitsalltag von R+V zu nehmen.

- Der „CoffeeTalk“ und „Lernen@Lunch“ sind Vortragsformate, in denen interne oder externe Referenten in einem Mix aus Vortrag und Dialog Interessantes und Wissenswertes vermitteln sowie den Teilnehmern inspirierende Impulse geben. In lockerer Atmosphäre bieten sich Zeit und Gelegenheit zum Diskutieren und Netzwerken.
- Das „Barcamp“ ist ein neues Konferenzformat. Im Gegensatz zu herkömmlichen Fachkonferenzen erfolgt der Wissens- und Erfahrungsaustausch hier gegenseitig. Die Beiträge werden von den Teilnehmern eingebracht und gestaltet. Ein Barcamp ist somit eine Mitmach-Konferenz. Jeder Beitrag, in einem Barcamp „Session“ genannt, ist genauso willkommen wie jeder Teilnehmer, der sich dafür interessiert.
- Außerdem werden Workshops zum „Agilen Vorgehen“ und „Design Thinking“ sowie Seminare zu Trends in Versicherungen angeboten.

Die Personalbereiche beraten darüber hinaus Führungskräfte, Projektleiter und Teams bei Fragen hinsichtlich Change, Methoden, Mindset und Kultur. Hierbei werden Impulsvorträge, Prozessbegleitungen, Workshops und Coachings angeboten, um das „Anders denken und Neues ausprobieren“ zu unterstützen.

Videoberatung hält Einzug im Vertrieb

Im Zuge der Digitalisierung und Kundenzentrierung erweitert R+V die Kundenberatung um weitere digitale Technik: Die Videoberatung hält Einzug im Vertrieb. Damit erfüllt R+V die Erwartungen der Kunden und der Banken nach zeitgemäßer und komfortabler Beratung. Die ersten 500 von insgesamt mehr als 5.000 Kundenberatern der R+V im Außendienst sind bereits für die Videoberatung geschult und machen erste positive Erfahrungen. Die Videoberatung wird nach Ablauf des Pilotprojekts und nach entsprechender Abstimmung der Entscheidungsgremien 2018 in der Breite ausgerollt.

Talentmanagement / Führungskräfteentwicklung / Karriereentwicklung von Frauen

Beim Talentmanagement legt R+V großen Wert auf eine vorausschauende und systematische Vorgehensweise, um Potentialträger zielgerecht zu entwickeln und den Personal- und Nachfolgebedarf für die erste bis dritte Ebene in der Führungs-, Projekt- und Fachlaufbahn optimal zu decken. Hierbei gelingt es, Schlüsselfunktionen vorrangig mit Potentialträgern aus eigenen Reihen zu besetzen. Leistungsträger werden in ihrem Potential evaluiert, in Mitarbeitergesprächen, Orientierungs-Centern, Assessment-Centern und Management-Audits und durch individuelle Entwicklungspläne und laufbahnspezifische Entwicklungsprogramme sowie Förderkreise gefördert. So werden sie gezielt für die Übernahme weiterführender Aufgaben qualifiziert.

Die leitenden Führungskräfte werden im Rahmen der Managemententwicklung durch gezielte Programme auf neue Aufgaben und Herausforderungen vorbereitet. Grundlage des Führungsverständnisses sind die R+V-Führungsleitlinien und das St. Galler Management-Modell, welches in diesem Jahr durch Elemente der transformationalen Führung, Agilität und Veränderungsmanagement ergänzt und weiterentwickelt wurde. Ziel ist es, die Führungskräfte auf die zunehmende Dynamik und Unsicherheit im Markt vorzubereiten. Dazu nehmen Top-Manager (Bereichsleiter und Vertriebsdirektoren) im Zeitraum 2017 und 2018 an einem Leadership Exzellenz-Programm mit entsprechenden Folgeaktivitäten in den jeweiligen Verantwortungsbereichen teil.

Ein wesentlicher Baustein der Nachfolgeplanung ist zudem die Förderung der Karriereentwicklung von Frauen mit dem Ziel, den Anteil an weiblichen Führungskräften zu erhöhen. Unter folgenden Prämissen baut R+V die Karrierechancen der weiblichen Mitarbeiter aus:

- R+V setzt sich für die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen, für Chancengleichheit und für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ein.

- R+V setzt sich realistische, organisationsspezifische und messbare Ziele zur Steigerung des Frauenanteils in Führungsfunktionen.
- R+V strebt den Ausbau der Talentförderung von Frauen an und eine Unternehmenskultur, in der sich Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht entwickeln können. Diese Zielstellung fördert R+V durch geeignete Maßnahmen.
- Im Rahmen einer modernen, zukunftsfähigen Unternehmenskultur stellt R+V sicher, dass Frauen und Männer einzig und allein nach ihren Fähigkeiten und Leistungen beurteilt und gefördert werden.

Im Veränderungsansatz fokussieren sich die ergriffenen Maßnahmen auf drei Handlungsfelder: Identifikation und Förderung von Potentialträgerinnen sowie Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. R+V hat entsprechende Fördermaßnahmen und -formate wie etwa Seminare, Workshops, Netzwerkveranstaltungen, Webinare zur Karriereorientierung und -beratung sowie ein Mentoring-Programm für Potentialträgerinnen eingeführt. Dabei geben die Mentoren Wissen und Erfahrungen weiter, vermitteln Kontakte und geben Einblick in ihren Arbeitsalltag. Die Mentees erhalten Anregungen und Rückmeldungen zu konkreten Anliegen, tauschen Erfahrungen aus und vernetzen sich untereinander.

Einmal pro Jahr findet bei R+V die Veranstaltungsreihe „Frauen in Führung“ für den Innendienst statt, analog dazu der Workshop „Frauen in der Vertriebsführung“ im Außendienst. Der Fokus der Veranstaltungen liegt auf dem gemeinsamen Lernen, dem Dialog und der Vernetzung. Unter anderem geben erfolgreiche weibliche Führungskräfte bei R+V einen Einblick in ihren Karriereweg und berichten von Schlüsselmomenten sowie Herausforderungen und wie sie diese gemeistert haben.

Mitarbeiterbefragung 2017

Ein unverändert positives Gesamtergebnis für R+V und eine übertroffene Rücklaufquote von 83 %. Das ist das Fazit der Mitarbeiterbefragung 2017, kurz

MEX. Knapp 11.500 Mitarbeiter haben somit an der Befragung teilgenommen. In allen sieben Frage-Themenblöcken liegen die R+V-Ergebnisse über der deutschlandweiten Norm. Auch ein Vergleich mit 2014 zeigt, dass R+V in fast allen Kategorien höhere Werte als 2014 erreicht.

Der Themenblock „Führung“ ist der am zweitbesten bewertete - nach „Arbeitsbedingungen“. Obwohl die Kategorie „Führung“ etwas schlechter abschnitt als 2014, erreichte sie insgesamt 87 % Zustimmung – das liegt zwölf Prozentpunkte über der deutschlandweiten Norm. Besonders die Frage nach dem respektvollen Umgang der Führungskraft mit den Mitarbeitern überzeugt mit 92 %.

Ansatzpunkte für weitere Verbesserungen bieten sich in den Themenblöcken „Kundenorientierung und Dienstleistung“ sowie bei der „Entfaltung des vollen Potentials der Mitarbeiter“. Die Ansatzpunkte werden auch im Rahmen des Strategieprogramms Wachstum durch Wandel aufgenommen. Insgesamt weist R+V ein sehr gutes nachhaltiges Engagement von 85 % auf. Innerhalb der Ressorts und der teilnehmenden Tochtergesellschaften schwankt dieses zwischen 81 % und 92 %.

Der Folgeprozess konzentriert sich auf drei Handlungsfelder, die Führungskräfte und Mitarbeiter für ihre Teams aus den Befragungsergebnissen ableiten.

Maßnahmen zur Herstellung von Entgeltgleichheit für Frauen und Männer R+V stellt als Arbeitgeber sicher, dass Mitarbeiter mit vergleichbaren Tätigkeiten unabhängig vom Geschlecht vergleichbar bezahlt werden und sich gleichzeitig individuelle Leistungen und Arbeitsergebnisse im Gehalt des Mitarbeiters widerspiegeln.

Die Vergütung der Mitarbeiter richtet sich grundsätzlich nach der aktuellen Fassung des Manteltarifvertrags und des Gehaltstarifvertrags der Versicherungswirtschaft, der für vergleichbare Tätigkeiten die gleiche Vergütung vorsieht. Im außertariflichen Bereich werden neben der Tätigkeit und der

Qualifikation weitere Kriterien wie zum Beispiel arbeitsmarkt-, leistungs- und arbeitsergebnisbezogene Kriterien berücksichtigt. Zusätzlich existieren weitere Regelungen, insbesondere Betriebsvereinbarungen, in denen unter anderem betriebliche Nebenleistungen und das variable Vergütungssystem geregelt sind. Gehaltserhöhungen und Prämien werden durch den Vorstand ebenso gesteuert und regelmäßig überprüft wie die Festlegung und Zielerreichung der variablen Vergütung bei Mitarbeitern und Führungskräften.

Sowohl bei dem Abschluss der Betriebsvereinbarungen als auch der Einführung von Gehaltssystemen sowie der individuellen vertraglichen Umsetzung beim einzelnen Mitarbeiter erfolgt die Einbindung des Betriebsrats. Damit gewährleistet R+V als Arbeitgeber gemeinsam mit der Interessensvertretung der Arbeitnehmer eine angemessene, transparente und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Vergütungspolitik.

Die Zusammensetzung der Mitarbeiter im Jahr 2016 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zusammensetzung der Mitarbeiter			
2016	Davon weiblich	Davon männlich	Gesamt
Durchschnittliche Anzahl Mitarbeiter	272	250	522
davon vollzeitbeschäftigt	189	239	428
davon teilzeitbeschäftigt	83	11	94

Integration von Beruf, Familie und Privatleben

Familienfreundliche Arbeitsbedingungen sind eine wichtige Voraussetzung für die gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Auch durch den Beitritt zur „Charta der Vielfalt“ und zum Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ bekennt sich R+V seit längerem zu einer familienfreundlichen Personalpolitik. Die kontinuierliche Mitarbeit von R+V im Lokalen Bündnis für Familie und Beruf Wiesbaden unterstützt diese familienfreundliche Orientierung. Ein

weiterer Beleg für die familienbewusste Personalpolitik von R+V ist das Zertifikat „audit berufundfamilie“, das R+V von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung 2012 verliehen wurde und das seitdem regelmäßig überprüft wird. R+V verfügt über ein breites Angebot zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben. Zu den Angeboten zählen unter anderem flexible Arbeitszeiten, diverse Teilzeitarbeitsmodelle, Homeoffice-Regelungen, Sabbaticals, Lebensarbeitszeitkonten, Eltern-Kind-Büros, Ferien- und Kindernotfallbetreuung. Zusätzlich bietet R+V Pflegeseminare und -netzwerke sowie umfangreiche Sonderregelungen wie Urlaubstage für besondere familiäre Anlässe und Herausforderungen. An einigen Standorten gibt es den R+V-Kids-Day, der den Mitarbeitern an Brückentagen eine Kinder-Betreuungsmöglichkeit bietet.

In Zusammenarbeit mit dem externen Anbieter pme-Familienervice bietet R+V den Mitarbeitern diverse persönliche Beratungs- und Vermittlungsleistungen im Falle der Pflege Angehöriger sowie hinsichtlich Kinderbetreuung an. Den Mitarbeitern und Führungskräften steht damit eine Vielzahl an Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung, die sie spürbar entlasten.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Als mitarbeiterorientiertes Unternehmen ist R+V die Gesundheit der Mitarbeiter ein zentrales Anliegen. Gesunde und engagierte Mitarbeiter sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für Erfolg. So hat R+V ein Gesamtkonzept zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) entwickelt und umgesetzt. Mit den einzelnen Bausteinen des BGM unterstützt R+V die Gesundheitsförderung im Betrieb und trägt somit zur Zufriedenheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter bei. R+V sieht bei der Gesunderhaltung sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer in der Verantwortung. Aufgabe des Arbeitgebers ist dabei die Schaffung gesundheitsgerechter Arbeitsbedingungen, zum Beispiel in Bezug auf Führungsverhalten, Zusammenarbeit, Arbeitsorganisation und Arbeitsplatzgestaltung. Die Mitarbeiter werden unter-

stützt, eigenverantwortlich auf ihre Gesundheit zu achten, zum Beispiel durch Bewegung, gesunde Ernährung, Stressbewältigung und Gesundheitsvorsorge. Die Maßnahmen des BGM bei R+V decken alle wesentlichen Felder eines modernen Gesundheitsmanagements ab. Im ganzheitlichen BGM-Konzept verzahnt R+V alle Akteure und Angebote rund um das Thema Gesundheit: die Sozialberatung, die Personalbereiche, die Arbeitnehmervertretung, die Gesundheitsangebote in der Freizeit, die gastronomische Versorgung, den Bereich Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin, die R+V Betriebskrankenkasse sowie die HumanProtect Consulting GmbH, die als Tochterunternehmen von R+V Unternehmen bei der Stärkung, Bewahrung und Wiederherstellung der psychischen Gesundheit von Mitarbeitern berät und begleitet.

Sehr viele Mitarbeiter nutzen die vielfältigen Angebote des BGM. Die jährlich variierenden Gesundheitsaktionen werden bundesweit durchgeführt. Das Jahr 2017 stand unter dem Motto „Gesund zum Erfolg“. Die wesentlichen Maßnahmen umfassten eine Trinkflaschen-Aktion, bei der die Wichtigkeit der Flüssigkeitszufuhr während der Arbeit betont wurde, sowie von den Betriebsärzten durchgeführte Herz-Kreislaufchecks mit Erfassung der Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen bis zu einer Schrittzähler-Aktion, an der von Bremen bis Landshut 82 Teams mit insgesamt 719 Mitarbeitern mitgemacht haben.

Daneben steht das Online-Gesundheitsportal *pur-life* allen Mitarbeitern kostenfrei zur Förderung ihrer Gesundheit zur Verfügung. Neben einer Vielzahl präventiver Sport- und Entspannungskurse bietet es die Möglichkeit, sich ein eigenes Profil mit einem persönlichen Ernährungsplan und Kursen zu erstellen. Individuelle Fragen zu Training, Medizin und Ernährung beantworten Mediziner, Sportlehrer und Sportwissenschaftler per Mail, Chat und Telefon. 2017 waren 27,9 % der Mitarbeiter als Mitglieder bei dem Online-Gesundheitsportal angemeldet. Die Mitgliederanzahl hat sich damit von 25,5 % im Jahr 2016 um 2,4 Prozentpunkte gesteigert. Die Mitglie-

deranzahl der örtlichen Fitnesszentren in Wiesbaden, Hamburg und den Fitnesskooperationen mit Hansefit in Hannover und Oldenburg variiert zwischen 8,6 % und 24,3 %.

Auch die Sozialberatung und das damit deutschlandweit etablierte Netzwerk von Sozialhelfern werden von den Mitarbeitern sehr geschätzt. Die Sozialberatung fungiert als erste Anlaufstelle in verschiedenen persönlichen und beruflichen Problemlagen. Die Sozialhelfer gehen auf die spezielle Situation des Hilfesuchenden individuell ein und arbeiten gemeinsam mit ihm an einer Lösung. Sie unterstützen Mitarbeiter darin, eine Krisensituation selbstständig zu bewältigen. Um die Qualitätsstandards der Sozialberatung an allen Standorten zu vereinheitlichen und auszubauen, ermöglicht es R+V, den ehrenamtlichen Sozialhelfern, eine umfassende, zweijährige Qualifizierung zu absolvieren. Mittlerweile haben 37 Sozialhelfer ihre Weiterbildung zum IHK-geprüften „Betrieblichen Sozialhelfer IHK“ absolviert. R+V ist eines der ersten Unternehmen in Deutschland, das Mitarbeitern diese Qualifizierung anbietet.

Darüber hinaus bietet R+V über die Konzerngesellschaft HumanProtect Consulting GmbH allen Mitarbeitern eine Lebenslagenhotline an. Hier können sich Mitarbeiter in Belastungs- und Überforderungssituationen, bei akuten psychischen Krisen und nach potentiell traumatischen Ereignissen kostenfrei und anonym bis zu fünf Stunden telefonisch beraten lassen.

Gütesiegel, Zertifikate und Mitgliedschaften

Zahlreiche Zertifizierungen, Gütesiegel und Mitgliedschaften bestätigen, dass R+V ein attraktiver Arbeitgeber ist, der sich aktiv für die Mitarbeiter einsetzt. 2017 wurde R+V wiederholt für die außerordentliche Mitarbeiterorientierung durch das Top Employers Institute zertifiziert und gehört damit zum Kreis der „Top Employers Deutschland“. Für die familiengerechte Personalpolitik, die kontinuierlich ausgebaut wird, wurde R+V mit dem Zertifikat

„audit berufundfamilie“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung ausgezeichnet. Das Gütesiegel „Fair Company“ des Web-Portals karriere.de steht für Unternehmen, die sich zu anerkannten Qualitätsstandards und überprüfbaren Regeln im Praktikum bekennen. Das „Trendence Schülerbarometer“ zeigt, dass R+V auch bei Schülern zu den Top 100 Arbeitgebern gehört. Außerdem hat R+V das Gütesiegel „Top Company“ der Arbeitgeberbewertungs-Plattform kununu.de erhalten und ist Mitglied beim Unternehmensnetzwerk Erfolgsfaktor Familie, dem Bündnis für Familie und Beruf Wiesbaden und der Charta der Vielfalt.

Nachhaltigkeit

R+V und KRAVAG definieren Nachhaltigkeit als verantwortungsvolles Handeln als Unternehmen und als Engagement für Umwelt, Gesellschaft und Mitarbeiter.

Beim Thema Nachhaltigkeit hat R+V im Geschäftsjahr 2017 erneut viele Meilensteine erreicht und darüber hinaus bestehende Initiativen erfolgreich fortgesetzt. Die von R+V umgesetzten Projekte verteilen sich auf alle sechs zentralen Handlungsfelder der R+V-Nachhaltigkeitsstrategie: Produkte und Dienstleistungen, Kunden, Unternehmensführung, Umwelt, Mitarbeiter und Gesellschaft. Grundsätzlich definiert R+V Nachhaltigkeit als verantwortungsvolles Handeln sowie als Engagement für Umwelt, Mitarbeiter und Gesellschaft.

Einer der wichtigsten Aspekte war das Thema Recyclingpapier. R+V setzte sich zum Ziel, ab 2020 komplett auf Umweltpapier umzustellen. Demnach soll dann der Recyclinganteil bei mindestens 80 % liegen und der Rest aus nachhaltigen Quellen stammen. Noch 2012 lag der Anteil an Recyclingpapier sowie Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft (FSC) bei R+V zusammen unter fünf Prozent. Darüber hinaus trat der Vorstandsvorsitzende der R+V Versicherung AG im April 2017 der Umweltinitiative CEOs Pro Recyclingpapier bei.

Erfolgreiches TÜV-Überwachungsaudit

Basis für sämtliche Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz ist das Umweltmanagementsystem (UMS). Darin erfasst R+V unter anderem die Daten zu Energie- und Papierverbrauch, Abfallmengen, Gefahrstoffen und CO₂-Emissionen. Zudem beinhaltet dieses System Umweltschwerpunkte sowie Zielvorgaben, wie sich das Unternehmen beim Umweltschutz weiter verbessern will. Nachdem der TÜV Rheinland das UMS von R+V in den Jahren 2013 und 2016 zertifiziert hatte, nahmen 2017 die TÜV-Auditoren R+V beim obligatorischen Überwachungsaudit erneut unter die Lupe. Diese Überprüfung ergab keinerlei Beanstandungen.

Dass sich R+V vorbildlich ökologisch engagiert, bestätigte außerdem die Stadt Wiesbaden. Die hessische Landeshauptstadt zeichnete R+V 2017 bereits im vierten Jahr in Folge als „ÖKOPROFIT“-Betrieb aus. Dieses Prädikat erhalten Unternehmen, die die Umwelt schonen und deren Maßnahmen zugleich ökonomisch sinnvoll sind.

R+V fördert Elektromobilität

Mit mehreren Projekten unterstützte R+V die Elektromobilität. Unter anderem gibt es seit Sommer 2017 in der Wiesbadener Direktion drei Ladesäulen mit insgesamt sechs Lademöglichkeiten. An ihnen können Mitarbeiter und Gäste ihre Elektrofahrzeuge „auftanken“ - während des einjährigen Probebetriebs sogar kostenlos. Zudem gibt es im R+V-eigenen Fuhrpark zwölf Elektroautos. Die „Stromer“ sind an den Standorten Wiesbaden, Hamburg und Stuttgart im Einsatz. Dort werden sie vor allem für Botenfahrten sowie Fahrdienste im jeweiligen Stadtgebiet und der angrenzenden Region genutzt. Da R+V an allen großen Standorten Ökostrom verwendet, fahren diese Autos komplett emissionsfrei. Ein weiterer Ausbau der Elektro-Flotte bei R+V ist vorgesehen. Sobald Leasingverträge auslaufen, prüft R+V den Ersatz durch Elektroautos. Bei den Produkten erweiterte R+V 2017 den Versicherungsschutz

für Elektroautos und Hybrid-Fahrzeuge um viele Merkmale und bietet seither auch Carsharing-Nutzern zusätzliche Leistungen.

R+V unterstützt gemeinnützige Initiativen

R+V fördert traditionell Projekte und Initiativen, die die genossenschaftliche Idee der „Hilfe zur Selbsthilfe“ in besonderem Maße umsetzen und ihre Schwerpunkte auf die Aspekte Kinder und Jugendliche sowie Bildung fokussieren. Großen Wert legt R+V dabei auf eine langfristige Partnerschaft. Zu den geförderten Organisationen gehören unter anderem das Wiesbadener BürgerKolleg, das ehrenamtlich tätige Menschen unentgeltlich schult, der Verein JOBLINGE e.V., der mit Hilfe ehrenamtlicher Mentoren (darunter mehr als 50 R+V-Mitarbeiter) Jugendlichen den Sprung ins Berufsleben erleichtert, und das Ensemble Franz das Theater der Lebenshilfe Wiesbaden, welches vor allem aus Schauspielern mit geistiger Behinderung besteht. Außerdem richtete R+V dem Evangelischen Verein für Innere Mission in Nassau eine pädagogische Lernwerkstatt ein und finanzierte bereits zum dritten Mal Weihnachtsgeschenke für Kinder, deren Eltern Essen bei der Wiesbadener Tafel beziehen.

Darüber hinaus gab es bei der traditionellen Weihnachtsspendenaktion der Wiesbadener R+V-Mitarbeiter 2017 einen neuen Rekord. Genau 55.555 Euro kamen bei der seit 1994 stattfindenden Aktion zusammen. Das Geld erhielten zu gleichen Teilen die Wiesbadener Hilfsorganisationen ALBATROS e.V., DIE CLOWN DOKTOREN E.V., ZWERG NASE, Barrierefrei Starten e.V. und die Gemeinnützige Känguru Kindertagesstätten Wiesbaden GmbH sowie die Aktion Kinder-Unfallhilfe e.V. in Hamburg. Bei der Spendenaktion kamen seit ihrem Start insgesamt schon 540.000 Euro für den guten Zweck zusammen.

R+V veröffentlicht vierten Nachhaltigkeitsbericht

Einen Überblick über sämtliche Aktivitäten zur Nachhaltigkeit bietet der Nachhaltigkeitsbericht. Im Sommer 2017 veröffentlichte R+V den mittlerweile vierten Report. Der Bericht entspricht – wie in den Vorjahren - den Richtlinien für Nachhaltigkeitsberichterstattung der Global Reporting Initiative (GRI) und erfüllt somit weltweit anerkannte Transparenz-Standards. Den rund 100 Seiten umfassenden Bericht gibt es ausschließlich online auf der R+V-Homepage unter der Adresse www.nachhaltigkeitsbericht.ruv.de.

KRAVAG-LOGISTIC
Versicherungs-Aktiengesellschaft

Geschäftsbericht
2017

Vorgelegt zur ordentlichen Hauptversammlung
am 28. Juni 2018

KRAVAG-LOGISTIC		2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Anzahl der Verträge ¹⁾	in Tsd.	1.187,7	1.127,7	1.064,5	1.022,5	962,2	927,7	914,2	849,2	769,9
Gebuchte Beiträge brutto	in Mio. Euro	850,9	817,0	760,9	739,0	711,3	694,1	644,4	575,1	532,8
Kapitalanlagen	in Mio. Euro	1.126,6	1.074,0	1.019,0	926,3	900,6	861,7	796,3	765,7	805,9
Erträge aus Kapitalanlagen	in Mio. Euro	47,3	33,3	40,0	41,5	43,3	44,1	37,3	43,8	45,5
Nettoverzinsung der Kapitalanlagen	in %	4,0	2,8	3,7	4,4	4,4	5,1	3,9	4,4	4,1
Aufwendungen für Versicherungsfälle brutto	in Mio. Euro	705,1	676,6	631,6	596,5	599,8	581,4	571,7	550,4	427,2
Schadenrückstellung brutto	in Mio. Euro	1.052,5	979,0	917,1	861,1	808,6	779,8	735,7	720,9	675,9
Schwankungsrückstellung	in Mio. Euro	98,4	121,5	142,3	144,6	136,0	137,1	122,6	110,9	139,5
Eigenkapital	in Mio. Euro	205,4	185,9	166,6	149,2	130,0	118,1	104,5	119,2	154,9
Bilanzsumme	in Mio. Euro	1.225,5	1.129,3	1.076,6	1.012,2	963,5	914,6	860,1	838,4	883,0

¹⁾ Ohne Transportversicherungen

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit

Die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft (KRAVAG-LOGISTIC), Hamburg, ist als Unternehmen des R+V Konzerns, Wiesbaden, als Mitglied der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken und der KRAVAG-Versicherungsgruppe, Hamburg, der Spezialversicherer des deutschen gewerblichen Güterkraftverkehrs. Ihr Versicherungsprogramm umfasst das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft, wobei sie primär in den Versicherungszweigen Kraftfahrt und Transport vertreten ist. In geringem Umfang wird auch das übernommene Versicherungsgeschäft betrieben.

Das Geschäftsgebiet umfasst das In- und Ausland.

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die Anteile der KRAVAG-LOGISTIC werden zu 49,0 % von der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG (KRAVAG-SACH), einschließlich der Anteile der Straßenverkehrsgenossenschaften, sowie zu 51,0 % von der R+V KOMPOSIT Holding GmbH gehalten. Die R+V KOMPOSIT Holding GmbH wiederum ist eine 100 %ige Tochter der R+V Versicherung AG, die als Obergesellschaft des R+V Konzerns fungiert.

Die R+V Versicherung AG befindet sich mehrheitlich im Besitz der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DZ BANK AG). Weitere Anteile werden von anderen genossenschaftlichen Verbänden und Instituten gehalten. Der Vorstand der R+V Versicherung AG trägt die Verantwortung für das gesamte Versicherungsgeschäft innerhalb des DZ BANK Konzerns.

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt. Der R+V Konzern wird geführt wie ein einheitliches Unternehmen.

Die einheitliche Leitung des R+V Konzerns findet ihren Niederschlag darüber hinaus in den zwischen den Gesellschaften abgeschlossenen umfangreichen internen Ausgliederungsvereinbarungen.

Aufgrund vertraglicher Regelungen vermittelt unter anderem der Außendienst der R+V Allgemeine Versicherung AG für die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungsverträge in allen Sparten.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

In dem nach § 312 Aktiengesetz (AktG) erstellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand erklärt, dass die KRAVAG-LOGISTIC nach den Umständen, die ihm zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die im Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass andere berichtspflichtige Maßnahmen weder getroffen noch unterlassen wurden, nicht benachteiligt wurde.

Personalbericht

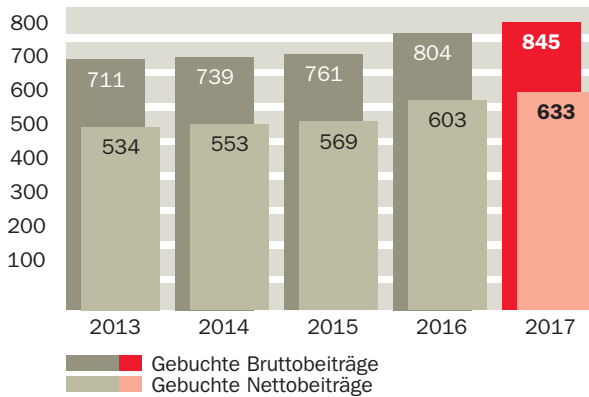
Die KRAVAG-LOGISTIC beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Auf der Grundlage der bestehenden internen Ausgliederungsverträge werden die Aufgaben durch Mitarbeiter der R+V übernommen.

Verbandszugehörigkeit

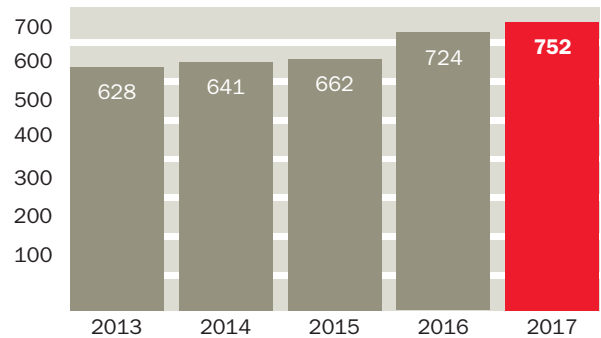
Die KRAVAG-LOGISTIC ist unter anderem Mitglied folgender Vereine/Verbände:

- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV), Berlin
- Verkehrsofferhilfe e.V., Hamburg
- Versicherungsombudsmann e.V., Berlin

**Gebuchte Brutto- und Nettobeiträge (saG)
in Mio. Euro**



**Bruttoaufwendungen für Geschäftsjahres-
Versicherungsfälle (saG) in Mio. Euro**



KRAVAG-LOGISTIC im Markt

Mit Spezialprodukten und gutem Service weiter erfolgreich

Die KRAVAG-LOGISTIC ist nach wie vor Deutschlands beste Nutzfahrzeugversicherung: Zum achten Mal in Folge haben Frachtführer, Spediteure und Logistiker in der Leserbefragung der Fachzeitschriften *lastauto Omnibus*, *trans aktuell* und *Fernfahrer* die KRAVAG-LOGISTIC als Marktführer im gewerblichen Güterverkehr auf den ersten Platz gewählt.

Das positive Image der KRAVAG-LOGISTIC gründet sich insbesondere auf individuelle Deckungskonzepte. Im Geschäftsjahr hat die KRAVAG-LOGISTIC beispielsweise auf die Haftungsverschärfungen der Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp 2017) reagiert und den Rundum-Versicherungsschutz hinsichtlich der neuen vertraglich begrenzten Auftraggeberhaftung oder der Höherhaftungsdeklaration für Lagerrisiken entsprechend angepasst.

KRAVAG-LOGISTIC geht aber auch einen Schritt weiter und bietet mehr als nur Versicherungsschutz: Mit einem eigens für die Zielgruppe des gewerblichen Güterverkehrs entwickelten E-Learning-Tool werden die komplexen Zusammenhänge der ADSp 2017 sachkundig vermittelt und Klarheit in Haftungsfragen geschaffen. So positionierte sich die

KRAVAG-LOGISTIC mit ihrem Branchen-Know-how zum wiederholten Mal als Inputgeber für die gesamte Logistikbranche.

Darüber hinaus punktet die KRAVAG-LOGISTIC mit einer zielgerichteten Schadenprävention und -bearbeitung. Sehr erfolgreich ist in diesem Zusammenhang das Portal KRAVAG-online. Kunden, die über eine Straßenverkehrsgenossenschaft versichert sind, können hier Verträge einsehen, Schäden melden oder verschlüsselte Dokumente empfangen. Seit 2014 hat sich der Nutzerkreis mehr als verdreifacht. Fast 4.000 Anwender haben sich inzwischen registriert und rufen die Seite monatlich über 100.000 Mal auf. Die Angebote des Portals werden kontinuierlich optimiert und weiter ausgebaut.

Geschäftsverlauf

der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG

Geschäftsverlauf im Überblick

Die gebuchten Bruttobeiträge für das Gesamtgeschäft beliefen sich im Jahr 2017 auf 850,9 Mio. Euro (2016: 817,0 Mio. Euro). Das Beitragswachstum von 4,2 % resultiert insbesondere aus der Kraftfahrtversicherung, in der sich ein positiver Wechselsaldo sowie höhere durchschnittliche Beiträge auswirkten. Das Beitragsvolumen in der Transport- und Luftfahrtversicherung entwickelte sich moderat positiv und stieg um 1,9 % an, nach-

Zusammensetzung des Versicherungsbestands

Gemessen an den Bruttobeiträgen setzt sich der Versicherungsbestand wie folgt zusammen:

Versicherungsbranche	2017	2016
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	55,6 %	55,0 %
Sonstige Kraftfahrtversicherung	25,7 %	25,8 %
Transport- und Luftfahrtversicherung	15,0 %	15,5 %
Übrige Versicherungen	3,7 %	3,7 %
	100,0 %	100,0 %

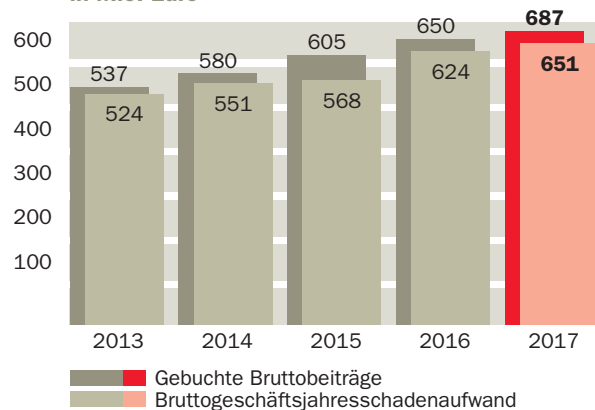
dem sich in den Vorjahren Effekte aus der Bestandssanierung beitragsmindernd ausgewirkt hatten. Auf das übernommene Geschäft entfallen gebuchte Bruttobeiträge von 6,0 Mio. Euro (2016: 13,2 Mio. Euro). Die Selbstbehaltsquote lag nach 75,4 % im Vorjahr bei 75,1 %.

Die Geschäftsjahresschadenaufwendungen folgten der Beitragsentwicklung und erhöhten sich um 3,8 % auf 754,5 Mio. Euro (2016: 727,1 Mio. Euro). Nach Einbezug des Abwicklungsergebnisses der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellungen erreichte die bilanzielle Brutto-Schadenquote mit 82,9 % den Wert des Vorjahrs (2016: 82,9 %).

Bedingt durch einen unterproportionalen Anstieg der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb um 0,5 % auf 134,6 Mio. Euro (2016: 133,9 Mio. Euro) verbesserte sich die Brutto-Kostenquote auf 15,8 % (2016: 16,4 %). Im selbst abgeschlossenen Geschäft betrug die Kostenquote 15,5 % (2016: 15,6 %).

Der Anteil der Rückversicherer betrug - 36,3 Mio. Euro (2016: - 1,6 Mio. Euro). Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist auf die Ablösung von Altjahrgängen in den Sparten Kraftfahrt und Transport zurückzuführen. Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung von 23,1 Mio. Euro (2016: 20,8 Mio. Euro) verblieb ein versicherungstechnischer Verlust für eigene Rechnung von - 18,1 Mio. Euro (2016: Gewinn 7,8 Mio. Euro).

Kraftfahrtversicherung gesamt (saG) in Mio. Euro



Das nichtversicherungstechnische Ergebnis von 40,8 Mio. Euro (2016: 27,6 Mio. Euro) setzte sich aus dem Ergebnis aus Kapitalanlagen (zuzüglich technischem Zins) von 43,8 Mio. Euro (2016: 29,4 Mio. Euro) sowie dem Saldo aus Sonstigen Erträgen und Sonstigen Aufwendungen von - 2,9 Mio. Euro (2016: - 1,8 Mio. Euro) zusammen.

Für den Steueraufwand des Geschäftsjahres von 3,2 Mio. Euro ergaben sich aus den Neuregelungen des Investmentsteuerreformgesetzes (InvStRefG) und den dazu ergangenen Übergangsvorschriften entlastende Wirkungen, die zu einer deutlichen Reduktion der Steuerquote geführt haben (2016: 16,1 Mio. Euro). Auf die Erläuterungen zum Ergebnis aus Kapitalanlagen wird verwiesen. Das Geschäftsjahr schloss mit einem Jahresüberschuss von 19,5 Mio. Euro (2016: 19,3 Mio. Euro) ab.

Geschäftsverlauf im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Kraftfahrtversicherung

Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge in Verbindung mit gutem Schadenverlauf

Die Kraftfahrtversicherung stellt mit 81,3 % (2016: 80,8 %) der gesamten Beiträge unverändert den beitragsstärksten Versicherungsweig der KRAVAG-LOGISTIC dar und verzeichnete einen Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge um 5,7 % auf 686,7 Mio. Euro (2016: 649,5 Mio. Euro).

Die Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden erhöhten sich mit 4,2 % im Vergleich zum Beitragswachstum unterproportional auf 650,7 Mio. Euro (2016: 624,2 Mio. Euro). Nach Berücksichtigung des Ergebnisses aus der Abwicklung der aus dem Vorjahr übernommenen Schadenrückstellungen verbesserte sich die bilanzielle Brutto-Schadenquote auf 86,4 % (2016: 86,8 %).

Die Brutto-Kostenquote verbesserte sich ebenfalls leicht auf 13,1 % (2016: 13,3 %).

Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung belief sich das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung auf - 35,9 Mio. Euro (2016: - 16,1 Mio. Euro). Ursächlich für den Rückgang war die Ablösung von Altjahrgängen.

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

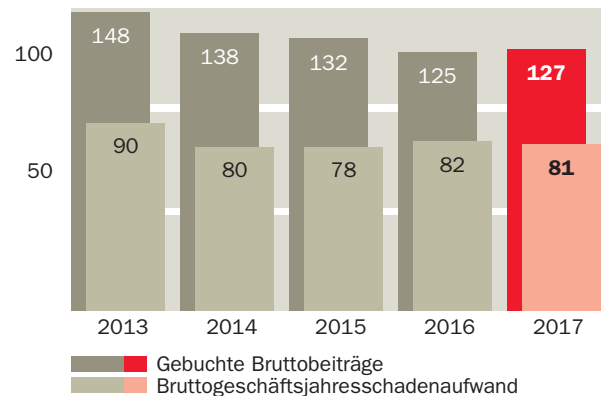
Bedingt durch einen Anstieg sowohl der Vertragsstückzahlen als auch des durchschnittlichen Beitrags verzeichnete die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung einen Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge von 6,1 % auf 469,3 Mio. Euro (2016: 442,1 Mio. Euro).

Die Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden folgten der Beitragsentwicklung nur unterproportional und erhöhten sich um 4,7 % auf 499,6 Mio. Euro (2016: 477,0 Mio. Euro). Die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote betrug 106,5 % (2016: 107,9 %), so dass sich nach Berücksichtigung des Abwicklungsergebnisses der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellungen eine bilanzielle Brutto-Schadenquote von 96,8 % ergab (2016: 96,6 %).

Die Brutto-Kostenquote lag mit 12,4 % auf dem Niveau des Vorjahrs (2016: 12,5 %).

Für das Geschäftsjahr ergab sich für die Sparte unter Berücksichtigung des Anteils der Rückversicherer, der insbesondere durch die Ablösung von Altjahrgängen geprägt war, ein versicherungstechni-

**Transport und Luftfahrt gesamt (saG)
in Mio. Euro**



scher Verlust für eigene Rechnung von - 62,5 Mio. Euro (2016: - 39,2 Mio. Euro).

Sonstige Kraftfahrtversicherung

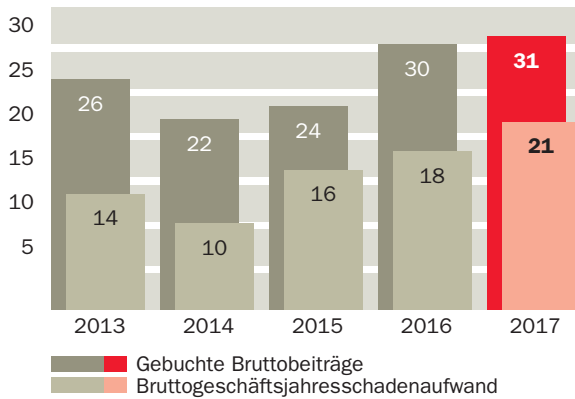
Die Sonstige Kraftfahrtversicherung, die die Sparten Vollkasko und Teilkasko umfasst, verzeichnete einen Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge um 4,9 % auf 217,5 Mio. Euro (2016: 207,4 Mio. Euro) und folgte damit der positiven Beitragsentwicklung in der Sparte Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung.

Die Geschäftsjahresschadenaufwendungen stiegen im Vergleich zur Beitragsentwicklung nur unterproportional um 2,7 % auf 151,1 Mio. Euro (2016: 147,2 Mio. Euro), so dass sich die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote auf 69,5 % verbesserte (2016: 71,0 %). Nach Einbezug des Ergebnisses aus der Abwicklung der aus dem Vorjahr übernommenen Schadenrückstellungen ergab sich eine ebenfalls verbesserte bilanzielle Brutto-Schadenquote von 64,1 % (2016: 65,8 %).

Die Brutto-Kostenquote belief sich auf 14,8 % (2016: 15,2 %).

Der Schwankungsrückstellung wurden 1,2 Mio. Euro zugeführt (2016: Entnahme 0,9 Mio. Euro). Nach Berücksichtigung des Anteils der Rückversicherer belief sich das versicherungstechnische

Sonstige Versicherungen (saG) in Mio. Euro



Ergebnis für eigene Rechnung auf 26,6 Mio. Euro (2016: 23,1 Mio. Euro).

Transport- und Luftfahrtversicherung

Moderater Beitragsanstieg nach erfolgreichen Sanierungsmaßnahmen

Im Geschäftsjahr verzeichneten die gebuchten Bruttobeiträge in der Transportversicherung erstmals wieder einen moderaten Anstieg um 2,2 % auf 124,4 Mio. Euro (2016: 121,8 Mio. Euro), nachdem in den Vorjahren die Sanierungsmaßnahmen zu rückläufigen Beiträgen geführt hatten.

Gegenläufig zur Beitragsentwicklung verringerten sich die Geschäftsjahresschadenaufwendungen um 2,1 % auf 78,8 Mio. Euro (2016: 80,5 Mio. Euro), so dass sich die Brutto-Geschäftsjahresschadenquote auf 63,3 % verbesserte (2016: 66,2 %). Nach Berücksichtigung des Ergebnisses aus der Abwicklung der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellungen lag die bilanzielle Brutto-Schadenquote mit 59,9 % ebenfalls unter dem Vorjahreswert (2016: 64,6 %).

Die Brutto-Kostenquote lag bei 29,1 % (2016: 28,5 %).

Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung von 24,9 Mio. Euro (2016: 21,8 Mio. Euro) ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von 22,1 Mio. Euro (2016: 26,6 Mio. Euro).

Mit einem Beitragsvolumen von 2,4 Mio. Euro (2016: 2,8 Mio. Euro) ist die Luftfahrtversicherung von unverändert untergeordneter Bedeutung. Die bilanzielle Brutto-Schadenquote lag im Geschäftsjahr bei 83,6 % (2016: 68,9 %). Insgesamt schloss diese Sparte mit einem versicherungstechnischen Ergebnis für eigene Rechnung von - 0,8 Mio. Euro (2016: - 1,3 Mio. Euro) ab.

Sonstige Versicherungssparten

Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge

Die sonstigen Versicherungssparten umfassen die sonstigen Sachversicherungen und die übrigen Versicherungen. Zu den sonstigen Sachversicherungen gehören die Sparten Reise-Rücktrittskosten, Ausstellung, Kühlgüter, Reisegepäck und Camping.

Die gebuchten Bruttobeiträge der sonstigen Versicherungssparten erhöhten sich auf 31,3 Mio. Euro (2016: 29,7 Mio. Euro). Ausschlaggebend für diese Entwicklung war wie in den Vorjahren die Reise-Rücktrittskosten-Versicherung mit gebuchten Bruttobeiträgen von 28,1 Mio. Euro (2016: 26,6 Mio. Euro).

Die Schadenaufwendungen lagen bei 32,7 Mio. Euro (2016: 26,7 Mio. Euro). Nach Berücksichtigung der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb in Höhe von 4,1 Mio. Euro (2016: 3,7 Mio. Euro) ergab sich unter Einbezug des Anteils der Rückversicherer ein versicherungstechnischer Verlust für eigene Rechnung in Höhe von - 3,8 Mio. Euro (2016: Gewinn 0,1 Mio. Euro).

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Das in Rückdeckung übernommene Geschäft betrifft die Versicherungszweige Transport, Luft- und

Raumfahrt sowie die sonstigen Sachversicherungen und die übrigen Versicherungen. Im Geschäftsjahr umfassten diese die Sparten Reise-Rücktrittskosten, Reisegepäck und Reisekranken. Die gebuchten Bruttobeiträge liegen unter zehn Prozent der gebuchten Bruttobeiträge für das gesamte Versicherungsgeschäft. In Anwendung des § 51 Absatz 4 Satz 2 RechVersV wird bei den Anhangangaben auf die Trennung zwischen dem selbst abgeschlossenen und dem in Rückdeckung übernommenen Geschäft verzichtet.

Zusammenfassende Würdigung des Geschäftsverlaufs

Die KRAVAG-LOGISTIC erzielte für das Geschäftsjahr 2017 erneut einen Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge.

Die Geschäftsjahresschadenaufwendungen stiegen im Vergleich zum Beitragswachstum unterproportional an. In Verbindung mit einem Ergebnis aus der Abwicklung der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellungen erreichte die bilanzielle Brutto-Schadenquote den Wert des Vorjahrs.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb lagen mit einer Brutto-Kostenquote von 15,8 % unter dem Vorjahrswert (2016: 16,4 %). Im selbst abgeschlossenen Geschäft belief sich die Brutto-Kostenquote auf 15,5 % nach 15,6 % im Vorjahr.

Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung wurde ein versicherungstechnischer Verlust für eigene Rechnung ausgewiesen.

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis lag über dem Vorjahreswert, was insbesondere auf das durch den Sondereffekt im Zusammenhang mit den Übergangsregelungen des InvStRefG verbesserte Kapitalanlagenergebnis zurückzuführen war. Das sonstige Ergebnis verringerte sich gegenüber dem Vorjahr.

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Jahresüberschuss von 19,5 Mio. Euro (2016: 19,3 Mio. Euro).

Ertragslage

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge einschließlich des übernommenen Geschäfts erhöhten sich im Berichtsjahr um 4,2 % auf 850,9 Mio. Euro (2016: 817,0 Mio. Euro). Die gebuchten Nettobeiträge beliefen sich auf 639,0 Mio. Euro (2016: 615,7 Mio. Euro).

Die verdienten Beiträge für eigene Rechnung stiegen im Berichtsjahr um 24,5 Mio. Euro auf 638,8 Mio. Euro (2016: 614,3 Mio. Euro). Die Selbstbehaltsquote lag nach 75,4 % im Vorjahr bei 75,1 %.

Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden stiegen im Zusammenhang mit dem Beitragswachstum auf 754,5 Mio. Euro (2016: 727,1 Mio. Euro). Nach Berücksichtigung des Ergebnisses aus der Abwicklung der aus dem Vorjahr übernommenen Schadenrückstellungen ergab sich eine bilanzielle Brutto-Schadenquote von unverändert 82,9 %. Die bilanzielle Netto-Schadenquote war geprägt durch die Ablösung von Altjahrgängen in den Sparten Kraftfahrt-Haftpflicht und Transport und belief sich auf 88,7 % (2016: 83,4 %).

Kosten

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb lagen bei 134,6 Mio. Euro (2016: 133,9 Mio. Euro). Die Brutto-Kostenquote belief sich auf 15,8 % (2016: 16,4 %). Im selbst abgeschlossenen Geschäft unterschritt die Brutto-Kostenquote mit 15,5 % das sehr günstige Niveau des Vorjahrs (2016: 15,6 %). Von den Kosten des Versicherungsbetriebs im selbst abgeschlossenen Geschäft betrafen 42,2 % (2016: 42,0 %) Abschlusskosten und 57,8 % (2016: 58,0 %) Verwaltungskosten. Im

Verhältnis zu den verdienten Bruttobeiträgen ergaben sich Abschluss- beziehungsweise Verwaltungs-kostenquoten von 6,6 % (2016: 6,6 %) beziehungsweise 9,0 % (2016: 9,1 %).

Versicherungstechnisches Ergebnis

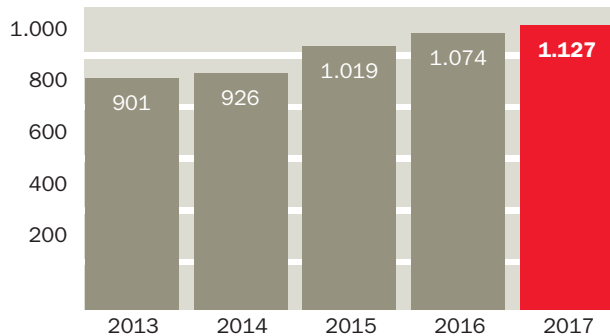
Das versicherungstechnische Bruttoergebnis im Gesamtgeschäft betrug - 5,0 Mio. Euro (2016: - 11,4 Mio. Euro). Unter Berücksichtigung des Anteils der Rückversicherer von - 36,3 Mio. Euro (2016: - 1,6 Mio. Euro) und einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung ergab sich ein versicherungstechnischer Verlust für eigene Rechnung netto von - 18,1 Mio. Euro (2016: Gewinn 7,8 Mio. Euro).

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Die KRAVAG-LOGISTIC erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 45,3 Mio. Euro. Das Kapitalanlageergebnis hat sich 2017 um einen einmaligen Sondereffekt aufgrund der Neuregelungen des InvStRefG und der dazu ergangenen Übergangsvorschriften erhöht. In früheren Jahren thesaurierte, aber bereits versteuerte Investmenterträge wurden in 2017 ausgeschüttet, um zeitnah eine steuerentlastende Wirkung zu erzielen. Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 2,6 Mio. Euro unter Berücksichtigung der planmäßigen Immobilienabschreibungen von 0,8 Mio. Euro ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 42,7 Mio. Euro (2016: 28,3 Mio. Euro).

Bei den Kapitalanlagen der KRAVAG-LOGISTIC ergaben sich Abschreibungen von 0,7 Mio. Euro. Aufgrund von Wertaufholungen wurden 0,7 Mio. Euro zugeschrieben. Durch Veräußerungen von Vermögenswerten erzielte die KRAVAG-LOGISTIC Veräußerungsgewinne von 1,3 Mio. Euro. Veräußerungsverluste entstanden nur in geringem Ausmaß. Aus dem Saldo der Zu- und Abschreibungen sowie den Veräußerungsgewinnen und -verlusten resultierte ein außerordentliches Ergebnis von 1,2 Mio. Euro (2016: 1,3 Mio. Euro).

**Kapitalanlagen
in Mio. Euro**



Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses belief sich damit für das Geschäftsjahr 2017 auf 43,9 Mio. Euro und übertraf den Vorjahreswert von 29,6 Mio. Euro aufgrund des Sondereffekts deutlich. Die Nettoverzinsung lag bei 4,0 % (2016: 2,8 %).

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen Erträge in Höhe von 4,0 Mio. Euro (2016: 7,0 Mio. Euro) beinhalteten im Wesentlichen Erträge aus erbrachten Dienstleistungen, denen entsprechende Aufwandsposten gegenüberstehen. Im Vorjahr waren Erträge aus Zinsnachforderungen auf Körperschafts- und Gewerbesteuer enthalten.

Die sonstigen Aufwendungen von 7,0 Mio. Euro (2016: 8,8 Mio. Euro) enthielten insbesondere Dienstleistungsaufwendungen sowie Verbands- und Mitgliedsbeiträge.

Gesamtergebnis

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit betrug 22,7 Mio. Euro (2016: 35,4 Mio. Euro). Nach Berücksichtigung eines Steueraufwands in Höhe von 3,2 Mio. Euro (2016: 16,1 Mio. Euro) ergab sich ein Jahresüberschuss von 19,5 Mio. Euro (2016: 19,3 Mio. Euro).

Finanzlage

Kapitalstruktur

Zum Bilanzstichtag belief sich das Eigenkapital der KRAVAG-LOGISTIC auf 205,4 Mio. Euro (2016: 185,9 Mio. Euro).

Die Eigenkapitalquote (gemessen an den verdienten Nettobeiträgen) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr auf 32,2 % (2016: 30,3 %).

Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung in Höhe von 23,1 Mio. Euro (2016: 20,8 Mio. Euro) betrug das versicherungstechnische Spezialkapital (Eigenkapital zuzüglich Schwankungsrückstellung) 47,6 % der verdienten Nettobeiträge (2016: 50,1 %).

Vermögenslage

Bestand an Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen der KRAVAG-LOGISTIC stiegen im Geschäftsjahr 2017 um 52,6 Mio. Euro beziehungsweise um 4,9 % an. Damit belief sich der Buchwert der Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2017 auf 1.126,6 Mio. Euro. Die KRAVAG-LOGISTIC investierte die zur Neuanlage zur Verfügung stehenden Mittel überwiegend in Rentenpapiere, vor allem in Unternehmensanleihen. Zur Verminderung des Ausfallrisikos wurde bei den Zinstiteln auf eine gute Bonität der Emittenten geachtet. Darüber hinaus wurden zur Verstetigung der Anlage Vorkäufe getätigt. Des Weiteren hat die KRAVAG-LOGISTIC Investitionen in den Anlageklassen Aktien und Immobilien getätigt. Die durchgerechnete Aktienquote zu Marktwerten belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 10,5 % (2016: 8,9 %).

Die Reservequote bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2017 lag bei 18,1 % (2016: 20,0 %).

In der Kapitalanlage werden soziale, ethische und ökologische Grundsätze dahingehend berücksichtigt, dass die KRAVAG-LOGISTIC wissentlich und bewusst nicht in Kapitalanlagen investiert, die den allgemein anerkannten Nachhaltigkeitsprinzipien widersprechen. In diesem Rahmen investiert R+V nicht in Hersteller kontroverser Waffen und nutzt zur Überprüfung die „controversial weapons“-Liste der oekom research AG. Auch Finanzprodukte für Agrarrohstoffe sind von Investitionen ausgeschlossen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Zum 31. Dezember 2017 beliefen sich die versicherungstechnischen Bruttorekstellungen der KRAVAG-LOGISTIC auf 1.177,6 Mio. Euro (2016: 1.125,7 Mio. Euro). Nach Abzug der auf die Rückversicherer entfallenden Anteile betragen die versicherungstechnischen Nettorückstellungen 975,7 Mio. Euro (2016: 893,8 Mio. Euro).

Mit 87,8 % (2016: 84,2 %) repräsentierte die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle den größten Anteil an den versicherungstechnischen Nettorückstellungen.

Der Anteil der versicherungstechnischen Nettorückstellungen an den gebuchten Nettobeiträgen betrug 152,7 % nach 145,2 % im Vorjahr.

Der Schwankungsrückstellung wurden im Berichtsjahr 23,1 Mio. Euro entnommen (2016: 20,8 Mio. Euro). Sie beläuft sich somit auf 98,4 Mio. Euro (2016: 121,5 Mio. Euro).

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementprozess

Ziel des Risikomanagements der KRAVAG-LOGISTIC ist es, für die gesamte Geschäftstätigkeit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungen und hierbei insbesondere die Solvabilität sowie die langfristige Risikotragfähigkeit, die

Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen, die Anlage in geeignete Vermögenswerte, die Einhaltung der kaufmännischen Grundsätze einschließlich einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Einhaltung der übrigen finanziellen Grundlagen des Geschäftsbetriebs zu gewährleisten.

Das Risikomanagement umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen. Dabei werden Risiken und andere negative Entwicklungen, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, analysiert und Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Ein über alle Gesellschaften der R+V implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zu Identifikation, Analyse und Bewertung, Steuerung und Überwachung sowie Berichterstattung und Kommunikation der Risiken und für ein zentrales Frühwarnsystem fest. Auch Beteiligungen werden in das Risikomanagement der KRAVAG-LOGISTIC einbezogen. Das Risikomanagementsystem umfasst zudem ein Business-Continuity-Managementsystem.

Die einmal jährlich stattfindende Risikoinventur hat zum Ziel, die Risiken zu identifizieren und hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit zu beurteilen. Gegenstand der Risikoinventur im Einzelnen ist die Überprüfung und Dokumentation sämtlicher Einzel- und Kumulrisiken. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden im Risikoprofil festgehalten.

Die identifizierten Risiken werden den folgenden Risikokategorien zugeordnet: versicherungstechnisches Risiko Leben, versicherungstechnisches Risiko Gesundheit, versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben, Marktrisiko, Gegenparteausfallrisiko, operationelles Risiko, Liquiditätsrisiko, Risikokonzentrationen, strategisches Risiko und Reputationsrisiko. Nach dieser Kategorisierung werden die wesentlichen Risiken in diesem Chancen- und Risikobericht dargestellt sowie Maßnahmen zu deren Begrenzung erläutert.

Die mindestens vierteljährlich erfolgende Überprüfung und Bewertung der Risikotragfähigkeit umfasst auch eine qualitative Überprüfung verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte. Bei Überschreitung eines definierten Indexwerts werden Maßnahmen eingeleitet.

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit und sämtliche wesentlichen Risiken werden vierteljährlich durch die Risikokommission abschließend bewertet. Das zentrale Risikoberichtswesen sorgt für Transparenz in der Berichterstattung. Bei wesentlichen Veränderungen von Risiken sind Meldungen an den Vorstand vorgesehen. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden den zuständigen Aufsichtsgremien regelmäßig sowie bedarfsweise ad hoc zur Verfügung gestellt.

Bereits im Rahmen des Neuproduktprozesses werden bei der Produktentwicklung die Auswirkungen auf das Unternehmensrisikoprofil analysiert und beurteilt. Bei Aufnahme neuer Geschäftsfelder oder der Einführung neuer Kapitalmarkt-, Versicherungs- oder Rückversicherungsprodukte ist deren Auswirkung auf das Gesamtrisikoprofil zu bewerten. Entsprechend den Bestimmungen der jeweiligen Geschäftsordnungen sind neue Produkte im Finanzausschuss, in der Produktkommission oder im Rückversicherungsausschuss zu behandeln.

Der Neuproduktprozess stellt sicher, dass die Auswirkungen neuartiger Produkte auf das Risikoprofil des Versicherungsbestands beziehungsweise Anlageportfolios unter Berücksichtigung von Organisation, Abläufen, IT-Systemen, Personal, Bewertungs- und Risikomodellen, Rechnungslegung, Steuern und Aufsichtsrecht beurteilt und bewertet werden.

Auch bei der Planung und Durchführung von Projekten werden Risikogesichtspunkte berücksichtigt. Größere Projekte und Investitionen werden regelmäßig in der Investitions- oder Produktkommission sowie im Finanzausschuss beurteilt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Ergebnisse und Maßnahmen sowie auf die Budgeteinhaltung gelegt. Erforderliche Korrekturen werden eingeleitet.

Governance-Struktur

Das Risikomanagement der KRAVAG-LOGISTIC ist als integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung in die Geschäftsstrategie eingebettet. Es baut auf der vom Vorstand verabschiedeten Risikostrategie auf und stützt sich auf die drei miteinander verbundenen und in das Kontroll- und Überwachungssystem eingebetteten Funktionen operative Risikosteuerung, Risikoüberwachung und interne Revision. Das Kontrollumfeld wird vervollständigt durch den Aufsichtsrat sowie durch externe Wirtschaftsprüfer.

In der Leitlinie Risikomanagement und ORSA (Own Risk and Solvency Assessment) wird die Steuerung der Risiken mit umfangreichen Darstellungen zu Methoden, Prozessen und Verantwortlichkeiten dokumentiert. Ein Grundprinzip der Risikoorganisation und der Risikomanagementprozesse ist die Trennung von Risikosteuerung und Risikoüberwachung.

Unter Risikosteuerung ist die operative Umsetzung der Risikostrategie in den risikotragenden Geschäftsbereichen zu verstehen. Die operativen Geschäftsbereiche treffen Entscheidungen zur bewussten Übernahme oder Vermeidung von Risiken. Dabei haben sie die vorgegebenen Rahmenbedingungen und Risikolimitierungen zu beachten. Die Funktionen der für den Aufbau von Risikopositionen Verantwortlichen sind personell und organisatorisch von den nachgeordneten Bereichen der Risikoüberwachung getrennt.

Aufgaben der Risikoüberwachung werden bei R+V durch die Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion (im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) als unabhängige Risikocontrollingfunktion bezeichnet), Compliance-Funktion und versicherungsmathematische Funktion wahrgenommen. Im Sinne eines konsistenten Risikomanagementsystems erfolgt ein enger Austausch der genannten Funktionen untereinander.

Die Risikomanagementfunktion von R+V unterstützt den Vorstand und die anderen Funktionen bei einer effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems und überwacht sowohl dieses als auch das Risikoprofil. Die Risikomanagementfunktion setzt sich bei R+V aus dem Gesamtrisikomanagement auf zentraler und dem Ressortrisikomanagement auf dezentraler Ebene zusammen. Sie ist für die Identifikation, Analyse und Bewertung der Risiken im Rahmen des Risikomanagementprozesses gemäß ORSA verantwortlich. Dies schließt die Früherkennung, vollständige Erfassung und interne Überwachung aller wesentlichen Risiken ein. Dabei macht die Risikomanagementfunktion grundlegende Vorgaben für die für alle Gesellschaften der R+V Versicherungsgruppe anzuwendenden Risikomessmethoden. Damit wird ein konsistentes Risikomanagement sichergestellt. Darüber hinaus berichtet das Risikomanagement die Risiken an die Risikokommission, den Vorstand und den Aufsichtsrat. Die KRAVAG-LOGISTIC hat die Schlüsselfunktion Risikomanagement auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Der Inhaber der Risikomanagementfunktion berichtet unmittelbar an den Vorstand.

Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfelds für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Die Compliance-Funktion wird wegen der übergreifenden Organisation der Geschäftsprozesse unternehmensübergreifend durch eine zentrale Compliance-Stelle in Kooperation mit dezentralen Compliance-Stellen der Vorstandsressorts der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Die vierteljährlich stattfindende Compliance-Konferenz ist das zentrale Koordinations- und Berichtsgremium der Compliance-Funktion. Dort werden die Aktivitäten der zentralen und dezentralen Compliance-Stellen

len berichtet und koordiniert sowie relevante Vorfälle behandelt. In der Compliance-Konferenz finden zudem der Informationsaustausch und die Interaktion mit den anderen Schlüsselfunktionen statt. Bei besonders gravierenden Verstößen sind Ad-hoc-Meldungen an die zentrale Compliance-Stelle vorgesehen. Die KRAVAG-LOGISTIC hat die Schlüsselfunktion Compliance auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Der Inhaber der Compliance-Funktion berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

Die versicherungsmathematische Funktion ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Im Einzelnen koordiniert sie die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen und gewährleistet die Angemessenheit der der Berechnung zugrundeliegenden Annahmen, Methoden und Modelle. Darüber hinaus bewertet sie die Qualität der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Daten und Informationstechnologiesysteme. Mindestens einmal jährlich berichtet die versicherungsmathematische Funktion schriftlich an den Vorstand. Zudem gibt die versicherungsmathematische Funktion eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen ab. Die KRAVAG-LOGISTIC hat die versicherungsmathematische Schlüsselfunktion auf die R+V Allgemeine Versicherung AG ausgegliedert.

Die Schlüsselfunktion Revision wird bei R+V von der Konzern-Revision ausgeübt. Diese prüft die Einhaltung der Regelungen des Risikomanagementsystems und deren Wirksamkeit. Die KRAVAG-LOGISTIC hat die Schlüsselfunktion Revision auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Die Konzern-Revision ist eine von den operativen Geschäftsbereichen unabhängige und organisatorisch selbständige Funktion. Sie ist der Geschäftsleitung unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzen-

den der R+V Versicherung AG zugeordnet. Zur Behebung festgestellter Defizite werden Maßnahmen vereinbart und von der Konzern-Revision nachgehalten.

Risikostrategie

Die Grundsätze des Risikomanagements basieren auf der verabschiedeten und jährlich zu aktualisierenden Risikostrategie der KRAVAG-LOGISTIC.

Das Management des versicherungstechnischen Risikos ist auf die Optimierung der Portfolien nach Ertrags- und Risikoaspekten ausgerichtet. Als Spezialversicherer des deutschen gewerblichen Güterkraftverkehrs liegt der Fokus der KRAVAG-LOGISTIC auf nationalem Geschäft. Ausländisches Geschäft wird nur in geringem Umfang und in ausgewählten Geschäftssegmenten gezeichnet. Das Eingehen von Risiken im Zusammenhang mit dem Ausbau des Marktanteils wird grundsätzlich in dem Maße akzeptiert, in dem es sich um ertragreiches Geschäft handelt. Eine gezielte Risikoselektion erfolgt durch Zeichnungsrichtlinien und Größenrestriktionen.

Aus den Kapitalanlagen resultieren insbesondere Zins-, Spread- und Aktienrisiken. Die Marktrisikostrategie wird durch die Bestimmungen der aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze nach § 124 VAG sowie durch die internen Regelungen in der Leitlinie Risikomanagement und ORSA determiniert. Versicherungsunternehmen sind verpflichtet, sämtliche Vermögenswerte so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt werden; zudem muss die Belegenheit der Vermögenswerte ihre Verfügbarkeit gewährleisten.

Die von der KRAVAG-LOGISTIC eingegangenen Marktrisiken spiegeln die im Rahmen der strategischen Asset Allocation unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit und der langfristigen Ertragsanforderungen entwickelte Portfoliostruktur der Kapitalanlagen wider.

Mit der Steuerung des Marktrisikos sind die grundsätzlichen risikopolitischen Ziele der Sicherstellung wettbewerbsfähiger Kapitalanlageergebnisse unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit, der Erreichung definierter Mindestkapitalanlageergebnisse unter Stress-Szenarien und der Sicherstellung eines angemessenen Aktivreserveniveaus zur Gewährleistung der Ergebniskontinuität verbunden. Zudem besteht die Zielsetzung der Gewährleistung eines hinreichenden Anteils an fungiblen Anlagen.

Im Rahmen der Risikostrategie des Gegenparteausfallrisikos werden der Erhalt des hohen Durchschnittsratings der Bestände, die Vermeidung von Emittentenkonzentrationen auf Portfolioebene und die Einhaltung der festgelegten Kontrahentenlimite gegenüber Gegenparteien und Schuldnern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen angestrebt.

Die Risikostrategie des operationellen Risikos sieht eine weitere Steigerung des Risikobewusstseins für operationelle Risiken vor.

Die Strategie zum Management des strategischen Risikos zielt insbesondere auf die Beobachtung von Marktentwicklungen und Veränderungen der Gesetzgebung, der Rahmenbedingungen sowie auf die Berücksichtigung von Risikoaspekten in strategischen Initiativen und Projekten.

Ziel der Reputationsrisikostrategie ist, das positive Image der Marke KRAVAG zu fördern sowie auf Transparenz und Glaubwürdigkeit zu achten.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Um eine sach- und termingerechte Informationsbereitstellung für die Adressaten des Abschlusses und des Lageberichts sicherzustellen, ist innerhalb des R+V Konzerns unter anderem ein umfangreiches Internes Kontrollsystem (IKS) etabliert. Als wichtiger Bestandteil des unternehmensweiten Risikomanagementsystems verfolgt das rechnungs-

legungsbezogene IKS die Zielsetzung, durch Implementierung von Kontrollen identifizierte Risiken in Bezug auf den gesamten Rechnungslegungs- und Finanzberichterstattungsprozess zu minimieren und die Erstellung eines regelkonformen Abschlusses zu gewährleisten. Um eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Wirksamkeit des IKS sicherzustellen, erfolgt eine regelmäßige Überprüfung durch die Konzern-Revision und den Abschlussprüfer.

Das rechnungslegungsbezogene IKS fokussiert auf die wesentlichen rechnungslegungsbezogenen Abschlussprozesse. Diese werden dokumentiert und hieraus prozessinhärente Risiken abgeleitet. Die Bewertung der Risiken erfolgt anhand eines Bewertungsrasters und festgelegter Wesentlichkeitsgrenzen. Die Aktualität der Dokumentation sowie die Risikobewertung werden einmal jährlich überprüft und bedarfsweise angepasst.

Das IKS umfasst organisatorische Sicherungsmaßnahmen, die sowohl in die Aufbau- als auch in die Ablauforganisation integriert sind, wie beispielsweise eine grundsätzliche Funktionstrennung oder klare Aufgaben- und Verantwortlichkeitszuordnungen. An wichtigen Punkten innerhalb der rechnungslegungsbezogenen Geschäftsprozesse werden gezielte Kontrollen durchgeführt, um die Eintrittswahrscheinlichkeit von Risiken zu minimieren beziehungsweise bereits aufgetretene Fehler zu identifizieren. Dabei handelt es sich um Kontrollen, die in den Arbeitsablauf integriert sind, wie beispielsweise die Anwendung des Vier-Augen-Prinzips. Die Wirksamkeit und Effektivität des rechnungslegungsbezogenen IKS wird regelmäßig überprüft und dokumentiert.

Der Prozess zur Erstellung des Abschlusses und des Lageberichts liegt in der Verantwortung von Mitarbeitern der R+V und folgt definierten Termin- und Ablaufplänen. Die im Rahmen des Abschlusserstellungsprozesses durchzuführenden Schritte unterliegen sowohl systemseitigen als auch manuellen Kontrollen. Für die Ermittlung bestimmter rechnungslegungsbezogener Daten werden partiell externe Gutachter einbezogen.

Der Abschlusserstellungsprozess ist in hohem Maße von IT-Systemen abhängig und unterliegt damit potentiellen operationellen Risiken, wie zum Beispiel Betriebsstörungen, -unterbrechungen und Datenverlusten. Diesen wird unter anderem durch umfangreiche Schutzmechanismen wie einer Notfallplanung, Back-up-Lösungen sowie einer Berechtigungsverwaltung und technischen Sicherungen gegen unbefugten Zugriff begegnet. Die eingesetzten IT-Systeme werden zudem auf Einhaltung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten geprüft. Die regelmäßige Prüfung der Rechnungslegungsprozesse ist sowohl integraler Bestandteil der internen Revisionsprüfungen als auch Gegenstand der Jahresabschlussprüfungen durch den Abschlussprüfer.

Chancenmanagement

Als einer der führenden Spezialversicherer des gewerblichen Güterverkehrs in Deutschland bietet die KRAVAG-LOGISTIC ihren Kunden maßgeschneiderte und innovative Versicherungskonzepte. Basis der nachhaltigen Positionierung im Markt und des kontinuierlichen Ausbaus der Marktanteile sind die Vertriebswegestrategie sowie die breit diversifizierte Produktpalette.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Marktpositionierung ist die Zusammenarbeit mit den Straßenverkehrsgenossenschaften und den Verbänden des Verkehrsgewerbes.

R+V ist ein stabiler und langfristig orientierter Investor. Aufgrund des Geschäftsmodells und der hohen Risikotragfähigkeit kann R+V Chancen insbesondere aus Investments mit einem längeren Zeithorizont weitgehend unabhängig von kurzfristigen Kapitalmarktschwankungen nutzen. Durch die breite Diversifikation besitzt R+V eine hohe Stabilität gegen potentielle adverse Kapitalmarktentwicklungen. Die Anlage erfolgt in einem stringenten Investmentprozess unter Berücksichtigung strategischer, taktischer und operativer Allokationen, der

von einem zeitgemäßen Risikomanagement begleitet wird. Dieser Prozess stellt sicher, dass auf Marktentwicklungen, auf Änderungen im Unternehmen und im Versicherungsgeschäft sowie auf aufsichtsrechtliche Vorgaben in der Kapitalanlage vorausschauend reagiert werden kann.

Neue und innovative Versicherungsprodukte sowie die damit verbundenen Kampagnen eröffnen Chancen zur Erschließung identifizierter Wachstumspotentiale. In der Kraftfahrtversicherung bieten sich in der Zukunft durch die mit zunehmender Geschwindigkeit voranschreitende Digitalisierung und Vernetzung Chancen für die Entwicklung neuartiger Produktkonzepte. Die immer stärkere Fahrzeugvernetzung, weiterentwickelte Assistenzsysteme, teilautonome Autos sowie Elektromobilität und ein verändertes Mobilitätsverhalten der Kunden werden in den kommenden Jahren das Geschäftsmodell der Kraftfahrtversicherung verändern. Die KRAVAG-LOGISTIC stellt sich diesen Herausforderungen und will hier auch zukünftig eine führende Rolle einnehmen, unter anderem durch Suche geeigneter Kooperationspartner. Aber auch unkonventionelle Wege wurden beschritten, wie zum Beispiel die Entwicklung von Produktideen im Rahmen eines Innovation-Labs. Im Rahmen der strategischen Positionierung im Flottengeschäft werden die Kundenanforderungen, insbesondere hinsichtlich individueller Deckungskonzepte und Betreuungsmodelle, laufend überprüft und das eigene Produkt- und Dienstleistungsangebot darauf ausgerichtet. Dadurch bieten sich weiterhin Wachstumsmöglichkeiten in einem sich konsolidierenden Marktumfeld.

Durch stetige Prozessanalysen und die konsequente Umsetzung der daraus abgeleiteten Maßnahmen wird die Produktivität kontinuierlich weiter gesteigert. Dadurch verringern sich Komplexität und Kosten, Prozesszeiten werden minimiert. Hierdurch wird nicht nur die Kundenzufriedenheit, sondern auch die Zufriedenheit der Mitarbeiter und der Vertriebspartner gefördert.

Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der Messung der ökonomischen Risikotragfähigkeit wird der Gesamtsolvabilitätsbedarf als Value-at-Risk der Veränderung der ökonomischen Eigenmittel mit einem Konfidenzniveau von 99,5 % über den Zeitraum eines Jahres ermittelt. Die Quantifizierung erfolgt grundsätzlich gemäß den Risikoarten der Standardformel von Solvency II. Risikodiversifikation, die einen wesentlichen Aspekt des Geschäftsmodells einer Versicherung ausmacht, wird grundsätzlich angemessen berücksichtigt.

Risikoentlastungen, zum Beispiel durch Rückversicherungen, werden berücksichtigt. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse werden dem Gesamtsolvabilitätsbedarf die Eigenmittel gegenübergestellt, um die ökonomische Kapitaladäquanz zu ermitteln.

Die Angemessenheit des Vorgehens zur Risikoquantifizierung wird regelmäßig und gegebenenfalls anlassbezogen überprüft.

Die aktuelle Analyse der ökonomischen Risikotragfähigkeit zeigt, dass die Eigenmittel der KRAVAG-LOGISTIC den Gesamtsolvabilitätsbedarf übersteigen.

Die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Risikotragfähigkeit erfolgt mit Hilfe der Standardformel gemäß Solvency II. Die Berechnung des Risikokapitalbedarfs (SCR: Solvency Capital Requirement) erfolgt als Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,5 %.

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit wird durch das Verhältnis der Eigenmittel zu den aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken abgebildet. Die Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Risikotragfähigkeit der KRAVAG-LOGISTIC wird mindestens quartalsweise analysiert.

Im Geschäftsjahr 2017 erfüllte die KRAVAG-LOGISTIC die gesetzlichen Mindest-Solvabilitätsanforderungen gemäß Solvency II.

Die im Rahmen der internen Planung angewendeten Kapitalmarktszenarien ergeben, dass die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit der KRAVAG-LOGISTIC zum 31. Dezember 2018 oberhalb der gesetzlichen Mindestanforderung liegen wird. Aufgrund der weiterhin angespannten Situation auf den Finanzmärkten sind Tendenzaussagen bezüglich der Entwicklung der Solvenzkapitalanforderung und der Eigenmittel jedoch mit großen Unsicherheiten behaftet, wobei die KRAVAG-LOGISTIC durch geeignete Maßnahmen die Risikotragfähigkeit sicherstellen wird.

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Für die KRAVAG-LOGISTIC ist gemäß der Kategorisierung von Solvency II im Wesentlichen das versicherungstechnische Risiko Nicht-Leben vorhanden.

Das versicherungstechnische Risiko Nicht-Leben bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Nicht-Lebensversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts. Es wird als Kombination der Kapitalanforderungen für die nachfolgend genannten Unterkategorien berechnet:

- Das Prämien- und Reserverisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf das Eintreten und den Betrag der Schadenabwicklung ergibt.
- Das Katastrophenrisiko Nicht-Leben beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus einer signifikanten Unge-

wissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.

- Das Stornorisiko beschreibt die Unsicherheit über das Fortbestehen von Erst- und Rückversicherungsverträgen. Es resultiert aus der Tatsache, dass der Wegfall von für das Versicherungsunternehmen profitablen Verträgen zur Verminderung der Eigenmittel führt.

Versicherungstechnische Risiken entstehen als Abweichungen vom erwarteten Schadenverlauf als Folge der zufälligen Ausprägung bezüglich Zeitpunkt, Häufigkeit und Höhe von Versicherungsfällen. Auch können unvorhersehbare Veränderungen der versicherten Risiken und der Schadenverteilungen, Erwartungswerte und Streuungen, zum Beispiel durch technische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Veränderungen, Risikoursachen darstellen. Weitere Ursachen können unvollständige Informationen über die wahre Zufallsgesetzmäßigkeit der Schadenverteilung durch fehlerhafte statistische Analysen oder unvollständige Informationen über die zukünftige Gültigkeit der für die Vergangenheit festgestellten Schadengesetzmäßigkeiten sein.

Die Messung des versicherungstechnischen Risikos orientiert sich an dem Vorgehen von Solvency II und erfolgt nach den Verfahren des Value-at-Risk. Zur Bestimmung des Value-at-Risk werden negative Szenarien betrachtet, die aus den Solvency II-Vorgaben übernommen und teilweise durch eigene Parametrisierungen ergänzt werden.

Die Steuerung des Prämien- und Reserverisikos der KRAVAG-LOGISTIC erfolgt durch eine gezielte Risikoselektion, eine risikogerechte Tarif- und Produktgestaltung sowie durch ertragsorientierte Zeichnungsrichtlinien der operativen Einheiten. Zur Aufrechterhaltung eines ausgewogenen Risikoprofils achtet die KRAVAG-LOGISTIC bei großen Einzelrisiken auf adäquaten Rückversicherungsschutz. Durch den Einsatz von Planungs- und Steuerungsinstrumenten wird das Management frühzeitig in

die Lage versetzt, unerwartete oder gefährliche Bestands- und Schadenentwicklungen zu erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen der veränderten Risikosituation begegnen zu können. Um die genannten Risiken beherrschbar zu machen, unterliegt die Preisfindung einer genauen Kalkulation unter Verwendung mathematisch-statistischer Modelle.

Laufende Marktbeobachtungen und eine permanente Kontrolle der ergriffenen Maßnahmen ermöglichen frühzeitige Handlungsoptionen zur Geschäftssteuerung im Sinne der Risikoneigung.

Zur Risikominderung in der Versicherungstechnik kauft die KRAVAG-LOGISTIC obligatorischen und fakultativen Rückversicherungsschutz ein, formuliert Risikoausschlüsse und gestaltet risikogerechte Selbstbehalt-Modelle. Im Zusammenhang mit Rückversicherungsentscheidungen erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Risikotragfähigkeit. Daraus leiten sich Rückversicherungsstrukturen und Haftungsstrecken ab.

Zur Schadenbegrenzung und Schadenverhütung stellt R+V ein Netz verschiedener Dienstleistungstöchter zur Verfügung, deren spezialisierte Serviceangebote die Kunden und Vertriebspartner in Vertrags-, Risikopräventions- oder Sanierungsfragen begleiten.

Die Schätzung der Verpflichtungen aus eingetretenen Schäden ist mit Unsicherheiten behaftet. In Übereinstimmung mit den Anforderungen von Solvency II werden zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen die zukünftigen Zahlungsverpflichtungen mit Hilfe von mathematisch-statistischen Verfahren ermittelt. Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt getrennt nach Prämien- und Schadenrückstellungen. Bei den Berechnungen werden unternehmenseigene Erfahrungen, aktuarielle Statistiken und zusätzliche Informationsquellen verwendet. Die eingesetzten Methoden orientieren sich an allgemein anerkannten Grundsätzen versicherungsmathematischer Praxis.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen. Es spiegelt die strukturelle Inkongruenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten insbesondere im Hinblick auf deren Laufzeit wider.

Das Marktrisiko setzt sich aus folgenden Unterkategorien zusammen:

- Das Zinsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinskurve oder auf die Volatilität der Zinssätze.
- Das Spreadrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Credit-Spreads oberhalb der risikofreien Zinskurve. Weiterhin werden in dieser Unterkategorie Ausfallrisiken und Migrationsrisiken berücksichtigt. Als Credit-Spread wird die Zinsdifferenz zwischen einer risikobehafteten und einer risikolosen Rentenanlage bezeichnet. Änderungen dieser Credit-Spreads führen zu Marktwertänderungen der korrespondierenden Wertpapiere.
- Das Aktienrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Das Beteiligungsrisiko wird ebenfalls im Aktienrisiko abgebildet. Aktienrisiken ergeben sich aus den bestehenden Aktienengagements durch Marktschwankungen.
- Das Währungsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechsel-

kurse. Währungsrisiken resultieren aus Wechselkursschwankungen entweder aus in Fremdwährungen gehaltenen Kapitalanlagen oder wenn ein Währungsungleichgewicht zwischen den versicherungstechnischen Verbindlichkeiten und den Kapitalanlagen besteht.

- Das Immobilienrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien. Immobilienrisiken können sich aus negativen Wertveränderungen von direkt oder indirekt gehaltenen Immobilien ergeben. Diese können sich aus einer Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der Immobilie oder allgemeinen Marktwertveränderungen (zum Beispiel im Rahmen einer Immobilienkrise) ergeben.
- Das Konzentrationsrisiko beinhaltet zusätzliche Risiken für ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, die entweder auf eine mangelnde Diversifikation des Asset-Portfolios oder auf eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten zurückzuführen sind.

Innerhalb des Marktrisikos wird gemäß der nach Solvency II vorgenommenen Abgrenzung auch der überwiegende Teil des Kreditrisikos dem Spreadrisiko zugeordnet. Weitere Teile des Kreditrisikos werden unter anderem im Gegenparteiausfallrisiko gemessen.

Bei der Messung der Marktrisiken werden Schockszenarien betrachtet, die aus den Solvency II-Vorgaben übernommen und teilweise durch eigene Parametrisierungen ergänzt werden.

Das Management von Marktrisiken ist wesentlicher Teil des Managements der Gesamtrisiken der KRAVAG-LOGISTIC. Die Marktrisiken werden unter anderem über die Vorgabe bilanzieller Mindestergebnisanforderungen limitiert.

Die Steuerung der Risiken aus der Kapitalanlage erfolgt innerhalb der von der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) vorgegebenen Leitlinien, der Vorschriften des VAG, der aufsichtsrechtlichen Rundschreiben und der internen Anlageleitlinien. Die Einhaltung der internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlageisiko sowie der weiteren aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird bei der KRAVAG-LOGISTIC durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Dabei umfasst die Steuerung der Risiken sowohl ökonomische als auch bilanzielle Aspekte. Auf organisatorischer Ebene begegnet die KRAVAG-LOGISTIC Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Anlage, Abwicklung und Controlling.

Die KRAVAG-LOGISTIC nimmt fortlaufend Erweiterungen und Verfeinerungen des Instrumentariums zur Risikoidentifikation, -bewertung und -analyse bei der Neuanlage und der Beobachtung des Anlagebestands vor, um den Veränderungen an den Kapitalmärkten zu begegnen und Risiken frühzeitig zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Kapitalanlagerisiken begegnet die KRAVAG-LOGISTIC grundsätzlich durch Beachtung des Prinzips einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität, um die Qualität des Portfolios zu gewährleisten. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen trägt die Anlagepolitik der KRAVAG-LOGISTIC dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung.

Bei allen Marktrisiken verfolgt die KRAVAG-LOGISTIC deren Veränderung durch ständige Messung und durch Berichterstattung in den relevanten Gremien. Die Risiken aller Unterkategorien werden im Rahmen von aufsichtsrechtlichen und gesellschaftsspezifischen ökonomischen Berechnungen quantifiziert. Als wichtiges Instrument zur Früherkennung

dienen Stresstests. Zur Begrenzung von Risiken werden - neben der natürlichen Diversifikation über Laufzeiten, Emittenten, Länder, Kontrahenten, Assetklassen und so weiter - Limitierungen eingesetzt.

Bei der KRAVAG-LOGISTIC werden regelmäßige Untersuchungen zum Asset-Liability-Management durchgeführt. Mit Hilfe von Stresstests und Szenarioanalysen wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden Auswirkungen eines lang anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie volatiler Kapitalmärkte systematisch geprüft.

Die KRAVAG-LOGISTIC setzt derivative Instrumente zur Steuerung der Marktrisiken ein. Es wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

In Bewertungseinheiten wurden Grundgeschäfte mit nominal 3,0 Mio. Euro und Sicherungsgeschäfte mit nominal 3,0 Mio. Euro zur Sicherung von Zinsänderungsrisiken in Form von Mikro-Hedges einbezogen. Da alle wesentlichen wertbestimmenden Faktoren zwischen den abzusichernden Grundgeschäften und dem absichernden Teil der Sicherungsinstrumente übereinstimmen (Nominalbetrag, Laufzeit, Währung), ist auch künftig von einer vollständig gegenläufigen Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft bezogen auf das abgesicherte Risiko auszugehen (Critical Term Match). Es gab keine mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktionen, die in eine Bewertungseinheit einbezogen werden müssten.

Beim Management von Zinsrisiken achtet die KRAVAG-LOGISTIC auf eine breite Mischung und Streuung der Kapitalanlagen verbunden mit einer die Struktur der Verpflichtungen berücksichtigenden Steuerung der Duration und einer ausgewogenen Risikonahme in ausgewählten Assetklassen. Zusätzlich dient der Erwerb von Vorkäufen der Verstetigung der Anlage und dem Management von Zins- und Durationsentwicklungen.

Für die KRAVAG-LOGISTIC spielt das Zinsrisiko im Vergleich zu den versicherungstechnischen Risiken eine eher untergeordnete Rolle.

Beim Management von Spreadrisiken achtet die KRAVAG-LOGISTIC insbesondere auf eine hohe Bonität der Anlagen, wobei der ganz überwiegende Teil der Rentenbestände im Investmentgrade-Bereich investiert ist. Ein signifikanter Anteil der Bestände ist zudem zusätzlich besichert. Die Nutzung externer Kreditrisikobewertungen und eigener Experteneinstufungen, die zum Teil strenger sind als die am Markt vorhandenen Bonitätseinschätzungen, vermindert Risiken zusätzlich.

Sollten die Zinsen steigen oder sich die Credit-Spreads für Anleihen im Markt ausweiten, führt dies zu einem Rückgang der Marktwerte. Solche negativen Marktwert-Entwicklungen können temporäre oder bei erforderlicher Veräußerung dauerhafte Ergebnisbelastungen zur Folge haben.

Ausfallrisiken bestehen in einer möglichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Emittenten beziehungsweise Schuldern und der daraus resultierenden Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder bonitätsbedingter Wertminderungen. Die Kapitalanlage der KRAVAG-LOGISTIC weist grundsätzlich eine hohe Bonität und eine solide Besicherungsstruktur auf. In den dominierenden Branchen öffentliche Hand und Finanzsektor handelt es sich insbesondere um Forderungen in Form von Staatsanleihen und gesetzlich besicherten deutschen und europäischen Pfandbriefen.

Die Vergabe von Hypothekendarlehen erfolgt darüber hinaus anhand strenger innerbetrieblicher Vorgaben, die zur Beschränkung der Ausfallrisiken beitragen. Durch Analysen wurde aufgezeigt, dass aus bilanziellen Aspekten keine Wertberichtigungen auf Portfoliobasis vorgenommen werden müssen.

Das Management von Aktienrisiken beruht auf einem Core-Satellite-Ansatz, bei dem Core-Aktien große stabile Unternehmen in absicherbaren Indi-

zes umfassen und Satellite-Aktien zur Verbesserung des Rendite-Risiko-Profiles beigemischt werden. Zusätzlich werden asymmetrische Strategien verwendet, die regelbasiert Aktienexposure vermindern oder erhöhen.

Bei der KRAVAG-LOGISTIC werden Aktien im Rahmen einer langfristigen Anlagestrategie zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern genutzt. Es besteht nicht der Anspruch, aus kurzfristigen Schwankungen durch Realisierungen Gewinne zu erzielen. Aufgrund des breit diversifizierten Kapitalanlageportfolios reduziert sich das Risiko, Aktien zu einem ungünstigen Zeitpunkt veräußern zu müssen.

Währungsrisiken werden über ein systematisches Währungsmanagement gesteuert.

Immobilienrisiken werden über die Diversifikation in verschiedene Lagen und Nutzungsformen reduziert. Aufgrund einer vorsichtigen Investitionsstrategie ist dieses Risiko für die KRAVAG-LOGISTIC von nachrangiger Bedeutung.

Konzentrationsrisiken besitzen eine untergeordnete Relevanz und werden bei der KRAVAG-LOGISTIC durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen gemindert. Dies zeigt sich insbesondere anhand der breiten Emittentenbasis im Portfolio.

Besondere Aspekte des Kreditportfolios

Die KRAVAG-LOGISTIC investiert hauptsächlich in Emittenten beziehungsweise Schuldner mit einer guten bis sehr guten Bonität. R+V verwendet zur Bonitätseinstufung generell zugelassene externe Ratings, zusätzlich werden entsprechend den Vorgaben der EU-Verordnung über Ratingagenturen (CRA III) interne Experteneinstufungen zur Plausibilisierung der externen Ratings vorgenommen. R+V hat das externe Rating als Maximum definiert, selbst wenn eigene Bewertungen zu einem besseren Ergebnis kommen.

Kontrahentenrisiken werden ferner durch ein Limitsystem begrenzt. Von den Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren wiesen 86,8 % (2016: 85,7 %) ein Rating gemäß der Standard & Poor's-Systematik von gleich oder besser als A, 62,7 % (2016: 64,3 %) von gleich oder besser als AA auf. Die Kapitalanlagen der KRAVAG-LOGISTIC wiesen im abgelaufenen Geschäftsjahr Zinsausfälle aus Wertpapieren in Höhe von 32,0 Tsd. Euro auf. Kapitalausfälle aus Wertpapieren waren keine zu verzeichnen.

Die KRAVAG-LOGISTIC überprüft die Kreditportfolios fortlaufend im Hinblick auf krisenhafte Entwicklungen. Erkannte Risiken werden mit Hilfe einer regelmäßigen Berichterstattung und Diskussion in den Entscheidungsgremien von der KRAVAG-LOGISTIC beobachtet, analysiert und gesteuert. Bei Bedarf erfolgen Portfolioanpassungen.

Die Investitionen in Staatsanleihen peripherer Euroländer beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 20,7 Mio. Euro (2016: 20,2 Mio. Euro). Die nachfolgende Tabelle zeigt die Länderzuordnung dieser Staatsanleihen.

Marktwerte in Mio. Euro	2017	2016
Italien	3,7	3,7
Spanien	17,1	16,4
Gesamt	20,7	20,2

Gegenparteiausfallrisiko

Das Gegenparteiausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldner von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen während der folgenden zwölf Monate ergeben. Es deckt risikomindernde Verträge wie Rückversicherungsvereinbarungen, Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern und alle sonstigen Kreditrisiken ab, soweit sie nicht anderweitig in der Risikomessung berücksichtigt werden.

Das Gegenparteiausfallrisiko berücksichtigt die akzessorischen oder sonstigen Sicherheiten, die von dem oder für das Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen gehalten werden, und die damit verbundenen Risiken.

Bei der KRAVAG-LOGISTIC bestehen derartige Risiken insbesondere für Kontrahenten von derivativen Finanzinstrumenten, Rückversicherungskontrahenten und für den Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern.

Grundlagen für die Ermittlung der Kapitalanforderungen für das Gegenparteiausfallrisiko sind das relevante Exposure und die erwarteten Verluste je Kontrahent.

Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sind in innerbetrieblichen Richtlinien explizit geregelt. Darin enthalten sind insbesondere Volumen- und Kontrahentenlimite. Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden die verschiedenen Risiken regelmäßig überwacht und transparent dargestellt. Einzelheiten zu derivativen Finanzinstrumenten sind im Anhang erläutert.

Um Kontrahenten- und Emittentenrisiken zu beurteilen, zieht die KRAVAG-LOGISTIC zur Unterstützung die Einschätzungen internationaler Ratingagenturen heran, die durch eigene Bonitätsanalysen ergänzt werden. Für die wesentlichen Gegenparteien wird die Einhaltung der Limite fortlaufend überprüft. Die Auslastung der Limite und Einhaltung der Anlagerichtlinien wird regelmäßig überwacht.

Den Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und an Versicherungsvermittler wird durch ein effektives Forderungsausfallmanagement begegnet. Zudem wird dem Forderungsausfallrisiko durch angemessene Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen, die nach den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit ausreichend bemessen sind.

Das Ausfallrisiko für die Abrechnungsforderungen wird durch die ständige Überwachung der Standard & Poor's Ratings und die sonstigen am Markt verfügbaren Informationsquellen begrenzt.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- und systembedingten oder externen Vorfällen. Rechtsrisiken sind hierin eingeschlossen.

Rechtsrisiken können insbesondere aus Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen (Gesetze und Rechtsprechung), Veränderungen der behördlichen Auslegung und aus Änderungen des Geschäftsumfelds resultieren. Rechtsstreitigkeiten aus der Schaden- beziehungsweise Leistungsbearbeitung von Versicherungsfällen sind in den versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt und somit nicht Gegenstand des operationellen Risikos. Im Berichtszeitraum bestanden keine wesentlichen operationellen Risiken aus nichtversicherungstechnischen Rechtsstreitigkeiten.

Die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt auf Basis eines Faktoransatzes auf Volumenmaße von Prämien und Rückstellungen sowie, im Falle des fondsgebundenen Geschäfts, auf Kosten.

R+V setzt für das Management und Controlling operationeller Risiken szenariobasierte Risk Self Assessments (RSA) sowie Risikoindikatoren ein. Im Rahmen der RSA werden operationelle Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Schadenhöhe bewertet. In Ausnahmefällen können qualitative Bewertungen herangezogen werden.

Risikoindikatoren ermöglichen frühzeitige Aussagen zu Trends und Häufungen in der Risikoentwicklung und erlauben es, Schwächen in den Geschäftsprozessen zu erkennen. Auf Basis vorgegebener Schwellenwerte werden Risikosituationen mittels einer Ampellogik signalisiert. Risikoindikatoren werden systematisch und regelmäßig erhoben.

Zur Unterstützung des Managements des operationellen Risikos sind alle Geschäftsprozesse der R+V nach den Vorgaben der Rahmenrichtlinie für die Befugnisse und Vollmachten der Mitarbeiter der Gesellschaften der R+V strukturiert. Für die in dieser Richtlinie nicht geregelten Bereiche liegen weitere Richtlinien, insbesondere Annahme- und Zeichnungsrichtlinien vor. Ein wesentliches Instrument zur Begrenzung der operationellen Risiken stellt das IKS dar. Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit des IKS durch die Konzern-Revision beugen dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen vor.

Auszahlungen werden weitgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des hinterlegten Zufallsgenerators geben zusätzliche Sicherheit. Manuelle Auszahlungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

Zur Sicherung der Betriebsfortführung verfügt R+V über ein ganzheitliches Business-Continuity-Managementsystem (BCM) mit einer zentralen Koordinationsfunktion, das auch das Notfall- und Krisenmanagement umfasst und in der Leitlinie Business-Continuity-, Notfall- und Krisenmanagement dokumentiert ist. Die Sicherheits- und BCM-Konferenz mit Vertretern aus allen Ressorts unterstützt in fachlichen Themenstellungen und dient der Vernetzung der Aktivitäten in der R+V. Darüber hinaus erfolgt eine Berichterstattung über wesentliche risikorelevante Feststellungen und über die durchgeführten Übungen und Tests an die Risikokommission.

Durch das BCM soll gewährleistet werden, dass der Geschäftsbetrieb der Gesellschaften im Not- und Krisenfall aufrechterhalten werden kann. Zu diesem Zwecke werden die zeitkritischen Geschäftsprozesse mit den benötigten Ressourcen erfasst und hierzu notwendige Dokumentationen, wie beispielsweise Geschäftsfortführungspläne, erstellt und regelmäßig überprüft. Für die Bewältigung von Not-

und Krisenfällen bestehen darüber hinaus gesonderte Organisationsstrukturen, zum Beispiel der R+V Krisenstab und die einzelnen Notfallteams der Ressorts. Durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess wird das ganzheitliche BCM laufend weiterentwickelt.

Die Qualitätssicherung im IT-Bereich erfolgt durch etablierte Prozesse unter Verwendung von Best Practices. In einer täglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. In monatlich stattfindenden Konferenzen werden unter Beteiligung der IT-Bereichsleiter geeignete Maßnahmen in Bezug auf die Einhaltung von Service-Level-Agreements (zum Beispiel Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten) ergriffen.

Umfassende physische und logische Schutzvorkehrungen gewährleisten die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungssystemen. R+V hat durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besonderer Zutrittssicherung, sensiblen Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate Vorsorge getroffen. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf seine Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen. Darüber hinaus werden die Daten auf einen Bandroboter in einen ausgelagerten und entfernten Standort gespiegelt. Somit sind die Daten auch nach einem Totalverlust aller Rechenzentrumsstandorte in Wiesbaden vorhanden.

Durch eine nachhaltige Personalentwicklung und den Ausbau des Talentmanagements stellt R+V sicher, dass die Mitarbeiter stetig gefördert und qualifiziert werden, damit zukünftiger Personalbedarf auch aus dem eigenen Haus gedeckt werden kann. Zu den dabei eingesetzten Instrumenten

zählen unter anderem ein Potentialeinschätzungsverfahren, die systematische Nachfolgeplanung und Qualifizierungsprogramme. Im Interesse einer dauerhaften Personalbindung werden regelmäßig Mitarbeiterbefragungen durchgeführt.

Sonstige wesentliche Risiken

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko ist das Risiko zu verstehen, dass Versicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Die Liquidität der Gesellschaften der R+V wird zentral gesteuert. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird eine integrierte Simulation zur Bestands- und Erfolgsentwicklung im Kapitalanlagebereich sowie zur Entwicklung der Cashflows durchgeführt. Basis der Steuerung ist der prognostizierte Verlauf aller wesentlichen Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung. Bei der Neuanlage wird die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätserfordernisse kontinuierlich geprüft.

Im Rahmen einer monatlich aktualisierten Liquiditätsberichterstattung für das laufende Jahr wird die erwartete Entwicklung des Cashflows auf Einzelgesellschaftsebene detailliert dargestellt. Darüber hinaus wird im Cash-Management ergänzend eine taggenaue Planung der Zahlungsströme vorgenommen.

Durch Sensitivitätsanalysen wesentlicher versicherungstechnischer Parameter wird die Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität unter krisenhaften Marktbedingungen regelmäßig überprüft. Die Ergebnisse zeigen die Fähigkeit der KRAVAG-LOGISTIC, die eingegangenen Verpflichtungen jederzeit zu erfüllen.

Aufgrund der prognostizierten Liquiditätssituation und der hohen Fungibilität der Wertpapierbestände ist die jederzeitige Erfüllbarkeit der Verbindlichkeiten gegenüber den Versicherungsnehmern gewährleistet.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen im weiteren Sinne sind Ansammlungen von Einzelrisiken, die sich aufgrund hoher Abhängigkeiten beziehungsweise verwandter Wirkungszusammenhänge mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit gemeinsam realisieren können. Die Abhängigkeiten und die Verwandtschaft der Wirkungszusammenhänge offenbaren sich teilweise erst in Stress-Situationen.

Die KRAVAG-LOGISTIC verfügt über unterschiedliche Geschäftsfelder und eine breit diversifizierte Produktpalette. Im Rahmen von Bestandsanalysen werden Risikokonzentrationen regelmäßig untersucht. Der Fokus liegt unter anderem auf der Identifikation hoher Exponierungen in einzelnen Bundesländern oder Berufsgruppen der Versicherungsnehmer. Ferner erfolgt eine Ermittlung der größten Kundenverbindungen. Exponierte Einzelrisiken sind, wie auch der Kumulfall im Elementarrisiko, im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft rückversichert.

Das Anlageverhalten der KRAVAG-LOGISTIC ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentrationen im Portfolio zu vermeiden. Eine Verminderung der Risiken durch weitgehende Diversifikation der Anlagen wird gewährleistet, indem die durch die internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlagerisiko und weitere aufsichtsrechtliche Bestimmungen vorgegebenen quantitativen Grenzen eingehalten werden. Eine Analyse der Emittentenstruktur des Bestands ergab keine signifikanten Risikokonzentrationen.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ergibt sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen beziehungsweise daraus, dass diese nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden.

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie Veränderungen in Markt und Wettbewerb unterliegen einer ständigen Beobachtung, damit rechtzeitig und angemessen auf Chancen und Risiken reagiert werden kann. R+V analysiert und prognostiziert laufend nationale und globale Sachverhalte mit Einfluss auf geschäftsrelevante Parameter. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden beispielsweise hinsichtlich der Bedürfnisse der Kunden ausgewertet und finden Eingang in die Entwicklung neuer Versicherungsprodukte bei R+V.

Die Steuerung des strategischen Risikos basiert auf der vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren sowie auf der Ableitung von Zielgrößen für die Unternehmensbereiche von R+V. Im Rahmen des jährlichen strategischen Planungsprozesses wird die strategische Planung für die kommenden vier Jahre unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit vorgenommen. Dem strategischen Risiko begegnet R+V durch die strategische Planung und die Diskussion über Erfolgspotentiale in der Vorstandsklausur. Dazu wendet R+V die gängigen Instrumente des strategischen Controllings an. Diese umfassen sowohl externe strategische Markt- und Konkurrenzanalysen als auch interne Unternehmensanalysen. Die Ergebnisse des strategischen Planungsprozesses in Form von verabschiedeten Zielgrößen werden im Rahmen der operativen Planung für die kommenden Jahre unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit operationalisiert und zusammen mit den Verlustobergrenzen jeweils im Herbst vom Vorstand verabschiedet. Die Implementierung der dort gefällten Entscheidungen wird regelmäßig im Rahmen des Plan-Ist-Vergleichs quartalsweise nachgehalten. Somit ist die Verzahnung zwischen dem strategischen Entscheidungsprozess

und dem Risikomanagement organisatorisch geregelt. Änderungen in der Geschäftsstrategie mit Auswirkungen auf das Risikoprofil der KRAVAG-LOGISTIC finden ihren Niederschlag in der Risikostrategie.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufs des Unternehmens oder der gesamten Branche infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (zum Beispiel bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden) ergibt.

Das positive Image der Marke KRAVAG bei den Straßenverkehrsgenossenschaften und in der Öffentlichkeit ist ein wesentliches Ziel des Unternehmens.

Um einen Imageschaden für KRAVAG gar nicht erst entstehen zu lassen, wird bei der Produktentwicklung und allen anderen Bestandteilen der Wertschöpfungskette auf einen hohen Qualitätsstandard geachtet. Darüber hinaus wird die Unternehmenskommunikation zentral über das Ressort Vorstandsvorsitz von R+V koordiniert, um einer falschen Darstellung von Sachverhalten wirkungsvoll und geschlossen entgegenzutreten zu können. Die Berichterstattung in den Medien über die Versicherungswirtschaft im Allgemeinen und KRAVAG im Besonderen wird über alle Ressorts hinweg beobachtet und laufend analysiert. Ratingergebnisse und Marktvergleiche der für die Kundenzufriedenheit maßgeblichen Parameter Service, Produktqualität und Beratungskompetenz werden im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses berücksichtigt.

Aus IT-Sicht werden insbesondere Ereignisse betrachtet, die zu einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit führen könnten. Beispielhaft zu nennen sind die Verletzung der Vertraulichkeit der Daten, mangelnde Verfügbarkeit der vom End- oder Geschäftskunden erreichbaren IT-Systeme (Portale)

oder durch mangelnde Betriebssicherheit hervorgerufene Schadenereignisse in der IT-Technik. Die IT-Sicherheitsstrategie wird daher kontinuierlich überprüft und an die aktuelle Bedrohungslage angepasst. Ebenso wird die Gültigkeit der IT-Sicherheitsprinzipien regelmäßig geprüft.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aktuelle Analyse der ökonomischen Risikotragfähigkeit zeigt, dass die Eigenmittel der KRAVAG-LOGISTIC den Gesamtsolvabilitätsbedarf übersteigen. Auch die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit der KRAVAG-LOGISTIC überschreitet per 31. Dezember 2017 die geforderte Mindest-Solvabilitätsquote. Aufgrund der weiterhin angespannten Situation auf den Finanzmärkten sind Tendenzaussagen bezüglich der Entwicklung der Solvenzkapitalanforderungen und der Eigenmittel jedoch mit großen Unsicherheiten behaftet, wobei die KRAVAG-LOGISTIC durch geeignete Maßnahmen die Risikotragfähigkeit sicherstellen wird.

Ein Risiko für die Geschäftsentwicklung der KRAVAG-LOGISTIC ist die Möglichkeit einer neuen Krise in Europa etwa aufgrund des Erstarkens populistischer, eher antieuropäischer Strömungen. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die Kapitalmärkte, die Realwirtschaft und das Nachfrageverhalten der Bürger sind nur schwer einschätzbar. Zudem würde ein unkontrollierter Austritt Großbritanniens aus der EU (harter Brexit) zu konjunkturdämpfenden Entwicklungen und erhöhter rechtlicher Unsicherheit in vielen grenzüberschreitenden Lebensbereichen führen.

Darüber hinaus sind aus heutiger Sicht keine Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KRAVAG-LOGISTIC nachhaltig beeinträchtigen.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Für 2018 erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute ein sich fortsetzendes oder sogar weiter ansteigendes Wirtschaftswachstum in Deutschland. Der Sachverständigenrat prognostiziert in seinem Herbst-Jahresgutachten eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 2,2 % und im Euroraum von 2,1 %.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Die EZB wird ihre sehr expansive Geldpolitik zunächst fortführen. Im zweiten Halbjahr 2018 wird von den Marktteilnehmern eine Änderung in Richtung eines beginnenden Ausstiegs erwartet. Die amerikanische Fed setzt ihre Leitzinserhöhungen und die Bilanznormalisierung fort. Zum Jahresende 2018 wird ein moderater Anstieg des Zinsniveaus und der Aktienkurse erwartet.

In der Kapitalanlagestrategie der KRAVAG-LOGISTIC sorgt der hohe Anteil festverzinslicher und bonitätsstarker Wertpapiere dafür, dass die versicherungstechnischen Verpflichtungen jederzeit erfüllt werden können. Die Chancen an den Kreditmärkten sollen unter der Voraussetzung weiterhin hoher Qualität der Titel, breiter Streuung sowie starker Risikokontrolle genutzt werden. Das Aktienengagement soll abhängig von der Risikotragfähigkeit der KRAVAG-LOGISTIC leicht erhöht werden. Das Immobilien- und Infrastrukturengagement wird bei Vorhandensein attraktiver Investments weiter schrittweise erhöht. Basis der Kapitalanlagetätigkeit ist eine auf Sicherheit bedachte langfristige Anlagestrategie verbunden mit einem modernen Risikomanagement.

Ausblick für die KRAVAG-LOGISTIC

Die KRAVAG-LOGISTIC wird gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Vertriebsweg der Straßenverkehrsgenossenschaften im Geschäftsjahr

2018 fortsetzen und weiterhin eine konsequent kundenorientierte Produktpolitik verfolgen. Beides sind Garantien für die Fortsetzung einer erneut guten Geschäftsentwicklung.

Im Geschäftsjahr startete das Strategieprogramm Wachstum durch Wandel, das die starke Marktposition von R+V und KRAVAG dauerhaft festigen soll. Zu den Eckpunkten des Strategieprogramms zählen die nachhaltige Sicherung ertragreichen Wachstums, die Weiterentwicklung des Vertriebs und der starken R+V Kultur sowie die verstärkte Fokussierung auf die Kundenbelange. Die zukunftsfähige Ausrichtung wird durch die Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie vorangetrieben, die von Angeboten für Kunden und Vertriebspartner bis hin zur Bearbeitung von Kundenanliegen ein breites Spektrum umfasst.

Im Einklang mit dieser Strategie plant die KRAVAG-LOGISTIC für das Geschäftsjahr 2018 einen Beitragsanstieg. Dieser Entwicklung folgend werden sowohl steigende Schadenaufwendungen als auch höhere Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb erwartet. Unter der Voraussetzung, dass die Großschadenentwicklung im Rahmen des Erwartungswerts verläuft, wird dennoch ein leichter Anstieg der Brutto-Schadenquote prognostiziert. Insgesamt wird für das Jahr 2018 wiederum ein zufriedenstellendes Ergebnis erwartet.

Dank

Der Vorstand spricht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der R+V Gruppe für ihren engagierten Einsatz und die geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Die positive Entwicklung der KRAVAG-LOGISTIC ergibt sich aus der Zusammenarbeit mit unseren Geschäftspartnern in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken, den Straßenverkehrsgenossenschaften, den verbundenen Berufsständen und den selbstständigen Agenturen. Hierfür bedanken wir uns.

Insbesondere danken wir unseren Versicherungsnehmern für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

Hamburg, 1. März 2018

Der Vorstand

Betriebene Versicherungszweige

Im Geschäftsjahr wurden folgende Versicherungszweige (untergliedert nach Versicherungsarten), sofern nichts anderes angegeben ist, im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft betrieben:

Unfallversicherung

Kraftfahrt-Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Privathaftpflichtversicherung
Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
Gewässerschaden- und
Umwelthaftpflichtversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Kraftfahrtversicherung

Fahrzeugvollversicherung
Fahrzeugteilversicherung

Rechtsschutzversicherung

Sonstige Sachversicherung

Ausstellungsversicherung
Kunstversicherung
Kühlgüterversicherung
Reisegepäckversicherung ¹⁾
Campingversicherung

Transport- und Luftfahrtversicherung

Kaskoversicherung ¹⁾
Transportgüterversicherung ¹⁾
Valorenversicherung (gewerblich)
Filmversicherung
Verkehrshaftungsversicherung ¹⁾
Übrige nicht aufgegliederte Transportversicherung ¹⁾
Luftfahrt-Kaskoversicherung
Raumfahrzeug-Kaskoversicherung ²⁾

Reisekrankenversicherung ¹⁾

Beistandsleistungsver sicherung

Sonstige Versicherungen

Reise-Rücktrittskosten-Versicherung ¹⁾
Fahrerlaubnisversicherung

¹⁾ auch in Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

²⁾ nur in Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Jahresabschluss 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2017*

Aktiva

in Euro				2017	2016
A. Kapitalanlagen					
I.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			17.225.380,63	18.005.336,54
II.	Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	27.340.217,55			26.721.217,55
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	23.996.352,20			25.995.724,24
3.	Beteiligungen	--,--	51.336.569,75		9.400,--
III.	Sonstige Kapitalanlagen				
1.	Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	474.522.307,07			434.466.429,62
2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	363.127.803,54			330.598.119,22
3.	Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		214.592,96		243.579,70
4.	Sonstige Ausleihungen				
a)	Namensschuldverschreibungen	126.618.981,47			146.489.656,30
b)	Schuldscheinforderungen und Darlehen	78.159.090,05	204.778.071,52		91.215.248,79
5.	Einlagen bei Kreditinstituten		15.000.000,--		--,--
6.	Andere Kapitalanlagen		382.979,26	1.058.025.754,35	252.979,26
				1.126.587.704,73	1.073.997.691,22
B. Forderungen					
I.	Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1.	Versicherungsnehmer	12.006.955,21			8.647.255,57
2.	Versicherungsvermittler	1.724.729,69	13.731.684,90		1.589.544,08
II.	Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		20.253.571,38		3.417.428,57
	Davon an:				
	verbundene Unternehmen				
	20.214.119,13 € (3.313.870,37 €)				
III.	Sonstige Forderungen		24.665.596,38		15.280.351,08
	Davon an:				
	verbundene Unternehmen				
	297.454,63 € (772,48 €)				
				58.650.852,66	28.934.579,30

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

in Euro				2017	2016
C. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte				215.559,49	242.038,75
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand				15.612.017,16	3.057.873,61
III. Andere Vermögensgegenstände				12.102.273,60	10.355.957,38
				27.929.850,25	13.655.869,74
D. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten				12.246.846,49	12.627.902,16
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten				80.922,--	79.335,33
				12.327.768,49	12.707.237,49
Summe Aktiva				1.225.496.176,13	1.129.295.377,75

Passiva

in Euro			2017	2016
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	2.000.000,--			2.000.000,--
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	--,--	2.000.000,--		--,--
II. Kapitalrücklage		90.776.892,69		90.776.892,69
Davon Rücklage gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 5 VAG: --,-- €	(--,-- €)			
III. Gewinnrücklagen				
Andere Gewinnrücklagen		102.877.653,01		83.488.518,82
IV. Bilanzgewinn		9.734.203,62		9.654.930,58
Davon Gewinn-/Verlustvortrag: --,-- €	(--,-- €)			
			205.388.749,32	185.920.342,09
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	4.648.660,21			4.407.931,55
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	603.584,71	4.045.075,50		549.136,--
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.052.510.920,74			979.021.905,84
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	196.181.595,24	856.329.325,50		226.580.360,40
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	19.493.808,87			18.057.144,83
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	4.848.462,--	14.645.346,87		4.529.915,75
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		98.429.653,--		121.545.031,--
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	2.521.662,--			2.648.626,--
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	295.640,50	2.226.021,50		247.631,50
			975.675.422,37	893.773.595,57

in Euro			2017	2016
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			234.626,--	211.554,--
II. Steuerrückstellungen			6.289.699,80	6.193.886,63
III. Sonstige Rückstellungen			5.229.862,26	4.336.289,57
			11.754.188,06	10.741.730,20
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	11.220.888,60			11.095.969,29
2. Versicherungsvermittlern	533.002,03	11.753.890,63		487.392,64
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			259.650,62	285.954,75
III. Sonstige Verbindlichkeiten			20.664.275,13	26.990.393,21
Davon:				
aus Steuern	10.370.686,67 € (10.128.596,49 €)			
im Rahmen der sozialen Sicherheit	32.385,79 € (38.943,10 €)			
gegenüber:				
verbundenen Unternehmen	3.376.981,40 € (14.620.066,37 €)			
Beteiligungsunternehmen	33,43 € (269,44 €)			
			32.677.816,38	38.859.709,89
Summe Passiva			1.225.496.176,13	1.129.295.377,75

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341 f und § 341 g HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Wiesbaden, 23. Februar 2018

Karsten Vogel
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017*

in Euro			2017	2016
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	850.944.158,13			817.014.048,38
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	211.928.344,54			201.295.397,49
		639.015.813,59		
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-240.728,66			-1.075.374,66
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-54.448,71			318.968,--
		-186.279,95		
			638.829.533,64	614.324.308,23
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			161.422,85	174.608,58
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			549.154,74	447.067,69
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	631.568.084,31			614.703.414,68
bb) Anteil der Rückversicherer	168.875.131,87			145.494.304,48
		462.692.952,44		
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	73.489.014,90			61.909.099,56
bb) Anteil der Rückversicherer	-30.398.765,16			18.808.002,75
		103.887.780,06		
			566.580.732,50	512.310.207,01
5. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			-174.973,--	-302.690,75
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			12.533.710,41	13.380.689,01
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		134.598.835,08		133.887.177,63
b) Davon ab:				
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		32.921.862,37		31.311.703,55
			101.676.972,71	102.575.474,08
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			178.500,--	6,85
9. Zwischensumme			-41.254.831,39	-13.017.701,70
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			23.115.378,--	20.804.608,--
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			-18.139.453,39	7.786.906,30

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

in Euro			2017	2016
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
Davon aus verbundenen Unternehmen				
2.294.918,83 € (1.510.438,28 €)				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.755.748,68			1.079.792,23
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	43.582.300,89			29.156.176,10
		45.338.049,57		
b) Erträge aus Zuschreibungen		659.238,25		2.805.129,19
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.335.473,96		258.038,59
			47.332.761,78	33.299.136,11
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	1.808.051,91			1.336.111,43
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	1.565.863,54			2.339.713,38
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	29.600,--			32.960,60
			3.403.515,45	3.708.785,41
			43.929.246,33	29.590.350,70
3. Technischer Zinsertrag			-161.422,85	-174.608,58
			43.767.823,48	29.415.742,12
4. Sonstige Erträge			4.045.836,35	6.976.942,24
5. Sonstige Aufwendungen			6.980.569,64	8.788.211,70
			-2.934.733,29	-1.811.269,46
6. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			40.833.090,19	27.604.472,66
7. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			22.693.636,80	35.391.378,96
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			3.031.350,78	15.923.450,78
9. Sonstige Steuern			193.878,79	158.067,01
Davon: Organschaftsumlage				
1.637,83 € (3.531,69 €)				
			3.225.229,57	16.081.517,79
10. Jahresüberschuss			19.468.407,23	19.309.861,17
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen			9.734.203,61	9.654.930,59
12. Bilanzgewinn			9.734.203,62	9.654.930,58

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss 2017 der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit den um Abschreibungen geminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bei einer dauernden Wertminderung bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgten linear. Zuschreibungen erfolgten gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB; jedoch maximal auf die um planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Andere Kapitalanlagen wurden zu Anschaffungskosten, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vermindert um Abschreibungen, bilanziert. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestanden, wurden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zum Anschaffungswert vorgenommen.

Innerhalb des Postens Andere Kapitalanlagen werden Sicherheiten aus bilateral besicherten OTC-Derivaten saldiert ausgewiesen.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurden entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu den nachfolgend aufgeführten Posten bewertet.

Anteile oder Aktien an Investmentvermögen, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden gemäß Wahlrecht nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB auf den Marktwert abgeschrieben.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden mit dem fortgeführten Anschaffungswert angesetzt. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wurde auf den Zeitwert abgeschrieben. Die Amortisation einer Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung im Anlage- und Umlaufvermögen nicht mehr bestanden, wurden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zum fortgeführten Anschaffungswert vorgenommen.

Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen sowie Sonstige Ausleihungen wurden mit dem fortgeführten Anschaffungswert angesetzt, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Einlagen bei Kreditinstituten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Negative Einlagenzinsen werden saldiert mit Erträgen ausgewiesen.

Im Posten Sonstige Ausleihungen wurden auch derivative Finanzinstrumente erfasst. Das Wahlrecht, ökonomische Sicherungsbeziehungen durch Bildung von Bewertungseinheiten bilanziell nachzuvollziehen, wurde im Falle von perfekten Micro-Hedges (Critical Terms Match) genutzt. Die sich ausgleichenden Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko wurden nach der „Einfrierungsmethode“ nicht erfolgswirksam. Angaben zu den Bewertungseinheiten sind dem Lagebericht zu entnehmen.

Die Forderungen wurden grundsätzlich zu Nennwerten bilanziert. Soweit sie das selbst abgeschlossene Geschäft betreffen, wurden sie einzeln und pauschal wertberichtigt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Die Zugänge und Abgänge des Geschäftsjahres wurden zeitanteilig abgeschrieben. Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 250 Euro und 1.000 Euro lagen, wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über fünf Jahre – beginnend mit dem Jahr der Bildung – abgeschrieben wird.

Negative Zinsen auf laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden in den Sonstigen Aufwendungen ausgewiesen.

Die übrigen Aktivposten wurden mit Nominalbeträgen angesetzt. Erforderliche Wertberichtigungen wurden vorgenommen und aktivisch abgesetzt.

Aufgrund abweichender handels- und steuerrechtlicher Wertansätze bei folgenden Bilanzposten ergaben sich zum 31. Dezember 2017 ausschließlich aktive latente Steuern:

- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken.
- Anteile oder Aktien an Investmentvermögen inklusive steuerliche Ausgleichsposten Fonds
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
- Differenzbetrag aus übertragener Pensionsrückstellung
- Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
- Rückstellung für Schadenregulierungskosten
- Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- Sonstige Rückstellungen (hier: Verkehrsofferhilfe)

Die Bewertung der latenten Steuern erfolgte mit einem Steuersatz von 32,28 %. Die aktiven latenten Steuern wurden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB zum 31. Dezember 2017 nicht bilanziert.

Die Brutto-Beitragsüberträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind grundsätzlich aus den gebuchten Beiträgen nach dem 360stel-System berechnet worden. Bei der Ermittlung der nicht übertragungsfähigen Einnahmeanteile wurde das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 zugrunde gelegt. Der Anteil der Beitragsüberträge für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurde gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des selbst abgeschlossenen Geschäfts wurde für alle bis zum Zeitpunkt der Schließung des Schadenregisters bekannten Versicherungsfälle einzeln ermittelt. Die Forderungen aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen sind verrechnet worden. Für die bis zum Abschlussstichtag eingetretenen oder verursachten, aber zum Bilanzstichtag noch nicht gemeldeten Schäden wurde aufgrund der in den Vorjahren beobachteten Nachmeldungen die Rückstellung um eine Spätschadenrückstellung erhöht. Die in diesem Posten ebenfalls enthaltene Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen ist nach der vom GDV entwickelten pauschalen Berechnungsmethode unter Einbezug von Spätschäden ermittelt worden.

Für die Transportversicherung wurden die Reserven für das Geschäftsjahr und die vorangegangenen zwei Vorjahre entsprechend den Usancen dieser Sparte überwiegend pauschal auf der Grundlage bestimmter Prozentsätze der gebuchten Beiträge ermittelt. Ab dem dritten Vorjahr werden die Schäden einzeln entsprechend den Angaben der abrechnenden Stellen bewertet beziehungsweise geschätzt.

Für einen Teil der Transportbestände sind die Schadenrückstellungen je Schaden ermittelt worden. Für diesen Teilbestand sind für bereits eingetretene, aber noch nicht gemeldete Schäden nach den Erfahrungen der Vorjahre ermittelte Spätschadenrückstellungen eingestellt.

In der Rückstellung ist auch die Deckungsrückstellung für laufende HUK-Renten enthalten. Der verwendete Rechnungszins ist abhängig vom Zeitpunkt, zu dem die Verpflichtung zur Rentenzahlung eingetreten ist:

Zeitraum	Verwendeter Rechnungszins
Vor 2012	2,00 %
Von 2012 bis 2014	1,75 %
Von 2015 bis 2016	1,25 %
Ab 2017	0,90 %

In allen Fällen wurden die Sterbetafel DAV HUR 2006 und eine angemessene Verwaltungskostenrückstellung verwendet.

Im übernommenen Rückversicherungsgeschäft waren die Angaben der Vorversicherer maßgebend.

Bei der Rückstellung für Beitragsrückerstattung handelt es sich um eine gemäß den vertraglichen Vereinbarungen gebildete erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung in der Kraftfahrt- und Transportversicherung.

Die Schwankungsrückstellung wurde gemäß § 341 h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV ermittelt.

Unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen sind die Rückstellung für Verpflichtungen gegenüber der Verkehrsofopferhilfe e.V. entsprechend der Aufgabe des Vereins angesetzt sowie die Stornorückstellung, die Drohverlustrückstellung und die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen ausgewiesen. Die Stornorückstellung wurde aufgrund von Erfahrungssätzen der Vergangenheit ermittelt. Die Berechnung der Drohverlustrückstellung erfolgte aufgrund von Vorjahreswerten und einer Prognose des versicherungstechnischen Ergebnisses auf der Basis des Bestands zum 31. Dezember 2017 und unter Berücksichtigung von Zinserträgen und Restlaufzeiten.

Die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen wurden nach den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die Rückversicherungsberechnungen basierten auf den zum Zeitpunkt der Schließung des Schadenregisters vorliegenden Bruttozahlen, zuzüglich Zuschätzungen für die verbleibenden Tage.

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck. Zukünftige Entwicklungen und Trends wurden berücksichtigt. Die Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen erfolgte auf Basis des von der Deutschen Bundesbank für Oktober 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatzes der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren. Der Zinssatz wurde auf das Jahresende hochgerechnet.

Als Parameter wurden verwendet:

Gehaltsdynamik:	2,50 %
Rentendynamik:	1,75 %
Fluktuation:	0,90 %
Zinssatz Pensionsrückstellungen:	3,67 %

Alle anderen nichtversicherungstechnischen Rückstellungen sind nach § 253 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die Laufzeit der Rückstellungen mehr als ein Jahr beträgt, abgezinst. Der jeweilige Zinssatz wurde auf Basis des von der Bundesbank für Oktober 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatzes der letzten sieben Jahre auf das Jahresende hochgerechnet.

Die Bewertung der in den Sonstigen Rückstellungen enthaltenen Rückstellungen für nicht die Altersversorgung betreffende Ruhestandsleistungen erfolgte nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck. Zukünftige Entwicklungen und Trends wurden berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte auf Basis des von der Deutschen Bundesbank für Oktober 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatzes der letzten sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren. Der Zinssatz wurde auf das Jahresende hochgerechnet und lag bei 2,80 %.

Die übrigen Passivposten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Innerhalb des Postens Sonstige Verbindlichkeiten werden Sicherheiten aus bilateral besicherten OTC-Derivaten saldiert ausgewiesen.

Die unter Aktiva B. Kapitalanlagen I. bis III. geführten Posten sind mit dem Devisenkassamittelkurs zum Anschaffungszeitpunkt oder im Falle einer Anwendung des § 253 Abs. 3 Sätze 5 und 6 HGB mit dem Devisenkassamittelkurs zum 31. Dezember 2017 in Euro umgerechnet worden.

Die übrigen Aktiva und Passiva sind mit dem Devisenkassamittelkurs zum 31. Dezember 2017 in Euro umgerechnet worden.

Die Umrechnung von Fremdwährungszahlungen erfolgte grundsätzlich zum Devisenkassamittelkurs.

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A. I. bis III. im Geschäftsjahr 2017 ¹⁾

	Bilanzwerte Vorjahr		Zugänge
	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro
A. Kapitalanlagen			
A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	18.005	1,7	55
A. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	26.721	2,5	770
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	25.996	2,4	1
3. Beteiligungen	9	0,0	-
4. Summe A. II.	52.726	4,9	771
A. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	434.466	40,5	40.936
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	330.598	30,8	55.772
3. Hypotheken, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	244	0,0	-
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	146.490	13,6	6.707
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	91.215	8,5	1.169
5. Einlagen bei Kreditinstituten	-	0,0	15.000
6. Andere Kapitalanlagen	253	0,0	130
7. Summe A. III.	1.003.266	93,4	119.714
Summe A.	1.073.998	100,0	120.539
Insgesamt	1.073.998		120.539

¹⁾ Summenabweichungen sind rundungsbedingt.

	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	%
	-	-	-	835	17.225	1,5
	-	151	-	-	27.340	2,4
	-	2.000	-	-	23.996	2,1
	-	9	-	-	-	-
	-	2.160	-	-	51.337	4,6
	-	309	161	731	474.522	42,1
	-	23.742	499	-	363.128	32,2
	-	29	-	-	215	0,0
	-	26.578	-	-	126.619	11,2
	-	14.225	-	-	78.159	6,9
	-	-	-	-	15.000	1,3
	-	-	-	-	383	0,0
	-	64.882	659	731	1.058.026	93,9
	-	67.042	659	1.566	1.126.588	100,0
	-	67.042	659	1.566	1.126.588	

A. Kapitalanlagen in Tsd. Euro			2017
	Buchwert	Zeitwert	Reserve
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			
Grundstücken	17.225	29.271	12.046
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	27.340	90.979	63.639
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	23.996	27.145	3.148
3. Beteiligungen	-	-	-
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	474.522	532.177	57.655
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	363.128	400.960	37.833
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	215	219	5
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	126.619	143.437	16.818
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	78.159	91.033	12.874
5. Einlagen bei Kreditinstituten	15.000	15.015	15
6. Andere Kapitalanlagen	383	383	0
	1.126.588	1.330.620	204.032

Für die Ermittlung der Zeitwerte börsennotierter Wertpapiere wurden Börsenkurse oder Rücknahmepreise verwendet. Bei Rententiteln ohne regelmäßige Kursversorgung wurde eine synthetische Marktwertermittlung anhand der Discounted Cashflow Methode vorgenommen.

Die Ermittlung der Marktwerte für die Sonstigen Ausleihungen erfolgte anhand der Discounted Cashflow Methode unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und bonitätsspezifischer Risikozuschläge.

Die beizulegenden Zeitwerte für Beteiligungen wurden anhand der Netto-Ertragswertformel nach IDW S1 in Verbindung mit IDW RS HFA 10 ermittelt, oder es wurde der Net Asset Value zugrunde gelegt.

Die Grundstücke wurden zum 31. Dezember 2017 neu bewertet. Die der Bewertung zugrunde liegenden Bodenrichtwerte werden für die Bestandsobjekte alle fünf Jahre aktualisiert, zuletzt im Jahr 2014.

Soweit darüber hinaus andere Wertansätze verwendet worden sind, entsprechen diese den Bestimmungen des § 56 RechVersV.

Gemäß § 341 b Abs. 2 HGB sind 835,0 Mio. Euro Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Dieses beinhaltet auf Basis der Kurse zum 31. Dezember 2017 positive Bewertungsreserven von 96,1 Mio. Euro und negative Bewertungsreserven von 0,6 Mio. Euro.

Die Bewertungsreserven der gesamten Kapitalanlagen beliefen sich auf 204,0 Mio. Euro, was einer Reservequote von 18,1 % entspricht.

A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Der Bilanzwert der von der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft eigengenutzten Grundstücke und Bauten betrug 15,4 Mio. Euro.

A. II. 1 Anteile an verbundenen Unternehmen in Tsd. Euro					2017
	Anteil am		Geschäftsjahr	Eigenkapital	Ergebnis
Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital in %				
Infrastructure Debt TF2, Luxemburg ¹⁾	1,3	-	-	-	
KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg	49,0	2017	107.258	11.224	
KRAVAG Umweltschutz und Sicherheitstechnik GmbH, Hamburg	100,0	2017	269	30	

¹⁾ Auflage 1. Subfonds AIP in 2017, noch keine Kennzahlen aus Jahresabschluss vorhanden. Kapitalanteilsquote des Infrastructure Debt TF2 inklusive mittelbarem Anteilsbesitz.

A. III. 1. Sonstige Kapitalanlagen – Anteile oder Aktien an Investmentvermögen	Marktwert	Differenz	Ausschüttung	Unterlassene
in Tsd. Euro		Marktwert/	für das	außerplanmäßige
		Buchwert	Geschäftsjahr	Abschreibung
Fondsart				
Aktienfonds	71.650	18.941	3.794	-
Rentenfonds	220.310	6.271	9.970	-
Mischfonds	44.173	555	1.277	-
	336.133	25.767	15.041	-

Die Wertpapierfonds sind überwiegend europäisch beziehungsweise international ausgerichtet und schwerpunktmäßig in Wertpapieren investiert. Der Anlagegrundsatz des § 215 Abs.1 VAG zur Sicherheit wird stets beachtet.

A. Sonstige Kapitalanlagen – Angaben zu Finanzinstrumenten, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden				2017
in Tsd. Euro	Nominalvolumen	Buchwert		Zeitwert
Art				
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	29.968.474	30.434.605		29.836.652
Namensschuldverschreibungen und Sonstige Ausleihungen ²⁾	11.336.948	11.647.984		11.042.863
Beteiligungen und andere Kapitalanlagen	-	619.000		611.028

¹⁾ Aufgrund der gegebenen Bonität der Emittenten sind die Wertminderungen nicht dauerhaft, sondern durch Marktpreisänderungen bedingt.

²⁾ Der niedrigere Zeitwert bezieht sich auf Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen oder Namensgenussscheine, bei denen aufgrund ihrer Bonität von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

A. Sonstige Kapitalanlagen – Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten				2017
in Tsd. Euro				
Art	Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert positiv	Zeitwert negativ
Zinsbezogene Geschäfte				
Vorkäufe / Termingeschäfte Namenspapiere ¹⁾	1.000	-	344	-
Vorkäufe / Termingeschäfte Inhaberschuldverschreibungen ²⁾	47.000	-	5.359	-436
Währungsbezogene Geschäfte				
Devisentermingeschäfte ³⁾	33.688	-	189	-

¹⁾ Zeitwerte wurden auf Basis der Discounted Cashflow Methode ermittelt, Bewertungsparameter hierbei waren die Zinskurve und der Credit-Spread.

²⁾ Zeitwerte wurden auf Basis der Discounted Cashflow Methode ermittelt, Bewertungsparameter hierbei waren der Kassakurs und die Zinskurve.

³⁾ Zeitwerte entsprechen dem diskontierten Delta zwischen vereinbarten Terminkurs und Terminkurs zum Bewertungsstichtag.

Finanzderivate und Strukturierte Produkte wurden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden bewertet. Die Bewertung von Termingeschäften erfolgt mit der Discounted Cashflow Methode, bei Strukturierten Produkten und Swaps wurde ein Shifted Libor-Market Modell verwendet.

Die Marktwerte der ABS-Produkte wurden nach der Discounted Cashflow Methode ermittelt; dabei wurden überwiegend am Markt beobachtbare Werte herangezogen.

C. III. Andere Vermögensgegenstände	2017
in Euro	
Vorausgezahlte Versicherungsleistungen	12.093.738,63
Übrige Vermögensgegenstände	8.534,97
Stand am 31. Dezember	12.102.273,60

D. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2017
in Euro	
Ausgaben, die nachfolgende Geschäftsjahre betreffen	
Stand am 31. Dezember	80.922,--

Erläuterung zur Bilanz – Passiva

A. I. Eingefordertes Kapital	2017
in Euro	
Das gezeichnete Kapital ist in 80.000 nennwertlose Stückaktien (vinkulierte Namensaktien) eingeteilt.	
Stand am 31. Dezember	2.000.000,--

Das gezeichnete Kapital ist unverändert gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2016.

Die R+V KOMPOSIT Holding GmbH, Wiesbaden, hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass sie mehrheitlich an der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft beteiligt ist. Die R+V Versicherung AG, Wiesbaden, und die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, haben gemäß §§ 20 Abs. 4, 21 Abs. 2 AktG ihre mittelbare Mehrheitsbeteiligung mitgeteilt.

A. II. Kapitalrücklage	2017
in Euro	
Stand am 31. Dezember	90.776.892,69

Die Kapitalrücklage ist unverändert gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2016.

Sie entfällt mit 88.782.854,34 Euro auf Agiobeträge gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB. 1.994.038,35 Euro betreffen Zuzahlungen gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB.

A. III. Gewinnrücklagen	2017
in Euro	
Andere Gewinnrücklagen	
Vortrag zum 1. Januar	83.488.518,82
Einstellung aus dem Bilanzgewinn 2016	9.654.930,58
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2017	9.734.203,61
Stand am 31. Dezember	102.877.653,01

B. Versicherungstechnische Bruttorückstellungen	2017		
in Euro	Versicherungs- technische Rückstellungen insgesamt	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	Schwankungs- rückstellung und ähnliche Rückstellungen
Versicherungszweig			
Gesamtes Versicherungsgeschäft			
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	822.275.816,75	810.106.137,12	-
Sonstige Kraftfahrt	110.706.516,14	44.432.427,46	57.230.967,--
Transport und Luftfahrt	228.948.993,15	185.320.924,37	39.121.952,--
Übrige	15.673.378,78	12.651.431,79	2.076.734,--
Stand am 31. Dezember	1.177.604.704,82	1.052.510.920,74	98.429.653,--

B. Versicherungstechnische Bruttorekstellungen			2016
in Euro	Versicherungs-	Rückstellung	Schwankungs-
	technische	für noch nicht	rückstellung
	Rückstellungen	abgewickelte	und ähnliche
Versicherungsweig	insgesamt	Versicherungsfälle	Rückstellungen
Gesamtes Versicherungsgeschäft			
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	766.331.785,49	755.130.255,67	-
Sonstige Kraftfahrt	104.576.785,33	40.139.299,95	56.030.047,-
Transport und Luftfahrt	243.172.657,62	175.465.165,67	63.610.486,-
Übrige	11.599.410,78	8.287.184,55	1.904.498,-
Stand am 31. Dezember	1.125.680.639,22	979.021.905,84	121.545.031,-

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2017
in Euro		
Erfüllungsbetrag		234.626,-
Saldierungsfähiges Deckungsvermögen		--,-
Stand am 31. Dezember		234.626,-

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 32.181,-- Euro. Dieser Unterschiedsbetrag ist für die Ausschüttung gesperrt.

C. III. Sonstige Rückstellungen		2017
in Euro		
Provisionen		1.687.130,-
Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen		201.143,-
Personalkosten		354.724,-
Kapitalanlagenbereich		98.000,-
Jahresabschlusskosten		33.564,-
Übrige Rückstellungen		2.855.301,-
Stand am 31. Dezember		5.229.862,-

Sonstige Bemerkungen

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestanden nicht.
Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, bestanden nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung in Euro			2017
	Gebuchte Bruttobeiträge	Verdiente Bruttobeiträge	Verdiente Nettobeiträge
Versicherungszweig			
Gesamtes Versicherungsgeschäft			
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	469.279.858,58	469.232.210,77	349.646.005,47
Sonstige Kraftfahrt	217.465.930,54	217.385.666,24	162.790.504,70
Transport und Luftfahrt	126.984.674,20	126.949.649,38	97.256.845,83
Übrige	37.213.694,81	37.135.903,08	29.136.177,64
Stand am 31. Dezember	850.944.158,13	850.703.429,47	638.829.533,64

I. 1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung in Euro			2016
	Gebuchte Bruttobeiträge	Verdiente Bruttobeiträge	Verdiente Nettobeiträge
Versicherungszweig			
Gesamtes Versicherungsgeschäft			
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	442.117.080,38	442.122.474,02	329.596.799,65
Sonstige Kraftfahrt	207.389.724,26	207.414.605,21	155.340.733,22
Transport und Luftfahrt	124.659.657,12	124.530.930,56	94.505.126,80
Übrige	42.847.586,62	41.870.663,93	34.881.648,56
Stand am 31. Dezember	817.014.048,38	815.938.673,72	614.324.308,23

I. 2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung

Der technische Zinsertrag betrifft die Verzinsung der durchschnittlichen Renten-Deckungsrückstellung der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung gemäß § 38 Abs. 1 Ziffer 2 RechVersV.

I. 4. Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle in Euro	2017	2016
	Versicherungszweig	
Gesamtes Versicherungsgeschäft		
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	454.264.805,86	427.258.105,27
Sonstige Kraftfahrt	139.270.495,83	136.444.079,93
Transport und Luftfahrt	76.545.611,64	80.555.370,65
Übrige	34.976.185,88	32.354.958,39
Stand am 31. Dezember	705.057.099,21	676.612.514,24

Aus der Abwicklung der aus dem vorhergehenden Geschäftsjahr übernommenen Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ergab sich ein Brutto-Gewinn in Höhe von 49 Mio. Euro, der auf Kraftfahrzeug-Haftpflicht (45 Mio. Euro), Sonstige Kraftfahrt (12 Mio. Euro), Transport und Luftfahrt (4 Mio. Euro) und Übrige (- 12 Mio. Euro) entfällt.

I. 7. Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	2017	2016
in Euro		
Versicherungsweig		
Gesamtes Versicherungsgeschäft		
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	58.013.220,07	55.217.470,21
Sonstige Kraftfahrt	32.254.765,78	31.436.596,91
Transport und Luftfahrt	36.908.591,35	35.393.518,45
Übrige	7.422.257,88	11.839.592,06
Stand am 31. Dezember	134.598.835,08	133.887.177,63
Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen auf		
Abschlussaufwendungen	55.369.113,93	52.739.750,18
Verwaltungsaufwendungen	79.229.721,15	81.147.427,45
	134.598.835,08	133.887.177,63

I. 11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	2017	2016
in Euro		
Versicherungsweig		
Gesamtes Versicherungsgeschäft		
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	-62.513.681,02	-39.165.685,03
Sonstige Kraftfahrt	26.599.587,40	23.097.958,90
Transport und Luftfahrt	21.366.624,82	25.336.078,95
Übrige	-3.591.984,59	-1.481.446,52
Stand am 31. Dezember	-18.139.453,39	7.786.906,30

Rückversicherungssaldo	2017	2016
in Euro		
Versicherungsweig		
Gesamtes Versicherungsgeschäft		
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	12.787.897,48	-8.231.828,66
Sonstige Kraftfahrt	14.110.871,17	12.767.060,64
Transport und Luftfahrt	15.342.755,79	2.393.695,16
Übrige	-1.765.857,69	-928.572,43
Stand am 31. Dezember	40.475.666,75	6.000.354,71

Der Rückversicherungssaldo setzt sich zusammen aus den Anteilen des Rückversicherers an den verdienten Beiträgen, an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle sowie an den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb.

II. 2. Aufwendungen für Kapitalanlagen	2017	2016
in Euro		
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		
Planmäßige Abschreibungen	834.748,93	585.817,01
Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB	-	1.451.132,12
Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB	731.114,61	193.264,25
Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 4 HGB	-	109.500,-
Stand am 31. Dezember	1.565.863,54	2.339.713,38

II. 4. Sonstige Erträge	2017	2016
in Euro		
Erträge aus erbrachten Dienstleistungen	3.658.146,43	4.501.981,10
Zinserträge	174.405,38	2.242.116,66
Übrige Erträge	213.284,54	232.844,48
Stand am 31. Dezember	4.045.836,35	6.976.942,24

II. 5. Sonstige Aufwendungen	2017	2016
in Euro		
Aufwendungen für erbrachte Dienstleistungen	3.717.085,13	4.554.997,76
Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	2.818.280,48	1.956.141,15
Zinsaufwendungen	361.806,50	1.368.639,62
Übrige Aufwendungen	83.397,53	908.433,17
Stand am 31. Dezember	6.980.569,64	8.788.211,70

Sonstige Anhangangaben

Aufsichtsrat

Dr. Norbert Rollinger

Vorsitzender des Vorstands der
R+V Versicherung AG, Wiesbaden
– Vorsitzender –

Werner Gockeln

Geschäftsführender Vorstand der SVG
Bundes-Zentralgenossenschaft Straßenverkehr eG,
Frankfurt am Main
– Stellv. Vorsitzender –

Dr. Christoph Lamby

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

Hans Metzger

Geschäftsführer der Metzger Spedition GmbH,
Neu-Kupfer

Marc René Michallet

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

Ortwin Nast

Vorsitzender der Geschäftsführung (CEO) der
HOYER GmbH, Hamburg

Hans-Dieter Otto

Inhaber der Spedition Otto,
Benneckenstein

Peter Weiler

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

Stefan Wurzel

Geschäftsführer der Erich Wurzel GmbH & Co. KG,
Hamburg

Vorstand

Dr. Edgar Martin

– Vorsitzender –

Michael Busch

Jan Dirk Dallmer

Heinz-Jürgen Kallerhoff

Bestandsentwicklung

Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungen (ohne Transportversicherungen) ohne unterjährige Verträge.

Anzahl der Verträge	2017	2016	Veränderung
Kraftfahrt			
a) Kraftfahrzeug-Haftpflicht	634.277	601.231	33.046
b) Fahrzeugvoll	383.081	362.837	20.244
c) Fahrzeugteil	129.581	124.520	5.061
Kraftfahrtversicherung insgesamt	1.146.939	1.088.588	58.351
Sonstige Versicherungen	40.791	39.122	1.669
	1.187.730	1.127.710	60.020

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen in Euro	2017	2016
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	107.299.123,84	101.269.860,70
2. Löhne und Gehälter	330.316,--	300.000,--
3. Aufwendungen für Altersversorgung	25.350,35	18.551,--
4. Aufwendungen insgesamt	107.654.790,19	101.588.411,70

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr kein Personal.

Für Mitglieder des Vorstands fielen 2017 Bezüge von 330.316,-- Euro (2016: 300.000,-- Euro) in der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft an.

Bezüge an Vorstände, die gleichzeitig Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG sind, wurden von der vertragsführenden Gesellschaft, der R+V Versicherung AG, geleistet.

An frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen wurden wie im Vorjahr keine Bezüge gezahlt. Für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen wurden 2017 im Rahmen der Auslagerung von Pensionsverpflichtungen keine Beitragszahlungen an die Versorgungskasse genossenschaftlich orientierter Unternehmen e.V. vorgenommen.

Die Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen betragen 234.626,-- Euro (2016: 211.554,-- Euro).

Als Vergütung erhielt der Aufsichtsrat 39.881,99 Euro (2016: 40.381,99 Euro).

Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Im Berichtszeitraum sind keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB mit nahe stehenden Unternehmen und Personen getätigt worden.

Angaben zu Haftungsverhältnissen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag ergaben sich aus abgeschlossenen Verträgen und Mitgliedschaften folgende sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB:

in Euro	Angaben zu Betrag	davon gegenüber verbundenen Unternehmen	Risiken	Vorteile
1. Andienungsrechte aus Multitranchen Restlaufzeit > 1 Jahr	23.000.000,--	14.000.000,--	Abfließende Liquidität. Es entstehen Opportunitätskosten durch geringen Zinssatz und ein Emittentenrisiko.	Höherer Kupon des Basisinstruments.
2. Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften Inhaberschuldverschreibungen	47.400.000,--	39.000.000,--	Opportunitätskosten durch geringen Zinssatz; Kontrahentenrisiko und Emittentenrisiko.	Ausgleich unterjähriger Liquiditätsschwankungen und Vermeidung von Marktstörungen bei hohem Anlagebedarf.
Namenschuldverschreibungen	1.000.000,--	--,--	Opportunitätskosten durch geringen Zinssatz. Kontrahentenrisiko und Emittentenrisiko.	Ausgleich unterjähriger Liquiditätsschwankungen und Vermeidung von Marktstörungen bei hohem Anlagebedarf.
3. Nachzahlungsverpflichtungen	6.883.711,27	4.381.000,--	Es besteht eine Verpflichtung zur Auszahlung, dabei ist keine Einflussnahme auf den Zeitpunkt der Inanspruchnahme möglich. Es besteht ein Risiko des zeitlichen Wertverfalls des Titels.	Keine bilanzielle Erhöhung der Kapitalanlagen, solange nicht ausgezahlt wurde. Durch die Nichtauszahlung ergeben sich Liquiditätsvorteile, die gegebenenfalls für eine Kapitalanlage mit besserer Verzinsung genutzt werden können.
Gesamtsumme	78.283.711,27	57.381.000,--		

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber assoziierten Unternehmen bestanden nicht.

Honorare des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr wurden folgende Honorare als Aufwand (netto) erfasst

in Euro	2017
Abschlussprüfungsleistungen	103.000,--

Abschlussprüfer der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft ist die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Angaben zur Identität der Gesellschaft und zum Konzernabschluss

Die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft mit Sitz Heidenkampsweg 102, 20097 Hamburg, ist beim Amtsgericht Hamburg unter HRB 76536 eingetragen.

Die R+V Versicherung AG, Wiesbaden, erstellt einen Konzernabschluss nach IFRS, in den der Jahresabschluss der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2017 einbezogen wird. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Konzernabschluss der R+V Versicherung AG wird als Teilkonzern in den übergeordneten Konzernabschluss der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, mit befreiender Wirkung einbezogen. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs sind nicht zu berichten.

Gewinnverwendungsvorschlag	2017
in Euro	
Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn von 9.734.203,62 Euro wie folgt zu verwenden:	
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	9.734.203,62

Hamburg, 1. März 2018

Der Vorstand

Dr. Martin

Busch

Dallmer

Kallerhoff

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die KRAVAG-LOGISTIC
Versicherungs-Aktiengesellschaft

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotene Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unse-

res Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von nicht notierten Finanzinstrumenten und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Für den überwiegenden Teil der nicht notierten Finanzinstrumente, insbesondere Schuldverschreibungen und Darlehen sowie strukturierte Finanzinstrumente werden die beizulegenden Zeitwerte mittels marktüblicher anerkannter Bewertungsverfahren, insbesondere Discounted Cashflow Methoden sowie dem Shifted Libor-Market Modell ermittelt. Ferner kommen in geringerem Umfang instrumentenspezifische anerkannte Bewertungsverfahren zur Anwendung. Als Eingangsdaten werden hierbei prinzipiell am Markt beobachtbare Bewertungsparameter, vereinzelt aber auch instrumentenspezifische Modellparameter, wie z.B. laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge und Volatilitäten, verwendet. Bei der Festlegung dieser Bewertungsparameter bestehen ermessensbehaftete Spielräume. Ferner übt der Vorstand unter Verwendung festgelegter Aufgreifkriterien Ermessen bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei allen wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten aus.

Infolge des bei der Festlegung der wesentlichen Bewertungsparameter im Rahmen der Bewertung nicht börsennotierter Finanzinstrumente als auch bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei den wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten bestehenden Ermessens handelt es sich um einen

besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Darüber hinaus machen die nicht börsennotierten Finanzinstrumente einen hohen Anteil am Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft aus.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst das interne Kontrollsystem im Hinblick auf die Ausgestaltung und Wirksamkeit der implementierten Kontrollen getestet. Der Schwerpunkt unserer Kontrolltests lag dabei auf Kontrollen, die die korrekte Zeitwertermittlung sicherstellen sollen sowie auf solchen im Zusammenhang mit der Überprüfung der Dauerhaftigkeit etwaiger Wertminderungen.

Für nicht notierte Finanzinstrumente haben wir die verwendeten Bewertungsverfahren dahingehend beurteilt, ob diese bei sachgerechter Anwendung eine verlässliche Ermittlung des Zeitwerts gewährleisten. Ferner haben wir die verwendeten Bewertungsparameter (insbesondere laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge sowie Volatilitäten und Wahrscheinlichkeitsschätzungen) untersucht. Dabei haben wir ermessensabhängige am Markt beobachtbare Bewertungsparameter dahingehend untersucht, ob sich diese innerhalb einer am Markt beobachtbaren Bandbreite befinden bzw. ob instrumentenspezifisch verwendete Bewertungsparameter geeignet sind. In diesem Zusammenhang haben wir die am Markt beobachtbaren verwendeten Bewertungsparameter durch Abgleich mit öffentlich verfügbaren Bewertungsparametern in Stichproben abgeglichen bzw. instrumentenspezifische Bewertungsparameter auf deren Geeignetheit beurteilt und die errechneten Zeitwerte durch eigene Berechnungen unter Einsatz von speziell hierfür ausgebildeten Mitarbeitern validiert.

Die so von dem Vorstand ermittelten Zeitwerte nicht notierter Finanzinstrumente wurden gemeinsam mit den Zeitwerten für notierte Finanzinstrumente sodann bei der Prüfung im Hinblick auf eine mögliche Dauerhaftigkeit etwaiger Wertminderungen herangezogen. Die verwendeten Aufgreifkrite-

rien zur Feststellung einer dauerhaften Wertminderung sowie deren stetige Anwendung waren ebenfalls Gegenstand unserer Prüfung. Hierbei haben wir insbesondere überprüft, ob für alle relevanten Finanzinstrumente eine dokumentierte Einschätzung im Hinblick auf eine vorliegende Wertminderung getroffen und die Ermessensentscheidungen bei der Bestimmung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sachgerecht und im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben ausgeübt wurden.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für die wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumente ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und zur Bestimmung von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst unter anderem die Teilrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle, deren Bewertung sich nach den Vorgaben des § 341g HGB richtet.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt einzeln und basiert auf einem vom Vorstand auf der Grundlage aktueller Informationen zum Schadenverlauf und der Abwicklung vergleichbarer Schäden angenommenen zukünftigen Schadenverlauf.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle erfolgt auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Verfahrens, für das vom Vorstand Annahmen in Bezug auf die voraussichtliche Anzahl nachgemeldeter Schäden sowie des voraussichtlich aufzuwendenden Entschädigungsbetrages zugrunde gelegt werden. Die Berechnungsmethode basiert auf einem vergangenheitsbezogenen Beobachtungszeitraum von fünf Jahren, in Einzelfällen von 15 Jahren. Je Versicherungszweig und -art wird die Rückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle aus dem Produkt der erwarteten Anzahl der Versicherungsfälle und dem erwarteten Durchschnittsaufwand je Schaden für jedes Anfalljahr jährlich neu berechnet.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist ein wesentlicher Passivposten in der Bilanz des Unternehmens. Aufgrund der großen Anzahl der einzeln bewerteten Schadenfälle und der Ermessensspielräume bei der Bewertung der Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle sowie dem Ermessensspielraum bei den Annahmen bei der Berechnung der Rückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle haben wir die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt. Hier besteht das Risiko, dass die Brutto-Rückstellungen für bekannte und für unbekanntes Versicherungsfälle insgesamt und in den einzelnen Versicherungszweigen nicht ausreichend bemessen sind.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns im Rahmen unserer Abschlussprüfung mit dem Prozess der Schadenbearbeitung und der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle und den dort zur Anwendung gelangten Verfahren, Methoden und Kontrollmechanismen auseinandergesetzt.

Dabei haben wir für die Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle anhand der Bearbei-

tung einzelner Schadenfälle untersucht, ob der Prozess der Schadenbearbeitung und -reservierung von der Schadenmeldung bis zur Abbildung in der Bilanz angemessen ausgestaltet ist. Die in diesem Prozess implementierten Kontrollen haben wir hinsichtlich ihrer Ausgestaltung und Wirksamkeit getestet. Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von Schadenfällen untersucht, ob die hierfür gebildeten Rückstellungen auf Grundlage der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zum Bilanzstichtag ausreichend bemessen sind. Zusätzlich haben wir unter Zuhilfenahme von Datenanalysen die Qualität des der Schadenreserve zugrunde liegenden Datenbestandes analysiert, indem wir die Summen- und Altersstruktur der Einzelschäden untersucht haben.

Ferner haben wir zur Beurteilung der Angemessenheit der Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle in den geschäftsbestimmenden Sparten auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren (Chain Ladder und Bornhuetter Ferguson) eigene Schadenprojektionen durchgeführt und den hierbei von uns ermittelten besten Schätzwert für die einzelnen Sparten als Maßstab für die Beurteilung der Bewertung der zusammengefassten Einzelreserven zugrunde gelegt. Außerdem haben wir die Schadenquoten und Schadendurchschnitte anhand von Mehrjahresvergleichen auf Auffälligkeiten in Bezug auf die Bewertung analysiert.

Zur Prüfung der Bewertung der Rückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle haben wir die in die Berechnung einbezogene Datengrundlage in Form des Schadenregisters auf Vollständigkeit untersucht sowie die zugrunde gelegten erwarteten hochgerechneten zukünftigen Schadenzahlen auf Angemessenheit analysiert sowie rechnerisch nachvollzogen. Daneben haben wir das Verfahren zur Festlegung der Schätzwerte der erwarteten Entschädigungshöhen untersucht.

Ferner haben wir beurteilt, ob die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungs-

fälle in den Vorjahren nach aktuellen Erkenntnissen ausgereicht haben, um die tatsächlich eingetretenen Schadenfälle zu decken und so Indikationen für die Angemessenheit der Schätzungen der Vergangenheit zu erhalten.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Versicherungsmathematiker eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines

Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kom-

men, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang

und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 17. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2012 als Abschlussprüfer der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Martin Gehringer.

Eschborn/Frankfurt am Main, den 2. März 2018

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gehringer	Piening
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2017 bei seiner Arbeit berücksichtigt.

Im Jahr 2017 entwickelte sich die Konjunktur in Deutschland nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts mit einer Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Lage der Versicherungswirtschaft war von den konjunkturellen Rahmenbedingungen geprägt. Die Beitragseinnahmen der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft konnten gegenüber dem Vorjahr um 4,2 % gesteigert werden.

Aufsichtsrat und Ausschüsse

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Personalausschuss und einen Prüfungsausschuss gebildet.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften fortlaufend überwacht und beratend begleitet sowie über die vorgelegten zustimmungspflichtigen Geschäfte entschieden. Die Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses bezog sich insbesondere auch auf die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems sowie des internen Kontrollsystems und des internen Revisionssystems.

Bei Bedarf werden für die Aufsichtsratsmitglieder interne Informationsveranstaltungen zu den Themen Risikomanagement und Solvency II, Rechtsfragen der Aufsichtsratsstätigkeit, Kapitalanlage von Versicherungsunternehmen und Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen durchgeführt.

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich Bericht erstattet. Dies erfolgte in den Aufsichtsrats- und Ausschusssitzungen sowie durch vierteljährliche schriftliche Berichte des Vorstands. Der Aufsichtsrat wurde dabei durch den Vorstand regelmäßig detailliert über den Geschäftsverlauf sowie die Risikosituation mit der ökonomischen und regulatorischen Risikotragfähigkeit der Gesellschaft informiert. Darüber hinaus wurde dem Aufsichtsrat durch den Vorstand über die Risikostrategie und das Risikomanagementsystem berichtet.

Der Aufsichtsrat hat die genannten Themen mit dem Vorstand erörtert, den Vorstand beraten und dessen Geschäftsführung überwacht. Der Aufsichtsrat hat sich dabei intensiv mit den regulatorischen Rahmenbedingungen auseinandergesetzt. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung und bei zustimmungsbedürftigen Geschäften war der Aufsichtsrat stets eingebunden.

Darüber hinaus wurden durch den Vorsitzenden des Vorstands mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats auch außerhalb der Sitzungen vorab wesentliche wichtige Entscheidungen und wesentliche Geschäftsentwicklungen erörtert.

Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse

Im Geschäftsjahr 2017 haben drei Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden, zu denen der Aufsichtsrat am 17. Mai 2017, am 29. Juni 2017 und am 14. Dezember 2017 zusammentrat.

Darüber hinaus tagte der Prüfungsausschuss am 4. Mai 2017. Der Personalausschuss hat am 17. Mai 2017 und am 14. Dezember 2017 getagt. In den Sitzungen haben der Aufsichtsrat und die Ausschüsse mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands entgegengenommen und erörtert.

In dringenden Fällen hat der Aufsichtsrat im Wege des schriftlichen Beschlussverfahrens entschieden.

Beratungen im Aufsichtsrat und den Ausschüssen

Der Aufsichtsrat hat sich im Rahmen seiner Tätigkeit detailliert mit der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft, der Unternehmensplanung und -perspektive sowie wesentlichen Finanzkennzahlen auseinandergesetzt. Der Aufsichtsrat hat dabei die regulatorischen Rahmenbedingungen sowie die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf die strategische Ausrichtung berücksichtigt. In besonderer Weise erörterte der Aufsichtsrat die Kapitalanlagepolitik des Vorstands vor dem Hintergrund der anhaltenden Euro- und Staatsschuldenkrise sowie des Niedrigzinsumfelds. Schwerpunkte der Besprechungen und Diskussionen im Aufsichtsrat bildeten ferner die Entwicklung der Wettbewerbssituation in der Kraftfahrzeugversicherung, der Transport- und Luftfahrtversicherung und der Reiseversicherung, die Schadenlage sowie das Schadenregulierungsmanagement und die strategische Unternehmensentwicklung. Darüber hinaus wurde über die Risikostrategie und das Risikomanagementsystem berichtet.

Der Prüfungsausschuss hat sich mit der Vorprüfung des Jahresabschlusses, der Risikostrategie und dem Risikobericht, der aufsichtsrechtlichen Berichtserstattung zu den Solvency II-Schlüsselfunktionen Risikomanagement-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion, Compliance-Funktion und Revisions-Funktion, der Mandatierung des Abschlussprüfers mit Nichtprüfungsleistungen und der Vorbereitung der Bestellung des Abschlussprüfers auseinandergesetzt. Ferner hat der Prüfungsausschuss eine Änderung der Leitlinien zur Billigung von Nichtprüfungsleistungen des Abschlussprüfers beschlossen.

Der Personalausschuss hat sich im Schwerpunkt mit der Bestellung und der Vergütung von Vorstandsmitgliedern befasst.

Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer

Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben den Abschlussprüfer Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften ausgewählt und bestellt. Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben fortlaufend die Unabhängigkeit und die Prüfungsqualität des Abschlussprüfers überwacht.

Der Abschlussprüfer hat den durch den Vorstand vorgelegten Jahresabschluss der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2017 als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden. Der Abschlussprüfer hat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Prüfungsbericht ist den Mitgliedern des Aufsichtsrats zugegangen und wurde in den Sitzungen umfassend erörtert und beraten. Der Aufsichtsrat stimmt dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zu.

Feststellung des Jahresabschlusses

Der Prüfungsausschuss und der Aufsichtsrat haben den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 eingehend geprüft.

Sowohl an der Sitzung des Prüfungsausschusses am 17. April 2018 als auch an der Sitzung des Aufsichtsrats am 24. April 2018 nahmen die Vertreter des Abschlussprüfers teil, um über die wesentlichen Prüfungsergebnisse zu berichten. Hierzu lag der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, vor. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht sowie die Prüfungsschwerpunkte Zeitwertermittlung der Kapitalanlagen, Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Beitragsvereinbarung und Prüfung des Risikofrüherkennungssystems nach § 91 Abs. 2 AktG wurden erörtert. Die Vertreter des Abschlussprüfers standen den Mitgliedern des Ausschusses und des Aufsichtsrats für zusätzliche Erläuterungen zur Verfügung. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat den Aufsichtsrat umfassend über die Beratungen des Ausschusses unterrichtet.

Der Aufsichtsrat hat gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 keine Einwendungen erhoben und sich dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers angeschlossen.

Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 wurde durch den Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 24. April 2018 entsprechend dem Empfehlungsbeschluss des Prüfungsausschusses gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Mit dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns hat sich der Aufsichtsrat einverstanden erklärt.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen vor und wurden geprüft.

Der Abschlussprüfer hat dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat sich dieser Beurteilung angeschlossen und keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhoben.

Veränderungen im Vorstand

Herr Dr. Edgar Martin wurde in der Aufsichtsratsitzung am 17. Mai 2017 mit sofortiger Wirkung zum Vorsitzenden des Vorstands wiedergewählt.

Veränderungen im Aufsichtsrat und den Ausschüssen

Im Aufsichtsrat und den Ausschüssen gab es im Jahr 2017 keine Veränderungen.

Dank an Vorstand und Mitarbeiter

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der R+V-Gruppe für die im Jahr 2017 geleistete Arbeit.

Hamburg, 24. April 2018

Der Aufsichtsrat

Dr. Rollinger
Vorsitzender

Gockeln
Stellv. Vorsitzender

Dr. Lamby

Metzger

Michallet

Nast

Otto

Weiler

Wurzel

KRAVAG-ALLGEMEINE
Versicherungs-Aktiengesellschaft

Geschäftsbericht
2017

Vorgelegt zur ordentlichen Hauptversammlung
am 28. Juni 2018

KRAVAG-ALLGEMEINE		2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Anzahl der Verträge	in Tsd.	2.319,2	2.163,4	2.030,4	1.951,5	1.893,9	1.840,0	1.882,7	1.923,4	1.784,7
Gebuchte Beiträge brutto	in Mio. Euro	475,2	442,0	417,5	401,4	378,6	351,9	341,8	328,7	304,2
Kapitalanlagen	in Mio. Euro	568,1	521,1	471,5	418,5	400,2	363,8	337,8	341,1	337,3
Erträge aus Kapitalanlagen	in Mio. Euro	20,4	17,8	19,8	17,9	18,5	16,9	18,1	17,2	17,4
Nettoverzinsung der Kapitalanlagen	in %	3,6	3,3	4,1	4,3	4,1	4,8	4,6	4,7	5,2
Aufwendungen für Versicherungsfälle brutto	in Mio. Euro	383,3	351,6	331,4	319,0	315,7	295,9	303,4	292,1	274,4
Schadenrückstellung brutto	in Mio. Euro	487,9	450,1	420,3	391,6	358,7	333,7	305,0	286,7	273,2
Schwankungsrückstellung	in Mio. Euro	75,7	63,6	48,6	34,9	17,7	11,8	10,0	7,7	5,7
Eigenkapital	in Mio. Euro	107,3	96,0	88,7	76,3	69,5	62,9	61,9	64,5	67,3
Bilanzsumme	in Mio. Euro	614,1	564,9	520,7	463,5	451,8	401,8	377,7	380,7	374,9

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit

Die KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft (KRAVAG-ALLGEMEINE) betreibt die Kraftfahrtversicherung über den Vertriebsweg Makler und Mehrfachagenten. Das Versicherungsprogramm umfasst die Kraftfahrtversicherung einschließlich der Beistandsleistungsversicherung sowie die Rückversicherung in allen Versicherungszweigen. Die KRAVAG-ALLGEMEINE betrieb im Geschäftsjahr ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft.

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die Anteile der KRAVAG-ALLGEMEINE werden zu 49,0 % von der KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft und zu 51,0 % von der R+V KOMPOSIT Holding GmbH gehalten. Die R+V KOMPOSIT Holding GmbH wiederum ist eine 100 %-ige Tochter der R+V Versicherung AG, die als Obergesellschaft des R+V Konzerns fungiert.

Die R+V Versicherung AG befindet sich über direkt und indirekt gehaltene Anteile mehrheitlich im Besitz der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ BANK AG), Frankfurt am Main. Weitere Anteile werden von anderen genossenschaftlichen Verbänden und Instituten gehalten. Der Vorstand der R+V Versicherung AG trägt die Verantwortung für das gesamte Versicherungsgeschäft innerhalb des DZ BANK Konzerns.

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt. Der R+V Konzern wird geführt wie ein einheitliches Unternehmen.

Die einheitliche Leitung des R+V Konzerns findet ihren Niederschlag darüber hinaus in den zwischen den Gesellschaften abgeschlossenen umfangreichen internen Ausgliederungsvereinbarungen.

Aufgrund vertraglicher Regelungen vermittelt der Außendienst der R+V Allgemeine Versicherung AG für die KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungsverträge in allen Sparten.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

In dem nach § 312 Aktiengesetz (AktG) erstellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand erklärt, dass die KRAVAG-ALLGEMEINE nach den Umständen, die ihm zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die im Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat und dadurch, dass andere berichtspflichtige Maßnahmen weder getroffen noch unterlassen wurden, nicht benachteiligt wurde.

Personalbericht

Die KRAVAG-ALLGEMEINE beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Auf der Grundlage der bestehenden internen Ausgliederungsverträge werden die Aufgaben durch Mitarbeiter der R+V übernommen.

Verbandszugehörigkeit

Die KRAVAG-ALLGEMEINE ist unter anderem Mitglied folgender Verbände/Vereine:

- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV), Berlin
- Verkehrsofferhilfe e.V., Hamburg
- Versicherungsombudsmann e.V., Berlin

KRAVAG-ALLGEMEINE im Markt

Maßgeschneiderte Versicherungsprodukte = gute Marktposition

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 erreichte die KRAVAG-ALLGEMEINE wiederum einen deutlich über der Marktentwicklung liegenden Beitragsanstieg.

Den Grundstein für diese positive Entwicklung bildet - wie in den Vorjahren - die unverändert erfolgreiche und zuverlässige Zusammenarbeit mit den unabhängigen Maklern und Mehrfachagenten. Dieser verlässliche Vertriebsweg in Verbindung mit maßgeschneiderten Versicherungsprodukten, die sich konsequent an den Kundenbedürfnissen ausrichten, ermöglicht es der KRAVAG-ALLGEMEINE, eine große Kundengruppe zu erreichen und ihre gute Marktposition zu festigen und auszubauen.

Geschäftsverlauf der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-AG

Geschäftsverlauf im Überblick

Mit einem Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge um 7,5 % auf 475,2 Mio. Euro (2016: 442,0 Mio. Euro) konnte die KRAVAG-ALLGEMEINE die gute Beitragsentwicklung des Vorjahrs erneut übertreffen. Die bestimmenden Faktoren für diese anhaltend positive Entwicklung waren wiederum die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Maklervertrieb sowie die stringente Ausrichtung der Versicherungsprodukte auf die Bedürfnisse der Versicherungskunden.

Die Geschäftsjahresschadenaufwendungen entwickelten sich im Vergleich zum Beitragswachstum unterproportional um 6,5 % auf 403,8 Mio. Euro (2016: 379,2 Mio. Euro). Infolgedessen ergab sich eine verbesserte Geschäftsjahresschadenquote von 84,9 % (2016: 85,9 %). Unter Berücksichtigung des Abwicklungsergebnisses der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergab sich eine bilanzielle Brutto-Schadenquote von 80,6 % (2016: 79,6 %).

Die Brutto-Kostenquote lag bei 15,3 % (2016: 16,1 %).

Vor Veränderung der Schwankungsrückstellung ergab sich ein versicherungstechnisches Nettoergebnis von 10,3 Mio. Euro (2016: 13,0 Mio. Euro).

Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 12,1 Mio. Euro (2016: 15,0 Mio. Euro) belief sich das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung auf - 1,9 Mio. Euro (2016: - 2,0 Mio. Euro).

Das Kapitalanlageergebnis lag bei 19,4 Mio. Euro (2016: 16,3 Mio. Euro). Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen betrug - 2,3 Mio. Euro (2016: - 1,5 Mio. Euro). Somit ergab sich ein nicht-versicherungstechnisches Ergebnis von 17,0 Mio. Euro (2016: 14,7 Mio. Euro).

Für den Steueraufwand des Geschäftsjahres von 3,9 Mio. Euro (2016: 5,4 Mio. Euro) ergaben sich aus den Neuregelungen des Investmentsteuerreformgesetzes (InvStRefG) und den dazu ergangenen Übergangsvorschriften entlastende Wirkungen. Zur weiteren Erläuterung wird auf den Abschnitt Ergebnis aus Kapitalanlagen verwiesen. Gegenläufige Wirkungen unter anderem aufgrund der steuerlichen Bewertung der Schadenreserven kompensieren diesen Effekt.

Der Jahresüberschuss belief sich danach auf 11,2 Mio. Euro (2016: 7,3 Mio. Euro).

Geschäftsverlauf im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Kraftfahrtversicherung (gesamt)

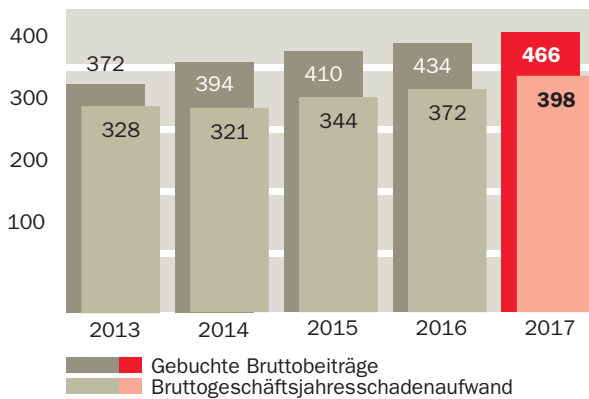
Beitragswachstum in allen Sparten

Die KRAVAG-ALLGEMEINE betreibt im Wesentlichen die Kraftfahrtversicherung. Die Daten sind daher nahezu identisch mit denen des Gesamt-Geschäftsverlaufs. Die Kraftfahrtunfallversicherung und die Beistandsleistungsversicherung werden gesondert ausgewiesen.

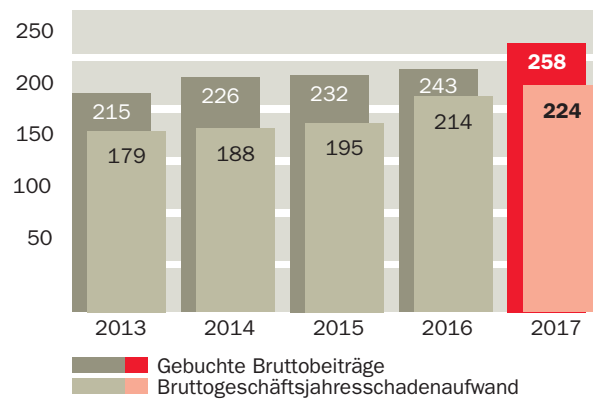
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Die Sparte Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung stellt mit einem Anteil von 54,4 % (2016: 55,0 %)

**Kraftfahrtversicherung gesamt
in Mio. Euro**



**Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
in Mio. Euro**



der gesamten Beiträge unverändert die beitragsstärkste Sparte dar. Hier verzeichnete die KRAVAG-ALLGEMEINE einen Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge um 6,3 % auf 258,3 Mio. Euro (2016: 243,0 Mio. Euro).

Die Entwicklung der Geschäftsjahresschadenaufwendungen folgte der Beitragsentwicklung nur unterproportional. Sie stiegen um 4,5 % auf 224,0 Mio. Euro (2016: 214,4 Mio. Euro) an. Unter Berücksichtigung des Abwicklungsergebnisses der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellungen ergab sich eine bilanzielle Brutto-Schadenquote in Höhe von 80,4 % (2016: 79,6 %).

Unter Einbezug der verbesserten Brutto-Kostenquote von 15,3 % (2016: 16,1 %) befand sich die Brutto-Combined-Ratio mit 95,7 % auf dem Niveau des Vorjahrs (2016: 95,7 %).

Das versicherungstechnische Nettoergebnis für eigene Rechnung in der Sparte Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung lag bei 5,4 Mio. Euro (2016: 6,4 Mio. Euro).

Sonstige Kraftfahrtversicherung

Die Sonstige Kraftfahrtversicherung beinhaltet die Sparten Vollkasko und Teilkasko. Sie weist aufgrund der engen Anbindung an die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung ebenfalls einen Anstieg der

gebuchten Bruttobeiträge aus. Diese erhöhten sich um 8,7 % auf 207,4 Mio. Euro (2016: 190,9 Mio. Euro). Hierbei verschob sich das Verhältnis erneut leicht zugunsten der Sparte Vollkasko.

Die Geschäftsjahresschadenaufwendungen entwickelten sich im Vergleich zur Beitragsentwicklung überproportional und stiegen um 10,4 % auf 174,3 Mio. Euro (2016: 157,9 Mio. Euro). Ursächlich hierfür waren insbesondere ein Anstieg der gemeldeten Schäden sowie gestiegene durchschnittliche Schadenhöhen. Unter Einbezug des Abwicklungsergebnisses der aus dem Vorjahr übernommenen Schadenrückstellungen ergab sich eine bilanzielle Brutto-Schadenquote von 82,6 % (2016: 79,4 %).

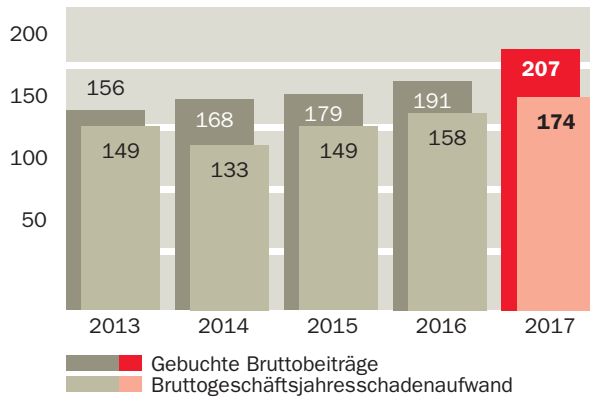
Die Brutto-Kostenquote verbesserte sich auf 15,2 % (15,9 %).

Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 9,9 Mio. Euro (2016: 14,0 Mio. Euro) verbesserte sich das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung auf - 8,4 Mio. Euro (2016: - 9,0 Mio. Euro).

Kraftfahrtunfallversicherung

Die gebuchten Bruttobeiträge in der Kraftfahrtunfallversicherung beliefen sich auf 4,9 Mio. Euro nach 4,2 Mio. Euro im Vorjahr.

Sonstige Kraftfahrtversicherung in Mio. Euro



Die Geschäftsjahresschadensaufwendungen lagen mit 2,3 Mio. Euro unter dem Wert des Vorjahrs (2016: 4,2 Mio. Euro), das durch Großschäden belastet war. Unter Berücksichtigung des Abwicklungsergebnisses der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellungen ergab sich eine bilanzielle Brutto-Schadenquote von 13,8 % (2016: 107,2 %).

Die Brutto-Kostenquote verbesserte sich auf 23,6 % (2016: 25,7 %), so dass sich eine Brutto-Combined-Ratio von 37,4 % ergab (2016: 132,9 %).

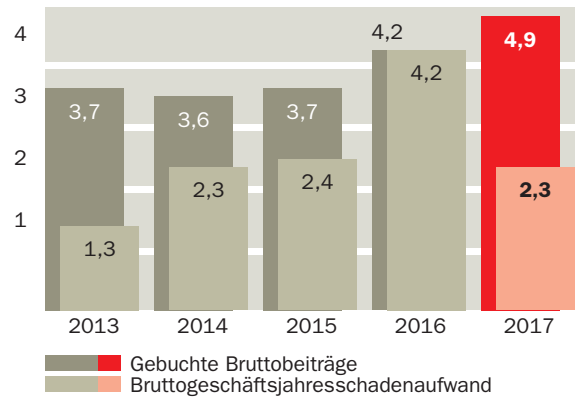
Der Schwankungsrückstellung wurden 1,8 Mio. Euro zugeführt (2016: 0,5 Mio. Euro). Danach verblieb ein versicherungstechnischer Gewinn für eigene Rechnung in Höhe von 0,9 Mio. Euro (2016: 0,5 Mio. Euro).

Beistandsleistungsversicherung

In der unverändert kleinsten Sparte der KRAVAG-ALLGEMEINE mit einem Anteil an den gebuchten Bruttobeiträgen von 1,0 % stiegen die gebuchten Bruttobeiträge auf 4,5 Mio. Euro (2016: 3,9 Mio. Euro).

Die bilanzielle Brutto-Schadenquote belief sich auf 69,5 % (2016: 65,1 %).

Kraftfahrtunfallversicherung in Mio. Euro

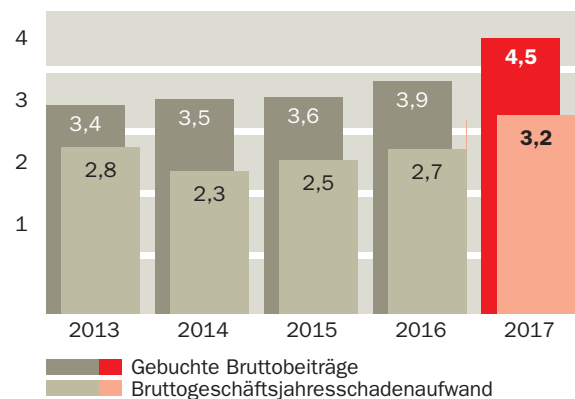


Die Sparte schloss das Geschäftsjahr nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 0,4 Mio. Euro (2016: 0,5 Mio. Euro) mit einem versicherungstechnischen Gewinn für eigene Rechnung in Höhe von 0,2 Mio. Euro (2016: 0,1 Mio. Euro) ab.

Zusammenfassende Würdigung des Geschäftsverlaufs

Erneut lag das Beitragswachstum über der Marktentwicklung und bestätigt damit die stabile Marktposition der KRAVAG-ALLGEMEINE. Die Geschäftsjahresschäden entwickelte sich im Vergleich zum Beitragswachstum unterproportional.

Beistandsleistungsversicherung in Mio. Euro



Die Brutto-Kostenquote verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich.

Aus dem Kapitalanlageergebnis von 19,4 Mio. Euro (2016: 16,3 Mio. Euro) und einem Sonstigen Ergebnis von - 2,3 Mio. Euro (2016: - 1,5 Mio. Euro) ergab sich ein nichtversicherungstechnisches Ergebnis von 17,0 Mio. Euro (2016: 14,7 Mio. Euro).

Insgesamt wies die KRAVAG-ALLGEMEINE einen Jahresüberschuss in Höhe von 11,2 Mio. Euro aus (2016: 7,3 Mio. Euro).

Ertragslage

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge verzeichneten in 2017 einen Anstieg von 7,5 % auf 475,2 Mio. Euro (2016: 442,0 Mio. Euro). Die verdienten Nettobeiträge erhöhten sich um 7,9 % auf 355,7 Mio. Euro (2016: 329,5 Mio. Euro). Die Selbstbehaltsquote lag mit 74,8 % auf Vorjahresniveau (2016: 74,6 %).

Versicherungsleistungen

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle stiegen um 9,0 % auf 383,3 Mio. Euro (2016: 351,6 Mio. Euro). Der Anstieg ist neben dem Anstieg der Geschäftsjahresschadenaufwendungen im Versicherungszweig Sonstige Kraftfahrtversicherung auch auf ein rückläufiges Abwicklungsergebnis der aus dem Vorjahr übernommenen Rückstellungen zurückzuführen. Die bilanzielle Brutto-Schadenquote lag bei 80,6 % (2016: 79,6 %).

Kosten

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb folgten der Beitragsentwicklung nur unterproportional und stiegen um 2,5 % auf 73,0 Mio. Euro. Bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge lag die Brutto-Kostenquote bei 15,3 % (2016: 16,1 %).

Versicherungstechnisches Ergebnis

Das versicherungstechnische Bruttoergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung betrug 20,5 Mio. Euro (2016: 19,5 Mio. Euro). Nach Berücksichtigung der Anteile der Rückversicherer von - 10,2 Mio. Euro (2016: - 6,5 Mio. Euro) und einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 12,1 Mio. Euro (2016: 15,0 Mio. Euro) verblieb ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von - 1,9 Mio. Euro (2016: - 2,0 Mio. Euro).

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Die KRAVAG-ALLGEMEINE erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 19,7 Mio. Euro. Das Kapitalanlageergebnis hat sich 2017 um einen einmaligen Sondereffekt aufgrund der Neuregelungen des InvStRefG und der dazu ergangenen Übergangsvorschriften erhöht. In früheren Jahren thesaurierte, aber bereits versteuerte Investmenterträge wurden in 2017 ausgeschüttet, um zeitnah eine steuerentlastende Wirkung zu erzielen. Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 0,9 Mio. Euro ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 18,8 Mio. Euro (2016: 15,6 Mio. Euro).

Bei den Kapitalanlagen der KRAVAG-ALLGEMEINE ergaben sich Abschreibungen von 0,1 Mio. Euro. Aufgrund von Wertaufholungen wurden 0,5 Mio. Euro zugeschrieben. Durch Veräußerungen von Vermögenswerten erzielte die KRAVAG-ALLGEMEINE Veräußerungsgewinne von 0,3 Mio. Euro. Aus dem Saldo der Zu- und Abschreibungen sowie den Veräußerungsgewinnen resultierte ein außerordentliches Ergebnis von 0,6 Mio. Euro (2016: 0,7 Mio. Euro).

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses, belief sich damit für das Geschäftsjahr 2017 auf 19,4 Mio. Euro gegenüber 16,3 Mio. Euro im Vorjahr. Die Nettoverzinsung lag bei 3,6 % (2016: 3,3 %).

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Die Sonstigen Erträge beliefen sich auf 0,2 Mio. Euro (2016: 0,7 Mio. Euro). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf geringere Zinserträge aus Körperschafts- und Gewerbesteuer zurückzuführen. Die Sonstigen Aufwendungen lagen bei 2,4 Mio. Euro (2016: 2,2 Mio. Euro). Sie enthalten insbesondere Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen, die ursächlich für den Anstieg waren, sowie Zinsaufwendungen.

Gesamtergebnis

Aus dem versicherungstechnischen Ergebnis für eigene Rechnung, dem Kapitalanlageergebnis sowie dem Saldo aus Sonstigen Erträgen und Sonstigen Aufwendungen erzielte die KRAVAG-ALLGEMEINE ein Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 15,1 Mio. Euro (2016: 12,7 Mio. Euro).

Unter Berücksichtigung des Steueraufwands von 3,9 Mio. Euro (2016: 5,4 Mio. Euro) verblieb ein Jahresüberschuss in Höhe von 11,2 Mio. Euro (2016: 7,3 Mio. Euro).

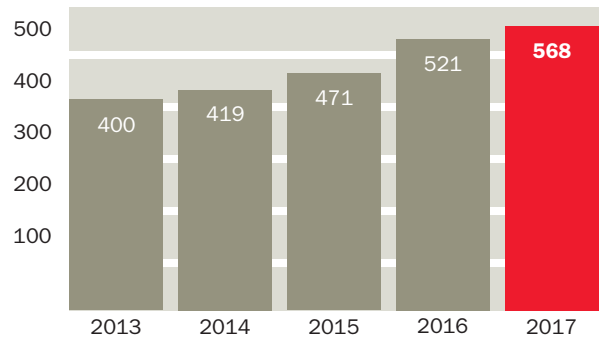
Finanzlage

Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2017 betrug das Eigenkapital der KRAVAG-ALLGEMEINE 107,3 Mio. Euro (2016: 96,0 Mio. Euro). Die Eigenkapitalquote - bezogen auf die verdienten Nettobeiträge - belief sich auf 30,2 % (2016: 29,1 %).

Das versicherungstechnische Spezialkapital (Eigenkapital zuzüglich Schwankungsrückstellung) erhöhte sich auf 51,4 % bezogen auf die verdienten Nettobeiträge (2016: 48,4 %).

Kapitalanlagen
in Mio. Euro



Vermögenslage

Bestand an Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen der KRAVAG-ALLGEMEINE stiegen im Geschäftsjahr 2017 um 47,0 Mio. Euro beziehungsweise um 9,0 % an. Damit belief sich der Buchwert der Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2017 auf 568,1 Mio. Euro. Die KRAVAG-ALLGEMEINE investierte die zur Neuanlage zur Verfügung stehenden Mittel überwiegend in Rentenpapiere. Hierbei wurde vor allem in Unternehmensanleihen und Pfandbriefe angelegt. Zur Verminderung des Ausfallrisikos wurde bei den Zinstiteln auf eine gute Bonität der Emittenten geachtet. Darüber hinaus wurden zur Verstetigung der Anlage Vorkäufe getätigt. Des Weiteren hat die KRAVAG-ALLGEMEINE Investitionen in Aktien und Immobilien getätigt. Die durchgerechnete Aktienquote zu Marktwerten belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 11,8 % (2016: 10,1 %).

Die Reservequote bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2017 lag bei 12,5 % (2016: 14,0 %).

In der Kapitalanlage werden soziale, ethische und ökologische Grundsätze dahingehend berücksichtigt, dass die KRAVAG-ALLGEMEINE wissentlich und bewusst nicht in Kapitalanlagen investiert, die den allgemein anerkannten Nachhaltigkeitsprinzipien widersprechen. In diesem Rahmen investiert R+V

nicht in Hersteller kontroverser Waffen und nutzt zur Überprüfung die „controversial weapons“-Liste der oekom research AG. Auch Finanzprodukte für Agrarrohstoffe sind von Investitionen ausgeschlossen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Im Berichtsjahr stiegen die versicherungstechnischen Bruttorekstellungen der KRAVAG-ALLGEMEINE um 9,5 % auf 569,0 Mio. Euro an. Nach Abzug der auf die Rückversicherer entfallenden Anteile verblieben versicherungstechnische Nettoerstellungen von 454,8 Mio. Euro (2016: 413,9 Mio. Euro).

Der größte Anteil an den gesamten versicherungstechnischen Nettorückstellungen entfällt auf die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um 8,4 % auf 374,7 Mio. Euro angestiegen. Ihr Anteil an den gebuchten Nettobeiträgen betrug 105,5 % (2016: 104,7 %).

Der Schwankungsrückstellung wurden im Geschäftsjahr 12,1 Mio. Euro (2016: 15,0 Mio. Euro) zugeführt. Sie beläuft sich somit auf 75,7 Mio. Euro (2016: 63,6 Mio. Euro).

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementsystem

Ziel des Risikomanagements der KRAVAG-ALLGEMEINE ist es, für die gesamte Geschäftstätigkeit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungen und hierbei insbesondere die Solvabilität sowie die langfristige Risikotragfähigkeit, die Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen, die Anlage in geeignete Vermögenswerte, die Einhaltung der kaufmännischen Grundsätze einschließlich einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Einhaltung der übrigen finanziellen Grundlagen des Geschäftsbetriebs zu gewährleisten.

Das Risikomanagement umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen. Dabei werden Risiken und andere negative Entwicklungen, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, analysiert und Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Ein über alle Gesellschaften der R+V implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zu Identifikation, Analyse und Bewertung, Steuerung und Überwachung sowie Berichterstattung und Kommunikation der Risiken und für ein zentrales Frühwarnsystem fest. Auch Beteiligungen werden in das Risikomanagement der KRAVAG-ALLGEMEINE einbezogen. Das Risikomanagementsystem umfasst zudem ein Business-Continuity-Managementsystem.

Die einmal jährlich stattfindende Risikoinventur hat zum Ziel, die Risiken zu identifizieren und hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit zu beurteilen. Gegenstand der Risikoinventur im Einzelnen ist die Überprüfung und Dokumentation sämtlicher Einzel- und Kumulrisiken. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden im Risikoprofil festgehalten.

Die identifizierten Risiken werden den folgenden Risikokategorien zugeordnet: versicherungstechnisches Risiko Leben, versicherungstechnisches Risiko Gesundheit, versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben, Marktrisiko, Gegenparteiausfallrisiko, operationelles Risiko, Liquiditätsrisiko, Risikokonzentrationen, strategisches Risiko und Reputationsrisiko. Nach dieser Kategorisierung werden die wesentlichen Risiken in diesem Chancen- und Risikobericht dargestellt sowie Maßnahmen zu deren Begrenzung erläutert.

Die mindestens vierteljährlich erfolgende Überprüfung und Bewertung der Risikotragfähigkeit umfasst auch eine qualitative Überprüfung verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte. Bei Überschreitung eines definierten Indexwerts werden Maßnahmen eingeleitet.

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit und sämtliche wesentlichen Risiken werden vierteljährlich durch die Risikokommission abschließend bewertet. Das zentrale Risikoberichtswesen sorgt für Transparenz in der Berichterstattung. Bei wesentlichen Veränderungen von Risiken sind Meldungen an den Vorstand vorgesehen. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden den zuständigen Aufsichtsgremien regelmäßig sowie bedarfsweise ad hoc zur Verfügung gestellt.

Bereits im Rahmen des Neuproduktprozesses werden bei der Produktentwicklung die Auswirkungen auf das Unternehmensrisikoprofil analysiert und beurteilt. Bei Aufnahme neuer Geschäftsfelder oder der Einführung neuer Kapitalmarkt-, Versicherungs- oder Rückversicherungsprodukte ist deren Auswirkung auf das Gesamtrisikoprofil zu bewerten. Entsprechend den Bestimmungen der jeweiligen Geschäftsordnungen sind neue Produkte im Finanzausschuss, in der Produktkommission oder im Rückversicherungsausschuss zu behandeln.

Der Neuproduktprozess stellt sicher, dass die Auswirkungen neuartiger Produkte auf das Risikoprofil des Versicherungsbestands beziehungsweise Anlageportfolios unter Berücksichtigung von Organisation, Abläufen, IT-Systemen, Personal, Bewertungs- und Risikomodellen, Rechnungslegung, Steuern und Aufsichtsrecht beurteilt und bewertet werden.

Auch bei der Planung und Durchführung von Projekten werden Risikogesichtspunkte berücksichtigt. Größere Projekte und Investitionen werden regelmäßig in der Investitions- oder Produktkommission sowie im Finanzausschuss beurteilt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Ergebnisse und Maßnahmen sowie auf die Budgeteinhaltung gelegt. Erforderliche Korrekturen werden eingeleitet.

Governance-Struktur

Das Risikomanagement der KRAVAG-ALLGEMEINE ist als integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung in die Geschäftsstrategie eingebettet.

Es baut auf der vom Vorstand verabschiedeten Risikostrategie auf und stützt sich auf die drei miteinander verbundenen und in das Kontroll- und Überwachungssystem eingebetteten Funktionen operative Risikosteuerung, Risikoüberwachung und interne Revision. Das Kontrollumfeld wird vervollständigt durch den Aufsichtsrat sowie durch externe Wirtschaftsprüfer.

In der Leitlinie Risikomanagement und ORSA (Own Risk and Solvency Assessment) wird die Steuerung der Risiken mit umfangreichen Darstellungen zu Methoden, Prozessen und Verantwortlichkeiten dokumentiert. Ein Grundprinzip der Risikoorganisation und der Risikomanagementprozesse ist die Trennung von Risikosteuerung und Risikoüberwachung.

Unter Risikosteuerung ist die operative Umsetzung der Risikostrategie in den risikotragenden Geschäftsbereichen zu verstehen. Die operativen Geschäftsbereiche treffen Entscheidungen zur bewussten Übernahme oder Vermeidung von Risiken. Dabei haben sie die vorgegebenen Rahmenbedingungen und Risikolimitierungen zu beachten. Die Funktionen der für den Aufbau von Risikopositionen Verantwortlichen sind personell und organisatorisch von den nachgeordneten Bereichen der Risikoüberwachung getrennt.

Aufgaben der Risikoüberwachung werden bei R+V durch die Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion (im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) als unabhängige Risikocontrollingfunktion bezeichnet), Compliance-Funktion und versicherungsmathematische Funktion wahrgenommen. Im Sinne eines konsistenten Risikomanagementsystems erfolgt ein enger Austausch der genannten Funktionen untereinander.

Die Risikomanagementfunktion von R+V unterstützt den Vorstand und die anderen Funktionen bei einer effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems und überwacht sowohl dieses als auch das Risikoprofil. Die Risikomanagementfunktion setzt

sich bei R+V aus dem Gesamtrisikomanagement auf zentraler und dem Ressortrisikomanagement auf dezentraler Ebene zusammen. Sie ist für die Identifikation, Analyse und Bewertung der Risiken im Rahmen des Risikomanagementprozesses gemäß ORSA verantwortlich. Dies schließt die Früherkennung, vollständige Erfassung und interne Überwachung aller wesentlichen Risiken ein. Dabei macht die Risikomanagementfunktion grundlegende Vorgaben für die für alle Gesellschaften der R+V Versicherungsgruppe anzuwendenden Risikomessmethoden. Damit wird ein konsistentes Risikomanagement sichergestellt. Darüber hinaus berichtet das Risikomanagement die Risiken an die Risikokommission, den Vorstand und den Aufsichtsrat. Die KRAVAG-ALLGEMEINE hat die Schlüsselfunktion Risikomanagement auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Der Inhaber der Risikomanagementfunktion berichtet unmittelbar an den Vorstand.

Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfelds für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Die Compliance-Funktion wird wegen der übergreifenden Organisation der Geschäftsprozesse unternehmensübergreifend durch eine zentrale Compliance-Stelle in Kooperation mit dezentralen Compliance-Stellen der Vorstandsressorts der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Die vierteljährlich stattfindende Compliance-Konferenz ist das zentrale Koordinations- und Berichtsgremium der Compliance-Funktion. Dort werden die Aktivitäten der zentralen und dezentralen Compliance-Stellen berichtet und koordiniert sowie relevante Vorfälle behandelt. In der Compliance-Konferenz finden zudem der Informationsaustausch und die Interaktion mit den anderen Schlüsselfunktionen statt.

Bei besonders gravierenden Verstößen sind Ad-hoc-Meldungen an die zentrale Compliance-Stelle vorgesehen. Die KRAVAG-ALLGEMEINE hat die Schlüsselfunktion Compliance auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Der Inhaber der Compliance-Funktion berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

Die versicherungsmathematische Funktion ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Im Einzelnen koordiniert sie die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen und gewährleistet die Angemessenheit der der Berechnung zugrundeliegenden Annahmen, Methoden und Modelle. Darüber hinaus bewertet sie die Qualität der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Daten und Informationstechnologiesysteme. Mindestens einmal jährlich berichtet die versicherungsmathematische Funktion schriftlich an den Vorstand. Zudem gibt die versicherungsmathematische Funktion eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen ab. Die KRAVAG-ALLGEMEINE hat die versicherungsmathematische Schlüsselfunktion auf die R+V Allgemeine Versicherung AG ausgegliedert.

Die Schlüsselfunktion Revision wird bei R+V von der Konzern-Revision ausgeübt. Diese prüft die Einhaltung der Regelungen des Risikomanagementsystems und deren Wirksamkeit. Die KRAVAG-ALLGEMEINE hat die Schlüsselfunktion Revision auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Die Konzern-Revision ist eine von den operativen Geschäftsbereichen unabhängige und organisatorisch selbständige Funktion. Sie ist der Geschäftsleitung unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet. Zur Behebung festgestellter Defizite werden Maßnahmen vereinbart und von der Konzern-Revision nachgehalten.

Risikostrategie

Die Grundsätze des Risikomanagements basieren auf der verabschiedeten und jährlich zu aktualisierenden Risikostrategie der KRAVAG-ALLGEMEINE.

Das Management des versicherungstechnischen Risikos ist auf die Optimierung der Portfolien nach Ertrags- und Risikoaspekten ausgerichtet. Als Kraftfahrtversicherer liegt der Fokus der KRAVAG-ALLGEMEINE auf nationalem Geschäft. Das Eingehen von Risiken im Zusammenhang mit dem Ausbau des Marktanteils wird grundsätzlich in dem Maße akzeptiert, in dem es sich um ertragreiches Geschäft handelt. Eine gezielte Risikoselektion erfolgt durch Zeichnungsrichtlinien und Größenrestriktionen.

Aus den Kapitalanlagen resultieren insbesondere Zins-, Spread- und Aktienrisiken. Die Marktrisikostrategie wird durch die Bestimmungen der aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze nach § 124 VAG sowie durch die internen Regelungen in der Leitlinie Risikomanagement und ORSA determiniert. Versicherungsunternehmen sind verpflichtet, sämtliche Vermögenswerte so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt werden; zudem muss die Belegenheit der Vermögenswerte ihre Verfügbarkeit gewährleisten.

Die von der KRAVAG-ALLGEMEINE eingegangenen Marktrisiken spiegeln die im Rahmen der strategischen Asset Allocation unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit und der langfristigen Ertragsanforderungen entwickelte Portfoliostruktur der Kapitalanlagen wider.

Mit der Steuerung des Marktrisikos sind die grundsätzlichen risikopolitischen Ziele der Sicherstellung wettbewerbsfähiger Kapitalanlageergebnisse unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit, der Erreichung definierter Mindestkapitalanlageergebnisse unter Stress-Szenarien und der Sicherstellung eines angemessenen Aktivreserveniveaus zur Gewährleistung der Ergebniskontinuität

verbunden. Zudem besteht die Zielsetzung der Gewährleistung eines hinreichenden Anteils an fungiblen Anlagen.

Im Rahmen der Risikostrategie des Gegenparteausfallrisikos werden der Erhalt des hohen Durchschnittsratings der Bestände, die Vermeidung von Emittentenkonzentrationen auf Portfolioebene und die Einhaltung der festgelegten Kontrahentenlimite gegenüber Gegenparteien und Schuldern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen angestrebt.

Die Risikostrategie des operationellen Risikos sieht eine weitere Steigerung des Risikobewusstseins für operationelle Risiken vor.

Die Strategie zum Management des strategischen Risikos zielt insbesondere auf die Beobachtung von Marktentwicklungen und Veränderungen der Gesetzgebung, der Rahmenbedingungen sowie auf die Berücksichtigung von Risikoaspekten in strategischen Initiativen und Projekten.

Ziel der Reputationsrisikostrategie ist, das positive Image der Marke KRAVAG zu fördern sowie auf Transparenz und Glaubwürdigkeit zu achten.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Um eine sach- und termingerechte Informationsbereitstellung für die Adressaten des Abschlusses und des Lageberichts sicherzustellen, ist innerhalb der R+V unter anderem ein umfangreiches Internes Kontrollsystem (IKS) etabliert. Als wichtiger Bestandteil des unternehmensweiten Risikomanagementsystems verfolgt das rechnungslegungsbezogene IKS die Zielsetzung, durch Implementierung von Kontrollen identifizierte Risiken in Bezug auf den gesamten Rechnungslegungs- und Finanzberichterstattungsprozess zu minimieren und die Erstellung eines regelkonformen Abschlusses zu gewährleisten. Um eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Wirksamkeit des IKS sicherzustellen,

erfolgt eine regelmäßige Überprüfung durch die Konzern-Revision und den Abschlussprüfer.

Das rechnungslegungsbezogene IKS fokussiert auf die wesentlichen rechnungslegungsbezogenen Abschlussprozesse. Diese werden dokumentiert und hieraus prozessinhärente Risiken abgeleitet. Die Bewertung der Risiken erfolgt anhand eines Bewertungsrasters und festgelegter Wesentlichkeitsgrenzen. Die Aktualität der Dokumentation sowie die Risikobewertung werden einmal jährlich überprüft und bedarfsweise angepasst.

Das IKS umfasst organisatorische Sicherungsmaßnahmen, die sowohl in die Aufbau- als auch in die Ablauforganisation integriert sind, wie beispielsweise eine grundsätzliche Funktionstrennung oder klare Aufgaben- und Verantwortlichkeitszuordnungen. An wichtigen Punkten innerhalb der rechnungslegungsbezogenen Geschäftsprozesse werden gezielte Kontrollen durchgeführt, um die Eintrittswahrscheinlichkeit von Risiken zu minimieren beziehungsweise bereits aufgetretene Fehler zu identifizieren. Dabei handelt es sich um Kontrollen, die in den Arbeitsablauf integriert sind, wie beispielsweise die Anwendung des Vier-Augen-Prinzips. Die Wirksamkeit und Effektivität des rechnungslegungsbezogenen IKS wird regelmäßig überprüft und dokumentiert.

Der Prozess zur Erstellung des Abschlusses und des Lageberichts liegt in der Verantwortung von Mitarbeitern der R+V und folgt definierten Termin- und Ablaufplänen. Die im Rahmen des Abschlusserstellungsprozesses durchzuführenden Schritte unterliegen sowohl systemseitigen als auch manuellen Kontrollen. Für die Ermittlung bestimmter rechnungslegungsbezogener Daten werden partiell externe Gutachter einbezogen.

Der Abschlusserstellungsprozess ist in hohem Maße von IT-Systemen abhängig und unterliegt damit potentiellen operationellen Risiken, wie zum Beispiel Betriebsstörungen, -unterbrechungen und Datenverlusten. Diesen wird unter anderem durch

umfangreiche Schutzmechanismen wie einer Notfallplanung, Back-up-Lösungen sowie einer Berechtigungsverwaltung und technischen Sicherungen gegen unbefugten Zugriff begegnet. Die eingesetzten IT-Systeme werden zudem auf Einhaltung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten geprüft. Die regelmäßige Prüfung der Rechnungslegungsprozesse ist sowohl integraler Bestandteil der internen Revisionsprüfungen als auch Gegenstand der Jahresabschlussprüfungen durch den Abschlussprüfer.

Chancenmanagement

Die KRAVAG-ALLGEMEINE bietet im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ihren Kunden über die Vertriebswege Makler und Mehrfachagenten maßgeschneiderte und innovative Produkte in der Kraftfahrtversicherung an.

R+V ist ein stabiler und langfristig orientierter Investor. Aufgrund des Geschäftsmodells und der hohen Risikotragfähigkeit kann R+V Chancen insbesondere aus Investments mit einem längeren Zeithorizont weitgehend unabhängig von kurzfristigen Kapitalmarktschwankungen nutzen. Durch die breite Diversifikation besitzt R+V eine hohe Stabilität gegen potentielle adverse Kapitalmarktentwicklungen. Die Anlage erfolgt in einem stringenten Investmentprozess unter Berücksichtigung strategischer, taktischer und operativer Allokationen, der von einem zeitgemäßen Risikomanagement begleitet wird. Dieser Prozess stellt sicher, dass auf Marktentwicklungen, auf Änderungen im Unternehmen und im Versicherungsgeschäft sowie auf aufsichtsrechtliche Vorgaben in der Kapitalanlage vorausschauend reagiert werden kann.

Wettbewerbsfähige Produkte in der Kraftfahrtversicherung sowie die damit verbundenen Kampagnen eröffnen Chancen zur Erschließung identifizierter Wachstumspotentiale. In der Kraftfahrtversicherung bieten sich in der Zukunft durch die mit zunehmender Geschwindigkeit voranschreitende Digitalisie-

rung und Vernetzung Chancen für die Entwicklung neuartiger Produktkonzepte. Die immer stärkere Fahrzeugvernetzung, weiterentwickelte Assistenzsysteme, teilautonome Autos sowie Elektromobilität und ein verändertes Mobilitätsverhalten der Kunden werden in den kommenden Jahren das Geschäftsmodell der Kraftfahrtversicherung verändern. Die KRAVAG-ALLGEMEINE stellt sich diesen Herausforderungen und will hier auch zukünftig eine führende Rolle einnehmen, unter anderem durch Suche geeigneter Kooperationspartner. Aber auch unkonventionelle Wege wurden beschritten, wie zum Beispiel die Entwicklung von Produktideen im Rahmen eines Innovation-Labs.

Durch stetige Prozessanalysen und die konsequente Umsetzung der daraus abgeleiteten Maßnahmen wird die Produktivität kontinuierlich weiter gesteigert. Dadurch verringern sich Komplexität und Kosten, Prozesszeiten werden minimiert. Hierdurch wird nicht nur die Kundenzufriedenheit, sondern auch die Zufriedenheit der Mitarbeiter und der Vertriebspartner gefördert.

Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der Messung der ökonomischen Risikotragfähigkeit wird der Gesamtsolvabilitätsbedarf als Value-at-Risk der Veränderung der ökonomischen Eigenmittel mit einem Konfidenzniveau von 99,5 % über den Zeitraum eines Jahres ermittelt. Die Quantifizierung erfolgt grundsätzlich gemäß den Risikoarten der Standardformel von Solvency II. Risikodiversifikation, die einen wesentlichen Aspekt des Geschäftsmodells einer Versicherung ausmacht, wird grundsätzlich angemessen berücksichtigt.

Risikoentlastungen, zum Beispiel durch Rückversicherungen, werden berücksichtigt. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse werden dem Gesamtsolvabilitätsbedarf die Eigenmittel gegenübergestellt, um die ökonomische Kapitaladäquanz zu ermitteln.

Die Angemessenheit des Vorgehens zur Risikoquantifizierung wird regelmäßig und gegebenenfalls anlassbezogen überprüft. Die aktuelle Analyse der ökonomischen Risikotragfähigkeit zeigt, dass die Eigenmittel der KRAVAG-ALLGEMEINE den Gesamtsolvabilitätsbedarf übersteigen.

Die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Risikotragfähigkeit erfolgt mit Hilfe der Standardformel gemäß Solvency II. Die Berechnung des Risikokapitalbedarfs (SCR: Solvency Capital Requirement) erfolgt als Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,5 %.

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit wird durch das Verhältnis der Eigenmittel zu den aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken abgebildet. Die Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Risikotragfähigkeit der KRAVAG-ALLGEMEINE wird mindestens quartalsweise analysiert.

Im Geschäftsjahr 2017 erfüllte die KRAVAG-ALLGEMEINE die gesetzlichen Mindest-Solvabilitätsanforderungen gemäß Solvency II.

Die im Rahmen der internen Planung angewendeten Kapitalmarktszenarien ergeben, dass die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit der KRAVAG-ALLGEMEINE zum 31. Dezember 2018 oberhalb der gesetzlichen Mindestanforderung liegen wird. Aufgrund der weiterhin angespannten Situation auf den Finanzmärkten sind Tendenzaussagen bezüglich der Entwicklung der Solvenzkapitalanforderung und der Eigenmittel jedoch mit großen Unsicherheiten behaftet, wobei die KRAVAG-ALLGEMEINE durch geeignete Maßnahmen die Risikotragfähigkeit sicherstellen wird.

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet die Gefahr, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Für die KRAVAG-ALLGEMEINE ist gemäß der Kategori-

sierung von Solvency II im Wesentlichen das versicherungstechnische Risiko Nicht-Leben vorhanden.

Das versicherungstechnische Risiko Nicht-Leben bezeichnet die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Nicht-Lebensversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts. Es wird als Kombination der Kapitalanforderungen für die nachfolgend genannten Unterkategorien berechnet:

- Das Prämien- und Reserverisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf das Eintreten und den Betrag der Schadenabwicklung ergibt.
- Das Katastrophenrisiko Nicht-Leben beschreibt die Gefahr eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten, die sich aus einer signifikanten Ungewissheit in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Rückstellungsbildung für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse ergibt.
- Das Stornorisiko beschreibt die Unsicherheit über das Fortbestehen von Erst- und Rückversicherungsverträgen. Es resultiert aus der Tatsache, dass der Wegfall von für das Versicherungsunternehmen profitablen Verträgen zur Verminderung der Eigenmittel führt.

Versicherungstechnische Risiken entstehen als Abweichungen vom erwarteten Schadenverlauf als Folge der zufälligen Ausprägung bezüglich Zeitpunkt, Häufigkeit und Höhe von Versicherungsfällen. Auch können unvorhersehbare Veränderungen der versicherten Risiken und der Schadenverteilungen, Erwartungswerte und Streuungen, zum Beispiel durch technische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Veränderungen, Risikoursachen darstellen. Weitere Ursachen können unvollständige

Informationen über die wahre Zufallsgesetzmäßigkeit der Schadenverteilung durch fehlerhafte statistische Analysen oder unvollständige Informationen über die zukünftige Gültigkeit der für die Vergangenheit festgestellten Schadengesetzmäßigkeiten sein.

Die Messung des versicherungstechnischen Risikos orientiert sich an dem Vorgehen von Solvency II und erfolgt nach den Verfahren des Value-at-Risk. Zur Bestimmung des Value-at-Risk werden negative Szenarien betrachtet, die aus den Solvency II-Vorgaben übernommen und teilweise durch eigene Parametrisierungen ergänzt werden.

Die Steuerung des Prämien- und Reserverisikos der KRAVAG-ALLGEMEINE erfolgt durch eine gezielte Risikoselektion, eine risikogerechte Tarif- und Produktgestaltung sowie durch ertragsorientierte Zeichnungsrichtlinien der operativen Einheiten. Zur Aufrechterhaltung eines ausgewogenen Risikoprofils achtet die KRAVAG-ALLGEMEINE darauf, große Einzelrisiken zu vermeiden. Durch den Einsatz von Planungs- und Steuerungsinstrumenten wird das Management frühzeitig in die Lage versetzt, unerwartete oder gefährliche Bestands- und Schadenentwicklungen zu erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen der veränderten Risikosituation begegnen zu können. Um die genannten Risiken beherrschbar zu machen, unterliegt die Preisfindung einer genauen Kalkulation unter Verwendung mathematisch-statistischer Modelle.

Laufende Marktbeobachtungen und eine permanente Kontrolle der ergriffenen Maßnahmen ermöglichen frühzeitige Handlungsoptionen zur Geschäftssteuerung im Sinne der Risikoneigung.

Zur Risikominderung in der Versicherungstechnik kauft die KRAVAG-ALLGEMEINE angemessenen Rückversicherungsschutz ein, formuliert Risikoausschlüsse und gestaltet risikogerechte Selbstbehalt-Modelle. Im Zusammenhang mit Rückversicherungsentscheidungen erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Risikotragfähigkeit. Daraus leiten sich Rückversicherungsstrukturen und Haftungsstrecken ab.

Die Schätzung der Verpflichtungen aus eingetretenen Schäden ist mit Unsicherheiten behaftet. In Übereinstimmung mit den Anforderungen von Solvency II werden zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen die zukünftigen Zahlungsverpflichtungen mit Hilfe von mathematisch-statistischen Verfahren ermittelt. Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt getrennt nach Prämien- und Schadenrückstellungen. Bei den Berechnungen werden unternehmenseigene Erfahrungen, aktuarielle Statistiken und zusätzliche Informationsquellen verwendet. Die eingesetzten Methoden orientieren sich an allgemein anerkannten Grundsätzen versicherungsmathematischer Praxis.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen. Es spiegelt die strukturelle Inkongruenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten insbesondere im Hinblick auf deren Laufzeit wider.

Das Marktrisiko setzt sich aus folgenden Unterkategorien zusammen:

- Das Zinsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinskurve oder auf die Volatilität der Zinssätze.
- Das Spreadrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Credit-Spreads oberhalb der risikofreien Zinskurve. Weiterhin werden in dieser Unterkategorie Ausfallrisiken und Migrationsrisiken berücksichtigt. Als Credit-Spread wird die Zinsdifferenz zwischen einer risikobehafteten und einer risikolosen Rentenanlage bezeichnet. Änderungen dieser Credit-Spreads führen zu Marktwertänderungen der korrespondierenden Wertpapiere.
- Das Aktienrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Das Beteiligungsrisiko wird ebenfalls im Aktienrisiko abgebildet. Aktienrisiken ergeben sich aus den bestehenden Aktienengagements durch Marktschwankungen.
- Das Währungsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse. Währungsrisiken resultieren aus Wechselkursschwankungen entweder aus in Fremdwährung gehaltenen Kapitalanlagen oder wenn ein Währungsungleichgewicht zwischen den versicherungstechnischen Verbindlichkeiten und den Kapitalanlagen besteht.
- Das Immobilienrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Immobilien. Immobilienrisiken können sich aus negativen Wertveränderungen von direkt oder indirekt gehaltenen Immobilien ergeben. Diese können sich aus einer Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der Immobilie oder allgemeinen Marktwertveränderungen (zum Beispiel im Rahmen einer Immobilienkrise) ergeben.
- Das Konzentrationsrisiko beinhaltet zusätzliche Risiken für ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, die entweder auf eine mangelnde Diversifikation des Asset-Portfolios oder auf eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten zurückzuführen sind.

Innerhalb des Marktrisikos wird gemäß der nach Solvency II vorgenommenen Abgrenzung auch der überwiegende Teil des Kreditrisikos dem Spreadrisiko zugeordnet. Weitere Teile des Kreditrisikos werden unter anderem im Gegenparteiausfallrisiko gemessen.

Bei der Messung der Marktrisiken werden Schockszenarien betrachtet, die aus den Solvency II-Vorgaben übernommen und teilweise durch eigene Parametrisierungen ergänzt werden.

Das Management von Marktrisiken ist wesentlicher Teil des Managements der Gesamtrisiken der KRAVAG-ALLGEMEINE. Die Marktrisiken werden unter anderem über die Vorgabe bilanzieller Mindestergebnisanforderungen limitiert.

Die Steuerung der Risiken aus der Kapitalanlage erfolgt innerhalb der von der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) vorgegebenen Leitlinien, der Vorschriften des VAG, der aufsichtsrechtlichen Rundschreiben und der internen Anlageleitlinien. Die Einhaltung der internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlage- und das Kreditrisiko sowie der weiteren aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird bei der KRAVAG-ALLGEMEINE durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Dabei umfasst die Steuerung der Risiken sowohl ökonomische als auch bilanzielle Aspekte. Auf organisatorischer Ebene begegnet die KRAVAG-ALLGEMEINE Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Anlage, Abwicklung und Controlling.

Die KRAVAG-ALLGEMEINE nimmt fortlaufend Erweiterungen und Verfeinerungen des Instrumentariums zur Risikoidentifikation, -bewertung und -analyse bei der Neuanlage und der Beobachtung des Anlagebestands vor, um den Veränderungen an den Kapitalmärkten zu begegnen und Risiken frühzeitig zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Kapitalanlagerisiken begegnet die KRAVAG-ALLGEMEINE grundsätzlich durch Beachtung des Prinzips einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität, um die Qualität des Portfolios zu gewährleisten. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen trägt die Anlagepolitik der KRAVAG-ALLGEMEINE dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung.

Bei allen Marktrisiken verfolgt die KRAVAG-ALLGEMEINE deren Veränderung durch ständige Messung und durch Berichterstattung in den relevanten Gremien. Die Risiken aller Unterkategorien werden im Rahmen von aufsichtsrechtlichen und gesellschaftsspezifischen ökonomischen Berechnungen quantifiziert. Als wichtiges Instrument zur Früherkennung dienen Stresstests. Zur Begrenzung von Risiken werden - neben der natürlichen Diversifikation über Laufzeiten, Emittenten, Länder, Kontrahenten, Assetklassen und so weiter - Limitierungen eingesetzt.

Bei der KRAVAG-ALLGEMEINE werden regelmäßige Untersuchungen zum Asset-Liability-Management durchgeführt. Mit Hilfe von Stresstests und Szenarioanalysen wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden Auswirkungen eines lang anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie volatiler Kapitalmärkte systematisch geprüft.

Die KRAVAG-ALLGEMEINE setzt derivative Instrumente zur Steuerung der Marktrisiken ein. Es wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

In Bewertungseinheiten wurden Grundgeschäfte mit nominal 2,0 Mio. Euro und Sicherungsgeschäfte mit nominal 2,0 Mio. Euro zur Sicherung von Zinsänderungsrisiken in Form von Mikro-Hedges einbezogen. Da alle wesentlichen wertbestimmenden Faktoren zwischen den abzusichernden Grundgeschäften und dem absichernden Teil der Sicherungsinstrumente übereinstimmen (Nominalbetrag, Laufzeit, Währung), ist auch künftig von einer voll-

ständig gegenläufigen Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft bezogen auf das abgesicherte Risiko auszugehen (Critical Term Match). Es gab keine mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktionen, die in eine Bewertungseinheit einbezogen werden müssten.

Beim Management von Zinsrisiken achtet die KRAVAG-ALLGEMEINE auf eine breite Mischung und Streuung der Kapitalanlagen verbunden mit einer die Struktur der Verpflichtungen berücksichtigenden Steuerung der Duration und einer ausgewogenen Risikonahme in ausgewählten Assetklassen. Zusätzlich dient der Erwerb von Vorkäufen der Verstärkung der Anlage und dem Management von Zins- und Durationsentwicklungen.

Für die KRAVAG-ALLGEMEINE spielt das Zinsrisiko im Vergleich zu den versicherungstechnischen Risiken eine eher untergeordnete Rolle.

Beim Management von Spreadrisiken achtet die KRAVAG-ALLGEMEINE insbesondere auf eine hohe Bonität der Anlagen, wobei der ganz überwiegende Teil der Rentenbestände im Investmentgrade-Bereich investiert ist. Ein signifikanter Anteil der Bestände ist zudem zusätzlich besichert. Die Nutzung externer Kreditrisikobewertungen und eigener Experteneinstufungen, die zum Teil strenger sind als die am Markt vorhandenen Bonitätseinschätzungen, vermindert Risiken zusätzlich.

Sollten die Zinsen steigen oder sich die Credit-Spreads für Anleihen im Markt ausweiten, führt dies zu einem Rückgang der Marktwerte. Solche negativen Marktwert-Entwicklungen können temporäre oder bei erforderlicher Veräußerung dauerhafte Ergebnisbelastungen zur Folge haben.

Ausfallrisiken bestehen in einer möglichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Emittenten beziehungsweise Schuldern und der daraus resultierenden Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder bonitätsbedingter Wertminderungen. Die Kapitalanlage

der KRAVAG-ALLGEMEINE weist grundsätzlich eine hohe Bonität und eine solide Besicherungsstruktur auf. In den dominierenden Branchen öffentliche Hand und Finanzsektor handelt es sich insbesondere um Forderungen in Form von Staatsanleihen und gesetzlich besicherten deutschen und europäischen Pfandbriefen.

Das Management von Aktienrisiken beruht auf einem Core-Satellite-Ansatz, bei dem Core-Aktien große stabile Unternehmen in absicherbaren Indizes umfassen und Satellite-Aktien zur Verbesserung des Rendite-Risiko-Profiles beigemischt werden. Zusätzlich werden asymmetrische Strategien verwendet, die regelbasiert Aktienexposure vermindern oder erhöhen.

Bei der KRAVAG-ALLGEMEINE werden Aktien im Rahmen einer langfristigen Anlagestrategie zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern genutzt. Es besteht nicht der Anspruch, aus kurzfristigen Schwankungen durch Realisierungen Gewinne zu erzielen. Aufgrund des breit diversifizierten Kapitalanlageportfolios reduziert sich das Risiko, Aktien zu einem ungünstigen Zeitpunkt veräußern zu müssen.

Währungsrisiken werden über ein systematisches Währungsmanagement gesteuert.

Immobilienrisiken werden über die Diversifikation in verschiedene Lagen und Nutzungsformen reduziert. Aufgrund einer vorsichtigen Investitionsstrategie ist dieses Risiko für die KRAVAG-ALLGEMEINE von nachrangiger Bedeutung.

Konzentrationsrisiken besitzen eine untergeordnete Relevanz und werden bei der KRAVAG-ALLGEMEINE durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen gemindert. Dies zeigt sich insbesondere anhand der breiten Emittentenbasis im Portfolio.

Besondere Aspekte des Kreditportfolios

Die KRAVAG-ALLGEMEINE investiert hauptsächlich in Emittenten beziehungsweise Schuldner mit einer guten bis sehr guten Bonität. R+V verwendet zur Bonitätseinstufung generell zugelassene externe Ratings, zusätzlich werden entsprechend den Vorgaben der EU-Verordnung über Ratingagenturen (CRA III) interne Experteneinstufungen zur Plausibilisierung der externen Ratings vorgenommen. R+V hat das externe Rating als Maximum definiert, selbst wenn eigene Bewertungen zu einem besseren Ergebnis kommen.

Kontrahentenrisiken werden ferner durch ein Limitsystem begrenzt. Von den Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren wiesen 88,1 % (2016: 89,0 %) ein Rating gemäß der Standard & Poor's-Systematik von gleich oder besser als A, 61,7 % (2016: 64,2 %) von gleich oder besser als AA auf. Die Kapitalanlagen der KRAVAG-ALLGEMEINE wiesen im abgelaufenen Geschäftsjahr Zinsausfälle aus Wertpapieren in Höhe von 10,7 Tsd. Euro auf. Kapitalausfälle waren keine zu verzeichnen.

Die KRAVAG-ALLGEMEINE überprüft die Kreditportfolios fortlaufend im Hinblick auf krisenhafte Entwicklungen. Erkannte Risiken werden mit Hilfe einer regelmäßigen Berichterstattung und Diskussion in den Entscheidungsgremien von der KRAVAG-ALLGEMEINE beobachtet, analysiert und gesteuert. Bei Bedarf erfolgen Portfolioanpassungen.

Die Investitionen in Staatsanleihen peripherer Euroländer beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 12,5 Mio. Euro (2016: 12,8 Mio. Euro). Die nachfolgende Tabelle zeigt die Länderzuordnung dieser Staatsanleihen.

Marktwerte in Mio. Euro	2017	2016
Italien	3,7	3,8
Spanien	8,8	9,0
Gesamt	12,5	12,8

Gegenparteiausfallrisiko

Das Gegenparteiausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen während der folgenden zwölf Monate ergeben. Es deckt risikomindernde Verträge wie Rückversicherungsvereinbarungen, Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern und alle sonstigen Kreditrisiken ab, soweit sie nicht anderweitig in der Risikomessung berücksichtigt werden.

Das Gegenparteiausfallrisiko berücksichtigt die akzessorischen oder sonstigen Sicherheiten, die von dem oder für das Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen gehalten werden, und die damit verbundenen Risiken.

Bei der KRAVAG-ALLGEMEINE bestehen derartige Risiken insbesondere für Kontrahenten von derivativen Finanzinstrumenten, Rückversicherungskontrahenten und für den Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern.

Grundlagen für die Ermittlung der Kapitalanforderungen für das Gegenparteiausfallrisiko sind das relevante Exposure und die erwarteten Verluste je Kontrahent.

Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sind in innerbetrieblichen Richtlinien explizit geregelt. Darin enthalten sind insbesondere Volumen- und Kontrahentenlimite. Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden die verschiedenen Risiken regelmäßig überwacht und transparent dargestellt. Einzelheiten zu derivativen Finanzinstrumenten sind im Anhang erläutert.

Um Kontrahenten- und Emittentenrisiken zu beurteilen, zieht die KRAVAG-ALLGEMEINE zur Unterstützung die Einschätzungen internationaler Ratingagenturen heran, die durch eigene Bonitätsanaly-

sen ergänzt werden. Für die wesentlichen Gegenparteien wird die Einhaltung der Limite fortlaufend überprüft. Die Auslastung der Limite und Einhaltung der Anlagerichtlinien wird regelmäßig überwacht.

Den Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und an Versicherungsvermittler wird durch ein effektives Forderungsausfallmanagement begegnet. Zudem wird dem Forderungsausfallrisiko durch angemessene Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen, die nach den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit ausreichend bemessen sind.

Das Ausfallrisiko für die Abrechnungsforderungen wird durch die ständige Überwachung der Standard & Poor's Ratings und die sonstigen am Markt verfügbaren Informationsquellen begrenzt.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- und systembedingten oder externen Vorfällen. Rechtsrisiken sind hierin eingeschlossen.

Rechtsrisiken können insbesondere aus Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen (Gesetze und Rechtsprechung), Veränderungen der behördlichen Auslegung und aus Änderungen des Geschäftsumfelds resultieren. Rechtsstreitigkeiten aus der Schaden- beziehungsweise Leistungsbearbeitung von Versicherungsfällen sind in den versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt und somit nicht Gegenstand des operationellen Risikos. Im Berichtszeitraum bestanden keine wesentlichen operationellen Risiken aus nichtversicherungstechnischen Rechtsstreitigkeiten.

Die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt auf Basis eines Faktoransatzes auf Volumenmaße von Prämien und Rückstellungen sowie, im Falle des fondsgebundenen Geschäfts, auf Kosten.

R+V setzt für das Management und Controlling operationeller Risiken szenariobasierte Risk Self Assessments (RSA) sowie Risikoindikatoren ein. Im Rahmen der RSA werden operationelle Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Schadenhöhe bewertet. In Ausnahmefällen können qualitative Bewertungen herangezogen werden.

Risikoindikatoren ermöglichen frühzeitige Aussagen zu Trends und Häufungen in der Risikoentwicklung und erlauben es, Schwächen in den Geschäftsprozessen zu erkennen. Auf Basis vorgegebener Schwellenwerte werden Risikosituationen mittels einer Ampellogik signalisiert. Risikoindikatoren werden systematisch und regelmäßig erhoben.

Zur Unterstützung des Managements des operationellen Risikos sind alle Geschäftsprozesse der R+V nach den Vorgaben der Rahmenrichtlinie für die Befugnisse und Vollmachten der Mitarbeiter der Gesellschaften der R+V strukturiert. Für die in dieser Richtlinie nicht geregelten Bereiche liegen weitere Richtlinien, insbesondere Annahme- und Zeichnungsrichtlinien vor. Ein wesentliches Instrument zur Begrenzung der operationellen Risiken stellt das IKS dar. Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit des IKS durch die Konzernrevision beugen dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen vor.

Auszahlungen werden weitgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des hinterlegten Zufallsgenerators geben zusätzliche Sicherheit. Manuelle Auszahlungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

Zur Sicherung der Betriebsfortführung verfügt R+V über ein ganzheitliches Business-Continuity-Managementsystem (BCM) mit einer zentralen Koordinationsfunktion, das auch das Notfall- und Krisenmanagement umfasst und in der Leitlinie Business-Continuity-, Notfall- und Krisenmanage-

ment dokumentiert ist. Die Sicherheits- und BCM-Konferenz mit Vertretern aus allen Ressorts unterstützt in fachlichen Themenstellungen und dient der Vernetzung der Aktivitäten in der R+V. Darüber hinaus erfolgt eine Berichterstattung über wesentliche risikorelevante Feststellungen und über die durchgeführten Übungen und Tests an die Risikokommission.

Durch das BCM soll gewährleistet werden, dass der Geschäftsbetrieb der Gesellschaften im Not- und Krisenfall aufrechterhalten werden kann. Zu diesem Zwecke werden die zeitkritischen Geschäftsprozesse mit den benötigten Ressourcen erfasst und hierzu notwendige Dokumentationen, wie beispielsweise Geschäftsfortführungspläne, erstellt und regelmäßig überprüft. Für die Bewältigung von Not- und Krisenfällen bestehen darüber hinaus gesonderte Organisationsstrukturen, zum Beispiel der R+V Krisenstab und die einzelnen Notfallteams der Ressorts. Durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess wird das ganzheitliche BCM laufend weiterentwickelt.

Die Qualitätssicherung im IT-Bereich erfolgt durch etablierte Prozesse unter Verwendung von Best Practices. In einer täglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. In monatlich stattfindenden Konferenzen werden unter Beteiligung der IT-Bereichsleiter geeignete Maßnahmen in Bezug auf die Einhaltung von Service-Level-Agreements (zum Beispiel Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten) ergriffen.

Umfassende physische und logische Schutzvorkehrungen gewährleisten die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungssystemen. R+V hat durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besonderer Zutrittssicherung, sensiblen Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate Vorsorge

getroffen. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf seine Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen. Darüber hinaus werden die Daten auf einen Bandroboter in einen ausgelagerten und entfernten Standort gespiegelt. Somit sind die Daten auch nach einem Totalverlust aller Rechenzentrumsstandorte in Wiesbaden vorhanden.

Durch eine nachhaltige Personalentwicklung und den Ausbau des Talentmanagements stellt R+V sicher, dass die Mitarbeiter stetig gefördert und qualifiziert werden, damit zukünftiger Personalbedarf auch aus dem eigenen Haus gedeckt werden kann. Zu den dabei eingesetzten Instrumenten zählen unter anderem ein Potentialeinschätzungsverfahren, die systematische Nachfolgeplanung und Qualifizierungsprogramme. Im Interesse einer dauerhaften Personalbindung werden regelmäßig Mitarbeiterbefragungen durchgeführt.

Sonstige wesentliche Risiken

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko ist das Risiko zu verstehen, dass Versicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Die Liquidität der Gesellschaften der R+V wird zentral gesteuert. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird eine integrierte Simulation zur Bestands- und Erfolgsentwicklung im Kapitalanlagebereich sowie zur Entwicklung der Cashflows durchgeführt. Basis der Steuerung ist der prognostizierte Verlauf aller wesentlichen Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung. Bei der Neuanlage wird die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätserfordernisse kontinuierlich geprüft.

Im Rahmen einer monatlich aktualisierten Liquiditätsberichterstattung für das laufende Jahr wird die erwartete Entwicklung des Cashflows auf Einzelgesellschaftsebene detailliert dargestellt. Darüber hinaus wird im Cash-Management ergänzend eine taggenaue Planung der Zahlungsströme vorgenommen.

Durch Sensitivitätsanalysen wesentlicher versicherungstechnischer Parameter wird die Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität unter krisenhaften Marktbedingungen regelmäßig überprüft. Die Ergebnisse zeigen die Fähigkeit der KRAVAG-ALLGEMEINE, die eingegangenen Verpflichtungen jederzeit zu erfüllen.

Aufgrund der prognostizierten Liquiditätssituation und der hohen Fungibilität der Wertpapierbestände ist die jederzeitige Erfüllbarkeit der Verbindlichkeiten gegenüber den Versicherungsnehmern gewährleistet.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen im weiteren Sinne sind Ansammlungen von Einzelrisiken, die sich aufgrund hoher Abhängigkeiten beziehungsweise verwandter Wirkungszusammenhänge mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit gemeinsam realisieren können. Die Abhängigkeiten und die Verwandtschaft der Wirkungszusammenhänge offenbaren sich teilweise erst in Stress-Situationen.

Die KRAVAG-ALLGEMEINE verfügt über ein vielfältiges, weit gestreutes Kundenspektrum. Im Rahmen von Bestandsanalysen wird dieser Sachverhalt regelmäßig untersucht. Der Fokus liegt unter anderem auf der Identifikation hoher Exponierungen in einzelnen Bundesländern oder Berufsgruppen der Versicherungsnehmer. Ferner erfolgt eine Ermittlung der größten Kundenverbindungen. Exponierte Einzelrisiken sind, wie auch der Kumulfall im Elementarrisiko, rückversichert.

Das Anlageverhalten der KRAVAG-ALLGEMEINE ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentrationen im Portfolio zu vermeiden. Eine Verminderung der Risiken durch weitgehende Diversifikation der Anlagen wird gewährleistet, indem die durch die internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlagerisiko und weitere aufsichtsrechtliche Bestimmungen vorgegebenen quantitativen Grenzen eingehalten werden. Eine Analyse der Emittentenstruktur des Bestands ergab keine signifikanten Risikokonzentrationen.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ergibt sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen beziehungsweise daraus, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden.

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie Veränderungen in Markt und Wettbewerb unterliegen einer ständigen Beobachtung, damit rechtzeitig und angemessen auf Chancen und Risiken reagiert werden kann. R+V analysiert und prognostiziert laufend nationale und globale Sachverhalte mit Einfluss auf geschäftsrelevante Parameter. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden beispielsweise hinsichtlich der Bedürfnisse der Kunden ausgewertet und finden Eingang in die Entwicklung neuer Versicherungsprodukte bei R+V.

Die Steuerung des strategischen Risikos basiert auf der vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren sowie auf der Ableitung von Zielgrößen für die Unternehmensbereiche von R+V. Im Rahmen des jährlichen strategischen Planungsprozesses wird die strategische Planung für die kommenden vier Jahre unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit vorgenommen. Dem strategischen Risiko begegnet R+V durch die strategische Planung und die Diskussion über Erfolgspotentiale in der Vorstandsklausur. Dazu wendet R+V die gängigen Instrumente des strategischen Controllings an.

Diese umfassen sowohl externe strategische Markt- und Konkurrenzanalysen als auch interne Unternehmensanalysen. Die Ergebnisse des strategischen Planungsprozesses in Form von verabschiedeten Zielgrößen werden im Rahmen der operativen Planung für die kommenden Jahre unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit operationalisiert und zusammen mit den Verlustobergrenzen jeweils im Herbst vom Vorstand verabschiedet. Die Implementierung der dort gefällten Entscheidungen wird regelmäßig im Rahmen des Plan-Ist-Vergleichs quartalsweise nachgehalten. Somit ist die Verzahnung zwischen dem strategischen Entscheidungsprozess und dem Risikomanagement organisatorisch geregelt. Änderungen in der Geschäftsstrategie mit Auswirkungen auf das Risikoprofil der KRAVAG-ALLGEMEINE finden ihren Niederschlag in der Risikostrategie.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufs des Unternehmens oder der gesamten Branche infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (zum Beispiel bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden) ergibt.

Das positive Image der Marke KRAVAG im Maklermarkt und in der Öffentlichkeit ist ein wesentliches Ziel des Unternehmens. Um einen Imageschaden für KRAVAG gar nicht erst entstehen zu lassen, wird bei der Produktentwicklung und allen anderen Bestandteilen der Wertschöpfungskette auf einen hohen Qualitätsstandard geachtet. Darüber hinaus wird die Unternehmenskommunikation zentral über das Ressort Vorstandsvorsitz von R+V koordiniert, um einer falschen Darstellung von Sachverhalten wirkungsvoll und geschlossen entgegenzutreten zu können. Die Berichterstattung in den Medien über die Versicherungswirtschaft im Allgemeinen und KRAVAG im Besonderen wird über alle Ressorts hinweg beobachtet und laufend analysiert. Ratingergebnisse und Marktvergleiche der für die Kundenzufriedenheit maßgeblichen Parameter Service,

Produktqualität und Beratungskompetenz werden im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses berücksichtigt.

Aus IT-Sicht werden insbesondere Ereignisse betrachtet, die zu einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit führen könnten. Beispielhaft zu nennen sind die Verletzung der Vertraulichkeit der Daten, mangelnde Verfügbarkeit der vom End- oder Geschäftskunden erreichbaren IT-Systeme (Portale) oder durch mangelnde Betriebssicherheit hervorgerufene Schadenereignisse in der IT-Technik. Die IT-Sicherheitsstrategie wird daher kontinuierlich überprüft und an die aktuelle Bedrohungslage angepasst. Ebenso wird die Gültigkeit der IT-Sicherheitsprinzipien regelmäßig geprüft.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aktuelle Analyse der ökonomischen Risikotragfähigkeit zeigt, dass die Eigenmittel der KRAVAG-ALLGEMEINE den Gesamtsolvabilitätsbedarf übersteigen. Auch die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit der KRAVAG-ALLGEMEINE überschreitet per 31. Dezember 2017 die geforderte Mindest-Solvabilitätsquote. Aufgrund der weiterhin angespannten Situation auf den Finanzmärkten sind Tendenzaussagen bezüglich der Entwicklung der Solvenzkapitalanforderungen und der Eigenmittel jedoch mit großen Unsicherheiten behaftet, wobei die KRAVAG-ALLGEMEINE durch geeignete Maßnahmen die Risikotragfähigkeit sicherstellen wird.

Ein Risiko für die Geschäftsentwicklung der KRAVAG-ALLGEMEINE ist die Möglichkeit einer neuen Krise in Europa etwa aufgrund des Erstarkens populistischer, eher antieuropäischer Strömungen. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die Kapitalmärkte, die Realwirtschaft und das Nachfrageverhalten der Bürger sind nur schwer einschätzbar. Zudem würde ein unkontrollierter Austritt Großbritanniens aus der EU (harter Brexit) zu konjunkturdämpfenden Entwicklungen und erhöhter rechtlicher Unsicherheit in vielen grenzüberschreitenden Lebensbereichen führen.

Darüber hinaus sind aus heutiger Sicht keine Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KRAVAG-ALLGEMEINE nachhaltig beeinträchtigen könnten.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Für 2018 erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute ein sich fortsetzendes oder sogar weiter ansteigendes Wirtschaftswachstum in Deutschland. Der Sachverständigenrat prognostiziert in seinem Herbst-Jahresgutachten eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 2,2 % und im Euroraum von 2,1 %.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Die EZB wird ihre sehr expansive Geldpolitik zunächst fortführen. Im zweiten Halbjahr 2018 wird von den Marktteilnehmern eine Änderung in Richtung eines beginnenden Ausstiegs erwartet. Die amerikanische Fed setzt ihre Leitzinserhöhungen und die Bilanznormalisierung fort. Zum Jahresende 2018 wird ein moderater Anstieg des Zinsniveaus und der Aktienkurse erwartet.

In der Kapitalanlagestrategie der KRAVAG-ALLGEMEINE sorgt der hohe Anteil festverzinslicher und bonitätsstarker Wertpapiere dafür, dass die versicherungstechnischen Verpflichtungen jederzeit erfüllt werden können. Die Chancen an den Kreditmärkten sollen unter der Voraussetzung weiterhin hoher Qualität der Titel, breiter Streuung sowie starker Risikokontrolle genutzt werden. Das Aktienengagement soll abhängig von der Risikotragfähigkeit der KRAVAG-ALLGEMEINE leicht erhöht werden. Das Immobilien- und Infrastrukturengagement wird bei Vorhandensein attraktiver Investments weiter schrittweise erhöht. Basis der Kapitalanlagetätigkeit ist eine auf Sicherheit bedachte langfristige Anlagestrategie verbunden mit einem modernen Risikomanagement.

Ausblick für die KRAVAG-ALLGEMEINE

Der Fokus der KRAVAG-ALLGEMEINE liegt auch für das Jahr 2018 auf konsequenter Kundenorientierung sowie der Konzeption maßgeschneiderter Versicherungsprodukte, die stetig an die Herausforderungen im Kraftfahrtversicherungsmarkt angepasst werden. Die verlässliche und gute Zusammenarbeit mit den unabhängigen Maklern und Mehrfachagenten wird darüber hinaus auch im kommenden Geschäftsjahr Garant für eine weiterhin gute Entwicklung der KRAVAG-ALLGEMEINE sein.

Im Geschäftsjahr startete das Strategieprogramm Wachstum durch Wandel, das die starke Marktposition von R+V und KRAVAG dauerhaft festigen soll. Zu den Eckpunkten des Strategieprogramms zählen die nachhaltige Sicherung ertragreichen Wachstums, die Weiterentwicklung des Vertriebs und der starken R+V Kultur sowie die verstärkte Fokussierung auf die Kundenbelange. Die zukunftsfähige Ausrichtung wird durch die Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie vorangetrieben, die von Angeboten für Kunden und Vertriebspartner bis hin zur Bearbeitung von Kundenanliegen ein breites Spektrum umfasst.

Im Einklang mit dieser Strategie plant die KRAVAG-ALLGEMEINE für das Geschäftsjahr 2018 einen Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge. Unter der Voraussetzung, dass die Schadenentwicklung im Rahmen des Erwartungswerts verläuft, soll erneut ein positives versicherungstechnisches Bruttoergebnis erzielt werden. Die Brutto-Kostenquote 2018 wird über dem Wert des Geschäftsjahrs erwartet. Insgesamt wird ein zufriedenstellendes Geschäftsergebnis erwartet.

Dank

Der Vorstand spricht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der R+V Gruppe für ihren engagierten Einsatz und die geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Die erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Maklern und Mehrfachagenten sowie den Partnern in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken bildete auch im vergangenen Jahr die Grundlage für die gute Geschäftsentwicklung. Hierfür sprechen wir unseren Dank aus.

Insbesondere danken wir unseren Versicherungsnehmern für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

Hamburg, 1. März 2018

Der Vorstand

Betriebene Versicherungszweige

Im Geschäftsjahr wurden folgende Versicherungszweige im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft betrieben:

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Kraftfahrtversicherung

Fahrzeugvollversicherung

Fahrzeugteilversicherung

Kraftfahrtunfallversicherung

Beistandsleistungsversicherung

Jahresabschluss 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2017*

Aktiva

in Euro				2017	2016
A. Kapitalanlagen					
I.	Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen				
				309.500,--	--,--
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen				
				10.997.817,99	15.997.482,22
II.	Sonstige Kapitalanlagen				
1.	Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
				90.927.367,21	77.428.567,25
2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
				277.917.812,92	235.909.916,59
3.	Sonstige Ausleihungen				
a)	Namensschuldverschreibungen				
	118.941.436,49				123.808.779,20
b)	Schuldscheinforderungen und Darlehen				
	68.971.043,43	187.912.479,92			67.932.107,71
4.	Andere Kapitalanlagen				
		42.557,44	568.107.535,48		2.557,44
				568.107.535,48	521.079.410,41
B. Forderungen					
I.	Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
	Versicherungsnehmer				
				3.080.934,27	3.156.091,19
II.	Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft				
	Davon an:				
	verbundene Unternehmen				
	11.861.131,98 €	(11.413.126,68 €)			
				11.861.131,98	11.413.126,68
III.	Sonstige Forderungen				
	Davon an:				
	verbundene Unternehmen				
	615,84 €	(18.801,99 €)			
				4.858.343,79	6.554.445,74
				19.800.410,04	21.123.663,61
C. Sonstige Vermögensgegenstände					
I.	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand				
				10.554.574,80	8.377.123,84
II.	Andere Vermögensgegenstände				
				7.183.206,75	5.970.879,07
				17.737.781,55	14.348.002,91
D. Rechnungsabgrenzungsposten					
	Abgegrenzte Zinsen und Mieten				
				8.433.377,36	8.314.975,27
				8.433.377,36	8.314.975,27
Summe Aktiva				614.079.104,43	564.866.052,20

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

Passiva

in Euro			2017	2016
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	7.800.000,--			7.800.000,--
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	--,--	7.800.000,--		--,--
II. Kapitalrücklage		58.982.364,52		58.982.364,52
Davon Rücklage gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 5 VAG: --,-- €	(--,-- €)			
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	715,81			715,81
2. Andere Gewinnrücklagen	34.862.787,26	34.863.503,07		25.602.608,37
IV. Bilanzgewinn		5.612.074,56		3.648.104,34
Davon Gewinn-/Verlustvortrag	--,-- €	(--,-- €)		
			107.257.942,15	96.033.793,04
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	3.748.070,44			4.388.551,10
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	810.254,03	2.937.816,41		943.472,72
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	487.891.129,08			450.078.169,13
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	113.178.724,13	374.712.404,95		104.511.176,76
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	269.012,--			303.583,--
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	66.312,75	202.699,25		72.602,75
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		75.735.009,--		63.597.771,--
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	1.364.944,--			1.252.396,--
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	169.471,75	1.195.472,25		145.844,--
			454.783.401,86	413.947.374,--
C. Andere Rückstellungen				
I. Steuerrückstellungen		3.205.581,51		3.119.467,41
II. Sonstige Rückstellungen		5.370.536,65		5.872.042,91
			8.576.118,16	8.991.510,32

in Euro				2017	2016
D. Andere Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen					
Versicherungsgeschäft gegenüber:					
Versicherungsnehmern					
				39.657.809,62	41.639.023,78
II. Sonstige Verbindlichkeiten					
Davon:					
aus Steuern					
	1.628.025,87 €	(1.503.069,73 €)			
gegenüber:					
verbundenen Unternehmen					
	1.097.177,83 €	(1.918.770,13 €)			
				43.461.642,26	45.893.374,84
Summe Passiva				614.079.104,43	564.866.052,20

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341 f und § 341 g HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Wiesbaden, 23. Februar 2018

Karsten Vogel
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017*

in Euro			2017	2016
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	475.171.659,81			442.026.936,93
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	119.982.580,14			112.089.702,39
		355.189.079,67		
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	640.480,66			-522.185,--
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	133.218,69			-132.074,15
		507.261,97		
			355.696.341,64	329.547.123,69
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			130.136,05	126.599,11
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			1.119.169,89	954.570,31
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	345.490.593,26			321.884.859,03
bb) Anteil der Rückversicherer	81.379.255,31			76.592.168,71
		264.111.337,95		
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	37.812.959,95			29.749.115,77
bb) Anteil der Rückversicherer	8.667.547,37			10.348.393,16
		29.145.412,58		
			293.256.750,53	264.693.412,93
5. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			88.920,25	-81.662,--
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			155.833,15	221.029,49
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		72.974.253,19		71.207.051,62
b) Davon ab:				
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		19.786.872,47		18.440.115,22
			53.187.380,72	52.766.936,40
8. Zwischensumme			10.256.762,93	13.028.576,29
9. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			-12.137.238,--	-15.010.768,--
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			-1.880.475,07	-1.982.191,71

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

in Euro			2017	2016
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	19.692.634,15			16.524.961,03
Davon aus verbundenen Unternehmen:				
475.750,54 €	(621.931,52 €)			
b) Erträge aus Zuschreibungen	466.002,88			923.785,44
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	261.513,57			307.408,93
		20.420.150,60		17.756.155,40
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	901.853,50			924.822,92
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	106.021,65			476.340,29
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	--,--			52.831,76
		1.007.875,15		1.453.994,97
		19.412.275,45		16.302.160,43
3. Technischer Zinsertrag		-130.136,05		-126.599,11
			19.282.139,40	16.175.561,32
4. Sonstige Erträge		157.149,74		749.920,01
5. Sonstige Aufwendungen		2.433.420,48		2.227.642,46
			-2.276.270,74	-1.477.722,45
6. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			17.005.868,66	14.697.838,87
7. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			15.125.393,59	12.715.647,16
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			3.901.244,48	5.419.438,47
9. Jahresüberschuss			11.224.149,11	7.296.208,69
10. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
in andere Gewinnrücklagen			5.612.074,55	3.648.104,35
11. Bilanzgewinn			5.612.074,56	3.648.104,34

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss 2017 der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Andere Kapitalanlagen wurden zu Anschaffungskosten, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vermindert um Abschreibungen, bilanziert. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestanden, wurden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zum Anschaffungswert vorgenommen.

Innerhalb des Postens Andere Kapitalanlagen werden Sicherheiten aus bilateral besicherten OTC-Derivaten saldiert ausgewiesen.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurden entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu den nachfolgend aufgeführten Posten bewertet.

Aktien und Anteile oder Aktien an Investmentvermögen, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden gemäß Wahlrecht nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB auf den Marktwert abgeschrieben.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden mit dem fortgeführten Anschaffungswert angesetzt. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wurde auf den Zeitwert abgeschrieben. Die Amortisation einer Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung im Anlage- oder Umlaufvermögen nicht mehr bestanden, wurden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen.

Sonstige Ausleihungen wurden mit dem fortgeführten Anschaffungswert angesetzt, soweit nicht Einzelwertberechtigungen vorzunehmen waren. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Im Posten Sonstige Ausleihungen wurden auch derivative Finanzinstrumente erfasst. Das Wahlrecht, ökonomische Sicherungsbeziehungen durch Bildung von Bewertungseinheiten bilanziell nachzuvollziehen, wurde im Falle von perfekten Micro-Hedges (Critical Terms Match) genutzt. Die sich ausgleichenden Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko wurden nach der „Einfrierungsmethode“ nicht erfolgswirksam. Angaben zu den Bewertungseinheiten sind dem Lagebericht zu entnehmen.

Die Forderungen wurden grundsätzlich zu Nennwerten bilanziert. Soweit sie das selbst abgeschlossene Geschäft betreffen, wurden sie einzeln und pauschal wertberichtigt.

Negative Zinsen auf laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden in den Sonstigen Aufwendungen ausgewiesen.

Die übrigen Aktivposten wurden mit Nominalbeträgen angesetzt. Erforderliche Wertberichtigungen wurden vorgenommen und aktivisch abgesetzt.

Aufgrund abweichender handels- und steuerrechtlicher Wertansätze bei folgenden Bilanzposten ergeben sich zum 31. Dezember 2017 ausschließlich aktive latente Steuern:

- Aktien
- Investmentvermögen inklusive steuerliche Ausgleichsposten Fonds
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
- Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
- Rückstellung für Schadenregulierungskosten
- Sonstige Rückstellungen (hier: Verkehrsoferhilfe)

Die Bewertung der latenten Steuern erfolgte mit einem Steuersatz von 32,28 %. Die aktiven latenten Steuern werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB zum 31. Dezember 2017 nicht bilanziert.

Die Brutto-Beitragsüberträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind grundsätzlich aus den gebuchten Beiträgen nach dem 360stel-System berechnet worden. Bei der Ermittlung der nicht übertragungsfähigen Einnahmeanteile wurde das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 zugrunde gelegt. Der Anteil der Beitragsüberträge für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurde gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des selbst abgeschlossenen Geschäfts wurde für alle bis zum Zeitpunkt der Schließung des Schadenregisters bekannten Versicherungsfälle einzeln ermittelt. Die Forderungen aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen sind verrechnet worden. Für die bis zum Abschlussstichtag eingetretenen oder verursachten, aber zum Bilanzstichtag noch nicht gemeldeten Schäden wurde aufgrund der in den Vorjahren beobachteten Nachmeldungen die Rückstellung um eine Spätschadenrückstellung erhöht. Die in diesem Posten ebenfalls enthaltene Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen ist nach der vom GDV entwickelten pauschalen Berechnungsmethode unter Einbezug von Spätschäden ermittelt worden.

In der Rückstellung ist auch die Deckungsrückstellung für laufende HUK-Renten enthalten. Der verwendete Rechnungszins ist abhängig vom Zeitpunkt, zu dem die Verpflichtung zur Rentenzahlung eingetreten ist:

Zeitraum	Verwendeter Rechnungszins
Vor 2012	2,00 %
Von 2012 bis 2014	1,75 %
Von 2015 bis 2016	1,25 %
Ab 2017	0,90 %

In allen Fällen wurden die Sterbetafel DAV HUR 2006 und eine angemessene Verwaltungskostenrückstellung verwendet.

Bei der Rückstellung für Beitragsrückerstattung handelt es sich um eine gemäß den vertraglichen Vereinbarungen gebildete erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung.

Die Schwankungsrückstellung wurde gemäß § 341 h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV ermittelt.

Unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen sind die Rückstellung für Verpflichtungen gegenüber der Verkehrsofopferhilfe e.V. entsprechend der Aufgabe des Vereins angesetzt sowie die Stornorückstellung und die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen ausgewiesen. Die Stornorückstellung wurde aufgrund von Erfahrungssätzen der Vergangenheit ermittelt.

Die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen wurden nach den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die Rückversicherungsberechnungen basierten auf den zum Zeitpunkt der Schließung des Schadenregisters vorliegenden Bruttozahlen, zuzüglich Zuschätzungen für die verbleibenden Tage.

Alle anderen nicht versicherungstechnischen Rückstellungen sind nach § 253 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die Laufzeit der Rückstellungen mehr als ein Jahr beträgt, abgezinst. Der jeweilige Zinssatz wurde auf Basis des von der Bundesbank für Oktober 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatzes der letzten sieben Jahre auf das Jahresende hochgerechnet.

Die Anderen Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Innerhalb des Postens Sonstige Verbindlichkeiten wurden Sicherheiten aus bilateral besicherten OTC-Derivaten saldiert ausgewiesen.

Die unter Aktiva A. Kapitalanlagen I. bis II. geführten Posten sind mit dem Devisenkassamittelkurs zum Anschaffungszeitpunkt oder im Falle einer Anwendung des § 253 Abs. 3 Sätze 5 und 6 HGB mit dem Devisenkassamittelkurs zum 31. Dezember 2017 in Euro umgerechnet worden.

Die übrigen Aktiv- und Passivposten sind mit dem Devisenkassamittelkurs zum 31. Dezember 2017 in Euro umgerechnet worden.

Die Umrechnung von Fremdwährungszahlungen erfolgte grundsätzlich zum Devisenkassamittelkurs.

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A. I. bis II. im Geschäftsjahr 2017 ¹⁾

	Bilanzwerte Vorjahr		Zugänge
	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro
A. Kapitalanlagen			
A. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	385
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	15.997	3,1	-
3. Summe A. I.	15.997	3,1	385
A. II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	77.429	14,9	13.537
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	235.910	45,3	53.212
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	123.809	23,8	10.237
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	67.932	13,0	1.223
4. Andere Kapitalanlagen	3	-	40
5. Summe A. II.	505.082	96,9	78.249
Summe A.	521.079	100,0	78.634
Insgesamt	521.079		78.634

¹⁾ Summenabweichungen sind rundungsbedingt.

Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	
Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	%
-	76	-	-	310	0,1
-	5.000	-	-	10.998	1,9
-	5.076	-	-	11.307	2,0
-	232	300	106	90.927	16,0
-	11.370	166	-	277.918	48,9
-	15.105	-	-	118.941	20,9
-	184	-	-	68.971	12,1
-	-	-	-	43	-
-	26.890	466	106	556.800	98,0
-	31.966	466	106	568.108	100,0
-	31.966	466	106	568.108	

A. Kapitalanlagen			2017
in Tsd. Euro			
	Buchwert	Zeitwert	Reserve
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	310	306	-4
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	10.998	11.912	914
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	90.927	113.329	22.401
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	277.918	298.352	20.434
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	118.941	135.841	16.899
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	68.971	79.193	10.221
4. Andere Kapitalanlagen	43	43	-
	568.108	638.973	70.866

Für die Ermittlung der Zeitwerte börsennotierter Wertpapiere wurden Börsenkurse oder Rücknahmepreise verwendet.

Bei Rententiteln ohne regelmäßige Kursversorgung wurde eine synthetische Marktwertermittlung anhand der Discounted Cashflow Methode vorgenommen.

Die Ermittlung der Marktwerte für die Sonstige Ausleihungen erfolgte anhand der Discounted Cashflow Methode unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und bonitätsspezifischer Risikozuschläge.

Für die beizulegenden Zeitwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen wurde der Net Asset Value zugrunde gelegt.

Soweit darüber hinaus andere Wertansätze verwendet worden sind, entsprechen diese den Bestimmungen des § 56 RechVersV.

Gemäß § 341 b Abs. 2 HGB wurden 368,1 Mio. Euro dem Anlagevermögen zugeordnet. Auf Basis der Kurse zum 31. Dezember 2017 ergaben sich positive Bewertungsreserven von 43,2 Mio. Euro und negative Bewertungsreserven von 0,4 Mio. Euro.

Die Bewertungsreserven der gesamten Kapitalanlagen belaufen sich auf 70,9 Mio. Euro, was einer Reservequote von 12,5 % entspricht.

A. I. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen				2017
in Tsd. Euro				
	Anteil am			
Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital in %	Geschäftsjahr	Eigenkapital	Ergebnis
Infrastructure Debt TF2, Luxemburg ¹⁾	0,5	-	-	-

¹⁾ Auflage 1. Subfonds AIP in 2017, noch keine Kennzahlen aus Jahresabschluss vorhanden.

A. II. 1. Sonstige Kapitalanlagen - Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				2017
in Tsd. Euro	Marktwert	Differenz	Ausschüttung	Unterlassene
		Marktwert/	für das	außerplanmäßige
Fondsart		Buchwert	Geschäftsjahr	Abschreibung
Aktienfonds	52.327	18.641	2.771	-
Mischfonds	15.373	198	473	-
	67.700	18.838	3.244	-

Die Wertpapierfonds sind überwiegend europäisch beziehungsweise international ausgerichtet und schwerpunktmäßig in Wertpapieren investiert. Der Anlagegrundsatz des § 215 Abs. 1 VAG zur Sicherheit wird stets beachtet.

A. Kapitalanlagen – Angaben zu Finanzinstrumenten, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden			2017
in Tsd. Euro			
Art	Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	29.750	30.611	30.192
Namenschuldverschreibungen und Sonstige Ausleihungen ²⁾	17.000	17.430	16.946
Beteiligungen und andere Kapitalanlagen	-	310	306

1) Aufgrund der gegebenen Bonität der Emittenten sind die Wertminderungen nicht dauerhaft, sondern durch Marktpreisänderungen bedingt.

2) Der niedrigere Zeitwert bezieht sich auf Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen oder Namensgenussscheine, bei denen aufgrund ihrer Bonität von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

A. Kapitalanlagen – Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten					2017
in Tsd. Euro					
Art	Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert positiv	Zeitwert negativ	
Zinsbezogene Geschäfte					
Vorkäufe / Termingeschäfte Inhaberschuldverschreibungen ¹⁾	21.150	-	1.196	-63	
Währungsbezogene Geschäfte					
Devisentermingeschäfte ²⁾	16.035	-	50	-	

1) Zeitwerte werden auf Basis der Discounted Cashflow Methode bewertet, Bewertungsparameter hierbei sind der Kassakurs und die Zinskurve.

2) Zeitwerte entsprechen dem diskontierten Delta zwischen vereinbartem Terminkurs und Terminkurs zum Bewertungsstichtag.

Finanzderivate und Strukturierte Produkte wurden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden bewertet. Die Bewertung von Termingeschäften erfolgte mit der Discounted Cashflow Methode, bei Strukturierten Produkten und Swaps wurde ein Shifted Libor-Market Modell verwendet.

Die Marktwerte der ABS-Produkte wurden nach der Discounted Cashflow Methode ermittelt; dabei wurden überwiegend am Markt beobachtbare Werte herangezogen.

C. II. Andere Vermögensgegenstände	2017
in Euro	
Vorausgezahlte Versicherungsleistungen	7.160.364,71
Übrige Vermögensgegenstände	22.842,04
Stand am 31. Dezember	7.183.206,75

Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

A. I. Eingefordertes Kapital	2017
in Euro	
Das gezeichnete Kapital ist in 260.000 nennwertlose Stückaktien (vinkulierte Namensaktien) eingeteilt.	
Stand am 31. Dezember	7.800.000,--

Das gezeichnete Kapital ist unverändert gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2016.

Die R+V KOMPOSIT Holding GmbH, Wiesbaden, hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass sie mehrheitlich an der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft beteiligt ist. Die R+V Versicherung AG, Wiesbaden, und die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, haben gemäß § 20 Abs. 4 AktG ihre mittelbare Mehrheitsbeteiligung mitgeteilt.

A. II. Kapitalrücklage	2017
in Euro	
Stand am 31. Dezember	58.982.364,52

Die Kapitalrücklage ist unverändert gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2016.

Die Kapitalrücklage entfällt mit 18.982.364,52 Euro auf Agiobeträge gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB. 40.000.000 Euro betreffen Zuzahlungen gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB.

A. III. Gewinnrücklagen	2017	
in Euro		
1. Gesetzliche Rücklage		715,81
2. Andere Gewinnrücklagen		
Vortrag zum 1. Januar	25.602.608,37	
Einstellung aus dem Bilanzgewinn 2016	3.648.104,34	
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2017	5.612.074,55	34.862.787,26
Stand am 31. Dezember		34.863.503,07

B. Versicherungstechnische Bruttorestellungen			2017
in Euro	Versicherungs-	Rückstellung	Schwankungs-
	technische	für noch nicht	rückstellung u.ä.
	Rückstellungen	abgewickelte	Rückstellungen
Versicherungszweig	insgesamt	Versicherungsfälle	
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	434.794.972,60	431.342.061,62	--,--
Sonstige Kraftfahrt	110.441.410,88	43.536.910,35	65.009.716,--
Kraftfahrtunfall	19.501.026,58	12.496.338,--	6.986.144,--
Beistandsleistung	4.270.754,46	515.819,11	3.739.149,--
Stand am 31. Dezember	569.008.164,52	487.891.129,08	75.735.009,--

B. Versicherungstechnische Bruttorestellungen			2016
in Euro	Versicherungs-	Rückstellung	Schwankungs-
	technische	für noch nicht	rückstellung u.ä.
	Rückstellungen	abgewickelte	Rückstellungen
Versicherungszweig	insgesamt	Versicherungsfälle	
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	404.509.251,89	400.822.300,73	--,--
Sonstige Kraftfahrt	93.696.469,63	36.400.425,53	55.084.209,--
Kraftfahrtunfall	17.552.789,09	12.366.006,--	5.158.143,--
Beistandsleistung	3.861.959,62	489.436,87	3.355.419,--
Stand am 31. Dezember	519.620.470,23	450.078.169,13	63.597.771,--

C. II. Sonstige Rückstellungen		2017
in Euro		
Provisionen		4.500.000,--
Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen		102.384,--
Kapitalanlagenbereich		75.000,--
Jahresabschluss		21.568,--
Übrige Rückstellungen		671.584,65
Stand am 31. Dezember		5.370.536,65

Sonstige Bemerkungen

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestanden nicht.

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, bestanden nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung in Euro			2017
	Gebuchte	Verdiente	Verdiente
	Bruttobeiträge	Bruttobeiträge	Nettobeiträge
Versicherungsweig			
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	258.320.146,64	258.654.959,82	192.388.658,28
Sonstige Kraftfahrt	207.407.198,63	207.710.827,20	154.236.329,91
Kraftfahrtunfall	4.907.986,95	4.908.688,46	4.533.688,46
Beistandsleistung	4.536.327,59	4.537.664,99	4.537.664,99
Stand am 31. Dezember	475.171.659,81	475.812.140,47	355.696.341,64

I. 1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung in Euro			2016
	Gebuchte	Verdiente	Verdiente
	Bruttobeiträge	Bruttobeiträge	Nettobeiträge
Versicherungsweig			
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	243.039.025,83	242.785.178,80	180.452.990,71
Sonstige Kraftfahrt	190.882.864,01	190.623.881,82	141.348.441,67
Kraftfahrtunfall	4.202.260,37	4.198.120,13	3.848.120,13
Beistandsleistung	3.902.786,72	3.897.571,18	3.897.571,18
Stand am 31. Dezember	442.026.936,93	441.504.751,93	329.547.123,69

I. 2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung

Der technische Zinsertrag betrifft die Verzinsung der durchschnittlichen Renten-Deckungsrückstellung der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung gemäß § 38 Abs. 1 Ziffer 2 RechVersV.

I. 4. Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle in Euro	2017	2016
	Versicherungsweig	
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	207.922.605,03	193.236.656,83
Sonstige Kraftfahrt	171.550.612,83	151.358.349,51
Kraftfahrtunfall	676.618,77	4.501.841,08
Beistandsleistung	3.153.716,58	2.537.127,38
Stand am 31. Dezember	383.303.553,21	351.633.974,80

Aus der Abwicklung der aus dem vorhergehenden Geschäftsjahr übernommenen Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ergab sich ein Brutto-Gewinn in Höhe von 20,5 Mio. Euro, der im Wesentlichen auf Kraftfahrzeug-Haftpflicht (16,1 Mio. Euro), Sonstige Kraftfahrt (2,7 Mio. Euro) und Kraftfahrtunfall (1,6 Mio. Euro) entfällt.

I. 7. Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	2017	2016
in Euro		
Versicherungszweig		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	39.487.504,07	39.095.815,84
Sonstige Kraftfahrt	31.526.956,80	30.296.741,06
Kraftfahrtunfall	1.160.263,90	1.077.862,98
Beistandsleistung	799.528,42	736.631,74
Stand am 31. Dezember	72.974.253,19	71.207.051,62
Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen auf		
Abschlussaufwendungen	37.373.135,74	36.752.442,44
Verwaltungsaufwendungen	35.601.117,45	34.454.609,18
	72.974.253,19	71.207.051,62

I. 10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	2017	2016
in Euro		
Versicherungszweig		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	5.434.679,88	6.376.370,85
Sonstige Kraftfahrt	-8.416.268,27	-9.008.896,85
Kraftfahrtunfall	889.036,88	534.774,70
Beistandsleistung	212.076,44	115.559,59
Stand am 31. Dezember	-1.880.475,07	-1.982.191,71

Rückversicherungssaldo	2017	2016
in Euro		
Versicherungszweig		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	-6.375.048,93	-4.676.519,14
Sonstige Kraftfahrt	-3.532.075,46	-4.260.677,35
Kraftfahrtunfall	-374.999,29	2.360.245,34
Beistandsleistung	--,-	--,-
Stand am 31. Dezember	-10.282.123,68	-6.576.951,15

Der Rückversicherungssaldo setzt sich zusammen aus den Anteilen des Rückversicherers an den verdienten Beiträgen, an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle sowie an den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb.

II. 2. Aufwendungen für Kapitalanlagen	2017	2016
in Euro		
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		
Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB	106.021,65	439.840,29
Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 4 HGB	--,-	36.500,-
Stand am 31. Dezember	106.021,65	476.340,29

II. 4. Sonstige Erträge	2017	2016
in Euro		
Zinserträge	59.391,01	655.323,09
Übrige Erträge	97.758,73	94.596,92
Stand am 31. Dezember	157.149,74	749.920,01

II. 5. Sonstige Aufwendungen	2017	2016
in Euro		
Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	2.218.885,67	1.434.123,28
Zinsaufwendungen	205.152,61	726.433,15
Übrige Aufwendungen	9.382,20	67.086,03
Stand am 31. Dezember	2.433.420,48	2.227.642,46

Sonstige Anhangangaben

Aufsichtsrat

Dr. Norbert Rollinger

Vorsitzender des Vorstands der
R+V Versicherung AG, Wiesbaden
– Vorsitzender –

Prof. Dr. Karlheinz Schmidt

Mitglied der Hauptgeschäftsführung des
Bundesverbands Güterkraftverkehr Logistik und
Entsorgung (BGL) e.V., Frankfurt am Main
– Stellv. Vorsitzender –
(bis 29. Juni 2017)

Dr. Thomas-Sönke Kluth

Mitglied des Vorstands des Prüfungsverbands der
Deutschen Verkehrs-, Dienstleistungs- und
Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg
– Stellv. Vorsitzender ab 29. Juni 2017 –

Prof. Dr. Dirk Engelhardt

Mitglied des Aufsichtsrats des Bundesverbands
Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung
(BGL) e.V., Frankfurt am Main
(ab 29. Juni 2017)

Stefan Hammersen

Geschäftsführer der FINAS
Versicherungsmakler GmbH,
Lutherstadt Wittenberg

Dr. Christoph Lamby

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

Julia Merkel

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

Marc René Michallet

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

Julie Schellack

Mitglied der Geschäftsführung Fa. Martens & Prah
Versicherungskontor GmbH & Co. KG,
Lübeck

Peter Weiler

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

Vorstand

Dr. Edgar Martin

– Vorsitzender –

Michael Busch

Jan Dirk Dallmer

Heinz-Jürgen Kallerhoff

Bestandsentwicklung

Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungen ohne unterjährige Verträge.

Anzahl der Verträge	2017	2016	Veränderung
Kraftfahrt			
a) Kraftfahrzeug-Haftpflicht	959.806	898.078	61.728
b) Fahrzeugvoll	522.037	490.098	31.939
c) Fahrzeugteil	262.936	244.177	18.759
Kraftfahrtversicherung insgesamt	1.744.779	1.632.353	112.426
Kraftfahrtunfall	213.112	190.362	22.750
Beistandsleistung	361.269	340.729	20.540
	2.319.160	2.163.444	155.716

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter in Euro	2017	2016
Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	53.451.638,17	51.130.258,95

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr kein Personal.

Für Mitglieder des Vorstands fielen 2017 keine Gehälter in der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft an. Die Bezüge an Vorstände wurden von der jeweiligen vertragsführenden Gesellschaft geleistet. Daher erfolgt die Angabe gemäß § 285 Nr. 9a HGB in voller Höhe im jeweiligen Jahresabschluss der vertragsführenden Gesellschaft.

Als Vergütung erhielt der Aufsichtsrat 20.822,33 Euro (Vorjahr: 21.176,58 Euro).

Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Im Berichtszeitraum sind keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt worden.

Angaben zu Haftungsverhältnissen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag ergaben sich aus abgeschlossenen Verträgen und Mitgliedschaften folgende sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB:

in Euro	Angaben zum Betrag	davon gegenüber verbundenen Unternehmen	Risiken	Vorteile
1. Nachzahlungsverpflichtungen	2.190.500,--	2.190.500,--	Es besteht eine Verpflichtung zur Auszahlung, dabei ist keine Einflussnahme auf den Zeitpunkt der Inanspruchnahme möglich. Es besteht ein Risiko des zwischenzeitlichen Wertverfalls des Titels.	Keine bilanzielle Erhöhung der Kapitalanlagen, solange nicht ausbezahlt wurde. Durch die Nichtauszahlung ergeben sich Liquiditätsvorteile, die gegebenenfalls für eine Kapitalanlage mit besserer Verzinsung genutzt werden können.
2. Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften				
Inhaberschuldverschreibungen	21.450.000,--	19.650.000,--	Opportunitätskosten durch geringen Zinssatz; Kontrahentenrisiko und Emittentenrisiko.	Ausgleich unterjähriger Liquiditätsschwankungen und Vermeidung von Marktstörungen bei hohem Anlagebedarf.
3. Andienungsrechte aus Multitranchen Restlaufzeit > 1 Jahr	26.000.000,--	18.000.000,--	Abfließende Liquidität. Es bestehen Opportunitätskosten durch geringen Zinssatz und ein Emittentenrisiko.	Höherer Kupon des Basisinstruments.
Gesamtsumme	49.640.500,--	39.840.500,--		

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber assoziierten Unternehmen bestanden nicht.

Honorare des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr wurden folgende Honorare als Aufwand (netto) erfasst:

in Euro	2017
Abschlussprüfungsleistungen	46.000,--

Abschlussprüfer der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft ist die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Angaben zur Identität der Gesellschaft und zum Konzernabschluss

Die KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft mit Sitz Heidenkampsweg 102, 20097 Hamburg, ist beim Amtsgericht Hamburg unter HRB 64830 eingetragen.

Die R+V Versicherung AG, Wiesbaden, erstellt einen Konzernabschluss nach IFRS, in den der Jahresabschluss der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2017 einbezogen wird. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Konzernabschluss der R+V Versicherung AG wird als Teilkonzern in den übergeordneten Konzernabschluss der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, einbezogen. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs sind nicht zu berichten.

Gewinnverwendungsvorschlag	2017
in Euro	
Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn von 5.612.074,56 Euro wie folgt zu verwenden:	
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	5.612.074,56

Hamburg, 1. März 2018

Der Vorstand

Dr. Martin

Busch

Dallmer

Kallerhoff

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die KRAVAG-ALLGEMEINE
Versicherungs-Aktiengesellschaft

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die

Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotene Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind - solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von nicht notierten Finanzinstrumenten und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Für den überwiegenden Teil der nicht notierten Finanzinstrumente, insbesondere Schuldverschreibungen und Darlehen sowie strukturierte Finanzinstrumente werden die beizulegenden Zeitwerte mittels marktüblicher anerkannter Bewertungsverfahren, insbesondere Discounted Cashflow Methoden sowie dem Shifted Libor-Market Modell ermittelt. Ferner kommen in geringerem Umfang instrumentenspezifische anerkannte Bewertungsverfahren zur Anwendung. Als Eingangsdaten werden hierbei prinzipiell am Markt beobachtbare Bewertungsparameter, vereinzelt aber auch instrumentenspezifische Modellparameter, wie z.B. laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge und Volatilitäten, verwendet. Bei der Festlegung dieser Bewertungsparameter bestehen ermessensbehaftete Spielräume. Ferner übt der Vorstand unter Verwendung festgelegter Aufgreifkriterien Ermessen bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei allen wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten aus.

Infolge des bei der Festlegung der wesentlichen Bewertungsparameter im Rahmen der Bewertung nicht börsennotierter Finanzinstrumente als auch bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei den wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten bestehenden Ermessens handelt es sich um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Darüber hinaus machen die nicht börsennotierten Finanzinstrumente einen hohen Anteil am Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft aus.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst das interne Kontrollsystem im Hinblick auf die Ausgestaltung und Wirksamkeit der implementierten Kontrollen getestet. Der Schwerpunkt unserer Kontrolltests lag dabei auf Kontrollen, die die korrekte Zeitwertermittlung sicherstellen sollen sowie auf solchen im Zusammenhang mit der Überprüfung der Dauerhaftigkeit etwaiger Wertminderungen.

Für nicht notierte Finanzinstrumente haben wir die verwendeten Bewertungsverfahren dahingehend beurteilt, ob diese bei sachgerechter Anwendung eine verlässliche Ermittlung des Zeitwerts gewährleisten. Ferner haben wir die verwendeten Bewertungsparameter (insbesondere laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge sowie Volatilitäten und Wahrscheinlichkeitsschätzungen) untersucht. Dabei haben wir ermessensabhängige am Markt beobachtbare Bewertungsparameter dahingehend untersucht, ob sich diese innerhalb einer am Markt beobachtbaren Bandbreite befinden bzw. ob instrumentenspezifisch verwendete Bewertungsparameter geeignet sind. In diesem Zusammenhang haben wir die am Markt beobachtbaren verwendeten Bewertungsparameter durch Abgleich mit öffentlich verfügbaren Bewertungsparametern in Stichproben abgeglichen bzw. instrumentspezifische Bewertungsparameter auf deren Geeignetheit beurteilt und die errechneten Zeitwerte durch eigene Berechnungen unter Einsatz von speziell hierfür ausgebildeten Mitarbeitern validiert.

Die so von dem Vorstand ermittelten Zeitwerte nicht notierter Finanzinstrumente wurden gemeinsam mit den Zeitwerten für notierte Finanzinstrumente sodann bei der Prüfung im Hinblick auf eine mögliche Dauerhaftigkeit etwaiger Wertminderungen herangezogen. Die verwendeten Aufgreifkriterien zur Feststellung einer dauerhaften Wertminderung sowie deren stetige Anwendung waren ebenfalls Gegenstand unserer Prüfung. Hierbei haben wir insbesondere überprüft, ob für alle relevanten Finanzinstrumente eine dokumentierte Einschät-

zung im Hinblick auf eine vorliegende Wertminderung getroffen und die Ermessensentscheidungen bei der Bestimmung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sachgerecht und im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben ausgeübt wurden.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für die wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumente ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und zur Bestimmung von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst unter anderem die Teilrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle, deren Bewertung sich nach den Vorgaben des § 341g HGB richtet.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt einzeln und basiert auf einem vom Vorstand auf der Grundlage aktueller Informationen zum Schadenverlauf und der Abwicklung vergleichbarer Schäden angenommenen zukünftigen Schadenverlauf.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle erfolgt auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Verfahrens,

für das vom Vorstand Annahmen in Bezug auf die voraussichtliche Anzahl nachgemeldeter Schäden sowie des voraussichtlich aufzuwendenden Entschädigungsbetrages zugrunde gelegt werden. Die Berechnungsmethode basiert auf einem vergangenheitsbezogenen Beobachtungszeitraum von fünf Jahren. Je Versicherungszweig und -art wird die Rückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle aus dem Produkt der erwarteten Anzahl der Versicherungsfälle und dem erwarteten Durchschnittsaufwand je Schaden für jedes Anfalljahr jährlich neu berechnet.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist ein wesentlicher Passivposten in der Bilanz des Unternehmens. Aufgrund der großen Anzahl der einzeln bewerteten Schadenfälle und der Ermessensspielräume bei der Bewertung der Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle sowie dem Ermessensspielraum bei den Annahmen bei der Berechnung der Rückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle haben wir die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt. Hier besteht das Risiko, dass die Brutto-Rückstellungen für bekannte und für unbekanntes Versicherungsfälle insgesamt und in den einzelnen Versicherungszweigen nicht ausreichend bemessen sind.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns im Rahmen unserer Abschlussprüfung mit dem Prozess der Schadenbearbeitung und der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle und den dort zur Anwendung gelangten Verfahren, Methoden und Kontrollmechanismen auseinandergesetzt.

Dabei haben wir für die Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle anhand der Bearbeitung einzelner Schadenfälle untersucht, ob der Prozess der Schadenbearbeitung und -reservierung von der Schadenmeldung bis zur Abbildung in der Bilanz

angemessen ausgestaltet ist. Die in diesem Prozess implementierten Kontrollen haben wir hinsichtlich ihrer Ausgestaltung und Wirksamkeit getestet. Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von Schadenfällen untersucht, ob die hierfür gebildeten Rückstellungen auf Grundlage der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zum Bilanzstichtag ausreichend bemessen sind. Zusätzlich haben wir unter Zuhilfenahme von Datenanalysen die Qualität der Schadenreserve zugrunde liegenden Datenbestandes analysiert, indem wir die Summen- und Altersstruktur der Einzelschäden untersucht haben.

Ferner haben wir zur Beurteilung der Angemessenheit der Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle in den geschäftsbestimmenden Sparten auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren (Chain Ladder und Bornhuetter Ferguson) eigene Schadenprojektionen durchgeführt und den hierbei von uns ermittelten besten Schätzwert für die einzelnen Sparten als Maßstab für die Beurteilung der Bewertung der zusammengefassten Einzelreserven zugrunde gelegt. Außerdem haben wir die Schadenquoten und Schadendurchschnitte anhand von Mehrjahresvergleichen auf Auffälligkeiten in Bezug auf die Bewertung analysiert.

Zur Prüfung der Bewertung der Rückstellung für unbekannte Versicherungsfälle haben wir die in die Berechnung einbezogene Datengrundlage in Form des Schadenregisters auf Vollständigkeit untersucht sowie die zugrunde gelegten erwarteten hochgerechneten zukünftigen Schadenzahlen auf Angemessenheit analysiert sowie rechnerisch nachvollzogen. Daneben haben wir das Verfahren zur Festlegung der Schätzwerte der erwarteten Entschädigungshöhen untersucht.

Ferner haben wir beurteilt, ob die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in den Vorjahren nach aktuellen Erkenntnissen ausgereicht haben, um die tatsächlich eingetrete-

nen Schadenfälle zu decken und so Indikationen für die Angemessenheit der Schätzungen der Vergan-genheit zu erhalten.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Versicherungsmathematiker eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als not-

wendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kom-

- men, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
 - beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;
 - führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 17. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2012 als Abschlussprüfer der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Martin Gehringer.

Eschborn/Frankfurt am Main, den 2. März 2018

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gehringer	Piening
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2017 bei seiner Arbeit berücksichtigt.

Im Jahr 2017 entwickelte sich die Konjunktur in Deutschland nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts mit einer Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Lage der Versicherungswirtschaft war von den konjunkturellen Rahmenbedingungen geprägt. Die Beitragseinnahmen der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft konnten gegenüber dem Vorjahr um 7,5 % gesteigert werden.

Aufsichtsrat und Ausschüsse

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Prüfungsausschuss gebildet.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften fortlaufend überwacht und beratend begleitet sowie über die vorgelegten zustimmungspflichtigen Geschäfte entschieden. Die Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses bezog sich insbesondere auch auf die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems sowie internen Kontrollsystems und des internen Revisionssystems.

Bei Bedarf werden für die Aufsichtsratsmitglieder interne Informationsveranstaltungen zu den Themen Risikomanagement und Solvency II, Rechtsfragen der Aufsichtsrats Tätigkeit, Kapitalanlage von Versicherungsunternehmen und Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen durchgeführt.

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich Bericht erstattet. Dies erfolgte in den Aufsichtsrats- und Ausschusssitzungen sowie durch vierteljährli-

che schriftliche Berichte des Vorstands. Der Aufsichtsrat wurde dabei durch den Vorstand regelmäßig detailliert über den Geschäftsverlauf sowie die Risikosituation mit der ökonomischen und regulatorischen Risikotragfähigkeit der Gesellschaft informiert. Darüber hinaus wurde dem Aufsichtsrat durch den Vorstand über die Risikostrategie und das Risikomanagementsystem berichtet.

Der Aufsichtsrat hat die genannten Themen mit dem Vorstand erörtert, den Vorstand beraten und dessen Geschäftsführung überwacht. Der Aufsichtsrat hat sich dabei intensiv mit den regulatorischen Rahmenbedingungen auseinandergesetzt. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung und bei zustimmungsbedürftigen Geschäften war der Aufsichtsrat stets eingebunden.

Darüber hinaus wurden durch den Vorsitzenden des Vorstands mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats auch außerhalb der Sitzungen vorab wesentliche wichtige Entscheidungen und wesentliche Geschäftsentwicklungen erörtert.

Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse

Im Geschäftsjahr 2017 haben drei Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden, zu denen der Aufsichtsrat am 17. Mai, am 29. Juni und am 14. Dezember 2017 zusammentrat.

Darüber hinaus tagte der Prüfungsausschuss am 4. Mai 2017. In den Sitzungen haben der Aufsichtsrat und die Ausschüsse mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands entgegengenommen und erörtert.

In dringenden Fällen hat der Aufsichtsrat im Wege des schriftlichen Beschlussverfahrens entschieden.

Beratungen im Aufsichtsrat und den Ausschüssen

Der Aufsichtsrat hat sich im Rahmen seiner Tätigkeit detailliert mit der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft, der Unternehmensplanung und -per-

spektive sowie wesentlichen Finanzkennzahlen auseinandergesetzt. Der Aufsichtsrat hat dabei die regulatorischen Rahmenbedingungen sowie die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf die strategische Ausrichtung berücksichtigt. In besonderer Weise erörterte der Aufsichtsrat die Kapitalanlagepolitik des Vorstands vor dem Hintergrund der anhaltenden Euro- und Staatsschuldenkrise sowie des Niedrigzinsumfelds. Schwerpunkte der Besprechungen und Diskussionen im Aufsichtsrat bildeten ferner die Entwicklung der Wettbewerbssituation in der Kraftfahrzeugversicherung, die Schadenlage sowie das Schadenregulierungsmanagement und die strategische Unternehmensentwicklung. Darüber hinaus wurde über die Risikostrategie und das Risikomanagementsystem berichtet.

Der Prüfungsausschuss hat sich mit der Vorprüfung des Jahresabschlusses, der Risikostrategie und dem Risikobericht, der aufsichtsrechtlichen Berichtserstattung zu den Solvency II-Schlüsselfunktionen Risikomanagement-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion, Compliance-Funktion und Revisions-Funktion, der Mandatierung des Abschlussprüfers mit Nichtprüfungsleistungen und der Vorbereitung der Bestellung des Abschlussprüfers auseinandergesetzt. Ferner hat der Prüfungsausschuss eine Änderung der Leitlinien zur Billigung von Nichtprüfungsleistungen des Abschlussprüfers beschlossen.

Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer

Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben den Abschlussprüfer Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften ausgewählt und bestellt. Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben fortlaufend die Unabhängigkeit und die Prüfungsqualität des Abschlussprüfers überwacht.

Der Abschlussprüfer hat den durch den Vorstand vorgelegten Jahresabschluss der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht

der KRAVAG-ALLGEMEINE Versicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2017 als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden. Der Abschlussprüfer hat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Prüfungsbericht ist den Mitgliedern des Aufsichtsrats zugegangen und wurde in den Sitzungen umfassend erörtert und beraten. Der Aufsichtsrat stimmt dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zu.

Feststellung des Jahresabschlusses

Der Prüfungsausschuss und der Aufsichtsrat haben den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 eingehend geprüft.

Sowohl an der Sitzung des Prüfungsausschusses am 17. April 2018 als auch an der Sitzung des Aufsichtsrats am 24. April 2018 nahmen die Vertreter des Abschlussprüfers teil, um über die wesentlichen Prüfungsergebnisse zu berichten. Hierzu lag der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, vor. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht sowie die Prüfungsschwerpunkte Zeitwertermittlung der Kapitalanlagen, Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Beitragsvereinnahmung und Prüfung des Risikofrüherkennungssystems nach § 91 Abs. 2 AktG wurden erörtert. Die Vertreter des Abschlussprüfers standen den Mitgliedern des Ausschusses und des Aufsichtsrats für zusätzliche Erläuterungen zur Verfügung. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat den Aufsichtsrat umfassend über die Beratungen des Ausschusses unterrichtet.

Der Aufsichtsrat hat gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 keine Einwendungen erhoben und sich dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers angeschlossen.

Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 wurde durch den Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 24. April 2018 entsprechend dem Empfehlungsbeschluss des Prüfungsausschusses gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Mit dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns hat sich der Aufsichtsrat einverstanden erklärt.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen vor und wurden geprüft.

Der Abschlussprüfer hat dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat sich dieser Beurteilung angeschlossen und keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhoben.

Veränderungen im Vorstand

Herr Dr. Edgar Martin wurde in der Aufsichtsratssitzung am 17. Mai 2017 mit sofortiger Wirkung zum Vorsitzenden des Vorstands wiedergewählt.

Veränderungen im Aufsichtsrat und den Ausschüssen

Herr Stefan Hammersen wurde mit Wirkung zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 29. Juni 2017 wieder in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Prof. Dr. Dirk Engelhardt wurde mit Wirkung zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 29. Juni 2017 neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Das Aufsichtsratsmandat von Herrn Prof. Dr. Karlheinz Schmidt endete mit Wirkung zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung am 29. Juni 2017.

Dank an Vorstand und Mitarbeiter

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der R+V-Gruppe für die im Jahr 2017 geleistete Arbeit.

Hamburg, 24. April 2018

Der Aufsichtsrat

Dr. Rollinger
Vorsitzender

Dr. Kluth
Stellv. Vorsitzender

Prof. Dr. Engelhardt

Hammersen

Dr. Lamby

Merkel

Michallet

Schellack

Weiler

KRAVAG-SACH
Versicherung des
Deutschen Kraftverkehrs VaG

Geschäftsbericht
2017

Vorgelegt zur Delegiertenversammlung
am 28. Juni 2018

KRAVAG-SACH		2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Anzahl der Verträge	in Tsd.	13,6	13,4	13,2	21,4	22,0	21,3	20,0	18,4	16,4
Gebuchte Beiträge brutto	in Mio. Euro	4,2	4,0	3,9	4,7	5,3	4,8	4,5	4,1	3,8
Kapitalanlagen	in Mio. Euro	172,1	166,7	158,7	151,3	153,5	146,4	137,7	108,5	107,0
Erträge aus Kapitalanlagen	in Mio. Euro	6,2	6,8	6,8	7,9	7,1	7,0	6,5	5,1	9,9
Nettoverzinsung der Kapitalanlagen	in %	3,5	3,8	4,0	5,0	4,0	4,9	4,2	3,7	6,9
Aufwendungen für Versicherungsfälle brutto	in Mio. Euro	3,0	4,3	3,5	3,3	5,0	4,2	-0,4	3,1	3,3
Schadenrückstellung brutto	in Mio. Euro	10,4	11,2	13,4	15,1	16,3	15,1	14,0	10,5	9,3
Schwankungsrückstellung	in Mio. Euro	1,8	1,6	1,5	0,8	0,0	0,6	1,3	2,7	2,8
Eigenkapital	in Mio. Euro	148,9	146,3	143,2	140,9	135,6	132,1	128,7	100,1	99,6
Bilanzsumme	in Mio. Euro	177,4	172,4	164,2	156,8	158,7	151,7	144,8	114,5	117,3

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit

Gegenstand des Unternehmens der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG (KRAVAG-SACH) ist der Betrieb der Unfallversicherung im In- und Ausland sowie die Beteiligung an Versicherungsgesellschaften in der Form bedeutender Beteiligungen im Sinne des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) mit dem Ziel, den Versicherungsbedarf der Mitglieder zu decken und die Mitgliedsrechte nach Maßgabe der Satzung zu sichern.

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die KRAVAG-SACH fungiert innerhalb der KRAVAG-Gesellschaften als Risikoträger in der selbst abgeschlossenen Unfallversicherung.

Die KRAVAG-SACH ist Träger der Agenturbeziehungen zu den Vertriebspartnern, den Straßenverkehrsgenossenschaften (SVG).

Organisation der Leitung und Kontrolle

Die KRAVAG-SACH hat mit den Gesellschaften der R+V Vereinbarungen über die Ausgliederung von Schlüsselfunktionen, über die Ausgliederung von wichtigen Funktionen oder wichtigen Versicherungstätigkeiten sowie über Versicherungstätigkeiten, sonstige Dienstleistungen und Gebäudenutzungen geschlossen.

Auf Grundlage dieser Vereinbarungen werden gesellschaftsübergreifende Dienstleistungen und Funktionen jeweils von einer Gesellschaft – R+V Versicherung AG, R+V Allgemeine Versicherung AG, R+V Lebensversicherung AG, R+V Luxembourg Lebensversicherung S.A., Niederlassung Wiesbaden, oder R+V Service Center GmbH - erbracht.

Die in diesen Verträgen geregelten Dienstleistungen und Funktionen umfassen im Wesentlichen folgende Betriebsbereiche: Vertrieb, Vermögensanlage, Vermögensverwaltung, Rechnungswesen, Kon-

zern-Revision, Controlling, Beitragseinzug, Rechtswesen, Unternehmenskommunikation, Personalverwaltung, allgemeine Verwaltung, Risikomanagement, Bestandsbearbeitung, Leistungsbearbeitung und Informationsverarbeitung. Die leistungsempfangenden Gesellschaften werden mit den Aufwendungen nach der Inanspruchnahme von Dienstleistungen belastet; sie haben hinsichtlich der ausgegliederten Betriebsbereiche Weisungs- und Kontrollrechte.

Darüber hinaus besteht zwischen den Gesellschaften der R+V eine Vereinbarung über eine zentrale Gelddisposition und ein zentrales Finanzclearing.

Aufgrund vertraglicher Regelungen vermittelt der Außendienst der R+V Allgemeine Versicherung AG für die KRAVAG-SACH Unfallversicherungsverträge.

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V und KRAVAG sind teilweise in Personalunion besetzt.

Personalbericht

Die KRAVAG-SACH beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Auf der Grundlage der bestehenden Ausgliederungsverträge werden die Aufgaben durch Mitarbeiter der R+V übernommen.

Verbandszugehörigkeit

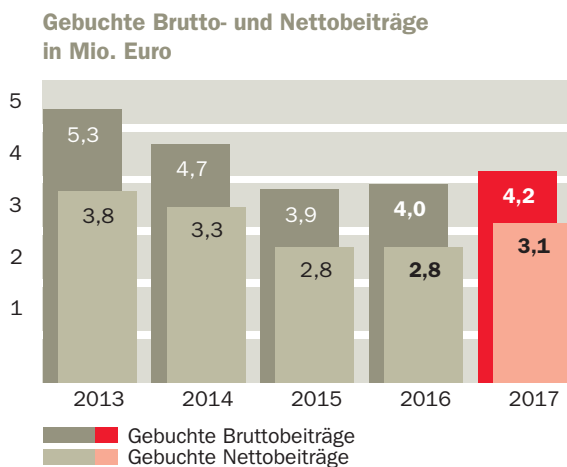
Die KRAVAG-SACH ist unter anderem Mitglied folgender Verbände:

- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV), Berlin
- Prüfungsverband der Deutschen Verkehrs-, Dienstleistungs- und Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg

Geschäftsverlauf der KRAVAG-SACH VVaG

Geschäftsverlauf im Überblick

Die KRAVAG-SACH verzeichnete im Geschäftsjahr nach erfolgreicher Umsetzung der Sanierungsmaß-



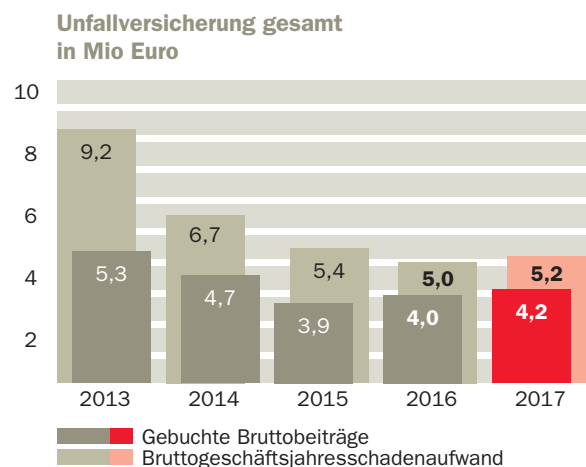
nahmen im Bestand einen Anstieg der gebuchten Bruttobeiträge von 3,8 % auf 4,2 Mio. Euro (2016: 4,0 Mio. Euro).

Der Geschäftsjahresschadenaufwand belief sich auf 5,2 Mio. Euro (2016: 5,0 Mio. Euro). Nachdem das Vorjahr durch einen Großschaden belastet war, verbesserte sich das Abwicklungsergebnis der aus dem Vorjahr übernommenen Schadenrückstellungen, so dass sich eine bilanzielle Brutto-Schadenquote von 72,0 % ergab (2016: 105,8 %).

Unter Berücksichtigung der Brutto-Kostenquote von 40,4 % (2016: 39,3 %) errechnete sich für die KRAVAG-SACH eine Combined Ratio von 112,5 % (2016: 145,2 %).

Nach Einbezug des Rückversicherungsergebnisses von - 0,2 Mio. Euro (2016: 1,1 Mio. Euro) sowie einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 0,2 Mio. Euro (2016: 0,1 Mio. Euro) belief sich das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung auf - 0,9 Mio. Euro (2016: - 0,8 Mio. Euro).

Die KRAVAG-SACH erwirtschaftete ein Kapitalanlageergebnis von 5,9 Mio. Euro (2016: 6,3 Mio. Euro). Das Sonstige Ergebnis lag bei - 1,8 Mio. Euro (2016: - 1,6 Mio. Euro). Nach Steuern in Höhe von 0,6 Mio. Euro (2016: 0,7 Mio. Euro) verblieb ein Jahresüberschuss in Höhe von 2,6 Mio. Euro (2016: 3,1 Mio. Euro).



Ertragslage

Beitragseinnahmen

Nach erfolgreicher Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen im Bestand verzeichnete die KRAVAG-SACH im Geschäftsjahr gebuchte Bruttobeiträge von 4,2 Mio. Euro (2016: 4,0 Mio. Euro). Die verdienten Nettobeiträge lagen bei 2,9 Mio. Euro (2016: 2,8 Mio. Euro). Die Selbstbehaltsquote betrug 73,0 % (2016: 69,0 %).

Versicherungsleistungen

Die Schadenentwicklung des Geschäftsjahrs folgte dem Beitragswachstum. Infolgedessen lagen die Geschäftsjahresschadenaufwendungen um 2,9 % über dem Vorjahreswert und beliefen sich auf 5,2 Mio. Euro (2016: 5,0 Mio. Euro).

Nachdem das Abwicklungsergebnis des Vorjahrs durch einen Großschaden geprägt war, verbesserte es sich im Geschäftsjahr auf 2,2 Mio. Euro (2016: 0,8 Mio. Euro). Die bilanzielle Brutto-Schadenquote betrug 72,0 % (2016: 105,8 %).

Versicherungstechnisches Ergebnis

Die KRAVAG-SACH erzielte ein versicherungstechnisches Bruttoergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung von - 0,5 Mio. Euro (2016: - 1,8 Mio. Euro).

Unter Berücksichtigung des Rückversicherungsergebnisses von - 0,2 Mio. Euro (2016: 1,1 Mio. Euro) und einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 0,2 Mio. Euro (2016: 0,1 Mio. Euro) ergab sich ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von - 0,9 Mio. Euro (2016: - 0,8 Mio. Euro).

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Die KRAVAG-SACH erzielte aus ihren Kapitalanlagen ordentliche Erträge von 6,2 Mio. Euro. Abzüglich ordentlicher Aufwendungen von 0,1 Mio. Euro ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 6,0 Mio. Euro (2016: 4,6 Mio. Euro).

Bei den Kapitalanlagen der KRAVAG-SACH ergaben sich Abschreibungen von 0,2 Mio. Euro. Aufgrund von Wertaufholungen wurden 0,1 Mio. Euro zugeschrieben. Die KRAVAG-SACH erzielte ein außerordentliches Ergebnis von - 0,1 Mio. Euro (2016: 1,6 Mio. Euro).

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen, als Summe des ordentlichen sowie des außerordentlichen Ergebnisses, belief sich damit für das Geschäftsjahr 2017 auf 5,9 Mio. Euro gegenüber 6,3 Mio. Euro im Vorjahr. Die Nettoverzinsung lag bei 3,5 % (2016: 3,8 %).

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Die Sonstigen Erträge betragen 30,6 Mio. Euro (2016: 27,1 Mio. Euro). Sie umfassten entsprechend den vertraglichen Regelungen insbesondere die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft für die KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft.

Die korrespondierenden Aufwendungen zu diesem Vermittlungsgeschäft wurden unter den Sonstigen Aufwendungen berücksichtigt, so dass ein ausgeglichenes Ergebnis aus der Versicherungsvermittlung ausgewiesen wird.

Das Sonstige Ergebnis betrug im Geschäftsjahr - 1,8 Mio. Euro (2016: - 1,6 Mio. Euro).

Gesamtergebnis

Die KRAVAG-SACH erwirtschaftete ein Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit von 3,2 Mio. Euro (2016: 3,8 Mio. Euro).

Nach Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 0,6 Mio. Euro (2016: 0,7 Mio. Euro) verblieb ein Jahresüberschuss von 2,6 Mio. Euro (2016: 3,1 Mio. Euro).

Finanzlage

Kapitalstruktur

Am Ende des Geschäftsjahrs belief sich das haftende Eigenkapital auf 148,9 Mio. Euro (2016: 146,3 Mio. Euro).

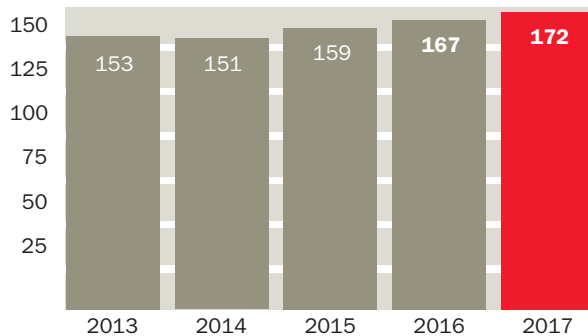
Der Schwankungsrückstellung wurden 0,2 Mio. Euro (2016: 0,1 Mio. Euro) zugeführt.

Vermögenslage

Bestand an Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen der KRAVAG-SACH stiegen im Geschäftsjahr 2017 um 5,3 Mio. Euro beziehungsweise um 3,2 % an. Damit belief sich der Buchwert der Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2017 auf 172,1 Mio. Euro. Die KRAVAG-SACH investierte die zur Neuanlage zur Verfügung stehenden Mittel überwiegend in Rentenpapiere. Hierbei wurde vor allem in Unternehmensanleihen angelegt. Zur Verminderung des Ausfallrisikos wurde bei den Zinstiteln auf eine gute Bonität der Emittenten geachtet. Darüber hinaus wurden zur Verstetigung der Anlage Vorkäufe getätigt. Des Weiteren wurde in Aktien investiert. Die durchgerechnete Aktienquote zu Marktwerten belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 7,9 % (2016: 7,4 %).

Kapitalanlagen in Mio. Euro



Die Reservequote bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2017 lag bei 101,6 % (2016: 105,8 %) und wurde von der Beteiligungsposition dominiert.

In der Kapitalanlage werden soziale, ethische und ökologische Grundsätze dahingehend berücksichtigt, dass die KRAVAG-SACH wissentlich und bewusst nicht in Kapitalanlagen investiert, die den allgemein anerkannten Nachhaltigkeitsprinzipien widersprechen. In diesem Rahmen investiert R+V nicht in Hersteller kontroverser Waffen und nutzt zur Überprüfung die „controversial weapons“-Liste der oekom research AG. Auch Finanzprodukte für Agrarrohstoffe sind von Investitionen ausgeschlossen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die KRAVAG-SACH wies zum Ende des Geschäftsjahrs versicherungstechnische Bruttorekstellungen von 12,8 Mio. Euro aus (2016: 13,5 Mio. Euro). Nach Abzug der Anteile der Rückversicherer verblieben versicherungstechnische Nettorekstellungen von 10,4 Mio. Euro (2016: 10,4 Mio. Euro).

Den größten Anteil an den versicherungstechnischen Nettorekstellungen hatte die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle mit 7,9 Mio. Euro (2016: 8,3 Mio. Euro).

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementprozess

Ziel des Risikomanagements der KRAVAG-SACH ist es, für die gesamte Geschäftstätigkeit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungen und hierbei insbesondere die Solvabilität sowie die langfristige Risikotragfähigkeit, die Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen, die Anlage in geeignete Vermögenswerte, die Einhaltung der kaufmännischen Grundsätze einschließlich einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Einhaltung der übrigen finanziellen Grundlagen des Geschäftsbetriebs zu gewährleisten.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen. Dabei werden Risiken und andere negative Entwicklungen, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, analysiert und Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet.

Ein über alle Gesellschaften der R+V implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zu Identifikation, Analyse und Bewertung, Steuerung und Überwachung sowie Berichterstattung und Kommunikation der Risiken und für ein zentrales Frühwarnsystem fest. Auch Beteiligungen werden in das Risikomanagement der KRAVAG-SACH einbezogen. Das Risikomanagementsystem umfasst zudem ein Business-Continuity-Managementsystem.

Die einmal jährlich stattfindende Risikoinventur hat zum Ziel, die Risiken zu identifizieren und hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit zu beurteilen. Gegenstand der Risikoinventur im Einzelnen ist die Überprüfung und Dokumentation sämtlicher Einzel- und Kumulrisiken. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden im Risikoprofil festgehalten.

Die identifizierten Risiken werden den folgenden Risikokategorien zugeordnet: versicherungstechnisches Risiko Leben, versicherungstechnisches

Risiko Gesundheit, versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben, Marktrisiko, Gegenparteiausfallrisiko, operationelles Risiko, Liquiditätsrisiko, Risikokonzentrationen, strategisches Risiko und Reputationsrisiko. Nach dieser Kategorisierung werden die wesentlichen Risiken in diesem Chancen- und Risikobericht dargestellt sowie Maßnahmen zu deren Begrenzung erläutert.

Die mindestens vierteljährlich erfolgende Überprüfung und Bewertung der Risikotragfähigkeit umfasst auch eine qualitative Überprüfung verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte. Bei Überschreitung eines definierten Indexwerts werden Maßnahmen eingeleitet.

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit und sämtliche wesentlichen Risiken werden vierteljährlich durch die Risikokommission abschließend bewertet. Das zentrale Risikoberichtswesen sorgt für Transparenz in der Berichterstattung. Bei wesentlichen Veränderungen von Risiken sind Meldungen an den Vorstand vorgesehen. Die risikorelevanten Unternehmensinformationen werden den zuständigen Aufsichtsgremien regelmäßig sowie bedarfsweise ad hoc zur Verfügung gestellt.

Bereits im Rahmen des Neuproduktprozesses werden bei der Produktentwicklung die Auswirkungen auf das Unternehmensrisikoprofil analysiert und beurteilt. Bei Aufnahme neuer Geschäftsfelder oder der Einführung neuer Kapitalmarkt-, Versicherungs- oder Rückversicherungsprodukte ist deren Auswirkung auf das Gesamtrisikoprofil zu bewerten. Entsprechend den Bestimmungen der jeweiligen Geschäftsordnungen sind neue Produkte im Finanzausschuss, in der Produktkommission oder im Rückversicherungsausschuss zu behandeln.

Der Neuproduktprozess stellt sicher, dass die Auswirkungen neuartiger Produkte auf das Risikoprofil des Versicherungsbestands beziehungsweise Anlageportfolios unter Berücksichtigung von Organisation, Abläufen, IT-Systemen, Personal, Bewertungs- und Risikomodellen, Rechnungslegung, Steuern und Aufsichtsrecht beurteilt und bewertet werden.

Auch bei der Planung und Durchführung von Projekten werden Risikogesichtspunkte berücksichtigt. Größere Projekte und Investitionen werden regelmäßig in der Investitions- oder Produktkommission sowie im Finanzausschuss beurteilt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Ergebnisse und Maßnahmen sowie auf die Budgeteinhaltung gelegt. Erforderliche Korrekturen werden eingeleitet.

Governance-Struktur

Das Risikomanagement der KRAVAG-SACH ist als integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung in die Geschäftsstrategie eingebettet. Es baut auf der vom Vorstand verabschiedeten Risikostrategie auf und stützt sich auf die drei miteinander verbundenen und in das Kontroll- und Überwachungssystem eingebetteten Funktionen operative Risikosteuerung, Risikoüberwachung und interne Revision. Das Kontrollumfeld wird vervollständigt durch den Aufsichtsrat sowie durch externe Wirtschaftsprüfer.

In der Leitlinie Risikomanagement und ORSA (Own Risk and Solvency Assessment) wird die Steuerung der Risiken mit umfangreichen Darstellungen zu Methoden, Prozessen und Verantwortlichkeiten dokumentiert. Ein Grundprinzip der Risikoorganisation und der Risikomanagementprozesse ist die Trennung von Risikosteuerung und Risikoüberwachung.

Unter Risikosteuerung ist die operative Umsetzung der Risikostrategie in den risikotragenden Geschäftsbereichen zu verstehen. Die operativen Geschäftsbereiche treffen Entscheidungen zur bewussten Übernahme oder Vermeidung von Risiken. Dabei haben sie die vorgegebenen Rahmenbedingungen und Risikolimitierungen zu beachten. Die Funktionen der für den Aufbau von Risikopositionen Verantwortlichen sind personell und organisatorisch von den nachgeordneten Bereichen der Risikoüberwachung getrennt.

Aufgaben der Risikoüberwachung werden bei R+V durch die Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion (im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) als

unabhängige Risikocontrollingfunktion bezeichnet), Compliance-Funktion und versicherungsmathematische Funktion wahrgenommen. Im Sinne eines konsistenten Risikomanagementsystems erfolgt ein enger Austausch der genannten Funktionen untereinander.

Die Risikomanagementfunktion von R+V unterstützt den Vorstand und die anderen Funktionen bei einer effektiven Handhabung des Risikomanagementsystems und überwacht sowohl dieses als auch das Risikoprofil. Die Risikomanagementfunktion setzt sich bei R+V aus dem Gesamtrisikomanagement auf zentraler und dem Ressortrisikomanagement auf dezentraler Ebene zusammen. Sie ist für die Identifikation, Analyse und Bewertung der Risiken im Rahmen des Risikomanagementprozesses gemäß ORSA verantwortlich. Dies schließt die Früherkennung, vollständige Erfassung und interne Überwachung aller wesentlichen Risiken ein. Dabei macht die Risikomanagementfunktion grundlegende Vorgaben für die für alle Gesellschaften der R+V Versicherungsgruppe anzuwendenden Risikomessmethoden. Damit wird ein konsistentes Risikomanagement sichergestellt. Darüber hinaus berichtet das Risikomanagement die Risiken an die Risikokommission, den Vorstand und den Aufsichtsrat. Die KRAVAG-SACH hat die Schlüsselfunktion Risikomanagement auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Der Inhaber der Risikomanagementfunktion berichtet unmittelbar an den Vorstand.

Die Aufgabe der Compliance-Funktion liegt vorrangig in der Überwachung der Einhaltung der externen Anforderungen. Darüber hinaus berät sie den Vorstand in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts geltenden Gesetze und Verwaltungsvorschriften, beurteilt die möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfelds für das Unternehmen und identifiziert und beurteilt das mit der Verletzung der rechtlichen Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Die Compliance-Funktion wird wegen der übergreifenden Organisation der Geschäftsprozesse unternehmensübergreifend durch eine zentrale Compliance-Stelle in Kooperation mit dezentralen

Compliance-Stellen der Vorstandsressorts der R+V Versicherung AG wahrgenommen. Die vierteljährlich stattfindende Compliance-Konferenz ist das zentrale Koordinations- und Berichtsgremium der Compliance-Funktion. Dort werden die Aktivitäten der zentralen und dezentralen Compliance-Stellen berichtet und koordiniert sowie relevante Vorfälle behandelt. In der Compliance-Konferenz finden zudem der Informationsaustausch und die Interaktion mit den anderen Schlüsselfunktionen statt. Bei besonders gravierenden Verstößen sind Ad-hoc-Meldungen an die zentrale Compliance-Stelle vorgesehen. Die KRAVAG-SACH hat die Schlüsselfunktion Compliance auf die R+V Versicherung AG ausgegliedert. Der Inhaber der Compliance-Funktion berichtet unmittelbar an den Vorstand und ist organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet.

Die versicherungsmathematische Funktion ist in erster Linie mit Kontrollaufgaben im Hinblick auf die ordnungsgemäße Bildung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht betraut. Im Einzelnen koordiniert sie die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen und gewährleistet die Angemessenheit der der Berechnung zugrundeliegenden Annahmen, Methoden und Modelle. Darüber hinaus bewertet sie die Qualität der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendeten Daten und Informationstechnologiesysteme. Mindestens einmal jährlich berichtet die versicherungsmathematische Funktion schriftlich an den Vorstand. Zudem gibt die versicherungsmathematische Funktion eine Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen ab. Die KRAVAG-SACH hat die versicherungsmathematische Schlüsselfunktion auf die R+V Allgemeine Versicherung AG ausgegliedert.

Die Schlüsselfunktion Revision wird bei R+V von der Konzern-Revision ausgeübt. Diese prüft die Einhaltung der Regelungen des Risikomanagementsystems und deren Wirksamkeit. Die KRAVAG-SACH hat die Schlüsselfunktion Revision auf die R+V Ver-

sicherung AG ausgegliedert. Die Konzern-Revision ist eine von den operativen Geschäftsbereichen unabhängige und organisatorisch selbständige Funktion. Sie ist der Geschäftsleitung unterstellt und organisatorisch direkt dem Vorstandsvorsitzenden der R+V Versicherung AG zugeordnet. Zur Behebung festgestellter Defizite werden Maßnahmen vereinbart und von der Konzern-Revision nachgehalten.

Risikostrategie

Die Grundsätze des Risikomanagements basieren auf der verabschiedeten und jährlich zu aktualisierenden Risikostrategie der KRAVAG-SACH.

Das Management des versicherungstechnischen Risikos ist auf die Optimierung des Portfolios nach Ertrags- und Risikoaspekten ausgerichtet. Als Anbieter im Bereich der Unfallversicherung liegt der Fokus der KRAVAG-SACH auf nationalem Geschäft. Das Eingehen von Risiken im Zusammenhang mit dem Ausbau des Marktanteils wird grundsätzlich in dem Maße akzeptiert, in dem es sich um ertragreiches Geschäft handelt. Eine gezielte Risikoselektion erfolgt durch Zeichnungsrichtlinien und Größenrestriktionen.

Aus den Kapitalanlagen resultieren insbesondere Zins-, Spread- und Aktienrisiken. Die Marktrisikostrategie wird durch die Bestimmungen der aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze nach § 124 VAG sowie durch die internen Regelungen in der Leitlinie Risikomanagement und ORSA determiniert. Versicherungsunternehmen sind verpflichtet, sämtliche Vermögenswerte so anzulegen, dass Sicherheit, Qualität, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sichergestellt werden; zudem muss die Belegenheit der Vermögenswerte ihre Verfügbarkeit gewährleisten.

Die von der KRAVAG-SACH eingegangenen Marktrisiken spiegeln die im Rahmen der strategischen Asset Allocation unter Berücksichtigung der indivi-

duellen Risikotragfähigkeit und der langfristigen Ertragsanforderungen entwickelte Portfoliostruktur der Kapitalanlagen wider.

Mit der Steuerung des Marktrisikos sind die grundsätzlichen risikopolitischen Ziele der Sicherstellung wettbewerbsfähiger Kapitalanlageergebnisse unter Berücksichtigung der individuellen Risikotragfähigkeit, der Erreichung definierter Mindestkapitalanlageergebnisse unter Stress-Szenarien und der Sicherstellung eines angemessenen Aktivreserveniveaus zur Gewährleistung der Ergebniskontinuität verbunden. Zudem besteht die Zielsetzung der Gewährleistung eines hinreichenden Anteils an fungiblen Anlagen.

Im Rahmen der Risikostrategie des Gegenparteausfallrisikos werden der Erhalt des hohen Durchschnittsratings der Bestände, die Vermeidung von Emittentenkonzentrationen auf Portfolioebene und die Einhaltung der festgelegten Kontrahentenlimite gegenüber Gegenparteien und Schuldnern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen angestrebt.

Die Risikostrategie des operationellen Risikos sieht eine weitere Steigerung des Risikobewusstseins für operationelle Risiken vor.

Die Strategie zum Management des strategischen Risikos zielt insbesondere auf die Beobachtung von Marktentwicklungen und Veränderungen der Gesetzgebung, der Rahmenbedingungen sowie auf die Berücksichtigung von Risikoaspekten in strategischen Initiativen und Projekten.

Ziel der Reputationsrisikostrategie ist, das positive Image der Marke KRAVAG zu fördern sowie auf Transparenz und Glaubwürdigkeit zu achten.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Um eine sach- und termingerechte Informationsbereitstellung für die Adressaten des Abschlusses und des Lageberichts sicherzustellen, ist innerhalb von R+V unter anderem ein umfangreiches Internes Kontrollsystem (IKS) etabliert. Als wichtiger Bestandteil des unternehmensweiten Risikomanagementsystems verfolgt das rechnungslegungsbezogene IKS die Zielsetzung, durch Implementierung von Kontrollen identifizierte Risiken in Bezug auf den gesamten Rechnungslegungs- und Finanzberichterstattungsprozess zu minimieren und die Erstellung eines regelkonformen Abschlusses zu gewährleisten. Um eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Wirksamkeit des IKS sicherzustellen, erfolgt eine regelmäßige Überprüfung durch die Konzern-Revision und den Abschlussprüfer.

Das rechnungslegungsbezogene IKS fokussiert auf die wesentlichen rechnungslegungsbezogenen Abschlussprozesse. Diese werden dokumentiert und hieraus prozessinhärente Risiken abgeleitet. Die Bewertung der Risiken erfolgt anhand eines Bewertungsrasters und festgelegter Wesentlichkeitsgrenzen. Die Aktualität der Dokumentation sowie die Risikobewertung werden einmal jährlich überprüft und bedarfsweise angepasst.

Das IKS umfasst organisatorische Sicherungsmaßnahmen, die sowohl in die Aufbau- als auch in die Ablauforganisation integriert sind, wie beispielsweise eine grundsätzliche Funktionstrennung oder klare Aufgaben- und Verantwortlichkeitszuordnungen. An wichtigen Punkten innerhalb der rechnungslegungsbezogenen Geschäftsprozesse werden gezielte Kontrollen durchgeführt, um die Eintrittswahrscheinlichkeit von Risiken zu minimieren beziehungsweise bereits aufgetretene Fehler zu identifizieren. Dabei handelt es sich um Kontrollen, die in den Arbeitsablauf integriert sind, wie beispielsweise die Anwendung des Vier-Augen-Prinzips. Die Wirksamkeit und Effektivität des rechnungslegungsbezogenen IKS wird regelmäßig überprüft und dokumentiert.

Der Prozess zur Erstellung des Abschlusses und des Lageberichts liegt in der Verantwortung von Mitarbeitern der R+V und folgt definierten Termin- und Ablaufplänen. Die im Rahmen des Abschlussstellungsprozesses durchzuführenden Schritte unterliegen sowohl systemseitigen als auch manuellen Kontrollen. Für die Ermittlung bestimmter rechnungslegungsbezogener Daten werden partiell externe Gutachter einbezogen.

Der Abschlusserstellungsprozess ist in hohem Maße von IT-Systemen abhängig und unterliegt damit potentiellen operationellen Risiken, wie zum Beispiel Betriebsstörungen, -unterbrechungen und Datenverlusten. Diesen wird unter anderem durch umfangreiche Schutzmechanismen wie einer Notfallplanung, Back-up-Lösungen sowie einer Berechtigungsverwaltung und technischen Sicherungen gegen unbefugten Zugriff begegnet. Die eingesetzten IT-Systeme werden zudem auf Einhaltung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten geprüft. Die regelmäßige Prüfung der Rechnungslegungsprozesse ist sowohl integraler Bestandteil der internen Revisionsprüfungen als auch Gegenstand der Jahresabschlussprüfungen durch den Abschlussprüfer.

Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der Messung der ökonomischen Risikotragfähigkeit wird der Gesamtsolvabilitätsbedarf als Value-at-Risk der Veränderung der ökonomischen Eigenmittel mit einem Konfidenzniveau von 99,5 % über den Zeitraum eines Jahres ermittelt. Die Quantifizierung erfolgt grundsätzlich gemäß den Risikoarten der Standardformel von Solvency II. Risikodiversifikation, die einen wesentlichen Aspekt des Geschäftsmodells einer Versicherung ausmacht, wird grundsätzlich angemessen berücksichtigt.

Risikoentlastungen, zum Beispiel durch Rückversicherungen, werden berücksichtigt. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse werden dem Gesamtsolvabilitätsbedarf die Eigenmittel gegenübergestellt, um die ökonomische Kapitaladäquanz zu ermitteln.

Die Angemessenheit des Vorgehens zur Risikoquantifizierung wird regelmäßig und gegebenenfalls anlassbezogen überprüft.

Die aktuelle Analyse der ökonomischen Risikotragfähigkeit zeigt, dass die Eigenmittel der KRAVAG-SACH den Gesamtsolvabilitätsbedarf übersteigen.

Die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Risikotragfähigkeit erfolgt mit Hilfe der Standardformel gemäß Solvency II. Die Berechnung des Risikokapitalbedarfs (SCR: Solvency Capital Requirement) erfolgt als Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,5 %.

Die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit wird durch das Verhältnis der Eigenmittel zu den aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken abgebildet. Die Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Risikotragfähigkeit der KRAVAG-SACH wird mindestens quartalsweise analysiert.

Im Geschäftsjahr 2017 erfüllte die KRAVAG-SACH die gesetzlichen Mindest-Solvabilitätsanforderungen gemäß Solvency II.

Die im Rahmen der internen Planung angewendeten Kapitalmarktszenarien ergeben, dass die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit der KRAVAG-SACH zum 31. Dezember 2018 oberhalb der gesetzlichen Mindestanforderung liegen wird. Aufgrund der weiterhin angespannten Situation auf den Finanzmärkten sind Tendenzaussagen bezüglich der Entwicklung der Solvenzkapitalanforderung und der Eigenmittel jedoch mit großen Unsicherheiten behaftet, wobei die KRAVAG-SACH durch geeignete Maßnahmen die Risikotragfähigkeit sicherstellen wird.

Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Für

die KRAVAG-SACH ist gemäß der Kategorisierung von Solvency II das versicherungstechnische Risiko Gesundheit vorhanden.

Das versicherungstechnische Risiko Gesundheit bezeichnet bei der KRAVAG-SACH die Gefahr, die sich aus der Übernahme von Unfallversicherungsverpflichtungen ergibt, und zwar in Bezug auf die abgedeckten Risiken und verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts. Es lässt sich in das versicherungstechnische Risiko Gesundheit nach Art der Schadenversicherung, nach Art der Lebensversicherung und das Katastrophenrisiko Gesundheit unterteilen.

Innerhalb des versicherungstechnischen Risikos Gesundheit nach Art der Schadenversicherung sind wiederum das Prämien- und Reserverisiko sowie das Stornorisiko von Bedeutung.

Das versicherungstechnische Risiko Gesundheit nach Art der Lebensversicherung gliedert sich bei der KRAVAG-SACH in das Langlebigkeits- und Kostenrisiko.

Das Katastrophenrisiko Gesundheit der KRAVAG-SACH beinhaltet das Massenunfallrisiko und das Unfallkonzentrationsrisiko.

Versicherungstechnische Risiken entstehen als Abweichungen vom erwarteten Schadenverlauf als Folge der zufälligen Ausprägung bezüglich Zeitpunkt, Häufigkeit und Höhe von Versicherungsfällen. Auch können unvorhersehbare Veränderungen der versicherten Risiken und der Schadenverteilungen, Erwartungswerte und Streuungen, zum Beispiel durch technische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Veränderungen, Risikoursachen darstellen. Weitere Ursachen können unvollständige Informationen über die wahre Zufallsgesetzmäßigkeit der Schadenverteilung durch fehlerhafte statistische Analysen oder unvollständige Informationen über die zukünftige Gültigkeit der für die Vergangenheit festgestellten Schadengesetzmäßigkeiten sein.

Die Messung des versicherungstechnischen Risikos orientiert sich an dem Vorgehen von Solvency II und erfolgt nach den Verfahren des Value-at-Risk. Zur Bestimmung des Value-at-Risk werden negative Szenarien betrachtet, die aus den Solvency II-Vorgaben übernommen und teilweise durch eigene Parametrisierungen ergänzt werden.

Die Risikosituation in der Sparte Unfall ist dadurch geprägt, dass es sich um eine Summen- und nicht um eine Schadenversicherung handelt, das heißt, die maximale Leistung je versicherter Person ist durch die versicherte Summe begrenzt.

Die Risikosteuerung der KRAVAG-SACH erfolgt durch eine gezielte Risikoselektion, eine risikogerechte Tarif- und Produktgestaltung sowie durch ertragsorientierte Zeichnungsrichtlinien der operativen Einheiten. Zur Aufrechterhaltung eines ausgewogenen Risikoprofils achtet die KRAVAG-SACH darauf, große Einzelrisiken zu vermeiden. Im Schadenfall erfolgt eine individuelle Leistungsprüfung. Die Auswahl der Sachverständigen und Gutachter erfolgt sehr sorgfältig, um eine realistische und angemessene Einschätzung zu erhalten. Durch den Einsatz von Planungs- und Steuerungsinstrumenten wird das Management frühzeitig in die Lage versetzt, unerwartete oder gefährliche Bestands- und Schadenentwicklungen zu erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen der veränderten Risikosituation begegnen zu können. Um die genannten Risiken beherrschbar zu machen, unterliegt die Preisfindung einer genauen Kalkulation unter Verwendung mathematisch-statistischer Modelle.

Laufende Marktbeobachtungen und eine permanente Kontrolle der ergriffenen Maßnahmen ermöglichen frühzeitige Handlungsoptionen zur Geschäftssteuerung im Sinne der Risikoneigung.

Die Rückversicherung dient der Begrenzung der Schadenhöhe bei Einzelrisiken und bei Kumulschäden. Die Deckungsgleichheit zwischen Erstversicherungs- und Rückversicherungsverträgen, die Angemessenheit der Rückversicherungskonzeption in Bezug auf die individuelle Risikosituation der

KRAVAG-SACH sowie die weitere Platzierbarkeit der Rückversicherungsverträge am Markt werden regelmäßig überprüft. Anpassungen und Aktualisierungen der bestehenden Absicherungen erfolgen laufend im Rahmen des Abschlusses beziehungsweise der Erneuerung von Verträgen. Die KRAVAG-SACH ist ausschließlich bei der R+V Versicherung AG rückversichert. Somit sieht sich die KRAVAG-SACH zurzeit keinen Risiken ausgesetzt, die eine Platzierbarkeit von Verträgen betrifft.

Die Schätzung der Verpflichtungen aus eingetretenen Schäden ist mit Unsicherheiten behaftet. In Übereinstimmung mit den Anforderungen von Solvency II werden zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen die zukünftigen Zahlungsverpflichtungen mit Hilfe von mathematisch-statistischen Verfahren ermittelt. Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt getrennt nach Prämien- und Schadenrückstellungen. Bei den Berechnungen werden unternehmenseigene Erfahrungen, aktuarielle Statistiken und zusätzliche Informationsquellen verwendet. Die eingesetzten Methoden orientieren sich an allgemein anerkannten Grundsätzen versicherungsmathematischer Praxis.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet die Gefahr, die sich aus Schwankungen in der Höhe oder in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt, die den Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens beeinflussen. Es spiegelt die strukturelle Inkongruenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten insbesondere im Hinblick auf deren Laufzeit wider.

Das Marktrisiko setzt sich aus folgenden Unterkategorien zusammen:

- Das Zinsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Zinskurve oder auf die Volatilität der Zinssätze.

- Das Spreadrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Credit-Spreads oberhalb der risikofreien Zinskurve. Weiterhin werden in dieser Unterkategorie Ausfallrisiken und Migrationsrisiken berücksichtigt. Als Credit-Spread wird die Zinsdifferenz zwischen einer risikobehafteten und einer risikolosen Rentenanlage bezeichnet. Änderungen dieser Credit-Spreads führen zu Marktwertänderungen der korrespondierenden Wertpapiere.
- Das Aktienrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Das Beteiligungsrisiko wird ebenfalls im Aktienrisiko abgebildet. Aktienrisiken ergeben sich aus den bestehenden Aktienengagements durch Marktschwankungen.
- Das Währungsrisiko beschreibt die Sensitivität von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Wechselkurse. Währungsrisiken resultieren aus Wechselkursschwankungen entweder aus in Fremdwährungen gehaltenen Kapitalanlagen oder wenn ein Währungsungleichgewicht zwischen den versicherungstechnischen Verbindlichkeiten und den Kapitalanlagen besteht.
- Das Konzentrationsrisiko beinhaltet zusätzliche Risiken für ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, die entweder auf eine mangelnde Diversifikation des Asset-Portfolios oder auf eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten zurückzuführen sind.

Innerhalb des Marktrisikos wird gemäß der nach Solvency II vorgenommenen Abgrenzung auch der überwiegende Teil des Kreditrisikos dem Spreadrisi-

ko zugeordnet. Weitere Teile des Kreditrisikos werden unter anderem im Gegenparteausfallrisiko gemessen.

Bei der Messung der Marktrisiken werden Schockszenarien betrachtet, die aus den Solvency II-Vorgaben übernommen und teilweise durch eigene Parametrisierungen ergänzt werden.

Das Management von Marktrisiken ist wesentlicher Teil des Managements der Gesamtrisiken der KRAVAG-SACH. Die Marktrisiken werden unter anderem über die Vorgabe bilanzieller Mindestergebnisanforderungen limitiert.

Die Steuerung der Risiken aus der Kapitalanlage erfolgt innerhalb der von der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) vorgegebenen Leitlinien, der Vorschriften des VAG, der aufsichtsrechtlichen Rundschreiben und der internen Anlageleitlinien. Die Einhaltung der internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlagerisiko sowie der weiteren aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird bei der KRAVAG-SACH durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Dabei umfasst die Steuerung der Risiken sowohl ökonomische als auch bilanzielle Aspekte. Auf organisatorischer Ebene begegnet die KRAVAG-SACH Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Anlage, Abwicklung und Controlling.

Die KRAVAG-SACH nimmt fortlaufend Erweiterungen und Verfeinerungen des Instrumentariums zur Risikoidentifikation, -bewertung und -analyse bei der Neuanlage und der Beobachtung des Anlagebestands vor, um den Veränderungen an den Kapitalmärkten zu begegnen und Risiken frühzeitig zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Kapitalanlagerisiken begegnet die KRAVAG-SACH grundsätzlich durch Beachtung des Prinzips einer

möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität, um die Qualität des Portfolios zu gewährleisten. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen trägt die Anlagepolitik der KRAVAG-SACH dem Ziel der Risikoverminderung in besonderem Maße Rechnung.

Bei allen Marktrisiken verfolgt die KRAVAG-SACH deren Veränderung durch ständige Messung und durch Berichterstattung in den relevanten Gremien. Die Risiken aller Unterkategorien werden im Rahmen von aufsichtsrechtlichen und gesellschafts-spezifischen ökonomischen Berechnungen quantifiziert. Als wichtiges Instrument zur Früherkennung dienen Stresstests. Zur Begrenzung von Risiken werden - neben der natürlichen Diversifikation über Laufzeiten, Emittenten, Länder, Kontrahenten, Assetklassen und so weiter - Limitierungen eingesetzt.

In der KRAVAG-SACH werden regelmäßige Untersuchungen zum Asset-Liability-Management durchgeführt. Mit Hilfe von Stresstests und Szenarioanalysen wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden Auswirkungen eines lang anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie volatiler Kapitalmärkte systematisch geprüft.

Die KRAVAG-SACH setzt derivative Instrumente zur Steuerung der Marktrisiken ein. Es wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

Beim Management von Zinsrisiken achtet die KRAVAG-SACH auf eine breite Mischung und Streuung der Kapitalanlagen verbunden mit einer die Struktur der Verpflichtungen berücksichtigenden Steuerung der Duration und einer ausgewogenen Risikonahme in ausgewählten Assetklassen. Zusätzlich dient der Erwerb von Vorkäufen der Verstetigung der Anlage und dem Management von Zins- und Durationsentwicklungen.

Für die KRAVAG-SACH spielt das Zinsrisiko im Vergleich zu den versicherungstechnischen Risiken eine eher untergeordnete Rolle.

Beim Management von Spreadrisiken achtet die KRAVAG-SACH insbesondere auf eine hohe Bonität der Anlagen, wobei der ganz überwiegende Teil der Rentenbestände im Investmentgrade-Bereich investiert ist. Ein signifikanter Anteil der Bestände ist zudem zusätzlich besichert. Die Nutzung externer Kreditrisikobewertungen und eigener Experteneinstufungen, die zum Teil strenger sind als die am Markt vorhandenen Bonitätseinschätzungen, vermindert Risiken zusätzlich.

Sollten die Zinsen steigen oder sich die Credit-Spreads für Anleihen im Markt ausweiten, führt dies zu einem Rückgang der Marktwerte. Solche negativen Marktwert-Entwicklungen können temporäre oder bei erforderlicher Veräußerung dauerhafte Ergebnisbelastungen zur Folge haben.

Ausfallrisiken bestehen in einer möglichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse von Emittenten beziehungsweise Schuldner und der daraus resultierenden Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder bonitätsbedingter Wertminderungen. Die Kapitalanlage der KRAVAG-SACH weist grundsätzlich eine hohe Bonität und eine solide Besicherungsstruktur auf. In den dominierenden Branchen öffentliche Hand und Finanzsektor handelt es sich insbesondere um Forderungen in Form von Staatsanleihen und gesetzlich besicherten deutschen und europäischen Pfandbriefen.

Das Management von Aktienrisiken beruht auf einem Core-Satellite-Ansatz, bei dem Core-Aktien große stabile Unternehmen in absicherbaren Indizes umfassen und Satellite-Aktien zur Verbesserung des Rendite-Risiko-Profiles beigemischt werden. Zusätzlich werden asymmetrische Strategien verwendet, die regelbasiert Aktienexposure vermindern oder erhöhen.

Bei der KRAVAG-SACH werden Aktien im Rahmen einer langfristigen Anlagestrategie zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern genutzt. Es besteht nicht der Anspruch, aus kurzfristigen Schwankungen durch Realisierungen Gewinne zu erzielen. Aufgrund des breit diversifizierten Kapitalanlageportfolios reduziert sich das Risiko, Aktien zu einem ungünstigen Zeitpunkt veräußern zu müssen.

Währungsrisiken werden über ein systematisches Währungsmanagement gesteuert.

Konzentrationsrisiken besitzen eine untergeordnete Relevanz und werden bei der KRAVAG-SACH durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen gemindert. Dies zeigt sich insbesondere anhand der breiten Emittentenbasis im Portfolio.

Besondere Aspekte des Kreditportfolios

Die KRAVAG-SACH investiert hauptsächlich in Emittenten beziehungsweise Schuldner mit einer guten bis sehr guten Bonität. R+V verwendet zur Bonitätseinstufung generell zugelassene externe Ratings, zusätzlich werden entsprechend den Vorgaben der EU-Verordnung über Ratingagenturen (CRA III) interne Experteneinstufungen zur Plausibilisierung der externen Ratings vorgenommen. R+V hat das externe Rating als Maximum definiert, selbst wenn eigene Bewertungen zu einem besseren Ergebnis kommen.

Kontrahentenrisiken werden ferner durch ein Limitsystem begrenzt. Von den Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren wiesen 87,9 % (2016: 86,8 %) ein Rating gemäß der Standard & Poor's-Systematik von gleich oder besser als A, 61,7 % (2016: 61,3 %) von gleich oder besser als AA auf. Die Kapitalanlagen der KRAVAG-SACH wiesen im abgelaufenen Geschäftsjahr weder Zins- noch Kapitalausfälle aus Wertpapieren auf.

Die KRAVAG-SACH überprüft die Kreditportfolios fortlaufend im Hinblick auf krisenhafte Entwicklungen. Erkannte Risiken werden mit Hilfe einer regelmäßigen Berichterstattung und Diskussion in den Entscheidungsgremien beobachtet, analysiert und gesteuert. Bei Bedarf erfolgen Portfolioanpassungen.

Die Investitionen in Staatsanleihen peripherer Euroländer beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 2,0 Mio. Euro (2016: 2,1 Mio. EUR). Die nachfolgende Tabelle zeigt die Länderzuordnung dieser Staatsanleihen.

Marktwerte in Mio. Euro	2017	2016
Italien	1,8	1,9
Spanien	0,2	0,2
Gesamt	2,0	2,1

Gegenparteiausfallrisiko

Das Gegenparteiausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen während der folgenden zwölf Monate ergeben. Es deckt risikomindernde Verträge wie Rückversicherungsvereinbarungen, Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern und alle sonstigen Kreditrisiken ab, soweit sie nicht anderweitig in der Risikomessung berücksichtigt werden.

Das Gegenparteiausfallrisiko berücksichtigt die akzessorischen oder sonstigen Sicherheiten, die von dem oder für das Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen gehalten werden, und die damit verbundenen Risiken.

Bei der KRAVAG-SACH bestehen derartige Risiken insbesondere für Kontrahenten von derivativen Finanzinstrumenten, Rückversicherungskontrahenten und für den Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern.

Grundlagen für die Ermittlung der Kapitalanforderungen für das Gegenparteiausfallrisiko sind das relevante Exposure und die erwarteten Verluste je Kontrahent.

Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sind in innerbetrieblichen Richtlinien explizit geregelt. Darin enthalten sind insbesondere Volumen- und Kontrahentenlimite. Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden die verschiedenen Risiken regelmäßig überwacht und transparent dargestellt. Einzelheiten zu derivativen Finanzinstrumenten sind im Anhang erläutert.

Um Kontrahenten- und Emittentenrisiken zu beurteilen, zieht die KRAVAG-SACH zur Unterstützung die Einschätzungen internationaler Ratingagenturen heran, die durch eigene Bonitätsanalysen ergänzt werden. Für die wesentlichen Gegenparteien wird die Einhaltung der Limite fortlaufend überprüft. Die Auslastung der Limite und Einhaltung der Anlage Richtlinien wird regelmäßig überwacht.

Den Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und an Versicherungsvermittler wird durch ein effektives Forderungsausfallmanagement begegnet. Zudem wird dem Forderungsausfallrisiko durch erforderliche Wertberichtigungen Rechnung getragen, die nach den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit ausreichend bemessen sind. Das Ausfallrisiko für die Abrechnungsforderungen wird durch die ständige Überwachung der Standard & Poor's Ratings und die sonstigen am Markt verfügbaren Informationsquellen begrenzt. Da die KRAVAG-SACH zurzeit ausschließlich bei der R+V Versicherung AG rückversichert ist, sieht sich die KRAVAG-SACH keinen Risiken den Ausfall eines gruppenexternen Rückversicherers betreffend ausgesetzt.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbei-

ter- und systembedingten oder externen Vorfällen. Rechtsrisiken sind hierin eingeschlossen.

Rechtsrisiken können insbesondere aus Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen (Gesetze und Rechtsprechung), Veränderungen der behördlichen Auslegung und aus Änderungen des Geschäftsumfelds resultieren. Rechtsstreitigkeiten aus der Schaden- beziehungsweise Leistungsbearbeitung von Versicherungsfällen sind in den versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt und somit nicht Gegenstand des operationellen Risikos. Im Berichtszeitraum bestanden keine wesentlichen operationellen Risiken aus nichtversicherungstechnischen Rechtsstreitigkeiten.

Die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt auf Basis eines Faktoransatzes auf Volumenmaße von Prämien und Rückstellungen sowie, im Falle des fondsgebundenen Geschäfts, auf Kosten.

R+V setzt für das Management und Controlling operationeller Risiken szenariobasierte Risk Self Assessments (RSA) sowie Risikoindikatoren ein. Im Rahmen der RSA werden operationelle Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Schadenhöhe bewertet. In Ausnahmefällen können qualitative Bewertungen herangezogen werden.

Risikoindikatoren ermöglichen frühzeitige Aussagen zu Trends und Häufungen in der Risikoentwicklung und erlauben es, Schwächen in den Geschäftsprozessen zu erkennen. Auf Basis vorgegebener Schwellenwerte werden Risikosituationen mittels einer Ampellogik signalisiert. Risikoindikatoren werden systematisch und regelmäßig erhoben.

Zur Unterstützung des Managements des operationellen Risikos sind alle Geschäftsprozesse der R+V nach den Vorgaben der Rahmenrichtlinie für die Befugnisse und Vollmachten der Mitarbeiter der Gesellschaften der R+V strukturiert. Für die in dieser Richtlinie nicht geregelten Bereiche liegen weitere Richtlinien, insbesondere Annahme- und Zeichnungsrichtlinien vor. Ein wesentliches Instrument zur Begrenzung der operationellen Risiken stellt

das IKS dar. Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit des IKS durch die Konzern-Revision beugen dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen vor.

Auszahlungen werden weitgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des hinterlegten Zufallsgenerators geben zusätzliche Sicherheit. Manuelle Auszahlungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

Zur Sicherung der Betriebsfortführung verfügt R+V über ein ganzheitliches Business-Continuity-Managementsystem (BCM) mit einer zentralen Koordinationsfunktion, das auch das Notfall- und Krisenmanagement umfasst und in der Leitlinie Business-Continuity-, Notfall- und Krisenmanagement dokumentiert ist. Die Sicherheits- und BCM-Konferenz mit Vertretern aus allen Ressorts unterstützt in fachlichen Themenstellungen und dient der Vernetzung der Aktivitäten in der R+V. Darüber hinaus erfolgt eine Berichterstattung über wesentliche risikorelevante Feststellungen und über die durchgeführten Übungen und Tests an die Risikokommission.

Durch das BCM soll gewährleistet werden, dass der Geschäftsbetrieb der Gesellschaften im Not- und Krisenfall aufrechterhalten werden kann. Zu diesem Zwecke werden die zeitkritischen Geschäftsprozesse mit den benötigten Ressourcen erfasst und hierzu notwendige Dokumentationen, wie beispielsweise Geschäftsfortführungspläne, erstellt und regelmäßig überprüft. Für die Bewältigung von Not- und Krisenfällen bestehen darüber hinaus gesonderte Organisationsstrukturen, zum Beispiel der R+V Krisenstab und die einzelnen Notfallteams der Ressorts. Durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess wird das ganzheitliche BCM laufend weiterentwickelt.

Die Qualitätssicherung im IT-Bereich erfolgt durch etablierte Prozesse unter Verwendung von Best Practices. In einer täglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. In monatlich stattfindenden Konferenzen werden unter Beteiligung der IT-Bereichsleiter geeignete Maßnahmen in Bezug auf die Einhaltung von Service-Level-Agreements (zum Beispiel Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten) ergriffen.

Umfassende physische und logische Schutzvorkehrungen gewährleisten die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungssystemen. R+V hat durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besonderer Zutrittssicherung, sensiblen Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate Vorsorge getroffen. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf seine Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen. Darüber hinaus werden die Daten auf einen Bandroboter in einen ausgelagerten und entfernten Standort gespiegelt. Somit sind die Daten auch nach einem Totalverlust aller Rechenzentrumsstandorte in Wiesbaden vorhanden.

Durch eine nachhaltige Personalentwicklung und den Ausbau des Talentmanagements stellt R+V sicher, dass die Mitarbeiter stetig gefördert und qualifiziert werden, damit zukünftiger Personalbedarf auch aus dem eigenen Haus gedeckt werden kann. Zu den dabei eingesetzten Instrumenten zählen unter anderem ein Potentialeinschätzungsverfahren, die systematische Nachfolgeplanung und Qualifizierungsprogramme. Im Interesse einer dauerhaften Personalbindung werden regelmäßig Mitarbeiterbefragungen durchgeführt.

Sonstige wesentliche Risiken

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko ist das Risiko zu verstehen, dass Versicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Die Liquidität der Gesellschaften der R+V wird zentral gesteuert. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird eine integrierte Simulation zur Bestands- und Erfolgsentwicklung im Kapitalanlagebereich sowie zur Entwicklung der Cashflows durchgeführt. Basis der Steuerung ist der prognostizierte Verlauf aller wesentlichen Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung. Bei der Neuanlage wird die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätserfordernisse kontinuierlich geprüft.

Im Rahmen einer monatlich aktualisierten Liquiditätsberichterstattung für das laufende Jahr wird die erwartete Entwicklung des Cashflows auf Einzelgesellschaftsebene detailliert dargestellt. Darüber hinaus wird im Cash-Management ergänzend eine taggenaue Planung der Zahlungsströme vorgenommen.

Durch Sensitivitätsanalysen wesentlicher versicherungstechnischer Parameter wird die Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität unter krisenhaften Marktbedingungen regelmäßig überprüft. Die Ergebnisse zeigen die Fähigkeit der KRAVAG-SACH, die eingegangenen Verpflichtungen jederzeit zu erfüllen.

Aufgrund der prognostizierten Liquiditätssituation und der hohen Fungibilität der Wertpapierbestände ist die jederzeitige Erfüllbarkeit der Verbindlichkeiten gegenüber den Versicherungsnehmern gewährleistet.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen im weiteren Sinne sind Ansammlungen von Einzelrisiken, die sich aufgrund hoher Abhängigkeiten beziehungsweise verwandter Wirkungszusammenhänge mit deutlich erhöhter Wahrscheinlichkeit gemeinsam realisieren können. Die Abhängigkeiten und die Verwandtschaft der Wirkungszusammenhänge offenbaren sich teilweise erst in Stress-Situationen.

Die KRAVAG-SACH verfügt über ein vielfältiges, weit gestreutes Kundenspektrum. Exponierte Einzelrisiken sind, ebenso wie der Kumulfall, rückversichert.

Das Anlageverhalten der KRAVAG-SACH ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentrationen im Portfolio zu vermeiden. Eine Verminderung der Risiken durch weitgehende Diversifikation der Anlagen wird gewährleistet, indem die durch die internen Regelungen in der Risikomanagement-Leitlinie für das Anlagerisiko und weitere aufsichtsrechtliche Bestimmungen vorgegebenen quantitativen Grenzen eingehalten werden. Eine Analyse der Emittentenstruktur des Bestands ergab keine signifikanten Risikokonzentrationen.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ergibt sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen beziehungsweise daraus, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden.

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie Veränderungen in Markt und Wettbewerb unterliegen einer ständigen Beobachtung, damit rechtzeitig und angemessen auf Chancen und Risiken reagiert werden kann. R+V analysiert und prognostiziert laufend nationale und globale Sachverhalte mit Einfluss auf geschäftsrelevante Parameter. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden beispielsweise hinsichtlich der Bedürfnisse der Kunden ausgewertet und

finden Eingang in die Entwicklung neuer Versicherungsprodukte bei R+V.

Die Steuerung des strategischen Risikos basiert auf der vorausschauenden Beurteilung von Erfolgsfaktoren sowie auf der Ableitung von Zielgrößen für die Unternehmensbereiche der R+V. Im Rahmen des jährlichen strategischen Planungsprozesses wird die strategische Planung für die kommenden vier Jahre unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit vorgenommen. Dem strategischen Risiko begegnet R+V durch die strategische Planung und die Diskussion über Erfolgspotentiale in der Vorstandsklausur. Dazu wendet R+V die gängigen Instrumente des strategischen Controllings an. Diese umfassen sowohl externe strategische Markt- und Konkurrenzanalysen als auch interne Unternehmensanalysen. Die Ergebnisse des strategischen Planungsprozesses in Form von verabschiedeten Zielgrößen werden im Rahmen der operativen Planung für die kommenden Jahre unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit operationalisiert und zusammen mit den Verlustobergrenzen jeweils im Herbst vom Vorstand verabschiedet. Die Implementierung der dort gefällten Entscheidungen wird regelmäßig im Rahmen des Plan-Ist-Vergleichs quartalsweise nachgehalten. Somit ist die Verzahnung zwischen dem strategischen Entscheidungsprozess und dem Risikomanagement organisatorisch geregelt. Änderungen in der Geschäftsstrategie mit Auswirkungen auf das Risikoprofil der KRAVAG-SACH finden ihren Niederschlag in der Risikostrategie.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufs des Unternehmens oder der gesamten Branche infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (zum Beispiel bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden) ergibt.

Das positive Image der Marke KRAVAG bei den Straßenverkehrsgenossenschaften und in der Öffentlichkeit ist ein wesentliches Ziel des Unternehmens.

Um einen Imageschaden für KRAVAG gar nicht erst entstehen zu lassen, wird bei der Produktentwicklung und allen anderen Bestandteilen der Wertschöpfungskette auf einen hohen Qualitätsstandard geachtet. Darüber hinaus wird die Unternehmenskommunikation zentral über das Ressort Vorstandsvorsitz von R+V koordiniert, um einer falschen Darstellung von Sachverhalten wirkungsvoll und geschlossen entgegenzutreten zu können. Die Berichterstattung in den Medien über die Versicherungswirtschaft im Allgemeinen und KRAVAG im Besonderen wird über alle Ressorts hinweg beobachtet und laufend analysiert.

Ratingergebnisse und Marktvergleiche der für die Kundenzufriedenheit maßgeblichen Parameter Service, Produktqualität und Beratungskompetenz werden im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses berücksichtigt.

Aus IT-Sicht werden insbesondere Ereignisse betrachtet, die zu einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit führen könnten. Beispielhaft zu nennen sind die Verletzung der Vertraulichkeit der Daten, mangelnde Verfügbarkeit der vom End- oder Geschäftskunden erreichbaren IT-Systeme (Portale) oder durch mangelnde Betriebssicherheit hervorgerufene Schadenereignisse in der IT-Technik. Die IT-Sicherheitsstrategie wird daher kontinuierlich überprüft und an die aktuelle Bedrohungslage angepasst. Ebenso wird die Gültigkeit der IT-Sicherheitsprinzipien regelmäßig geprüft.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aktuelle Analyse der ökonomischen Risikotragfähigkeit zeigt, dass die Eigenmittel der KRAVAG-SACH den Gesamtsolvabilitätsbedarf übersteigen. Auch die aufsichtsrechtliche Risikotragfähigkeit der KRAVAG-SACH überschreitet per 31. Dezember 2017 die geforderte Mindest-Solvabilitätsquote. Aufgrund der weiterhin angespannten Situation auf den Finanzmärkten sind Tendenzaussagen bezüglich der Entwicklung der Solvenzkapitalanforderungen und der Eigenmittel jedoch mit großen Unsicherheiten behaftet.

cherheiten behaftet, wobei die KRAVAG-SACH durch geeignete Maßnahmen die Risikotragfähigkeit sicherstellen wird.

Ein Risiko für die Geschäftsentwicklung der KRAVAG-SACH ist die Möglichkeit einer neuen Krise in Europa etwa aufgrund des Erstarkens populistischer, eher antieuropäischer Strömungen. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die Kapitalmärkte, die Realwirtschaft und das Nachfrageverhalten der Bürger sind nur schwer einschätzbar. Zudem würde ein unkontrollierter Austritt Großbritanniens aus der EU (harter Brexit) zu konjunkturdämpfenden Entwicklungen und erhöhter rechtlicher Unsicherheit in vielen grenzüberschreitenden Lebensbereichen führen.

Darüber hinaus sind aus heutiger Sicht keine Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KRAVAG-SACH nachhaltig beeinträchtigen könnten.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Für 2018 erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute ein sich fortsetzendes oder sogar weiter ansteigendes Wirtschaftswachstum in Deutschland. Der Sachverständigenrat prognostiziert in seinem Herbst-Jahresgutachten eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 2,2 % und im Euroraum von 2,1 %.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Die EZB wird ihre sehr expansive Geldpolitik zunächst fortführen. Im zweiten Halbjahr 2018 wird von den Marktteilnehmern eine Änderung in Richtung eines beginnenden Ausstiegs erwartet. Die amerikanische Fed setzt ihre Leitzinserhöhungen und die Bilanznormalisierung fort. Zum Jahresende 2018 wird ein moderater Anstieg des Zinsniveaus und der Aktienkurse erwartet.

In der Kapitalanlagestrategie der KRAVAG-SACH sorgt der hohe Anteil festverzinslicher und bonitätsstarker Wertpapiere dafür, dass die versicherungstechnischen Verpflichtungen jederzeit erfüllt werden können. Die Chancen an den Kreditmärkten sollen unter der Voraussetzung weiterhin hoher Qualität der Titel, breiter Streuung sowie starker Risikokontrolle genutzt werden. Das Aktienengagement soll abhängig von der Risikotragfähigkeit der KRAVAG-SACH leicht erhöht werden. Basis der Kapitalanlagestrategie ist eine auf Sicherheit bedachte langfristige Anlagestrategie verbunden mit einem modernen Risikomanagement.

Ausblick für die KRAVAG-SACH

Im Geschäftsjahr startete das Strategieprogramm Wachstum durch Wandel, das die starke Marktposition von R+V und KRAVAG dauerhaft festigen soll. Zu den Eckpunkten des Strategieprogramms zählen die nachhaltige Sicherung ertragreichen Wachstums, die Weiterentwicklung des Vertriebs und der starken R+V Kultur sowie die verstärkte Fokussierung auf die Kundenbelange. Die zukunftsfähige Ausrichtung wird durch die Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie vorangetrieben, die von Angeboten für Kunden und Vertriebspartner bis hin zur Bearbeitung von Kundenanliegen ein breites Spektrum umfasst.

Im Einklang mit dieser Strategie plant die KRAVAG-SACH für das Jahr 2018 einen Beitragsanstieg. Unter der Annahme, dass keine Großschadenbelastung außerhalb des Erwartungswerts eintritt, wird eine Brutto-Schadenquote dennoch oberhalb des Niveaus des Geschäftsjahrs erwartet. Die Bruttokosten sollen das Geschäftsjahresniveau nicht übersteigen.

Insgesamt wird ein zufriedenstellendes Geschäftsjahresergebnis erwartet.

Dank

Der Vorstand spricht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der R+V Gruppe für ihren engagierten Einsatz und die geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Wir danken den Straßenverkehrsgenossenschaften und unseren Geschäftspartnern in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken.

Insbesondere danken wir unseren Versicherungsnehmern für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

Hamburg, 1. März 2018

Der Vorstand

Betriebene Versicherungszweige

Selbst abgeschlossenes Geschäft

Einzel-Unfallversicherung ohne
Beitragsrückgewähr

Gruppen-Unfallversicherung ohne
Beitragsrückgewähr

Jahresabschluss 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2017*

Aktiva

in Euro				2017	2016
A. Kapitalanlagen					
I.	Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen			36.795,02	36.795,02
2.	Beteiligungen			22.301.425,80	22.361.333,66
3.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			7.000.000,--	29.338.220,82
II.	Sonstige Kapitalanlagen				
1.	Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			50.957.275,65	48.647.105,21
2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			50.902.382,50	46.504.814,78
3.	Sonstige Ausleihungen				
a)	Namenschuldverschreibungen	27.006.781,04			29.013.505,90
b)	Schuldscheinforderungen und Darlehen	13.848.547,05	40.855.328,09		13.164.921,26
4.	Andere Kapitalanlagen		1.300,--	142.716.286,24	1.300,--
				172.054.507,06	166.729.775,83
B. Forderungen					
I.	Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1.	Versicherungsnehmer			29.332,30	28.324,52
2.	Versicherungsvermittler			424,38	29.756,68
	Davon an: Beteiligungsunternehmen				
	424,38 € (444,40 €)				
II.	Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			197.433,72	873.253,37
	Davon an: Beteiligungsunternehmen				
	197.433,72 € (873.253,37 €)				
III.	Sonstige Forderungen			2.882.595,04	2.419.945,61
	Davon an:				
	verbundene Unternehmen				
	209.263,62 € (205.095,58 €)				
	Beteiligungsunternehmen				
	157.125,91 € (240.765,10 €)				
				3.109.785,44	3.321.967,90
C. Sonstige Vermögensgegenstände					
I.	Sachanlagen und Vorräte			50.501,93	63.867,--
II.	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			136.966,88	143.799,30
III.	Andere Vermögensgegenstände			35.649,14	157.670,27
				223.117,95	365.336,57
D. Rechnungsabgrenzungsposten					
I.	Abgegrenzte Zinsen und Mieten			1.766.165,61	1.905.069,36
II.	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			247.702,40	88.007,82
				2.013.868,01	1.993.077,18
				177.401.278,46	172.410.157,48

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

Passiva

in Euro			2017	2016
A. Eigenkapital				
Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 193 VAG	33.603.125,02			33.603.125,02
2. Andere Gewinnrücklagen	115.280.755,34	148.883.880,36		112.720.730,13
			148.883.880,36	146.323.855,15
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	646.393,51			644.956,12
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-5.517,65	651.911,16		141.363,86
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	1.394,--			1.451,--
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	--,--	1.394,--		--,--
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	10.374.550,--			11.195.663,--
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2.429.034,25	7.945.515,75		2.888.451,68
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen				
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	5.000,--			6.000,--
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	--,--	5.000,--		--,--
			10.424.008,91	10.436.486,58
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				
II. Steuerrückstellungen				
III. Sonstige Rückstellungen				
		673.978,--		698.683,--
		158.350,94		110.307,15
		371.671,72		346.849,90
			1.204.000,66	1.155.840,05

in Euro			2017	2016
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern		39.988,56		62.676,39
2. Versicherungsvermittlern		124,19	40.112,75	7.894,97
Davon:				
gegenüber Beteiligungsunternehmen	124,19 €	(358,10 €)		
II. Sonstige Verbindlichkeiten				
Davon:			16.849.275,78	14.423.404,34
aus Steuern	68.130,18 €	(67.973,11 €)		
im Rahmen der sozialen Sicherheit gegenüber verbundenen Unternehmen	47.441,71 €	(57.624,33 €)		
Beteiligungsunternehmen	2.506,58 €	(12.114,83 €)		
	803.088,90 €	(1.060.997,77 €)		
			16.889.388,53	14.493.975,70
Summe Passiva			177.401.278,46	172.410.157,48

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341 f und § 341 g HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Absatz 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Wiesbaden, 23. Februar 2018

Karsten Vogel
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017*

in Euro			2017	2016
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	4.185.501,06			4.033.146,33
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	1.130.805,66			1.251.482,43
		3.054.695,40		
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-1.437,39			-8.032,15
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	146.881,51			-4.855,71
		-148.318,90		
			2.906.376,50	2.778.487,46
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			24.046,38	24.398,52
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			3.222,89	4.085,25
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	3.834.896,06			6.509.185,05
bb) Anteil der Rückversicherer	1.244.946,68			2.387.246,06
		2.589.949,38		
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-821.113,--			-2.249.974,70
bb) Anteil der Rückversicherer	-459.417,43			-331.735,24
		-361.695,57		
			2.228.253,81	2.203.699,53
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellung		-57,--		-88,--
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		-1.000,--		-3.000,--
			-1.057,--	-3.088,--
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			--,--	-7.500,--
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		1.692.018,38		1.583.701,04
b) Davon ab:				
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		271.884,04		262.649,58
			1.420.134,34	1.321.051,46
8. Zwischensumme			-713.685,38	-707.191,76
9. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			-201.956,--	-135.086,--
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			-915.641,38	-842.277,76

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

in Euro			2017	2016
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		655.573,52		652.568,65
Davon:				
aus verbundenen Unternehmen	2.184,-- € (2.184,-- €)			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		5.516.036,77		4.104.798,33
c) Erträge aus Zuschreibungen		51.477,41		1.363.211,70
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		--,--		722.563,77
		6.223.087,70		6.843.142,45
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		138.831,95		112.756,73
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		199.768,19		408.594,69
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		--,--		58.967,68
		338.600,14		580.319,10
		5.884.487,56		6.262.823,35
3. Technischer Zinsertrag		-24.046,38		-24.398,52
			5.860.441,18	6.238.424,83
4. Sonstige Erträge		30.578.114,31		27.131.474,15
5. Sonstige Aufwendungen		32.368.364,10		28.714.978,10
			-1.790.249,79	-1.583.503,95
6. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			4.070.191,39	4.654.920,88
7. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			3.154.550,01	3.812.643,12
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		594.121,80		686.389,51
9. Sonstige Steuern		403,--		250,--
			594.524,80	686.639,51
10. Jahresüberschuss			2.560.025,21	3.126.003,61
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
In andere Gewinnrücklagen			2.560.025,21	3.126.003,61
12. Bilanzgewinn			--,--	--,--

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss 2017 der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie Andere Kapitalanlagen wurden zu Anschaffungskosten, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vermindert um Abschreibungen, bilanziert. Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestanden, wurden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zum Anschaffungswert vorgenommen.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht wurden entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu den nachfolgend aufgeführten Posten bewertet.

Aktien und Anteile oder Aktien an Investmentvermögen, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden gemäß Wahlrecht nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB auf den Marktwert abgeschrieben.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden mit dem fortgeführten Anschaffungswert angesetzt. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wurde auf den Zeitwert abgeschrieben. Die Amortisation einer Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Wenn die Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung im Anlage- und Umlaufvermögen nicht mehr bestanden, wurden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB Zuschreibungen auf den Zeitwert bis maximal zum fortgeführten Anschaffungswert vorgenommen.

Sonstige Ausleihungen wurden mit dem fortgeführten Anschaffungswert angesetzt, soweit nicht Einzelwertberechtigungen vorzunehmen waren. Die Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Die Forderungen wurden grundsätzlich zu Nennwerten bilanziert. Soweit sie das selbst abgeschlossene Geschäft betreffen, wurden sie einzeln und pauschal wertberichtigt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben wurden. Die Zugänge und Abgänge des Geschäftsjahrs wurden zeitanteilig abgeschrieben. Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 250 Euro und 1.000 Euro lagen, wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über fünf Jahre – beginnend mit dem Jahr der Bildung – abgeschrieben wird.

Negative Zinsen auf laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden in den Sonstigen Aufwendungen ausgewiesen.

Der Ansatz aller übrigen Aktivposten erfolgte zum Nennwert. Erforderliche Wertberichtigungen wurden vorgenommen und aktivisch abgesetzt.

Aufgrund abweichender handels- und steuerrechtlicher Wertansätze bei folgenden Bilanzposten ergaben sich zum 31. Dezember 2017 ausschließlich aktive latente Steuern:

- Investmentanteile inklusive steuerliche Ausgleichsposten Fonds
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
- Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
- Rückstellung für Schadenregulierungskosten
- Pensionsrückstellungen
- Sonstige Rückstellungen

Die Bewertung der latenten Steuern erfolgte mit einem Steuersatz von 32,28 %. Die aktiven latenten Steuern werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB zum 31. Dezember 2017 nicht bilanziert.

Die Brutto-Beitragsüberträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind grundsätzlich aus den gebuchten Beiträgen nach dem 360stel-System berechnet worden. Bei der Ermittlung der nicht übertragungsfähigen Einnahmeanteile wurde das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 zugrunde gelegt. Der Anteil der Beitragsüberträge für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurde gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die Deckungsrückstellung wurde für die Kinderunfallversicherung unter Beachtung von §§ 341 f und 341 g HGB sowie des § 88 Abs. 3 VAG mit einem Rechnungszins von 1,25 % berechnet.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des selbst abgeschlossenen Geschäfts wurde für alle bis zur Schließung des Schadenregisters bekannten Versicherungsfälle einzeln ermittelt. Für die bis zum Abschlussstichtag eingetretenen oder verursachten, aber zum Bilanzstichtag noch nicht gemeldeten Schäden wurde auf-

grund der in den Vorjahren beobachteten Nachmeldungen die Rückstellung um eine Spätschadenrückstellung erhöht. Die in diesem Posten ebenfalls enthaltene Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen ist nach der vom GDV entwickelten pauschalen Berechnungsmethode unter Einbezug von Spätschäden ermittelt worden.

In der Rückstellung ist auch die Deckungsrückstellung für laufende HUK-Renten enthalten. Der verwendete Rechnungszins ist abhängig vom Zeitpunkt, zu dem die Verpflichtung zur Rentenzahlung eingetreten ist:

Zeitraum	Verwendeter Rechnungszins
Vor 2012	2,00 %
Von 2012 bis 2014	1,75 %
Von 2015 bis 2016	1,25 %
Ab 2017	0,90 %

In allen Fällen wurden die Sterbetafel DAV HUR 2006 und eine angemessene Verwaltungskostentrückstellung verwendet.

Die Schwankungsrückstellung wurde gemäß § 341 h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV ermittelt.

Unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen ist die Stornorückstellung ausgewiesen. Diese wurde aufgrund von Erfahrungssätzen der Vergangenheit ermittelt.

Die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen wurden nach den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die Rückversicherungsberechnungen basierten auf den zum Zeitpunkt der Schließung des Schadenregisters vorliegenden Bruttozahlen, zuzüglich Zuschätzungen für die verbleibenden Tage.

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck. Zukünftige Entwicklungen und Trends wurden berücksichtigt. Die Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen erfolgte auf Basis des von der Deutschen Bundesbank für Oktober 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatzes der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren. Der jeweilige Zinssatz wurde auf das Jahresende hochgerechnet.

Als Parameter wurden verwendet:

Gehaltsdynamik:	2,50 %
Rentendynamik:	1,75 %
Fluktuation:	0,90 %
Zinssatz Pensionsrückstellungen:	3,67 %

Alle anderen nichtversicherungstechnischen Rückstellungen sind nach § 253 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die Laufzeit der Rückstellungen mehr als ein Jahr beträgt, abgezinst. Der jeweilige Zinssatz wurde auf Basis des von der Bundesbank für Oktober 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatzes der letzten sieben Jahre auf das Jahresende hochgerechnet.

Die Bewertung der in den Sonstigen Rückstellungen enthaltenen Rückstellungen für nicht die Altersversorgung betreffende Ruhestandsleistungen erfolgte nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck. Zukünftige Entwicklungen und Trends wurden berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte auf Basis des von der Deutschen Bundesbank für Oktober 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatzes der letzten sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren. Der Zinssatz wurde auf das Jahresende hochgerechnet und lag bei 2,80 %.

Die übrigen Passivposten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Innerhalb des Postens Sonstige Verbindlichkeiten werden Sicherheiten aus bilateral besicherten OTC-Derivaten saldiert ausgewiesen.

Bei der Währungsumrechnung der Kapitalanlagen in Fremdwährung ergaben sich die Euro-Anschaffungswerte aus Wertpapier- und Devisenkassamittelkurs zum Anschaffungszeitpunkt; der Euro-Marktwert wurde aus Wertpapier- und Devisenkassamittelkurs zum 31. Dezember 2017 ermittelt.

Die unter Aktiva A. Kapitalanlagen I. bis II. geführten Posten sind mit dem Devisenkassamittelkurs zum Anschaffungszeitpunkt oder im Falle einer Anwendung des § 253 Abs. 3 Sätze 5 und 6 HGB mit dem Devisenkassamittelkurs zum 31. Dezember 2017 in Euro umgerechnet worden.

Die übrigen Aktiva und Passiva sind mit dem Devisenkassamittelkurs zum 31. Dezember 2017 in Euro umgerechnet worden. Die Umrechnung von Fremdwährungszahlungen erfolgte grundsätzlich zum Devisenkassamittelkurs.

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A. I. und II. im Geschäftsjahr 2017 ¹⁾

	Bilanzwerte Vorjahr		Zugänge
	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro
A. Kapitalanlagen			
A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	37	-	-
2. Beteiligungen	22.361	13,4	-
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.000	4,2	-
4. Summe A. I.	29.398	17,6	-
A.II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	48.647	29,2	2.475
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	46.505	27,9	4.562
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	29.014	17,4	15
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	13.165	7,9	2.702
4. Andere Kapitalanlagen	1	-	-
5. Summe A. II.	137.332	82,4	9.754
Summe A.	166.730	100,0	9.754
Insgesamt	166.730		9.754

¹⁾ Summenabweichungen sind rundungsbedingt.

Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	
Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	%
-	-	-	-	37	-
-	60	-	-	22.301	13,0
-	-	-	-	7.000	4,1
-	60	-	-	29.338	17,1
-	-	35	200	50.957	29,6
-	181	17	-	50.902	29,6
-	2.022	-	-	27.007	15,7
-	2.018	-	-	13.849	8,0
-	-	-	-	1	-
-	4.221	51	200	142.716	82,9
-	4.281	51	200	172.055	100,0
-	4.281	51	200	172.055	

A. Kapitalanlagen			2017
in Tsd. Euro			
	Buchwert	Zeitwert	Reserve
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	37	37	-
2. Beteiligungen	22.301	175.511	153.209
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.000	7.433	433
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	50.957	61.152	10.194
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	50.902	55.367	4.464
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	27.007	31.359	4.352
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	13.849	16.029	2.180
4. Andere Kapitalanlagen	1	1	-
	172.055	346.888	174.834

Für die Ermittlung der Zeitwerte börsennotierter Wertpapiere wurden Börsenkurse oder Rücknahmepreise verwendet.

Bei Rententiteln ohne regelmäßige Kursversorgung wurde eine synthetische Marktwertermittlung anhand der Discounted Cashflow Methode vorgenommen.

Die Ermittlung der Marktwerte für die Sonstigen Ausleihungen erfolgte anhand der Discounted Cashflow Methode unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und bonitätsspezifischer Risikozuschläge.

Die beizulegenden Zeitwerte für Beteiligungen wurden anhand der Netto-Ertragswertformel nach IDW S1 in Verbindung mit IDW RS HFA 10 ermittelt.

Soweit darüber hinaus andere Wertansätze verwendet worden sind, entsprechen diese den Bestimmungen des § 56 RechVersV.

Gemäß § 341 b Abs. 2 HGB sind 101,5 Mio. Euro Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Dieses beinhaltet auf Basis der Kurse zum 31. Dezember 2017 positive Bewertungsreserven von 14,7 Mio. Euro und negative Bewertungsreserven von 0,1 Mio. Euro.

Die Bewertungsreserven der gesamten Kapitalanlagen belaufen sich auf 174,8 Mio. Euro, was einer Reservequote von 101,6 % entspricht.

A. I. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen				2017
in Tsd. Euro				
	Anteil am			
Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital in %	Geschäftsjahr	Eigenkapital	Ergebnis
KRAVAG und SVG Assekuranz Service GmbH, Hannover	70,0	2016	244	49

A. I. 3. Beteiligungen				2017
in Tsd. Euro				
	Anteil am			
Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital in %	Geschäftsjahr	Eigenkapital	Ergebnis
Banken und Versicherungen				
KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg	48,7	2017	205.389	19.468
R+V Versicherung AG, Wiesbaden	0,2	2017	2.149.774	1)
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main	0,1	2016	10.256.000	323.000

1) Es besteht ein Gewinnabführungsvertrag.

A. I. 3. Beteiligungen					2017
in Tsd. Euro					
	Anteil am				
Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital in %	Geschäftsjahr	Eigenkapital	Ergebnis	
Vertriebspartner und sonstige					
SVG Assekuranz-Service Berlin und Brandenburg GmbH, Berlin	30,0	2016	2.269	658	
SVG Versicherungsvermittlung und Service Südwest GmbH, Frankfurt am Main	25,0	2016	628	368	
SVG Nordrhein Assekuranz-Service GmbH, Düsseldorf	50,0	2016	521	367	
SVG Assekuranz-Service Westfalen-Lippe GmbH, Münster	50,0	2016	2.168	765	
SVG Versicherungsvermittlung Sachsen und Thüringen GmbH, Dresden	33,5	2016	3.330	291	
SVG Assekuranz-Service Nord GmbH, Neumünster	25,0	2016	450	836	
SVG Autohof Hessisch Lichtenau GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	29,4	2016	1.809	-79	
Beteiligungsgesellschaft der SVG Autohof Niederelsungen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	34,3	2016	1.211	183	
SVG Assekuranz-Service Baden-Pfalz-Saar GmbH, Mannheim	20,0	2016	107	328	
KRAVAG-SVG Assekuranz-Service Bremen GmbH, Bremen	50,0	2016	130	58	
carexpert Kfz-Sachverständigen GmbH, Walluf	10,0	2017	4.158	-448	
SVG Autohof Lohfelden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	23,6	2016	10.140	579	
SVG Regionalzentrum Leipzig eG & Co. KG, Dresden	26,0	2016	2.090	79	
SVG Consult für das Verkehrsgewerbe GmbH, Frankfurt am Main	50,0	2016	115	-63	

A. II. 1. Sonstige Kapitalanlagen – Aktien, Anteile oder Aktien an					2017
Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					
in Tsd. Euro					
	Marktwert	Differenz	Ausschüttung	Unterlassene	
		Marktwert/	für das	außerplanmäßige	
		Buchwert	Geschäftsjahr	Abschreibung	
Fondsart					
Aktiefonds	9.277	5.641	312	-	
Rentenfonds	25.520	2.777	1.155	-	
Mischfonds	12.465	-	450	-	
	47.262	8.417	1.917	-	

Die Wertpapierfonds sind überwiegend europäisch beziehungsweise international ausgerichtet und schwerpunktmäßig in Wertpapieren investiert. Der Anlagegrundsatz des § 215 Abs.1 VAG zur Sicherheit wird stets beachtet.

A. Kapitalanlagen – Angaben zu Finanzinstrumenten, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden					2017
in Tsd. Euro					
		Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert	
Art					
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾		6.000	6.055	5.987	
Beteiligungen und andere Kapitalanlagen ²⁾		-	592	591	

¹⁾ Aufgrund der gegebenen Bonität der Emittenten sind die Wertminderungen nicht dauerhaft, sondern durch Marktpreisänderungen bedingt.

²⁾ Aufgrund der zu erwartenden Gewinne der Gesellschaften, sind die Wertminderungen nicht dauerhaft, sondern durch Marktpreisänderungen bedingt.

A. Kapitalanlagen – Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten				2017	
in Tsd. Euro					
Art	Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert positiv	Zeitwert negativ	
Zinsbezogene Geschäfte					
Vorkäufe / Termingeschäfte Namenspapiere ¹⁾	500	-	170	-	
Vorkäufe / Termingeschäfte Inhaberschuldverschreibungen ²⁾	4.650	-	808	-8	

1) Zeitwerte wurden auf Basis der Discounted Cashflow Methode ermittelt: Bewertungsparameter hierbei sind die Zinskurve und der Credit-Spread.

2) Zeitwerte wurden auf Basis der Discounted Cashflow Methode bewertet: Bewertungsparameter hierbei sind der Kassakurs und die Zinskurve.

Finanzderivate und Strukturierte Produkte wurden mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden bewertet. Die Bewertung von Termingeschäften erfolgte mit der Discounted Cashflow Methode, bei Strukturierten Produkten und Swaps wurde ein Shifted Libor-Market Modell verwendet.

C. III. Andere Vermögensgegenstände		2017
in Euro		
Vorausgezahlte Versicherungsleistungen		34.123,30
Übrige Vermögensgegenstände		1.525,84
Stand am 31. Dezember		35.649,14

D. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		2017
in Euro		
Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten		
Stand am 31. Dezember		247.702,40

Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

A. Gewinnrücklagen				2017
in Euro				
1. Verlustrücklage gemäß § 193 VAG				33.603.125,02
2. Andere Gewinnrücklagen				
Vortrag zum 1. Januar		112.720.730,13		
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2017		2.560.025,21		115.280.755,34
Stand am 31. Dezember				148.883.880,36

B. Versicherungstechnische Bruttorekstellungen				2017
in Euro				
		Versicherungs- technische Rückstellungen insgesamt	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	Schwankungs- rückstellung und ähnliche Rückstellungen
Versicherungszweig				
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				
Allgemeine Unfallversicherung		12.847.525,51	10.374.550,--	1.820.188,--
Stand am 31. Dezember		12.847.525,51	10.374.550,--	1.820.188,--

B. Versicherungstechnische Bruttorekstellungen				2016
in Euro				
		Versicherungs- technische Rückstellungen insgesamt	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	Schwankungs- rückstellung und ähnliche Rückstellungen
Versicherungszweig				
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				
Allgemeine Unfallversicherung		13.466.302,12	11.195.663,--	1.618.232,--
Stand am 31. Dezember		13.466.302,12	11.195.663,--	1.618.232,--

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				2017
in Euro				
Erfüllungsbetrag				673.978,--
Saldierungsfähiges Deckungsvermögen				--,--
Stand am 31. Dezember				673.978,--

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 71.172,-- Euro. Dieser Unterschiedsbetrag ist für die Ausschüttung gesperrt.

C. III. Sonstige Rückstellungen	2017
in Euro	
Personalkosten	296.360,--
Jahresabschluss	21.568,--
Übrige Rückstellungen	53.743,72
Stand am 31. Dezember	371.671,72

Sonstige Bemerkungen

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestanden nicht.
 Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, bestanden nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung in Euro			2017
	Gebuchte Bruttobeiträge	Verdiente Bruttobeiträge	Verdiente Nettobeiträge
Versicherungszweig			
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
Allgemeine Unfallversicherung	4.185.501,06	4.184.063,67	2.906.376,50
Stand am 31. Dezember	4.185.501,06	4.184.063,67	2.906.376,50

I. 1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung in Euro			2016
	Gebuchte Bruttobeiträge	Verdiente Bruttobeiträge	Verdiente Nettobeiträge
Versicherungszweig			
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
Allgemeine Unfallversicherung	4.033.146,33	4.025.114,18	2.778.487,46
Stand am 31. Dezember	4.033.146,33	4.025.114,18	2.778.487,46

I. 2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung

Der technische Zinsertrag betrifft die Verzinsung der durchschnittlichen Renten-Deckungsrückstellung gemäß § 38 Abs. 1 Ziffer 2 RechVersV.

I. 4. Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle in Euro			2017	2016
Versicherungszweig				
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				
Allgemeine Unfallversicherung		3.013.783,06	4.259.210,35	
Stand am 31. Dezember		3.013.783,06	4.259.210,35	

Aus der Abwicklung der aus dem vorhergehenden Geschäftsjahr übernommenen Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergab sich aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ein Brutto-Gewinn in Höhe von 2,2 Mio. Euro.

I. 7. Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb in Euro			2017	2016
Versicherungszweig				
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				
Allgemeine Unfallversicherung		1.692.018,38	1.583.701,04	
Stand am 31. Dezember		1.692.018,38	1.583.701,04	
Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen auf				
Abschlussaufwendungen		358.300,29	332.157,06	
Verwaltungsaufwendungen		1.333.718,09	1.251.543,98	
		1.692.018,38	1.583.701,04	

I. 10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	2017	2016
in Euro		
Versicherungszweig		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
Allgemeine Unfallversicherung	-915.641,38	-842.277,76
Stand am 31. Dezember	-915.641,38	-842.277,76

Rückversicherungssaldo	2017	2016
in Euro		
Versicherungszweig		
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
Allgemeine Unfallversicherung	220.273,88	-1.071.533,68
Stand am 31. Dezember	220.273,88	-1.071.533,68

Der Rückversicherungssaldo setzt sich zusammen aus den Anteilen des Rückversicherers an den verdienten Beiträgen, an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle sowie an den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb.

II. 2. Aufwendungen für Kapitalanlagen	2017	2016
in Euro		
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		
Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB	--,-	141.772,70
Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB	199.768,19	266.821,99
Stand am 31. Dezember	199.768,19	408.594,69

II. 4. Sonstige Erträge	2017	2016
in Euro		
Erträge aus erbrachten Dienstleistungen	30.539.629,75	27.051.357,55
Zinserträge	170,-	4.013,57
Übrige Erträge	38.314,56	76.103,03
Stand am 31. Dezember	30.578.114,31	27.131.474,15

II. 5. Sonstige Aufwendungen	2017	2016
in Euro		
Aufwendungen für erbrachte Dienstleistungen	30.539.629,75	27.051.357,55
Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	1.785.787,26	1.469.873,39
Zinsaufwendungen	34.483,82	56.070,17
Übrige Aufwendungen	8.463,27	137.676,99
Stand am 31. Dezember	32.368.364,10	28.714.978,10

Die übrigen Aufwendungen beinhalten im Vorjahr Aufwendungen aus der erstmaligen Dotierung von Rückstellungen für Leistungen an sich im Ruhestand befindliche Mitarbeiter, die nicht die Altersversorgung betreffen.

Sonstige Anhangangaben

Mitglieder der Delegiertenversammlung

Landesstelle Baden

Jürgen Fecht (bis Juni 2017)

Spedition Fecht GmbH, Meßkirch

Jochen Graeff

Graeff Spedition GmbH & Co. KG, Mannheim

Gerd Werner (ab Juli 2017)

Werner-Spedition Transport & Logistik GmbH,
Appenweier

Landesstelle Berlin-Brandenburg

Burkhard Fromm

Fuhrbetrieb Fromm GmbH, Oranienburg

Andreas Liese

Hans Liese Spedition OHG, Oberkrämer OT Bötzwow

Ramona Sabelus

Walter Schmidt Speditions GmbH & Co. KG, Wildau

Michael Sünkler

Sünkler Spedition + Transportlogistik GmbH, Berlin

Landesstelle Bremen

Detlef Töpke

Kieserling Spedition + Logistik GmbH, Bremen

Landesstelle Hessen

Gert Kautetzky

Kautetzky Internationale Spedition GmbH & Co. KG,
Stadtallendorf

Richard Müller

Richard Müller GmbH & Co. KG, Gelnhäusen

Landesstelle Niedersachsen/Sachsen-Anhalt

Gerhard Bertram

Bertram Spedition GmbH, Magdeburg

Reinhard Fromm

Waldemar Fromm Speditionsgesellschaft mbH
& Co. KG, Oerel-Barchel

Jens-Uwe Jahnke

Jahnke Spedition und Transport GmbH,
Teutschenthal

Hermann Lanfer

Lanfer Logistik GmbH, Meppen

Jens Lühmann

Spedition Lühmann GmbH & Co. KG, Cuxhaven

Petra Tietge

H. Tietge Speditions GmbH & Co. KG, Meine

Landesstelle Nord

Thies Anhalt

Anhalt Logistics GmbH & Co. KG,
Rehm-Flehde-Bargen

Axel Kröger

Konrad Zippel Spediteur GmbH & Co. KG, Hamburg

Wolfgang Matthießen

Spedition Wolfgang Matthiessen GmbH & Co. KG,
Gaushorn

Jürgen Schroeder

Schroeder Spedition Logistische
Dienstleistungsgesellschaft mbH, Teterow

Markus Zoder

Heinrich Zoder Spedition GmbH, Hamburg

Landesstelle Nordrhein

Ulrich Bönders

Bönders GmbH, Krefeld

Dr. Peter Huppertz

Peter Huppertz Logistik GmbH, Köln

Gustav Mäuler

Gustav Mäuler GmbH & Co. KG, Remscheid

Landesstelle Pfalz

Franz Wittmann

FWT Franz Wittmann Transport-Spedition
GmbH & Co. KG, Neuhofen

Landesstelle Rheinland

Manfred Steffens

Steffens Verwaltungs GmbH, Boppard

Landesstelle Saar

Hermann Wagner

Erhard Wagner & Sohn GmbH, Merzig-Hilbringen

Landesstelle Sachsen und Thüringen

Hartmut Lange

Spedition Lange, Kodersdorf

Benno Maulhardt

Spedition M. Maulhardt GmbH, Bickenriede

Veit Michel

proloxx speditions & logistics GmbH & Co. KG,
Crimmitschau

Bärbel Ottow

Spedition Karl Kleber, Friedersdorf OT Klingenberg

Dietmar Steinert

Steinert Transport GmbH,
Großhartmannsdorf/Obersaida

Landesstelle Süd

Hans Ach

Niedermaier Spedition GmbH, Landau/Isar

Wolfgang Anwander

AIT Anwander Internationale Transporte GmbH,
Rohrdorf

Josef Brandner

BBS Brandner KG, Thannhausen

Rainer Gruber

Gruber GmbH & Co. KG, Steinheim/Murr

Tanja Hetzinger

LS Logistik + Service GmbH, Winterbach

Georg Mayer

Georg Mayer Transporte GmbH & Co. KG,
Maxhütte-Haidhof

Frank Schürle

Schürle Transport GmbH, Neckarsulm

Marlies Vöhringer

Vöhringer Logistik GmbH & Co. KG, Oberteuringen

Manfred Wandinger

Wandinger & Grundner Spedition GmbH, München

Johann Wechsler

Johann Wechsler Transportunternehmen GmbH,
Rottenburg a.d. Laaber

Landesstelle Westfalen-Lippe

Helmut Alborn

August Alborn GmbH & Co. KG, Dortmund

Hubertus Gössling

Gössling KG, Arnsberg

Anja Graf (ab Januar 2017)

Anton Graf GmbH, Herne

Hermann Grewer

Grewer GmbH, Gelsenkirchen

Martin Honselmann

Gustav Honselmann GmbH & Co. KG, Schwelm

Torsten Huberti (ab Januar 2017)

Schmidt-Gevelsberg GmbH, Schwelm

Joachim Uhe

Johann Uhe GmbH & Co. KG, Bochum

Stefan Windgätter

Windgätter u. Sohn GmbH, Dortmund

Willi Winner

Winner Spedition GmbH & Co. KG, Iserlohn

Übrige Agenturen

Christian Kellner

Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V., Bonn

Sabine Kudzielka

Berufsgenossenschaft für Transport und
Verkehrswirtschaft (BG Verkehr), Hamburg

Sebastian Lechner

Landesverband Bayerischer Transport- und
Logistikunternehmen e.V., München

Sven Mittelbach (bis Juni 2017)

Prüfungsverband der Deutschen Verkehrs-,
Dienstleistungs- und Konsumgenossen-
schaften e.V., Hamburg

Prof. Dr. Thomas Wieseke

Hochschule Bremerhaven
Institut für Logistikrecht und Riskmanagement
(ILRM), Bremerhaven

Unternehmerbeirat

Ernst Pfaff

– Vorsitzender –
Ernst Pfaff GmbH, Hamburg

Günter Vehar

– Stellvertretender Vorsitzender –
Vehar Logistik GmbH, Mülheim a.d. Ruhr

Richard Altmannshofer jun.

Richard Altmannshofer e.K. Spedition-Lagerung,
Neuötting

Heino Anhalt

Anhalt Logistics GmbH & Co. KG,
Rehm-Flehde-Bargen

Kay Burchardt

Burchardt Transporte KGmbH, Dassow

Theo Convent

Convent Spedition GmbH, Emmerich

Michael Effinger

Spedition Effinger GmbH, Brigachtal

Gerold Finke

Addicks & Kreye Holding GmbH, Bremen

Franz Fischer

Franz Fischer Spedition GmbH, Nienburg

Peter Graeff (bis März 2017)

Graeff Spedition GmbH & Co. KG, Mannheim

Rolf Hamprecht

Heinrich Hamprecht Kraftverkehr und
Spedition e. Kfm., Künzelsau-Kemmeten

Andreas Hanitzsch

Alfred Hanitzsch Inh. Wolfgang Hanitzsch Spedition
Güternah- und Fernverkehr e.K., Kesselsdorf

Gerald Hensel

Albert Hensel GmbH & Co. KG, Mainz

Eugen Jung

Spedition Jung GmbH, Kassel

Sebastian Komm

Komm Logistik GmbH, Großbeeren

Werner Konz

Josef Konz GmbH & Co. KG, Saarbrücken

Robert Löwe

Löwe Transport GmbH, Alt Schwerin

Georg Martin

Martin Logistic GmbH, Sasbach

Volker Nuss

Spedition Nuss GmbH, Wörth

Udo Anton Röhr

Anton Röhr GmbH & Co. KG, Rietberg

Peter Röskes

Röskes Speditions-GmbH, Heiligenhaus

Ernst-Ludwig Schimmler

Schimmler Logistics GmbH, Bremen

Christoph Schuchert

Spedition Gebrüder Rost GmbH & Co. KG,
Vacha/Oberzella

Jonas Schult

Rolf Eichhorn Spedition GmbH, Winsen/Luhe

Sonja Többe-Schmidt

Karl Schmidt Spedition GmbH & Co. KG, Heilbronn

Alexander Kay Steinberg

Edgar Graß Speditions-GmbH & Co. KG, Beselich-
Schupbach

Jörn Stratmann

Wittener Transport-Kontor Heinrich Stratmann
GmbH, Witten

Friedrich Wendt

TOP Mehrwert-Logistik GmbH & Co. KG, Hamburg

Thorsten Zizmann (ab April 2017)

Hermann Zizmann GmbH & Co. KG, Leimen

Vertriebsbeirat

Uwe Nestel

– Sprecher –
Geschäftsführender Vorstand SVG Süd eG,
München

Ralf Beckmann

Stellvertretender Vorstand SVG
Niedersachsen/Sachsen-Anhalt eG, Hannover

Herbert Hake (ab Januar 2017)

Geschäftsführender Vorstand SVG Westfalen-Lippe eG, Münster

Erwin Jäger

Geschäftsführender Vorstand SVG Rheinland eG, Koblenz, Geschäftsführender Vorstand SVG Hessen eG, Frankfurt

Andreas Mähler

Geschäftsführender Vorstand SVG Hamburg eG, Hamburg

Wolfgang Rempel

Geschäftsführender Vorstand SVG Pfalz eG, Kaiserslautern

Thomas Riedel

Geschäftsführer der SVG Versicherungsvermittlung Sachsen und Thüringen GmbH, Dresden
Vorstand der SVG Sachsen und Thüringen eG, Dresden

Aufsichtsrat**Dr. Manfred Mücke**

Vorsitzender des Vorstands i.R. der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG, Gehrden
– Ehrenvorsitzender –

Hans Wormser

Aufsichtsratsvorsitzender der Hans Wormser AG, Herzogenaurach
– Vorsitzender –

Horst Kottmeyer

Geschäftsführer der Kottmeyer GmbH & Co. KG, Bad Oeynhausen
– Stellvertretender Vorsitzender –

Richard Altmannshofer

Inhaber der Spedition Altmannshofer e.K.
Spedition-Lagerung, Neuötting

Claus Oscar Herzig

Geschäftsführer der Oscar Herzig GmbH
Internationale Spedition und Logistik, Eichenzell

Andreas Komm

Geschäftsführender Gesellschafter der Komm Logistik GmbH, Großbeeren

Mathias Krage

Geschäftsführer der Krage Speditionsgesellschaft mbH, Langenhagen

Marcus Krüger

Geschäftsführer der KRÜGER LOGISTIK GmbH & Co. KG, Schweich

Jürgen Manegold (bis 29. Juni 2017)

Sprecher des Vorstands i.R. der EDEKABANK AG, Hamburg

Klaus Meier

Geschäftsführer der Spedition Meier GmbH, Rottenburg

Georg Menell

Inhaber der Georg Menell Transportunternehmen GmbH & Co. KG, Ronnenberg

Julia Merkel

Mitglied des Vorstands der R+V Versicherung AG, Wiesbaden

Manfred Nüssel

Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., Berlin

Johannes Röhr

Geschäftsführender Gesellschafter der Anton Röhr GmbH & Co. KG Möbellogistik, Rietberg

Helge Stender

Geschäftsführer der GSG Transporte GmbH, Gudow

Jürgen Thier

Geschäftsführer i. R. der Thier GmbH, Dorsten

Maik Wandtke (ab 29. Juni 2017)

Sprecher des Vorstands der EDEKABANK AG, Hamburg

Vorstand**Dr. Edgar Martin**

– Vorsitzender –

Michael Busch**Jan Dirk Dallmer****Heinz-Jürgen Kallerhoff****Bernd-Michael Melcher**

Bestandsentwicklung

Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungen ohne unterjährige Verträge.

Anzahl der Verträge	2017	2016	Veränderung
Allgemeine Unfallversicherung	13.591	13.417	174

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen in Euro	2017	2016
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	935.544,24	908.743,78
2. Löhne und Gehälter	161.571,00	158.081,98
3. Aufwendungen für Altersversorgung	31.845,23	-178.313,68
4. Aufwendungen insgesamt	1.128.960,47	888.512,08
Darüber hinaus haben die Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB Provisionen und sonstige Bezüge für das Vermittlungsgeschäft erhalten	30.539.629,75	27.051.357,55

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr kein Personal.

Für Mitglieder des Vorstands fielen 2017 Bezüge von 161.571,-- Euro (2016: 158.000,-- Euro) in der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG an. Die Bezüge an Vorstände, die gleichzeitig Mitglied des Vorstands einer anderen Gesellschaft der R+V Gruppe sind, wurden von der jeweiligen vertragsführenden Gesellschaft geleistet.

Im Geschäftsjahr fielen keine Vorstandspensionen an (2016: 3.880,-- Euro).

Als Vergütung erhielten der Aufsichtsrat 79.534,24 Euro (2016: 82.457,09 Euro) und der Beirat 32.681,-- Euro (2016: 46.062,50 Euro).

Angaben zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Berichtszeitraum sind keine Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB mit nahestehenden Unternehmen und Personen getätigt worden.

Honorare des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr wurden folgende Honorare als Aufwand (netto) erfasst:

in Euro	2017
Abschlussprüfungsleistungen	46.000,--

Abschlussprüfer der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG ist die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Angaben zu Haftungsverhältnissen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Aus der gesamtschuldnerischen Haftung als Kommanditist der SVG Autohof Niederelsungen GmbH & Co. KG und SVG Autohof Hessisch Lichtenau GmbH & Co. KG besteht die Verpflichtung, die persönlich haftende Gesellschafterin im Falle von Gläubigeransprüchen freizustellen.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich aus abgeschlossenen Verträgen und Mitgliedschaften folgende sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB:

in Euro	Angaben zum Betrag	davon gegenüber verbundenen Unternehmen	Risiken	Vorteile
Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften				
Inhaberschuldverschreibungen	4.650.000,--	3.650.000,--	Opportunitätskosten durch geringen Zinssatz; Kontrahentenrisiko und Emittentenrisiko.	Ausgleich unterjähriger Liquiditätsschwankungen und Vermeidung von Marktstörungen bei hohem Anlagebedarf.
Namenschuldverschreibungen	500.000,--	500.000,--	Opportunitätskosten durch geringen Zinssatz; Kontrahentenrisiko und Emittentenrisiko.	Ausgleich unterjähriger Liquiditätsschwankungen und Vermeidung von Marktstörungen bei hohem Anlagebedarf.
Gesamtsumme	5.150.000,--	4.150.000,--		

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber assoziierten Unternehmen bestanden nicht.

Angaben zur Identität des Vereins

Die KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG mit Sitz Heidenkampsweg 102, 20097 Hamburg ist beim Amtsgericht Hamburg unter HRB 6391 eingetragen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs sind nicht zu berichten.

Hamburg, 1. März 2018

Der Vorstand

Dr. Martin

Busch

Dallmer

Kallerhoff

Melcher

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die KRAVAG-SACH
Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG, Hamburg – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG, Hamburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2017 sowie der Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotene Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres

Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von nicht notierten Kapitalanlagen und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen der wie Anlagevermögen bewerteten Kapitalanlagen

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Für den überwiegenden Teil der nicht notierten Finanzinstrumente, insbesondere Schuldverschreibungen und Darlehen sowie strukturierte Finanzinstrumente werden die beizulegenden Zeitwerte mittels marktüblicher anerkannter Bewertungsverfahren, insbesondere Discounted Cashflow Methoden sowie dem Shifted Libor-Market Modell ermittelt. Ferner kommen in geringerem Umfang instrumentenspezifische anerkannte Bewertungsverfahren zur Anwendung. Als Eingangsdaten werden hierbei prinzipiell am Markt beobachtbare Bewertungsparameter, vereinzelt aber auch instrumentenspezifische Modellparameter, wie z.B. laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge und Volatilitäten, verwendet. Bei der Festlegung dieser Bewertungsparameter bestehen ermessensbehaftete Spielräume. Ferner übt der Vorstand unter Verwendung festgelegter Aufgreifkriterien Ermessen bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei allen wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten aus.

Infolge des bei der Festlegung der wesentlichen Bewertungsparameter im Rahmen der Bewertung nicht börsennotierter Finanzinstrumente als auch bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei den wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten bestehenden Ermessens handelt es sich um einen

besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Darüber hinaus machen die nicht börsennotierten Finanzinstrumente einen hohen Anteil am Kapitalanlagenbestand des Vereins aus.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst das interne Kontrollsystem im Hinblick auf die Ausgestaltung und Wirksamkeit der implementierten Kontrollen getestet. Der Schwerpunkt unserer Kontrolltests lag dabei auf Kontrollen, die die korrekte Zeitwertermittlung sicherstellen sollen sowie auf solchen im Zusammenhang mit der Überprüfung der Dauerhaftigkeit etwaiger Wertminderungen.

Für nicht notierte Finanzinstrumente haben wir die verwendeten Bewertungsverfahren dahingehend beurteilt, ob diese bei sachgerechter Anwendung eine verlässliche Ermittlung des Zeitwerts gewährleisten. Ferner haben wir die verwendeten Bewertungsparameter (insbesondere laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge sowie Volatilitäten und Wahrscheinlichkeitsschätzungen) untersucht. Dabei haben wir ermessensabhängige am Markt beobachtbare Bewertungsparameter dahingehend untersucht, ob sich diese innerhalb einer am Markt beobachtbaren Bandbreite befinden bzw. ob instrumentenspezifisch verwendete Bewertungsparameter geeignet sind. In diesem Zusammenhang haben wir die am Markt beobachtbaren verwendeten Bewertungsparameter durch Abgleich mit öffentlich verfügbaren Bewertungsparametern in Stichproben abgeglichen bzw. instrumentenspezifische Bewertungsparameter auf deren Geeignetheit beurteilt und die errechneten Zeitwerte durch eigene Berechnungen unter Einsatz von speziell hierfür ausgebildeten Mitarbeitern validiert.

Die so von dem Vorstand ermittelten Zeitwerte nicht notierter Finanzinstrumente wurden gemeinsam mit den Zeitwerten für notierte Finanzinstrumente sodann bei der Prüfung im Hinblick auf eine mögliche Dauerhaftigkeit etwaiger Wertminderungen herangezogen. Die verwendeten Aufgreifkrite-

rien zur Feststellung einer dauerhaften Wertminderung sowie deren stetige Anwendung waren ebenfalls Gegenstand unserer Prüfung. Hierbei haben wir insbesondere überprüft, ob für alle relevanten Finanzinstrumente eine dokumentierte Einschätzung im Hinblick auf eine vorliegende Wertminderung getroffen und die Ermessensentscheidungen bei der Bestimmung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sachgerecht und im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben ausgeübt wurden.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für die wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumente ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und zur Bestimmung von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgt unter Anwendung des Ertragswertverfahrens. Die hierbei zugrundegelegten Nettoüberschüsse für den Detailplanungszeitraum basieren auf den Geschäftsplanungen des Vorstandes. Aus den Planzahlen für das letzte Geschäftsjahr des Detailplanungszeitraums wird zu Bewertungszwecken ein nachhaltiges Ergebnis abgeleitet.

Wesentlich wertbestimmende Faktoren für die Bestimmung der Ertragswerte sind die Schaden- und Kostenquote der verbundenen Unternehmen. Daneben wirken sich die Annahmen zur langfristigen Kapitalanlagenverzinsung im Ertragswert aus. Den in den Geschäftsplanungen enthaltenen Werten liegen Annahmen zugrunde, bei deren Festlegung Ermessensspielräume des Vorstandes bestehen oder bei denen Schätzungen erforderlich sind.

Da die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen in einem hohen Maße auf Annahmen beruht, die Schätzungen oder Ermessensentscheidungen beinhalten, haben wir diesen Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt.

Prüferisches Vorgehen

Zur Beurteilung der Angemessenheit der Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen haben wir uns mit den Prozessen zur Ableitung der Planzahlen sowie der Ermittlung der Ertragswerte und die in diesen Prozessen implementierten Kontrollen befasst. Dabei haben wir die in diesen Prozessen implementierten Schlüsselkontrollen auf ihre Wirksamkeit zur plausiblen Ableitung der Planzahlen und der nachvollziehbaren Bestimmung der Bewertungsparameter (risikoloser Zinssatz, Marktrisiko-prämie, Betafaktor, Wachstumsabschlag) beurteilt. Auf Basis der vom Vorstand erstellten Ertragswertberechnungen haben wir die Beteiligungsbuchwerte für eine risikoorientiert ermittelte Stichprobe von Anteilen an verbundenen Unternehmen analysiert. Unsere Stichprobe umfasste vor allem Anteile, deren Ertragswerte sensitiv auf Veränderungen der zugrunde gelegten Parameter reagieren.

Wir haben die methodische Vorgehensweise sowie die rechnerische Richtigkeit des Bewertungsmodells beurteilt. Die den Bewertungsverfahren zugrunde liegenden wesentlichen Annahmen haben wir untersucht. Unser Fokus lag dabei auf der Plausibilitätsbeurteilung der wesentlichen Planungsprämissen wie Annahmen zur Kapital-

anlagenverzinsung und Schaden- und Kostenquote unter Berücksichtigung der in der Vergangenheit erzielten Ergebnisse sowie der Planungsgüte in der Vergangenheit. Dabei haben wir Befragungen der gesetzlichen Vertreter und anderer mit der Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen vertrauten Personen zur Beurteilung der Planungsprämissen und Bewertungsparameter geführt. Darüber hinaus haben wir die vom Vorstand vorgenommene Ableitung des nachhaltigen Ergebnisses bei den jeweiligen bewerteten Gesellschaften sowie die Herleitung des Kapitalisierungszinssatzes im Rahmen unserer Prüfung durch einen Marktvergleich und eigene Berechnungen gewürdigt. Dabei haben wir insbesondere die relevanten berufsständischen Verlautbarungen zur Unternehmensbewertung berücksichtigt.

Wir haben im Prüfungsteam Spezialisten eingesetzt, die über besondere Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Unternehmensbewertung verfügen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen sind in den Abschnitten „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ und „Erläuterung zur Bilanz – Aktiva“ des Anhangs enthalten.

3. Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst unter anderem in die Teilrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle, deren Bewertung sich nach den Vorgaben des § 341g HGB richtet.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt einzeln und basiert auf einem vom Vorstand auf der Grundlage aktueller Informationen zum Schadenverlauf und der Abwicklung vergleichbarer Schäden angenommenen zukünftigen Schadenverlauf.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle erfolgt auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Verfahrens, für das vom Vorstand Annahmen in Bezug auf die voraussichtliche Anzahl nachgemeldeter Schäden sowie des voraussichtlich aufzuwendenden Entschädigungsbetrages zugrunde gelegt werden. Die Berechnungsmethode basiert auf einem vergangenheitsbezogenen Beobachtungszeitraum von fünf Jahren. Je Versicherungszweig und -art wird die Rückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle aus dem Produkt der erwarteten Anzahl der Versicherungsfälle und dem erwarteten Durchschnittsaufwand je Schaden für jedes Anfalljahr jährlich neu berechnet.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist ein wesentlicher Passivposten in der Bilanz des Unternehmens. Aufgrund der großen Anzahl der einzeln bewerteten Schadenfälle und der Ermessensspielräume bei der Bewertung der Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle sowie dem Ermessensspielraum bei den Annahmen bei der Berechnung der Rückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle haben wir die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt. Hier besteht das Risiko, dass die Brutto-Rückstellungen für bekannte und für unbekanntes Versicherungsfälle insgesamt und in den einzelnen Versicherungszweigen nicht ausreichend bemessen sind.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns im Rahmen unserer Abschlussprüfung mit dem Prozess der Schadenbearbeitung und der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für

bekannte und unbekannte Versicherungsfälle und den dort zur Anwendung gelangenden Verfahren, Methoden und Kontrollmechanismen auseinandergesetzt.

Dabei haben wir für die Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle anhand der Bearbeitung einzelner Schadenfälle untersucht, ob der Prozess der Schadenbearbeitung und -reservierung von der Schadenmeldung bis zur Abbildung in der Bilanz angemessen ausgestaltet ist. Die in diesem Prozess implementierten Kontrollen haben wir hinsichtlich ihrer Ausgestaltung und Wirksamkeit getestet. Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von Schadenfällen untersucht, ob die hierfür gebildeten Rückstellungen auf Grundlage der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zum Bilanzstichtag ausreichend bemessen sind. Zusätzlich haben wir unter Zuhilfenahme von Datenanalysen die Qualität des der Schadenreserve zugrunde liegenden Datenbestandes analysiert, indem wir die Summen- und Altersstruktur der Einzelschäden untersucht haben.

Ferner haben wir zur Beurteilung der Angemessenheit der Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle in den geschäftsbestimmenden Sparten auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren (Chain Ladder und Bornhuetter Ferguson) eigene Schadenprojektionen durchgeführt und den hierbei von uns ermittelten Besten Schätzwert für die einzelnen Sparten als Maßstab für die Beurteilung der Bewertung der zusammengefassten Einzelreserven zugrunde gelegt. Außerdem haben wir die Schadenquoten und Schadendurchschnitte anhand von Mehrjahresvergleichen auf Auffälligkeiten in Bezug auf die Bewertung analysiert.

Zur Prüfung der Bewertung der Rückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle haben wir die in die Berechnung einbezogene Datengrundlage in Form des Schadenregisters auf Vollständigkeit untersucht sowie die zugrunde gelegten erwarteten hochgerechneten zukünftigen Schadenzahlen auf

Angemessenheit analysiert sowie rechnerisch nachvollzogen. Daneben haben wir das Verfahren zur Festlegung der Schätzwerte der erwarteten Entschädigungshöhen untersucht.

Ferner haben wir beurteilt, ob die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in den Vorjahren nach aktuellen Erkenntnissen ausgereicht haben, um die tatsächlich eingetretenen Schadenfälle zu decken und so Indikationen für die Angemessenheit der Schätzungen der Vergangenheit zu erhalten.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Versicherungsmathematiker eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Vereins zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschafts-

prüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Vereins abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten

geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetz-

lichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 17. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2012 als Abschlussprüfer der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Martin Gehringer.

Eschborn/Frankfurt am Main, den 2. März 2018

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gehringer	Piening
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2017 bei seiner Arbeit berücksichtigt.

Im Jahr 2017 entwickelte sich die Konjunktur in Deutschland nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts mit einer Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Lage der Versicherungswirtschaft war von den konjunkturellen Rahmenbedingungen geprägt. Die Beitragseinnahmen der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG konnten gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % gesteigert werden.

Aufsichtsrat und Ausschüsse

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Personalausschuss und einen Prüfungsausschuss gebildet.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften fortlaufend überwacht und beratend begleitet sowie über die vorgelegten zustimmungspflichtigen Geschäfte entschieden. Die Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses bezog sich insbesondere auch auf die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems sowie internen Kontrollsystems und des internen Revisionsystems.

Bei Bedarf werden für die Aufsichtsratsmitglieder interne Informationsveranstaltungen zu den Themen Risikomanagement und Solvency II, Rechtsfragen der Aufsichtsratsstätigkeit, Kapitalanlage von Versicherungsunternehmen und Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen durchgeführt.

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über die Lage und Entwicklung des Vereins regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich Bericht erstattet. Dies erfolgte in den Aufsichtsrats- und

Ausschusssitzungen sowie durch vierteljährliche schriftliche Berichte des Vorstands. Der Aufsichtsrat wurde dabei durch den Vorstand regelmäßig detailliert über den Geschäftsverlauf sowie die Risikosituation mit der ökonomischen und regulatorischen Risikotragfähigkeit des Vereins informiert. Darüber hinaus wurde dem Aufsichtsrat durch den Vorstand über die Risikostrategie und das Risikomanagementsystem berichtet.

Der Aufsichtsrat hat die genannten Themen mit dem Vorstand erörtert, den Vorstand beraten und dessen Geschäftsführung überwacht. Der Aufsichtsrat hat sich dabei intensiv mit den regulatorischen Rahmenbedingungen auseinandergesetzt. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung und bei zustimmungsbedürftigen Geschäften war der Aufsichtsrat stets eingebunden.

Darüber hinaus wurden durch den Vorsitzenden des Vorstands mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats auch außerhalb der Sitzungen vorab wesentliche wichtige Entscheidungen und wesentliche Geschäftsentwicklungen erörtert.

Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse

Im Geschäftsjahr 2017 haben drei Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden, zu denen der Aufsichtsrat am 17. Mai, am 29. Juni und am 14. Dezember 2017 zusammentrat.

Darüber hinaus tagte der Prüfungsausschuss am 4. Mai 2017. Der Personalausschuss hat am 17. Mai und am 14. Dezember 2017 getagt. In den Sitzungen haben der Aufsichtsrat und die Ausschüsse mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands entgegengenommen und erörtert.

Beratungen im Aufsichtsrat und den Ausschüssen

Der Aufsichtsrat hat sich im Rahmen seiner Tätigkeit detailliert mit der wirtschaftlichen Lage des Vereins, der Unternehmensplanung und -perspektive sowie wesentlichen Finanzkennzahlen aus-

einandergesetzt. Der Aufsichtsrat hat dabei die regulatorischen Rahmenbedingungen sowie die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf die strategische Ausrichtung berücksichtigt. In besonderer Weise erörterte der Aufsichtsrat die Kapitalanlagepolitik des Vorstands vor dem Hintergrund der anhaltenden Euro- und Staatsschuldenkrise sowie des Niedrigzinsumfelds. Schwerpunkte der Besprechungen und Diskussionen im Aufsichtsrat bildeten ferner die Sanierungsaktivitäten des Vereins zur Verbesserung der Schadenquote und die strategische Unternehmensentwicklung. Darüber hinaus wurde über die Risikostrategie und das Risikomanagementsystem berichtet.

Der Prüfungsausschuss hat sich mit der Vorprüfung des Jahresabschlusses, der Risikostrategie und dem Risikobericht, der aufsichtsrechtlichen Berichtserstattung zu den Solvency II-Schlüsselfunktionen Risikomanagement-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion, Compliance-Funktion und Revisions-Funktion, der Mandatierung des Abschlussprüfers mit Nichtprüfungsleistungen und der Vorbereitung der Bestellung des Abschlussprüfers auseinandergesetzt. Ferner hat der Prüfungsausschuss eine Änderung der Leitlinien zur Billigung von Nichtprüfungsleistungen des Abschlussprüfers beschlossen.

Der Personalausschuss hat sich im Schwerpunkt mit der Bestellung und der Vergütung von Vorstandsmitgliedern befasst.

Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer

Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben den Abschlussprüfer Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften ausgewählt und bestellt. Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben fortlaufend die Unabhängigkeit und die Prüfungsqualität des Abschlussprüfers überwacht.

Der Abschlussprüfer hat den durch den Vorstand vorgelegten Jahresabschluss der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG unter

Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der KRAVAG-SACH Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG für das Geschäftsjahr 2017 als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden. Der Abschlussprüfer hat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Prüfungsbericht ist den Mitgliedern des Aufsichtsrats zugegangen und wurde in den Sitzungen umfassend erörtert und beraten. Der Aufsichtsrat stimmt dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zu.

Feststellung des Jahresabschlusses

Der Prüfungsausschuss und der Aufsichtsrat haben den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 eingehend geprüft.

Sowohl an der Sitzung des Prüfungsausschusses am 17. April 2018 als auch an der Sitzung des Aufsichtsrats am 24. April 2018 nahmen die Vertreter des Abschlussprüfers teil, um über die wesentlichen Prüfungsergebnisse zu berichten. Hierzu lag der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, vor. Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht sowie die Prüfungsschwerpunkte Zeitwertermittlung der Kapitalanlagen, Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle, Beitragsvereinnahmung und Prüfung des Risikofrüherkennungssystems nach § 91 Abs. 2 AktG wurden erörtert. Die Vertreter des Abschlussprüfers standen den Mitgliedern des Ausschusses und des Aufsichtsrats für zusätzliche Erläuterungen zur Verfügung. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat den Aufsichtsrat umfassend über die Beratungen des Ausschusses unterrichtet.

Der Aufsichtsrat hat gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 keine Einwendungen erhoben und sich dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers angeschlossen.

Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 wurde durch den Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 24. April 2018 entsprechend dem Empfehlungsbeschluss des Prüfungsausschusses gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit gemäß § 341 a Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 172 AktG festgestellt.

Veränderungen im Vorstand

Herr Dr. Edgar Martin wurde in der Aufsichtsratssitzung am 17. Mai 2017 mit sofortiger Wirkung zum Vorsitzenden des Vorstands wiedergewählt.

Hamburg, 24. April 2018

Der Aufsichtsrat

Wormser
Vorsitzender

Kottmeyer
Stellv. Vorsitzender

Altmannshofer

Herzig

Komm

Krage

Krüger

Meier

Menell

Merkel

Nüssel

Röhr

Stender

Thier

Wandtke

Veränderungen im Aufsichtsrat und den Ausschüssen

Herr Maik Wandtke wurde mit Wirkung zum Ablauf der ordentlichen Delegiertenversammlung am 29. Juni 2017 neu in den Aufsichtsrat gewählt. Das Aufsichtsratsmandat von Herrn Jürgen Mane-gold endete zum Ablauf des 29. Juni 2017 durch Mandatsniederlegung.

Dank an Vorstand und Mitarbeiter

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der R+V-Gruppe für die im Jahr 2017 geleistete Arbeit.

Glossar

Absicherungsgeschäft

Zur Absicherung von (Wechsel-)Kursschwankungen werden spezielle Finanzkontrakte, insbesondere derivative Finanzinstrumente, eingesetzt. Das Absicherungsgeschäft kompensiert so die Risiken des Grundgeschäfts, die durch eine ungünstige Kurs- oder Preisentwicklung entstehen können.

Abwicklungsergebnis

Das Abwicklungsergebnis zeigt, wie sich die Schadenrückstellungen im Zeitablauf durch die geleisteten Zahlungen und die Neueinschätzung des erwarteten Endschadens zum jeweiligen Bilanzstichtag geändert haben.

Aktuar/Aktuarin, DAV

Aktuare sind mathematisch ausgebildete Sachverständige. Sie sind national und international in Berufsvereinigungen organisiert, zum Beispiel in der Deutschen Aktuarvereinigung e.V.

Altbestand

Seit der Deregulierung des Versicherungswesens 1994 wird die Gesamtheit der Versicherungsverträge eines Versicherungsunternehmens in Alt- und Neubestand unterteilt. Der Altbestand umfasst die vor der Deregulierung abgeschlossenen Verträge.

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Summe aus bezahlten Schäden und den Rückstellungen für im Geschäftsjahr eingetretene Schäden ergänzt um das Abwicklungsergebnis, jeweils nach Abzug der eigenen Rückversicherungsabgaben.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (netto)

Provisionen sowie Personal- und Sachaufwendungen für den Abschluss und die laufende Verwaltung von Versicherungsverträgen, gekürzt um die Provisionen und Gewinnbeteiligungen, die von Rückversicherern erstattet wurden.

Beiträge

Der Beitrag, oft auch Prämie genannt, ist der Preis für den Versicherungsschutz, den der Versicherer gewährt. Er kann laufend oder als Einmalbeitrag entrichtet werden. Unter „gebuchten Beiträgen“ versteht man die gesamten Beitragseinnahmen, die im Geschäftsjahr fällig geworden sind. Der Anteil der Beitragseinnahmen, der Entgelt für den Versicherungsschutz im Geschäftsjahr ist, wird als „verdiente Beiträge“ bezeichnet.

Beitragsüberträge

Der Anteil der im Geschäftsjahr vereinnahmten Beiträge, der auf die Zeit nach dem Bilanzstichtag entfällt, wird als Beitragsübertrag unter den versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen.

Bewertungsreserven

Differenz zwischen dem Buchwert und dem → Zeitwert einer Kapitalanlage.

Bilanzielle Schadenquote brutto

Aufwendungen für Versicherungsfälle im Verhältnis zu den verdienten Beiträgen (alle brutto).

Bilanzielle Schadenquote netto

Aufwendungen für Versicherungsfälle im Verhältnis zu den verdienten Beiträgen (alle netto).

Black-Scholes-Modell

Das Black-Scholes-Modell ist ein finanzmathematisches Modell zur Bewertung von Finanzoptionen, das von Fischer Black und Myron Scholes 1973 veröffentlicht wurde.

Brutto/Netto

Bei Brutto- beziehungsweise Nettoausweis werden die versicherungstechnischen Posten vor beziehungsweise nach Abzug des Anteils ausgewiesen, der auf das in Rückdeckung gegebene Geschäft entfällt. Statt „netto“ verwendet man auch die Bezeichnung „für eigene Rechnung“.

Combined Ratio

Prozentuales Verhältnis der Summe aus Nettoaufwendungen für Versicherungsfälle plus Nettoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb zu den verdienten Nettobeiträgen. Dies entspricht der Summe aus Schaden- und Kostenquote (→ Schaden-Kosten-Quote). Sie ist eine wichtige Kennzahl bei der Betrachtung der Rentabilität eines Vertrages, eines Teilbestandes oder des gesamten Versicherungsbestandes. Überschreitet sie die 100%-Marke, ergibt sich für das betrachtete Geschäft ein versicherungstechnischer Verlust.

Deckungsrückstellung

Nach versicherungsmathematischen Methoden ermittelte versicherungstechnische Rückstellung, die künftige Ansprüche der Versicherungsnehmer vor allem in der Lebens-, Kranken- und Unfallversicherung abdeckt. Sie entspricht dem Saldo aus dem Barwert der künftigen Verpflichtungen abzüglich des Barwerts der künftigen Beiträge.

Depotforderungen/-verbindlichkeiten

Sicherheitsleistungen zur Deckung von Versicherungsverbindlichkeiten zwischen Erst- und Rückversicherer. Das einbehaltende Unternehmen weist in diesem Fall Depotverbindlichkeiten, das gewährende Unternehmen Depotforderungen aus.

Derivatives Finanzinstrument

Finanzinstrument, dessen Wert steigt oder fällt, wenn sich eine Basisgröße (bestimmter Zinssatz, Wertpapierpreis, Währungskurs, Preisindex und so weiter) ändert. Zu den Derivaten zählen insbesondere Futures, Forwards, Swaps und Optionen.

Discounted Cashflow Methode (DCF)

Die Discounted Cashflow Methode baut auf dem finanzmathematischen Konzept der Abzinsung von zukünftigen Zahlungsströmen zur Ermittlung eines Kapitalwerts auf.

Duration

Die Duration bezeichnet die durchschnittliche Laufzeit einer zinssensitiven Kapitalanlage oder eines Portfolios und ist ein Risikomaß für deren Sensitivität in Bezug auf Zinssatzänderungen.

Eigenkapitalquote

Eigenkapital im Verhältnis zum gebuchten Nettobeitrag.

Exzedentenversicherung

Die Exzedentenversicherung ist eine summenmäßige Erhöhung einer bestehenden Vermögensschadenhaftpflichtversicherung. Höhere Risiken erfordern höhere Versicherungssummen.

Für eigene Rechnung

Der jeweilige versicherungstechnische Posten oder die Quote nach Abzug des in Rückversicherung gegebenen Geschäfts → Brutto/Netto.

Garantiemittel

Summe aus Eigenkapital, versicherungstechnischen Rückstellungen und der Schwankungsrückstellung. Dieser Betrag steht maximal zum Ausgleich von Verbindlichkeiten zur Verfügung.

Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

Netzwerk genossenschaftlicher Zentral- und Spezialinstitute im Rahmen eines umfassenden Allfinanz-Konzepts. Partner der R+V Versicherung sind unter anderem: DZ BANK AG, Bausparkasse Schwäbisch Hall, Union Investment, VR Leasing.

Geschäftsjahres-Schadenquote brutto

Geschäftsjahres-Schadenaufwand im Verhältnis zu den verdienten Beiträgen (alle brutto).

Geschäftsjahres-Schadenquote netto

Geschäftsjahres-Schadenaufwand im Verhältnis zu den verdienten Beiträgen (alle netto).

Hull-White-Modell

Das Hull-White-Modell ist ein finanzmathematisches Modell zur Bewertung von Zinsderivaten, das von John C. Hull und Alan White veröffentlicht wurde.

IFRS - International Financial Reporting Standards

Internationale Rechnungslegungsnormen, die eine international vergleichbare Bilanzierung und Publizität gewährleisten sollen.

Kompositversicherer

Versicherungsunternehmen, das im Gegensatz zu einem Einbranchenunternehmen (zum Beispiel Lebensversicherer) mehrere Versicherungszweige betreibt.

Kostenquote brutto

Aufwand für den Versicherungsbetrieb im Verhältnis zu den verdienten Beiträgen (alle brutto).

Kostenquote netto

Aufwand für den Versicherungsbetrieb im Verhältnis zu den verdienten Beiträgen (alle netto).

Kumul

Als Kumul bezeichnet man mehrere beim selben Versicherungsunternehmen versicherte oder rückversicherte Risiken, die von einem Schadenereignis gleichzeitig betroffen werden können.

Laufende Durchschnittsverzinsung (nach Verbandsformel)

Laufende Bruttoerträge abzüglich Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen abzüglich planmäßige Abschreibungen im Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen zum 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Libor-Market Modell

Das Libor-Market Modell ist ein finanzmathematisches Modell (Zinsstrukturmodell) zur Bewertung von Zinsderivaten und komplexen Zinsprodukten, welches auf Arbeiten von Brace, Gatarek und Musiela zurückgeht.

Modell von Black

Die Black-Formel 76 ist ein finanzmathematisches Modell zur Bewertung von Zinsoptionen, das von Fischer Black 1976 veröffentlicht wurde.

Netto

→ Brutto/Netto

Nettoverzinsung der Kapitalanlagen

Alle Erträge abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen im Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen zum 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Nettoverzinsung im Drei-Jahres-Durchschnitt

Alle Erträge abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen im Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen zum 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres, über einen Zeitraum von drei Jahren berechnet.

Neubestand

Seit der Deregulierung des Versicherungswesens 1994 wird die Gesamtheit der Versicherungsverträge eines Versicherungsunternehmens in Alt- und Neubestand unterteilt. Der Neubestand umfasst die seit der Deregulierung abgeschlossenen Verträge.

Portfolio/Portefeuille

a) Alle insgesamt oder in einem Teilsegment (zum Beispiel Sparte, Land) übernommenen Risiken;
b) Nach bestimmten Kriterien gegliederte Gruppe von Kapitalanlagen.

Prämie

→ Beiträge

Produktion

Als Produktion gelten die monatliche Beitragsrate von neuen Versicherungskunden sowie die monatliche Mehrbeitragsrate bei Verträgen bereits versicherter Kunden auf Hinzunahme weiterer Tarife, Höherversicherungen und Tarifwechsel, einschließlich etwaiger Risikozuschläge.

Provision

Vergütung des Versicherungsunternehmens an Vertreter, Makler oder andere Vermittler für deren Kosten im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Verwaltung von Versicherungsverträgen.

PUC-Methode

Die **Projected Unit Credit**-Methode beziehungsweise Anwartschaftsbarwertverfahren bezeichnet ein versicherungsmathematisches Bewertungsverfahren für Verpflichtungen aus betrieblicher Altersversorgung.

Rating

Standardisierte Bonitätsbeurteilung von Schuldtiteln sowie von Unternehmen durch unabhängige, spezialisierte Bewertungsagenturen.

Reservequote

Die Reservequote errechnet sich zu einem Stichtag aus den Kapitalanlagen zu \rightarrow Zeitwerten im Verhältnis zu den Kapitalanlagen zu Buchwerten.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Rückstellung für am Bilanzstichtag noch nicht fällige Verpflichtungen zu Beitragsrückerstattungen an Versicherungsnehmer, die bei \rightarrow Kompositversicherern in erfolgsabhängig und erfolgsunabhängig unterschieden wird; der Ansatz ergibt sich aus aufsichtsrechtlichen oder einzelvertraglichen Regelungen.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Rückstellung für die Verpflichtungen aus Versicherungsfällen, die am Bilanzstichtag bereits eingetreten waren, aber noch nicht gemeldet wurden beziehungsweise noch nicht vollständig abgewickelt werden konnten.

Rückversicherer

Versicherungsunternehmen, das Risiken anderer Versicherungsgesellschaften übernimmt und selbst keine direkten Vertragsbeziehungen zum Versicherungsnehmer unterhält.

Schaden-Kosten-Quote

\rightarrow Combined Ratio

Schadenquote

Prozentuales Verhältnis der Schadenaufwendungen zu den verdienten Beiträgen.

Schwankungsrückstellung

Rückstellung zum Ausgleich von Schwankungen im Schadenverlauf. In Jahren mit relativ geringem beziehungsweise relativ starkem Schadenaufkommen werden der Schwankungsrückstellung Mittel zugeführt beziehungsweise entnommen.

Selbst abgeschlossenes Geschäft

Geschäft, das zwischen dem Versicherungsunternehmen und dem Versicherungsnehmer direkt abgeschlossen wurde. Im Gegensatz zu \rightarrow übernommenes Geschäft.

Selbstbehalt

Der Teil der übernommenen Risiken, die der Versicherer nicht in Rückdeckung gibt, also \rightarrow Netto ausweist. (Selbstbehaltsquote: Prozentualer Anteil des Selbstbehalts am gebuchten Bruttobeitrag).

Shifted Libor-Market Modell

Das Shifted Libor-Market Modell stellt eine Weiterentwicklung des \rightarrow Libor-Market Modells dar zur Abbildung von negativen Zinsen.

Sicherungsvermögen

Der Teil der Aktiva eines Versicherungsunternehmens, der dazu dient, die Ansprüche der Versicherungsnehmer zu sichern. Aufgrund der Sicherstellung der Ansprüche der Versicherten im Falle einer Insolvenz ist das Sicherungsvermögen ein vom übrigen Vermögen des Versicherungsunternehmens intern getrenntes Sondervermögen, das dem Zugriff anderer Gläubiger entzogen ist.

Solvabilität

Eigenmittelausstattung eines Versicherungsunternehmens.

Steuerabgrenzung (Aktive/Passive latente Steuern)

Im Einzelabschluss kommt es zu einer Steuerabgrenzung, wenn zwischen den Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden in Handels- und Steuerbilanz Unterschiede bestehen. Durch den Ansatz latenter Steuern werden zukünftige steuerliche Belastungen (Passive latente Steuern) oder Entlastungen (Aktive latente Steuern) in der Handelsbilanz abgebildet.

Stornoquote

Die Stornoquote ist der volumengewichtete Anteil der stornierten Verträge an den neu abgeschlossenen Verträgen oder den Verträgen im Bestand. Soweit in der Schaden- und Unfallversicherung Beitragsforderungen gebildet werden, die wegen Fortfalls oder Verminderung des Versicherungsrisikos noch entfallen können, wird für diesen Fall eine Stornorückstellung gebildet.

Straßenverkehrsgenossenschaften

Wirtschaftsorganisationen des Straßenverkehrsgewerbes, die Dienstleistungen für das personen- und güterbefördernde Gewerbe erbringen. Hierzu zählen zum Beispiel Beratungs- und Versicherungsleistungen.

Stresstest

Bei Stresstests handelt es sich um eine spezielle Form der Szenarioanalyse. Ziel ist es, eine quantitative Aussage über das Verlustpotenzial von → Portfolios bei extremen Marktschwankungen treffen zu können.

Strukturierte Produkte

Bei einem strukturierten Produkt wird ein → derivatives Finanzinstrument (zum Beispiel eine Option) mit einem nichtderivativen Instrument (zum Beispiel einer Anleihe) kombiniert.

Übernommenes Geschäft

Geschäft, das zwischen zwei Versicherungsunternehmen abgeschlossen wurde. Es ist gleichbedeutend mit der Weitergabe eines Teils der vom Versicherungsnehmer übernommenen Schadenverteilung vom Erstversicherungsunternehmen an ein Rückversicherungsunternehmen.

Verbundene Unternehmen

Das Mutterunternehmen (Konzernobergesellschaft) und alle Tochterunternehmen. Tochterunternehmen sind Unternehmen, bei denen das Mutterunternehmen einen beherrschenden Einfluss auf die Geschäftspolitik ausüben kann (Control-Prinzip). Dies ist dann möglich, wenn zum Beispiel die Konzernmutter direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte hält, das Recht auf Bestellung oder Abberufung der Mehrheit der Mitglieder von Organen (Vorstand, Aufsichtsrat) besitzt oder wenn ein Beherrschungsvertrag besteht.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Ungewisse Verbindlichkeiten, die unmittelbar mit dem Versicherungsgeschäft zusammenhängen. Ihre Bildung soll sicherstellen, dass die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen dauerhaft erfüllt werden können.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Saldo aus Erträgen und Aufwendungen, die dem Versicherungsgeschäft zugeordnet werden.

Zeichnungskapazität

Bestimmungsfaktoren der Zeichnungskapazität sind einerseits Volumen- und Strukturmerkmale (Versicherungszweige, Privat-, Gewerbe- oder Industrie-geschäft) des Versicherungsbestands, zum anderen die Ausstattung mit Eigenkapital und Rückversicherungsschutz.

Zeitwert

Der Zeitwert einer Kapitalanlage entspricht in der Regel ihrem Marktwert. Ist der Wert nicht direkt zu ermitteln, behilft man sich mit dem Wert, zu dem der Vermögensgegenstand zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt würde.

Zinszusatzrückstellung

Unter Zinszusatzrückstellung wird die Verstärkung der Deckungsrückstellung aufgrund des Zinsumfelds zusammengefasst. Diese ermittelt sich im Neubestand gemäß § 5 DeckRV sowie im Altbestand entsprechend eines von der BaFin genehmigten Geschäftsplans.

Impressum

Herausgeber:

KRAVAG-Versicherungen
Heidenkampsweg 102
20097 Hamburg
Telefon: 0800 533-1130*
Telefax: 040 23 606-4366

E-Mail: info@kravag.de
Internet: www.kravag.de

Redaktion:

Hermann-Josef Knipper (verantwortl.), Dr. Karsten Eichner

Layout/Satz:

Tom Breuer Grafik-Design, Mainz

Druck:

Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Neuwied

Unter www.kravag.de, dann „Über uns“, „Unternehmen“, bieten wir Ihnen den KRAVAG-Geschäftsbericht zum Download an.

Alle Geschäftsberichte der R+V-Gesellschaften finden Sie unter www.geschaeftsberichte.ruv.de

*Kostenfrei aus allen deutschen Fest- und Mobilfunknetzen.



KRAVAG-Versicherungen


www.kravag.de

00 033 70 9986 001 0 06.18